

Billingen.



Jahresheft 43 / 2020

**Beiträge
zu Kultur, Geschichte und Gegenwart**

Herausgeber:

Geschichts- und Heimatverein Villingen e.V.

Vorstand:

Dr. Rupert Kubon, 1. Vorsitzender
Prof. Edgar H. Tritschler, 2. Vorsitzender
Werner Blum, Schatzmeister
Helga Echle, Schriftführerin

Beirat:

Roland Brauner, Werner Echle, Gaby Eckert,
Dr. Hans-Georg Enzenroß, Eberhard Härle,
Elvira Hellebrand, Clemens Joos, Kurt Müller,
Günter Rath, Bernd Schnekenburger, Ute Schulze,
Michael Tocha, Karl-Heinz Weißer, Claudia Wildi.

Geschäftsstelle:

Geschichts- und Heimatverein e.V.
Kanzleigasse 30, 78050 VS-Villingen
Telefon (0 77 21) 4 07 09 99
info@ghv-villingen.de, www.ghv-villingen.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Schwarzwald-Baar
IBAN: DE26 6945 0065 0000 0054 64
BIC: SOLADES1VSS

Volksbank eG Schwarzwald Baar Hegau
IBAN: DE49 6949 0000 0000 1315 04
BIC: GENODE61VS1

Heftpreis: 15,- Euro; zu beziehen über den örtlichen Buchhandel. (1 Jahresheft für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten)

© Geschichts- und Heimatverein e.V., 2020

Redaktion:

Ute Schulze M.A., Prof. Edgar H. Tritschler.

Verantwortlich für Text und Abbildungen:

Für die Inhalte der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich. Die Bilder wurden von den Autoren der einzelnen Beiträge zur Verfügung gestellt; wir danken für die Abdruckerlaubnis.

Die Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Sie wurden in der von den Autoren überlassenen Fassung unverändert übernommen. Jede nicht genehmigte Vervielfältigung ist unstatthaft. Nachdruckgenehmigungen sind beim Vorstand des GHV einzuholen.

Layout / Grafische Gestaltung:

Marcus Ditsch.

Repros, Satz und Druck:

Druckerei Leute GmbH, VS-Villingen,
Tel 07721/8456-0, info@druckerei-leute.de

Zum Titelbild:

Der GHV beging 2019 sein 50-jähriger Jubiläum mit Festakt und Podiumsdiskussion. Die abgebildete „50“ enthält die Titelbilder von einigen der inzwischen 43 Jahrbüchern als Zeichen einer schon langen Tradition.

Inhalt

Impressum	3	<i>Heinrich Maulhardt</i>	Das Villingener Machtzentrum am Münsterplatz – Rückblick auf den Tag des offenen Denkmals 2017	27
Vorwort.....	7			
<i>Günter Rath</i>				
Ein Blick zurück: Die Jahreshefte 1991/92 bis 2018/19.....	8	<i><Erwin Teufel</i>	Europa „vom Kopf auf die Füße stellen“ Vortrag im Villingener Münsterzentrum.....	33
<i>Bertram Jenisch</i>				
Bauentwicklung einer Häuserzeile im Mittelalter – Archäologische Ausgrabungen an der Gerber- straße 10 – 12 in Villingen	9	<i>Kurt Müller †</i>	Die Bilder von den sieben Freuden Mariens im Villingener Münster	37
<i>Bertram Jenisch</i>				
Der Schwedendamm ein Relikt der so genannten Wasserbelagerung aus dem Jahr 1634	13	<i>Christoph Schmider</i>	„Nur unter Beteiligung der verschiedensten Seiten“ Das „Zollhäusle“ und die Grenzen des Erzbis- tums Freiburg	40
<i>Lisa Hahn</i>				
M. Martina/ Gaby Merkle – Eine Villingenerin im Kloster U.L.F. Offenburg	18	<i>Ute Schulze</i>	Das Tagebuch von Thijs Jonker Zeitgeschichte aus der Sicht eines holländischen Fremdarbeiters 1943-1945, Teil 1	48
Nachruf Dekan Kurt Müller.....	23			
<i>Kurt Müller †</i>				
Die religiösen Feste und ihr Brauchtum im Kirchenjahr?.....	24	<i>Anita Auer</i>	Was hat der Bauer mit dem Narro zu tun? Anmerkungen zur Konzeption einer Ausstellung	54

<i>Elisabeth Schmidt-Bäumler</i>	<i>Edgar H. Tritschler</i>
Die Entwicklungsgeschichte der Hebammenausbildung in Villingen-Schwenningen59	Textilindustrie in Villingen Vom Handwerk und industriellen Frühformen bis zur Villingener Seidenweberei 104
<i>Christian Wallner</i>	<i>Erwin Teufel</i>
Vorwort zur Arbeit.....63	Sinn für Tradition und Blick für die Zukunft Festansprache vom Freitag, 28. Juni 2019..... 123
<i>Phuong Anh Nguyen</i>	<i>Rupert Kubon</i>
Migration & Integration meiner Familie Wie integriert man sich erfolgreich? 63	Rede Festakt GHV 127
<i>Thomas Schnabel</i>	<i>Annemarie Conradt-Mach</i>
Die Verfassungen von 1818/19 in Baden und Württemberg – Ihre Voraussetzungen, ihre Wirkung und Bedeutung 70	Grußwort des Schwenninger Heimatvereins zum Festakt GHV 131
<i>Tobias Streck</i>	<i>Helga Echle</i>
Wie schreibt man Villingener Mundart? Ein kleiner Leitfaden für die Verschriftlichung mittelalemannischer Dialekten 85	Jahresrückblick 2019 134 Vorgesehenes Jahresprogramm 2020 141
<i>Petra Schlitt-Kuhnt</i>	Autorenverzeichnis 143
Qualifizierter Nachwuchs für das Handwerk – eine Herausforderung im 21. Jahrhundert.....97	

Vorwort

Liebe Mitglieder,
das Jubiläumsjahr 2019 geht zu Ende und mit ihm auch die Erkenntnis, dass es schon sehr viel länger als nur 50 Jahre eine intensive Erforschung der Geschichte unserer Stadt gibt. Das historische Bewusstsein der Menschen in unserer Stadt hat eine lange Tradition, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht.

Unser Jahrbuch, das zum 43. Mal erscheint, gibt auch in diesem Jahr ein bereites Zeugnis davon, wie lebendig die Bereitschaft vieler historisch interessierter Laien und professioneller Wissenschaftler ist, die vielen Facetten unserer Stadtgeschichte für ein breites Publikum sichtbar zu machen. Das beginnt bei neuen Erkenntnissen aus archäologischen Ausgrabungen in der Gerberstraße und im Bereich des ehemaligen Schwedendamms über kirchengeschichtliche Fragen etwa, wenn es um die Besonderheiten einer Kirchengrenze mitten in unserer Stadt geht, bis hin zum Machtzentrum am Münsterplatz, als Teil der städtischen Infrastruktur.

Aber das Jubiläumsjahr 2019 hat auch gezeigt, wie wichtig die Weiterentwicklung unseres Vereins ist. Schon im letzten Jahrbuch war Werner Metzger auf die Bedeutung der Heimatgeschichtsforschung eingegangen und ich selbst habe dies bei manchen Gelegenheiten betont. Dennoch ist dies vor allem jüngeren Menschen immer weniger bewusst. So liegt die Altersstruktur unseres Vereins doch bedenklich über dem Durchschnittsalter der Stadtbevölkerung, und so wichtig sie, die Mitglieder unseres Vereins alle sind, so wichtig ist es, unser Erbe unseren Nachfahren nahe zu bringen. Derzeit sind Mitglieder des Vorstandes und Beirats unseres Vereins dabei, Konzepte zu entwickeln, wie wir gerade bei jungen Menschen das Interesse für unsere Ortsgeschichte schärfen können, und auch ich selbst beginne nach den Sommerferien 2019 mit meinen Besuchen im Geschichtsunterricht der Schulen unserer Stadt.

Hinzu kommt, dass unser Gemeinwesen immer bunter wird. In Villingen-Schwenningen leben heute über 17.000 Menschen mit einem fremden Pass und fast 45% haben eine Biographie mit einem Migrationshintergrund. Zuwanderung ist zwar in

unserer Stadt kein neues Thema, bereits Anfang der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts hatten über 10.000 Einwohner einen fremden Pass, doch während ursprünglich gerade die „Gastarbeiter“, wie der Name schon sagt, als zeitliche „Arbeitsgäste“ betrachtet wurden, sind sie heute lebendiger Teil unserer vielfältigen Stadtgesellschaft. Entsprechend prägen sie unsere Stadtgeschichte. Im Jahrbuch geht der Beitrag von Phuong Anh Nguyen, Schüler am Romäus-Gymnasium, auf diese Entwicklung autobiographisch ein. Sicher wird das Thema in den kommenden Jahren einen zunehmenden Raum auch in unserem Jahrbuch einnehmen. Eine öffentliche Veranstaltung mit unserer Landtagspräsidentin Muhterem Aras, die ja in der Türkei geboren wurde, im Oktober dieses Jahres wird ebenfalls diese Thematik aufgreifen.

So steht also dieses Jahrbuch auch für einen Wandel und zeigt mehr denn je, wie lebendig Geschichte sein kann. Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Autorinnen und Autoren, vor allem aber bei unserer Redaktion, meinem Stellvertreter Edgar Tritschler und unserem Beiratsmitglied Ute Schulze. Sie haben nicht nur wieder sehr viel Arbeit in dieses Buch hineingesteckt. Sie stellen vor allem das hohe Niveau der historischen Arbeit unseres Vereins, die im Jahrbuch ihren Fokus findet, sicher.

Gleichzeitig jedoch kann ich an dieser Stelle auch den übrigen Mitgliedern unseres Vereins, allen voran unseren weiteren Vorständen, Helga Echle und Werner Blum, den Beiräten und allen Engagierten meinen großen Dank aussprechen. Was Sie leisten wird im Jahresprogramm mehr als deutlich. Wieder wartet 2020 mit einem breiten Angebot attraktiver Veranstaltungen auf. Unsere Mitglieder und die Öffentlichkeit dürfen sich wieder auf spannende Vorträge und Exkursionen freuen. Der Geschichts- und Heimatverein Villingen kann also mit großem Optimismus das 51. Jahr seiner Vereinsgeschichte starten.



Villingen-Schwenningen, im September 2019
Dr. Rupert Kubon

Ein Blick zurück: Die Jahreshefte 1991/92 bis 2018/19

Vergangenheit stirbt nicht – sie entfaltet sich nur –
und jede Berührung ruft sie zurück.

Günter Rath

Dieser alten Erkenntnis folgte das Redaktionsteam meiner Zeit als Erster Vorsitzender des Geschichts- und Heimatverein Villingen. Um die sehr reiche Geschichte der Stadt und der Region für die heutige, aber auch für künftige Generationen festzuhalten und durch die Berührung mit ihr wieder neu lebendig werden zu lassen. In sehr vielen Gesprächen, sehr viel Kleinarbeit wie intensiven Erhebungen ist es uns und den Autorinnen und Autoren gelungen, ein hochinteressantes Spiegelbild der Geschichte zu erstellen. Alle Autorinnen und Autoren haben mit viel Liebe und Engagement zur Geschichte unserer Stadt und ihrer Region und weit darüber hinaus einen wertvollen Beitrag geleistet. Ihnen allen gebührt mein Dank und meine Anerkennung, insbesondere aber Dr. Hans-Georg Enzenroß, der in den letzten Jahren mir stets ein guter Ratgeber und Helfer bei der Herausgabe der Jahrbücher war.

Sie, werte Leserinnen und Leser der Jahrbücher erfahren anschaulich, wie unmittelbar die Geschichte der Stadt uns umgibt und uns auch heute noch beeinflusst. Mit der Herausgabe der Jahrbücher wollten und wollen wir uns nicht nur einer guten Weiterentwicklung von Villingen in der Zukunft verpflichtet fühlen, sondern auch der großen Bedeutung ihrer Geschichte Rechnung tragen. Die geschichtlichen Impressionen dokumentieren in kompakter Form in sehr ansprechender und lebendiger Weise die Geschichte Villingens, sie zeigen in vielfachen

Facetten das Besondere, das Typische, das Einmalige, das Unverwechselbare der Geschichte dieses Stadtteils.

Wir hoffen, dass die erlebnisreiche Zeitreise dazu beiträgt, das Geschichtsbewusstsein der Bevölkerung, die Verbundenheit und Liebe zur Heimat zu stärken und Identität mit dieser Geschichte zu schaffen. Wir wissen, dass Zukunft und Geschichte, Geschichte und Zukunft untrennbar miteinander verbunden sind. Gerade deshalb wollen wir uns vor allem die Geschichte unseres Stadtteils vergegenwärtigen. Und wie sehr die erfolgreiche Entwicklung einer Stadt von deren Geschichte abhängt, hat ein niederländischer Historiker einmal in folgendem Bild zum Ausdruck gebracht: *„Die Geschichte ist wie ein Teppich, an dem die Völker weben, ohne das endgültige Ziel zu kennen.“*

Machen Sie sich also mit auf zur Spurensuche. Letztlich sind es die Menschen, die die Geschichte gestalten, ihr persönliches Engagement, ihr Ideenreichtum, ihre Kreativität und ihre Zuversicht. Hoffen wir deshalb, dass auch die zukünftigen Jahrbücher großes Interesse und breiten Zuspruch unter den Mitgliedern und der Bevölkerung finden werden und dass sich die Erfolgsgeschichte von Villingen auch in der Zukunft fortsetzen wird.

Der Redaktion des Jahrbuchs unter der Leitung von Ute Schulze und Edgar Tritschler wünsche ich für die Zukunft die verdiente Resonanz und alles Gute.

Bauentwicklung einer Häuserzeile im Mittelalter – Archäologische Ausgrabungen an der Gerberstraße 10–12 in Villingen

Bertram Jenisch



Abb. 1: Drohnenaufnahme Gerberstraße 10–12.

Die Innenstadt von Villingen gehört zu den am besten untersuchten mittelalterlichen Stadtkernen in Baden-Württemberg.¹ Bei mittlerweile weit über 20 gut untersuchten Flächen ist die Frage statthaft, reicht das jetzt nicht, kommen da nicht immer dieselben Befunde zutage? Die bisherige Grabungstätigkeit hat gezeigt, dass dem nicht so ist, jede Ausgrabung liefert uns neue stadgeschichtlich relevante Aspekte, die ohne eine gewissenhafte Dokumentation für immer verloren wären. Das Landesamt für Denkmalpflege (LAD) kommt daher seinem Auftrag konsequent nach, archäologische Zeugnisse, die nicht durch Umplanung von Bauvorhaben erhalten werden können, mit allen gebotenen Möglichkeiten auszugraben

und zu dokumentieren. Seit 2017 haben sich dabei einige entscheidende Änderungen ergeben. Während zuvor alle Grabungen der Denkmalpflege in eigener Personalverantwortlichkeit durchgeführt worden sind, werden mittlerweile Grabungsfirmen nach Vorgaben des LAD mit der Durchführung von Rettungsgrabungen von den Vorhabensträgern beauftragt und finanziert.

Ein Neubauvorhaben an der Gerberstraße 10–12 in der Villingener Kernstadt sollte im Bereich einer nach Abbruch der Bebauung seit längerem brachliegenden Fläche realisiert werden. Bei der Prüfung des Bauantrags wurde festgestellt, dass in dem Gebiet bereits knapp unter dem Gehniveau mittelalterliche Baureste zu erwarten sind.

Im Umfeld haben Gerbereien Spuren im Boden hinterlassen,² vergleichbare Befunde waren auch im projektierten Baugelände zu vermuten. Obwohl die Neubauplanung auf eine Unterkellerung verzichtete, war allein durch den Unterbau der Bodenplatte die archäologische Substanz, die sich im oberen Meter unter der Geländeoberkante konzentriert, gefährdet. Diese berechnete Erwartung wurde bei einer Sondage im November 2017 bestätigt, vor Baubeginn musste daher eine Ausgrabung durchgeführt werden. Mit der Durchführung der Rettungsgrabung auf der 420 m² großen Fläche mit den Flurstücknummern 169 und 170 wurde von der Bauherrschaft Gerber 10/12 GbR die Fa. Kohler & Tomo Archäologie betraut. Die Ausgrabung mit der örtlichen Grabungsleitung von Johannes Dusend wurde von Ende Juli bis Anfang Oktober 2018 durchgeführt (Abb. 1).³ Die Dokumentation und Funde sind unter der Grabungsnummer 2017-335 beim LAD archiviert. Die Ergebnisse werden hier in chronologischer Abfolge dargestellt.

Geoprofil im Südosten der Stadt

Die mittelalterliche Stadt Villingen wurde in potentiell hochwassergefährdetem Gebiet im Brigachbogen errichtet. Im Westen der Grabungsfläche konnte nun erstmals die fluviale Aufsedimentierung aus vorstädtischer Zeit erfasst werden (Abb. 2). Das durch sechs Profile und ein Planum dokumentierte Schichtpaket (Bef. 73 und 79) ist durch wechselnde Ablagerungen von dunkelgrauen Tonlagen und rotbraunen Mittelsanden



Abb. 2: Geoprofil mit fluviatilen Sedimenten aus vorstädtischer Zeit.

verschiedener Mächtigkeit charakterisiert. Offenbar konnte hier die Verlandung eines Mäanders der Brigach erfasst werden. Im oberen Bereich der Sedimente fanden sich Fragmente nicht näher zu bestimmender vorgeschichtlicher Keramik aus der Bronzezeit oder frühen Eisenzeit (2000 – 500 v. Chr.). Dies sind die bislang ältesten innerhalb der Stadtmauer gefundenen menschlichen Zeugnisse. Sie sind nicht im Befundkontext geborgen worden, belegen aber die für den Bereich in der „Villinger Altstadt“, jenseits der Brigach, nachgewiesene Besiedlung.

Mittelalterliche Bebauung

Die mittelalterliche Bebauung der beiden Parzellen folgt einem in Villingen standardmäßig nachzuweisenden Schema. Um 1200 entstehen entlang der Straße erste Steinbauten, die keine Keller haben. Im Hof wurden im Abstand von 15–20 m von der Straße Latrinengruben angelegt.

Im Untersuchungsgebiet entstanden drei solcher Kernbauten, wobei die beiden nördlichen im Spätmittelalter zu Haus Gerberstraße 10 zusammengewachsen sind. Von den Gebäuden wurden die Fundamente aus Kalksandstein erfasst, die teils in Richtung Norden unter die Mauer der heutigen Gerberstraße 8 verlaufen (Bef. 30, 35, 116 und 37, 38 und 117 sowie 237 mit 192). Die zweischalig gemauerten Fundamente sind in den gewachsenen Brigachkies eingetieft und in ein bis maximal drei Lagen erhalten. Aus den Baugrubenverfüllungen konnten keine Funde geborgen werden, die relative chronologische Abfolge der Bauten ist erkennbar. Eine Datierung der Baureste ist dennoch über die zuzuordnenden Latrinen im Hinterhof möglich. Der älteste, um 1200 zu datierende Kernbau lag offenbar an der Nordostecke des Untersuchungsgebietes.

Das südlich angrenzende Gebäude entwickelte sich ebenso aus einem Kernbau des 13. Jahrhunderts. Mehrere Nischen in der Nordwand des benachbarten, bauhistorisch untersuchten Hauses Gerberstraße 14 belegen, dass beide Häuser nach einer Erweiterung im 14. Jahrhundert zeitweise eine bauliche Einheit gebildet haben.⁴ Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatte sich an der

oberen Gerberstraße eine geschlossene Häuserzeile mit traufständigen Häusern herausgebildet. Im 17. Jahrhundert waren die beiden Gebäudeteile wieder funktional getrennt, denn Haus 12 wurde vergrößert und sein Dachgiebel erhöht. In der Folge wurde ein ursprünglich gemeinsames Giebeldreieck in Haus 14 abgebrochen.

Aufgrund der gering mächtigen Stratigraphie hat sich, wie meist in Villingen, der Nutzungshorizont der Gebäude nicht erhalten. Detaillierte Aussagen zur Binnengliederung der Erdgeschosse sind daher nicht möglich. Aussagekräftiger sind die tieferreichenden Befunde im Hofbereich, insbesondere die vier erfassten Latrinen. Ihre Flechtwerk-Konstruktion gehört zu den Leitbefunden des 12. und 13. Jahrhunderts in Villingen.

Die wohl dem Kernbau von Haus Gerberstraße 10 zuzuordnende, im Durchmesser 1,75 m messende Latrine 10 wurde vollständig erfasst. Die Latrinengrube war mit einem korbartigen Faschinengeflecht ausgesteift. An der Basis fand sich ein vollständig erhaltener Topf aus nachgedrehter Keramik, der eine Datierung der Grubenverfüllung in das späte 12. Jahrhundert nahelegt (Abb. 3). Zu den hervorzuhebenden Funden aus der Abortgrube zählen eine vollständig erhaltene gedrechselte Holzschale, Reste von hölzernen Daubengefäßen sowie Textil- und Lederreste. Bei der spätmittelalterlichen Erweiterung des Kernbaus wurde die Latrine überbaut.



Abb. 3: Keramikgefäß aus der Zeit um 1200.



Abb. 4: Holzteller aus dem frühen 13. Jahrhundert.

Nach ihrer Aufgabe wurde sie vermutlich durch Latrine 266 ersetzt, die in den unteren Schichten Kirschkerne aufweist. Unweit davon lag Latrine 267, die sich durch ihre rechteckige Grundform von den sonst runden Latrinen unterscheidet. Aus ihren unteren Verfüllschichten wurden ein Holztellerfragment (Abb. 4), mehrere Holzgefäßfragmente und ein mittelalterlicher Kugeltopf des 13. Jahrhunderts geborgen. Beide Gruben werden von einem jüngeren Gerinne aus Holz überlagert, das vermutlich in gewerblichem Zusammenhang steht.

Die ca. 600 cm lange und 125 cm breite Holzkonstruktion (Bef. 208), ist aus ca. 15 cm breiten, gesägten Balken am Rand und im zentralen Bereich aus ca. 4 cm dicken Brettern zusammengesetzt (Abb. 5). Die breite Rinne führt, leicht zur



Abb. 5: Hölzerne Rinne aus dem Spätmittelalter.

Latrine 266 geneigt, von Nordwesten Abwasser einer vermutlich gewerblichen Produktion der Abortgrube zu. Ob es sich dabei um eine Vorrichtung aus dem Bereich einer (spätmittelalterlichen) Gerberei gehandelt hat, war nicht zu klären.

Die etwas größere Latrine 265 ist eher dem Haus 12 zuzuordnen, sie enthielt im unteren Bereich Ziegelreste, Kirschkerne und wenig Keramikfragmente des 13. Jahrhunderts. Nach der Setzung der primären Füllung wurde in ihr neuzeitlicher Abfall entsorgt.

Neuzeit

Das Untersuchungs Gelände war im oberen Bereich durch mehrere neuzeitlichen Befunde gestört worden. Im südlichen Bereich wurde östlich an den Keller (Bef. 60) angrenzend, eine neuzeitliche Planierschicht mit mehreren Punktfundamenten (Bef. 41 und 42) erfasst. Hier stand im 19. Jahrhundert offenbar eine Produktionshalle eines Gewerbebetriebs. Zu den jüngsten Eingriffen zählt im Südwesten der Grabungsfläche das moderne Betonkellerfundament (Bef. 60) des 20. Jahrhunderts, das dem Anbau an Haus Gerberstraße 12 zuzurechnen ist.

Im südlichen und zentralen Teil der Fläche lagen mehrere moderne Leitungstrassen, die ursprünglich zu den abgerissenen Vorgängerbauten gehörten und von West nach Ost durch die Fläche verliefen. Die beiden Stahlverstrebungen, die zur Sicherung der Giebelwand des nördlich angrenzenden Nachbargebäudes notwendig waren brachten Störungen im zentralen Teil der Grabungsfläche mit sich.

Zusammenfassung

Die Untersuchung an der Gerberstraße 10-12 hat wieder einmal bestätigt, dass schon geringe Bodeneingriffe die archäologische Substanz in Villingen zerstören können. Die Siedlungsspuren konzentrierten sich wie an vielen Stellen in der Stadt beobachtet, im oberen Bereich des Geländes. Bereits nach 1 m Tiefe war an den meisten Stellen der gewachsene Kies erreicht. Andererseits ist es aufgrund dieser Gegebenheiten möglich, in

vergleichsweise kurzer Zeit auch größere Flächen zu dokumentieren.

Erstmals wurde die Uferzone der in vorstädtischer Zeit mäandrierenden Brigach erfasst und eine Begehung des späteren Stadtgebietes bereits in vorgeschichtlicher Zeit nachgewiesen. Die mittelalterlichen Befunde fügen sich in das andernorts gewonnene Bild des Siedlungsgeschehens in der Stadtgründungsphase ein. Bemerkenswert ist insbesondere die gute Erhaltung von organischen Materialien, wie Holz, Textil und Leder, die auf das hoch anstehende Grundwasser zurückzuführen ist. Wenn diese Objekte nach der anstehenden langwierigen Konservierung und Restaurierung zur weiteren Verwendung bereitstehen, bieten sie sich sicherlich für eine museale Präsentation an.

Dank der guten Zusammenarbeit mit den vor Ort tätigen Baufirmen wurde die Fläche innerhalb des eng gesteckten Zeitrahmens von den Mitarbeitern der Fa. Kohler & Tomo Archäologie GbR untersucht. Unser Dank gilt der guten Zusammenarbeit mit Dr. Christine Blessing (Untere Denkmalschutzbehörde der Stadt) und vor allem für die Unterstützung und das große entgegengebrachte Interesse der Bauherrschaft.

Abbildungen:

(Alle Bilder Kohler & Tomo Archäologie GbR)

Anmerkungen

- ¹ Bertram Jenisch, Die Entstehung der Stadt Villingen. Archäologische Zeugnisse und Quellenüberlieferung. Forschungen und Berichte zur Archäologie des Mittelalters in Baden-Württemberg 22 (Stuttgart 1999).
- ² Bertram Jenisch, Von der Grünen Haut zum Leder – Archäologische und historische Spuren des Gerberhandwerks. In: Walter Melzer (Hrsg.), Archäologie und mittelalterliches Handwerk – Eine Standortbestimmung. Beiträge des 10. Kolloquiums des Arbeitskreises zur Erforschung des mittelalterlichen Handwerks (Soest 2008) 217–232.
- ³ Johannes Dusend / Bertram Jenisch, Mittelalterliche Baustrukturen an der Gerberstraße in Villingen. In: Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 2018 (Darmstadt 2019) 267–268.
- ⁴ Burghard Lohrum: VS-Villingen, Gerberstraße 14 <http://www.bauforschung-bw.de/objekt/id/129121450310>

Die historischen Fakten

Die Verteidigungsanlagen der vorderösterreichischen Stadt Villingen waren beim Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges veraltet. Der doppelte Mauerbering konnte einem Angreifer, der mit Artillerie ausgestattet war, nicht effektiv standhalten. Dies zeigte sich auf dramatische Weise 1633 bei der Beschießung durch württembergische Truppen vom Hubenloch her. Binnen kurzer Zeit war die Ringmauer südlich des Rietors auf einer Länge von 100 m zerstört worden. Es war mehr als eine glückliche Fügung, dass die Stadt gleich zwei Belagerungen durch württembergische Truppen im Jahr 1633 überstanden hat. Nachdem die so genannte Winterbelagerung im Januar 1633 gescheitert war, kam es im August/September desselben Jahres zu einer erneuten Belagerung durch württembergische Truppen. Diese konnte durch einen Ausfall der Verteidiger abgewendet werden.

Herzog Eberhard von Württemberg unternahm 1634 noch einen dritten Versuch, sich der Stadt im Brigachbogen zu bemächtigen. Die Umstände der so genannten Wasserbelagerung sind historisch gut aufgearbeitet.¹ Die württembergischen Truppen unter Oberst Georg Friedrich vom Holtz wurden durch ein schwedisches, zumeist aus französischen Reitern bestehendes Reiter-Regiment verstärkt und belagerten die Stadt. Im Mai 1634 kam es zu dem Plan, Villingen unter Wasser zu setzen. Mit dem Vorhaben wurden der Werkmeister Killian Kesselbrodt und der Zeugmeister Friedrich Reichstätter betraut. Sie sollten an der Engstelle zwischen Warenberg und Ölmühle einen Damm aufschütten. Am 16. Juli bezog Oberst Holtz die fertiggestellte Schanze am Warenberg und das Reiterregiment unter Oberst Gassion rückte vor die Stadt. Die Arbeiten an dem Damm wurden am 26. oder 27.

Juli aufgenommen. Sie sollten ursprünglich von 1200 Schanzarbeitern durchgeführt werden, in der Realität stellte man aber vermutlich nur 500 Schanzer und Fuhrleute bereit. Zuerst wurde zur Deckung des Dammbaus eine Brustwehr über das Tal angelegt. Der Damm war bald fertiggestellt und am 24. August begann man die Brigach aufzustauen.

Bei der Schlacht bei Nördlingen erlitten die Schweden am 6. September 1634 eine vollständige Niederlage. In der Folge brachen die schwedischen Reitertruppen und die mit ihnen verbündeten Württembergischen Truppen ihre Belagerung von Villingen ab. Am 9. September wurde das Feldlager bei der Warenburg geräumt und in Brand gesetzt. Die württembergischen Truppen unter Georg Friedrich vom Holtz und das schwedische Reiterregiment zogen nach Straßburg, die dritte Belagerung Villingens war somit abermals abgewendet worden. Nach zeitgenössischen Berichten reichte das durch den Schwedendamm aufgestaute Wasser zum Zeitpunkt des Abzugs der Belagerer über die gesamte Talbreite bis etwa zur Höhe des Schlachthofs. Die Villingener legten in den Damm einen Abzugsgraben an und schufen so eine Bresche, durch die das aufgestaute Wasser abfließen konnte. Sie wurden dabei von etwa 100 Bauern aus fürstenbergischen Orten unterstützt, die mit „Bickeln, Hauen und Schaufeln“ für diese Arbeiten abgestellt worden sind.

Die Rezeption der Wasserbelagerung in Villingen

Über die Wasserbelagerung gibt es keine zeitgenössischen Berichte. Die Meinungen, wie weit das Wasser bis zum Abzug der Belagerer angestiegen war, gehen stark auseinander. Die Ereignisse um die außergewöhnlichen Umstände der Belagerung von 1634 wurde in der lokalen Geschichtsschreibung immer weiter tradiert und



Abb. 1: Wasserbelagerung 1634 (Ölgemälde J. A. Schilling, 1717, Franziskanermuseum (Foto: Peter Graßmann).

dabei ausgeschmückt. So habe Abt Georg II. Gaisser versucht seinen Einfluss durch Bittgänge an den Bodensee und ins Thurgauische geltend zu machen, um das drohende Unheil von der Stadt Villingen abzuwenden.²

Die erste Darstellung der Belagerung wurde 1717 von Johann Anton Schilling gemalt (Abb. 1). Das 70/120 cm große Ölgemälde im Franziskanermuseum zeigt von Osten her den Schwedendamm im Bau, noch bevor die Aufstauung der Brigach begonnen hat. Die Situation ist also in die Zeit Ende Juli bis Anfang August 1634 zu datieren. Deutlich ist die Wallschüttung hinter einer Gruppe von Reitern als braunes, lineares Element zu erkennen (mit T bezeichnet). Zum Schutz der Baustelle sind im Vorfeld zwei Schanzen angelegt worden, die mit einer Kurtine verbunden sind. Im Hintergrund erkennt man das Feldlager Herzog Eberhards von Württemberg

am Osthang des Warenbergs. Es hat eine rechteckige Grundform und weist zur Stadt hin zwei dreieckige Vorsprünge auf, so genannte Flechen. Es ist mit einer Brustwehr mit den Verteidigungsanlagen vor dem Schwedendamm angebunden.

Nach der lokalen Tradition wurde bald vermeldet, dass das aufgestaute Wasser bis kurz vor dem Marktplatz in die Stadt vorgedrungen sei.³ Demzufolge wären die südlichen Stadtviertel überschwemmt gewesen, was nicht verbürgt ist. Zur Erinnerung daran hat man 1711 an besagter Stelle, vierzig Schritt südlich des Marktbrunnens eine Statue des heiligen Johannes Nepomuk, Brückenheiliger und Retter aus Wassernot, aufgestellt. Der österreichische Gesandte in der Schweiz, Graf Franz Ehrenreich von Trauttmannsdorff stiftete das von Johann Schupp geschaffene Standbild. Die (offenbar erst bei der Renovierung 1898! eingravierte) Inschrift lautet:

„Dieses Standbild ließ 1711 Graf von Trauttmannsdorff in der Niederen Straße vor dem Haus Nr. 416 an der Stelle errichten bis zu welcher nach der Sage in der Belagerung von 1634 das Wasser der Brigach gestiegen war.“ 1833 wurde die Statue an ihren heutigen Platz an der Brücke Ecke Martin-Luther-Straße/St. Nepomukstraße versetzt und mit einer neuen Inschrift versehen. Diese lautet: „Nach frommer Väter Sitte im Glauben an ein höh'eres Walten, ziert ich Villingens Mitte, ward von den Bürgern hochgehalten. Als dieser Glaube ward erschüttert, war auch Entbehrlichkeit mein Los, doch steh ich fest, wenn alles zittert, Natur! – in deinem Schoß. 1833 Hierher versetzt durch Dominikus Kaiser und Theresia Ackermann Bewohner der Langen Mühle.“ Am Sockel sind verschiedene Renovierungen vermerkt: Johann Oberle und Katharina Durler (1864), Josef Beha und Pauline Neininger (1998), Karl Beha (1952) und Familie Beha (1973).⁴

Stadtpfarrer Benedict Schue schreibt 1735 in seinem „Nägelskreuzbüchlein“ das Wasser war bis an den Marktplatzbrunnen an der Niederen Straße aufgestaut worden. Benedict Kefer überliefert um 1800 lediglich, dass das Wasser nahe an die Stadt gereicht hat. Nepomuk Schleicher geht erstmals 1854 genauer auf die Konstruktion des Dammes ein. Demnach reichte er vom Rietheimer Weg bis zum Wehrbach und hatte eine Länge von 105 Ruthen (315 m), seine Höhe betrug beim heutigen Durchstich 16 Fuß (4,8 m) über dem Wasserspiegel. Die ursprüngliche Höhe wird mit 20–22 Fuß (6 – 6,6 m) angegeben. Schleicher geht auch auf die fachmännische Mischung der Wallaufschüttung aus 43 % feinen Quarzsand und 57% Ton und Lehm ein und bemerkt, dass für eine effektive Aufstauung der Wall zu niedrig gewesen sei.⁵ Umfassend widmet sich auch Albert Fischer 1914 der Wasserbelagerung, er berichtet, dass das Wasser entweder bis zum Marktbrunnen wahrscheinlich nur bis zum zweiten Brunnen in der Niederen Straße gereicht habe.⁶ Revellio zog zur Beurteilung der Kampfhandlungen erstmals auch Archivalien aus dem Stuttgarter Hauptstaatsarchiv hinzu, kam allerdings bezüglich der Stauhöhe zu denselben

Schlussfolgerungen.⁷ Erst Hermann Preiser ging durch eigene Vermessungen 1972/73 der Sache auf den Grund.⁸ Er ermittelte aufgrund des Pegels bei der Bahnhofbrücke einen durchschnittlichen Wasserdurchfluss von 0,23 m³/sec in den Monaten August und September. Er weist auch darauf hin, dass bis zum ehemaligen Damm mehrere Bäche in die Brigach mündeten: der Stadtbach, die Steppach und der Warenbach. Er schätze so den täglichen durchschnittlichen Wasserdurchfluss auf 90.000 m³ pro Tag. Demnach hätte der etwa 4 m hohe Damm in den 16 Tagen der Stauung zwischen dem 24. August und dem 9. September 1634 einen See von 1.450.000 m³ aufgestaut, der wohl bis zur Schlachthofstraße gereicht hat. Seine Berechnungen decken sich mit der Darstellung von Schilling (*Abb. 1*). Die aufgestaute Brigach kann demnach das eigentliche Stadtgebiet nicht erreicht haben. Werner Huger steuerte mit seinem Beitrag noch bei, dass die Wasserbelagerung Villingens Eingang in die Literatur gefunden hat, unter anderem des berühmten Schelmenromans „Simplizius Simplizissimus“ von Grimmelshausen.⁹

Der Schwedendamm – Relikt der Kampfhandlungen von 1634 um Villingen

Wenden wir uns dem heute noch zu großen Teilen erhaltenen Damm im Süden der Stadt Villingen zu. Der nach 2–3 m hoch erhaltene Wall im Gewann „Beim Damm“ ist ca. 15 m breit und auf eine Länge von 285 m lang erhalten (*Abb. 2*). In einer Kartierung mit LiDAR-Scan erkennt man, dass der Wall schnurgerade erbaut worden ist. Seine ursprüngliche Länge muss ca. 600 m betra-



Abb 2: Der Schwedendamm heute (Foto: B. Jenisch, LAD).

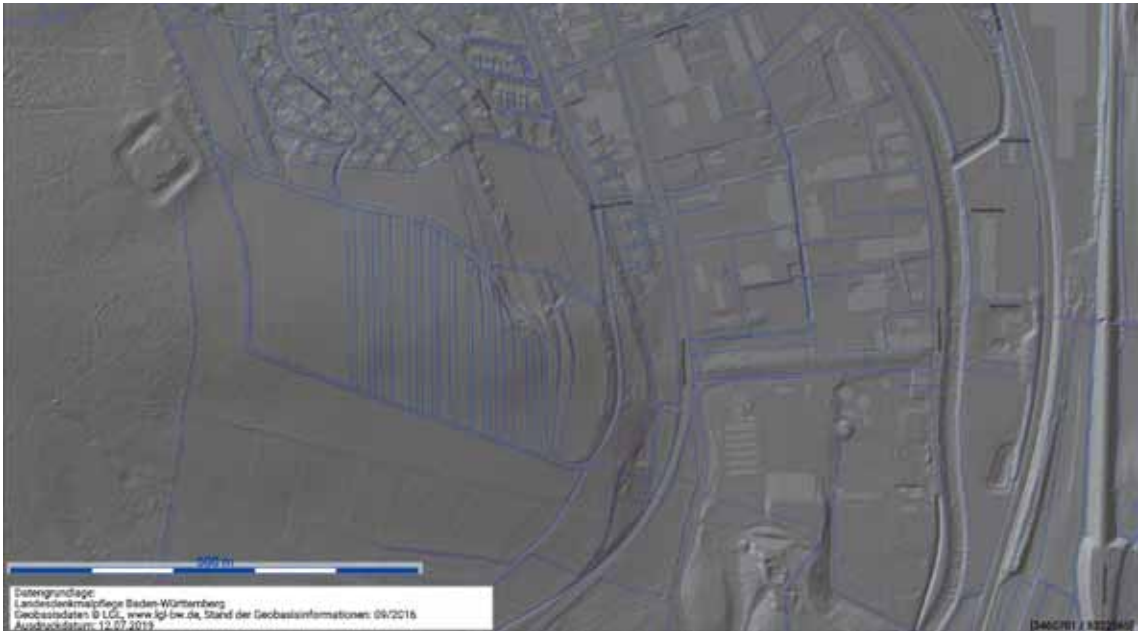


Abb. 3: Der Schwedendamm (rechts) mit den Resten der Warenburg (links Oben) als LiDAR-Scan (Quelle: B.Jenisch, LAD).

gen haben, um das Tal in der gesamten Breite zu sperren (Abb. 3). Die Einbettung der Wallanlage ist aufgrund umfangreicher Veränderungen der Topographie – z. B. Regulierung der Brigach im 19. Jahrhundert, Straßenbau, etc. – nicht eindeutig zu bestimmen. Zur Beurteilung der damaligen Situation hilft eine Darstellung der Befunde auf einem aktuellen Katasterplan weiter (Abb. 4). Dabei erkennt man, dass die Stelle für den Bau des Dammes an der Engstelle des Tales unterhalb der Warenburg ideal gewählt worden ist. Auf der westlich angrenzenden Anhöhe lag das württembergische Feldlager, das das Bauwerk schützen konnte. In die Engstelle des Brigachtals eingebettet, kann die aufgestaute Fläche mit ca. 800.000 m² (= 80 ha) ermittelt werden. Der Stausee hatte einen Umfang von etwa 3.700 m (Abb. 4, 3). Schon Schleicher und Preiser hegten Zweifel, ob der Damm in der Lage gewesen wäre Villingen unter Wasser zu setzen. Ein Blick auf die Höhenmessungen zeigt, dass dies sehr berechtigt war. Nach den Angaben der deutschen Grundkarte (Blatt 7916.24, Villingen Südost, Ausgabe 1991) liegt das Gelände nördlich des Damms 696 m üNN, die Dammkrone liegt bei 698m ü NN. Da der niedrigste Punkt des mittelalterlichen

Stadtgebietes bei 700,00 m üNN liegt, hätte der aufgestaute Wasserpegel das Stadtgebiet nicht erreichen können. Die Wallkrone hätte dazu 2 bis 3 m höher ausgebildet werden müssen. Hier sind berechnete Zweifel erlaubt, ob ein linear geführter Damm dieser Konstruktion einem solchen Wasserdruck standgehalten hätte.

Wie ist der Bau des Dammes der Wasserbelagerung von 1634 nun zu bewerten? Erkennen wir darin einen groben Messfehler der württembergischen Militärarchitekten, aufgrund dessen die Aufstauung der Brigach nie zum Ziel geführt hätte, Villingen unter Wasser zu setzen? Dies ist kaum anzunehmen, vielmehr erkennen wir darin offenbar den Versuch der psychologischen Kriegsführung. Den Belagerten war ja nicht bewusst, dass die Dammhöhe zu niedrig war um die Stadt zu erreichen! Vermutlich wollte man die vorderösterreichische Besatzung der Stadt Villingen, den stetigen Anstieg der Fluten vor Augen, zur Kapitulation bewegen.

Gleichwohl, der Schwedendamm bei Villingen ist ein außergewöhnliches Relikt der barocken Belagerungstechnik im Dreißigjährigen Krieg, der nicht nur für die regionale Geschichte bedeutsam ist. Gerade bei dem neuen For-

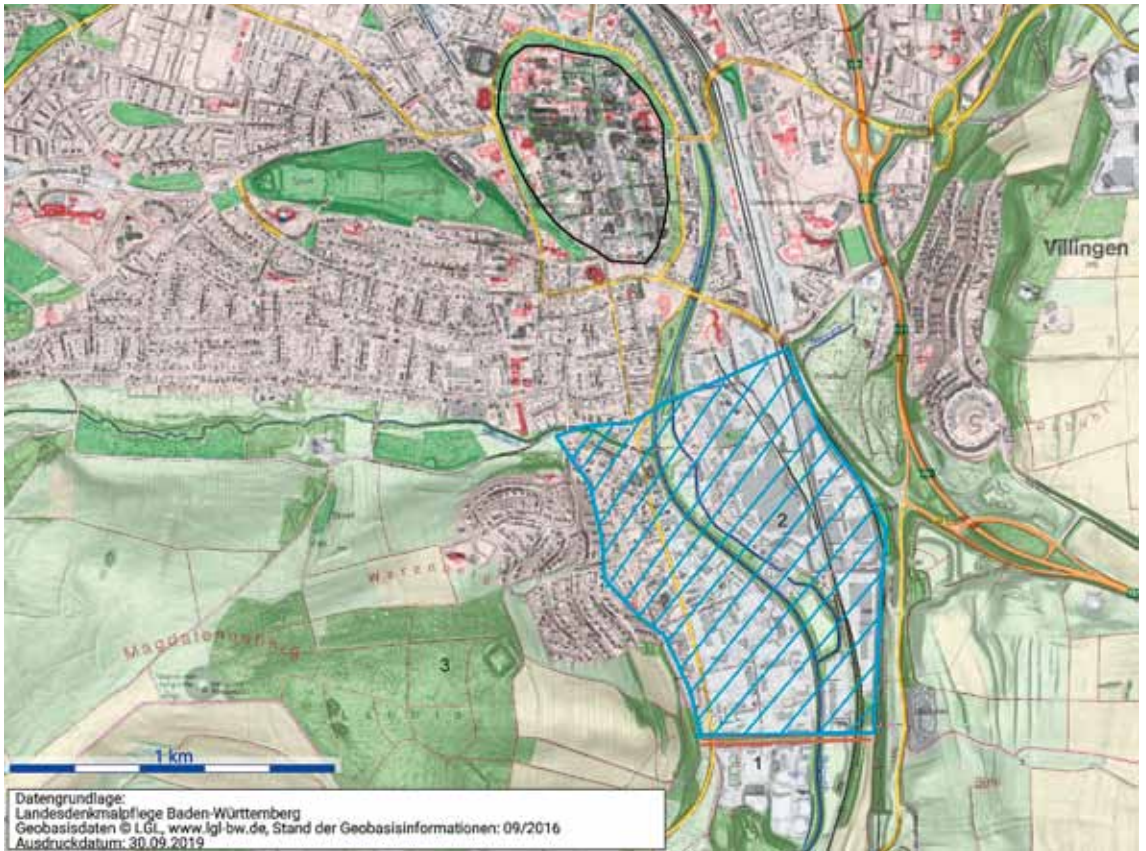


Abb. 4: Schwedendammbau (1, Braun); mutmaßliche aufgestaute Wasserfläche (2, Blau schraffiert); Feldlager auf dem Warenberg (3).

schungsschwerpunkt der Konfliktarchäologie der Landesdenkmalpflege hat der Staudamm aus dem Jahr 1634 eine überregionale Bedeutung. Seit dem 18.09.1990 ist er nach § 2 DSchG aus wissenschaftlichen und heimatgeschichtlichen Gründen als Kulturdenkmal ausgewiesen (Liste der Kulturdenkmale laufende Nr. 15) und wird in der digitalen Datenbank der Kulturdenkmale im Land ADAB unter der Nr. 97019342 geführt. Es bleibt zu hoffen, dass die unscheinbare und dadurch latent gefährdete Erdaufschüttung im Industriegebiet südlich der Stadt Villingen durch diesen Beitrag etwas mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt wird und dadurch nachhaltig geschützt wird.

Literatur:

Nepomuk Schleicher, Beitrag zur Geschichte der Stadt Villingen mit besonderer Berücksichtigung der Wasserbelagerung (Villingen 1854).

Albert Fischer, Aus Villingens Vergangenheit (Villingen 1914).
Paul Revellio, Beiträge zur Geschichte der Stadt Villingen (Villingen 1964).

Hermann Preiser, Die Wasserbelagerung im Jahre 1634. In: Geschichts- und Heimatvereins Villingen Jahreshft II, 1975, 22 – 27.

Lambert Hermle, Die Wasserbelagerung von 1643, Geschichts- und Heimatvereins Villingen Jahreshft XXXIII, 2010.

Werner Huger, Wie die Wasserbelagerung der Stadt Villingen im Dreißigjährigen Krieg, 1934, in die deutsche Literaturgeschichte gelangte. In: Geschichts- und Heimatvereins Villingen Jahreshft XXVIII, 2005.

Anmerkungen:

¹ Schleicher 1854; Revellio 1964; Preiser 1975.

² Hermle 2010.

³ Hermle 2010.

⁴ Hermle 2010.

⁵ Schleicher 1854.

⁶ Fischer 1914.

⁷ Revellio 1964, 311–325.

⁸ Preiser 1975.

⁹ Huger 2010.



Abb. 1: M. Martina, Gaby Merkle im Kreuzgang ihres Klosters, 2019 (Foto: privat).

1. Einleitung

Schwester M. Martina, aufgewachsen als Gaby Merkle in Villingen, lebt seit vielen Jahren im Kloster Unserer Lieben Frau in Offenburg. Dort begleitete sie jahrelang junge Mädchen in den Klosterschulen, führte die Klostergemeinschaft in ein neues Jahrhundert und engagierte sich in und für die Stadt Offenburg und ihre Menschen. Welche Wege führten sie ins Kloster und wie wurde aus der kleinen Gaby aus der Villingen Südstadt die Superiorin eines Schulordens?¹

2. Kindheit und Jugend in Villingen

Geboren in Säckingen am Hochrhein zog sie im Alter von vier Jahren nach Villingen, wo auch die Familie ihrer Mutter lebte. Schnell wurden die Großeltern zu festen Bezugspersonen in ihrem Leben, da die Mutter berufstätig war und sie deshalb viel Zeit mit ihnen verbrachte. Der Großvater war ein strenger Gegner der Nationalsozialisten und gab ihr den Satz "Tue Recht und scheue niemanden!" mit auf den Lebensweg. Die Großmutter hielt als humorvolle, schwäbische Hausfrau den Haushalt zusammen und vermittelte ihr praktische Fähigkeiten in der Hausarbeit.

Die Familie lebte in der Herdstraße in der Südstadt und versorgte sich mit Garten und einer Hühnerhaltung selbst. Dort spielte sie mit den Nachbarskindern und widmete sich später in langen Lesenachmittagen zahlreichen Büchern, die sie aus der Stadtbibliothek nach Hause getragen hatte. Im Alter von zehn Jahren durfte sie außerdem mit dem Klavierunterricht beginnen und der Grundstein für ihre musikalische Ausbildung wurde gelegt.

M. Martina erinnert sich gerne an diese Zeit zurück und sagt, es sei ein einfaches Leben gewesen, das aber viel Geborgenheit vermittelt habe. Trotz allem empfand sie das kleinbürgerliche Milieu in Teilen auch als beengend und spürte, dass sie diesem entkommen wollte. Dazu kam schon sehr früh eine starke Sehnsucht nach Religiosität und einem Gott gewidmeten Leben.

Nach dem Besuch der Südstadtschule von 1953 bis 1957 wechselte sie auf die Mittelschule in der Innenstadt (heutige Karl-Brachat-Realschule) und erwarb dort 1963 die Mittlere Reife. Sie erinnert sich an die Klasse mit 16 Jungen und nur vier Mädchen. Die Lehrer seien oft sehr streng gewesen doch sie habe dort gelernt sich als Mädchen durchzusetzen und gegenüber den Lehrern und Mitschülern zu behaupten. "Ich war sicher eine unbequeme Schülerin". Frei nach dem Leitsatz des Großvaters habe sie vieles hinterfragt. In Erinnerung aus dieser Zeit bleibt auch Paula Straub, die sie als engagierte Lehrerin und energische Stadträtin erlebte. Ebenso wie Max Maschler, ihr Musik- und Mathelehrer auf der Mittelschule, der den Schülern sehr zugewandt war und das Vertrauen aller gewann.

Vielleicht prägten diese beiden Vorbilder auch ihren frühen Berufswunsch Lehrerin zu werden. Dabei hatte sie schon im Hinterkopf, dass sich dieser Beruf gut mit dem Leben in einem Orden

verbinden lässt. Nach Abschluss der Mittelschule besuchte sie deshalb zunächst für ein Jahr die Frauenfachschulklasse der Herrenhuter Brüdergemeine in Königsfeld, die Voraussetzung war, um Lehrerin werden zu können. Hier erfuhr sie eine sehr gute praktische Ausbildung. Im Anschluss daran folgte dann das Staatliche Hauswirtschaftsseminar in Freiburg, wo sie methodische und pädagogische Theorie studierte.

3. Die Entscheidung für ein Leben im Kloster

Schon als Kind ging sie gerne und oft in die Kirche. Ihre Familie war zwar wie die meisten Villingen katholisch, doch die Religion spielte für sie im Alltag keine besonders große Rolle. M. Martina dagegen berichtet, wie sie schon in der sechsten Klasse einen "inneren Ruf" zu Gott verspürte. Damals erlebte sie beim Besuch der Kapelle mit Nägelinskreuz im Münster eine Art Anrufungsmoment, der ihr zeigte, dass sie vielleicht ihr Leben später im Kloster verbringen sollte. Auch wenn sie sich bis heute an die besondere Atmosphäre in der dunklen Kapelle und ihre zweifelnde Reaktion erinnert, behielt sie dieses beeindruckende Erlebnis zunächst für sich.

Die Sehnsucht nach einem Leben im Orden war seitdem vorhanden, mal mehr oder weniger stark ausgeprägt. Mit sechzehn Jahren nahm sie Kontakt zu einem Cousin ihrer Mutter auf. Pater Coelestin OSB lebte selbst als Mönch im Kloster Beuron und unterstützte sie bei der Entscheidungsfindung und der Suche nach dem richtigen Orden.

Währenddessen war ihre Ausbildung vorangeschritten und sie hatte die erste Stelle als Lehrerin in Unterkirnach angetreten. Von dort aus besuchte sie am Wochenende verschiedene Klöster, um sich mit dem Leben dort vertraut zu machen und die richtige Gemeinschaft für sich zu finden. Bewusst machte sie sich dabei auf die Suche nach einem Lehrorden außerhalb von Villingen, obwohl St. Ursula ihr dort genau das hätte bieten können. Doch sie wollte Abstand von der Heimatstadt und einen richtigen Neubeginn. So zog es sie nach Offenburg. Schon als sie das Kloster "Unserer Lieben Frau" das erste mal

betrat, war ihr sofort klar, dass das der Ort ist, den sie gesucht hatte. "Alle Zweifel, alle Unsicherheit sind in diesem Moment von mir abgefallen und ich spürte innerlich, das ist es".

Obwohl sie sich selbst in ihrer Entscheidung für das Ordensleben immer sicher war, fiel es ihr zunächst schwer, den Entschluss gegenüber ihrer Familie und Freunden bekannt zu geben. Besonders ihre Mutter stand dem Klosterleben zunächst sehr ablehnend entgegen und konnte die Entscheidung der Tochter nur schwer akzeptieren. Die Ablehnung war so stark, dass sie bei der ersten Profess² 1971 nicht dabei war. Sich trotzdem für den Weg ins Kloster zu entscheiden, war nicht leicht, doch die Ablösung gehörte für M. Martina auch dazu und war eine lehrreiche Erfahrung. Am 22. August 1976 erfolgte die Ablegung der Ewigen Profess. Später gab ihre Mutter den Widerstand auf, als sie merkte, wie glücklich und zufrieden ihre Tochter mit dem Ordensleben war. So zog sie nach dem Tod der Großeltern sogar nach Offenburg, bewohnte eine kleine Privatwohnung auf dem Klostergelände und nahm auch am Schul- und Klosterleben teil.

"Bis heute habe ich die Entscheidung für das Kloster nicht einen Moment bereut. Ich hatte nie Zweifel". Ein Leben im Kloster bedeutet Gott in allen Dingen zu suchen und ihm den ersten Platz im Leben einzuräumen. Dazu gehöre auch der Verzicht auf weltliche Ansprüche. Doch sie hat diesen Verzicht nie als Verlust erlebt. Für sie steht durch das Ordensleben die Gemeinschaft im Vordergrund und diese spielt insbesondere bei den Augustinerninnen des Klosters in Offenburg eine wichtige Rolle. Gemeinsame Gebets- und Tischzeiten bilden den Rahmen für ein gemeinschaftliches und Gott gewidmetes Leben. Durch die Arbeit in der Schule konnte sie ihre Begabungen einbringen und Wegbegleiterin für viele Schülerinnen sein, die auch nach Jahren noch gerne auf ihre Schulzeit zurückblicken.

Auch darüber hinaus hat das Leben im Kloster ihr viele Dinge ermöglicht. Sie durfte Orgel spielen lernen und sich so einen Kindheitstraum verwirklichen. Im Kloster spielt M. Martina auf der Silbermann-Orgel³ der Klosterkirche. Sie sieht es

als Privileg an, auf einem solch besonderen Instrument musizieren zu dürfen. "Nachdem ich erst auf viele Dinge des weltlichen Lebens verzichtet habe, wurde ich hier mit Möglichkeiten geradezu überschüttet" beschreibt sie ihr Leben im Orden.

Berufliches Leben – Höhepunkte und Herausforderungen

Zum Leben im Orden gehörte auch immer das Schulleben und ihre zweite Berufung, die Arbeit als Lehrerin. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen habe ihr immer Freude bereitet und so stand der Berufswunsch Lehrerin zu werden, früh fest. Am Staatlichen Seminar für Hauswirtschaftslehre ließ sie sich zur Lehrerin ausbilden und legte 1969 das zweite Staatsexamen im Fach "Hauswirtschaft, Handarbeit und Turnen" ab. Später konnte sie durch ein Fernstudium noch die *missio canonica*⁴ erwerben und unterrichtete mit Begeisterung das Fach katholische Religionslehre.

Neben der Tätigkeit als Lehrerin wurde sie 1993 Superiorin der Klostersgemeinschaft und hat diese Aufgabe nach einigen Unterbrechungen bis heute.

Dabei ist keine Trennung zwischen dem geistlichen Leben im Kloster und dem weltlichen in der Schule möglich. Um authentisch zu bleiben, lebte sie diese beiden Seiten ihres Lebens gemeinsam aus und erlebte, wie sie sich gegenseitig ergänzten und belebten.

Besonders das praktische Arbeiten mit ihren Schülerinnen bereitete ihr immer viel Freude. Über das Fach Sport habe sie häufig schnell einen guten persönlichen Zugang zu den Schülerinnen gefunden. "Ich mach alles mit" war hier ihre Devise. Das ging so weit, dass sie nach einem beherzten Schubser einer Schülerin im Schulschwimmbecken landete, weil die Schülerinnen überprüfen wollten, ob eine Nonne auch schwimmen kann. Heute lacht sie über solche Situationen.

Neben den praktischen Fähigkeiten vermittelte sie ihren Schülerinnen auch kritisches Denken. So wie sie früher als junges Mädchen ihre Lehrer hinterfragt habe, erwartete sie es später auch von

ihren Schülerinnen. Sie sieht es als wichtige pädagogische Aufgabe an, zum kritischen Denken zu erziehen. Es sei immer wichtig, Dinge nicht einfach als gegeben hinzunehmen, sondern nach dem Warum zu fragen.

41 Jahre Schuldienst liegen hinter M. Martina und diese lange Zeit bringt natürlich besondere Herausforderungen, aber auch Höhepunkte mit sich. Zu den Höhepunkten gehört die 400-Jahr-Feier der Ordensgründung im Jahr 1997. Ein Theaterstück der Schülerinnen, das die Geschichte des Ordens zeigte, ist Martina noch gut in Erinnerung. Dazu gab es außerdem eine Ausstellung mit Materialien aus dem Klosterarchiv, die viel Vorbereitung erforderte, aber auch sehr erfolgreich war.

2001 folgte dann eine besondere Herausforderung: die Übergabe der Klosterschulen an die Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg. So sollte der Erhalt der Schulen unabhängig von der Situation des Ordens gesichert werden. Die Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg wurde 1988 gegründet, um den langfristigen Erhalt von katholischen Schulen zu sichern, wenn Ordensgemeinschaften dazu nicht mehr in der Lage sein sollten. Seit dieser formellen Trennung stehen Schule und Kloster weiter in gutem Kontakt und gestalten das öffentliche Leben in Offenburg gemeinsam mit.

Ganz unabhängig von diesen Leitungsaufgaben bleiben ihr viele schöne Momente mit ihren Schülerinnen in Erinnerung. Menschen, die sie auf dem Weg ins Leben begleitete, aber auch gemeinschaftliche Erlebnisse. Als sehr besonders hat sie die Fahrt zum Weltjugendtag nach Köln 2005 mit einer Schülergruppe in Erinnerung. "Es war so eine dichte Atmosphäre. Man war einfach eins, egal welche Sprache man sprach." Hier haben die Schülerinnen Gemeinschaft im Glauben erfahren können.

4. Vom Kloster in die Welt – Gesellschaftliches Engagement

Trotz des ausgefüllten Lebens im Orden setzte sich M. Martina auch außerhalb des Klosters immer für Dinge ein, die ihr wichtig waren. Eine besondere Dynamik entwickelte dabei ihr Engagement im Rahmen einer Bürgerinitiative gegen

den Ausbau der Rheintalbahn in Offenburg. Der Ausbau nach den Plänen der Deutschen Bahn hätte auch das Leben im Kloster sehr direkt betroffen, da es in direkter Nähe zu den innerstädtischen Bahngleisen liegt. Die Bürgerinitiative leistete Widerstand gegen den Bau von zwei weiteren Güterbahngleisen, die mitten durch Offenburg führen sollten und zu einer immensen Lärmbelastung in der Stadt geführt hätten.⁵

Nach jahrelangem Ringen mit den politischen Verantwortlichen erreichte die Offenburger Bürgerinitiative Bahntrasse e.V. mit der Unterstützung weiterer Bürgerinitiativen an der Rheintalbahn eine Neuplanung: Offenburg erhält einen Güterzugtunnel außerhalb der Stadt.

Für viele Menschen ist das zunächst ein überraschender Anblick, eine Ordensfrau, die auf Demonstrationen geht, politisch aktiv wird. Zu stark ist vielleicht noch das Bild des zurückgezogenen Lebens im Kloster in den Köpfen der Menschen. Für M. Martina dagegen steht das politische Engagement nicht in einem Widerspruch zu ihrem Gott gewidmeten Leben. Sie sieht es als eine Form der Nächstenliebe, Verantwortung im politischen Leben zu übernehmen und so Menschen eine Stimme zu geben, die mutlos sind. Sie benennt Unrecht beim Namen und lebt so weiter nach dem Leitsatz ihres Villinger Großvaters.

Gleichzeitig hat sie auch erlebt, wie sie als Ordensfrau in diesem Prozess positiv wahrgenommen und ihr mit besonderem Vertrauen begegnet wurde, das andere nicht so schnell erfahren. Ihr Glaube war dabei eine Stütze, denn er gibt ihr Kraft. Sie engagiert sich so gut es eben geht, arbeitete auch konstruktiv mit den vermeintlichen "Gegnern" von Seiten der Bahn zusammen und hat immer wieder erfahren, dass dann auch ein Teil von Gott gefügt wurde. 2018 wurde sie gemeinsam mit ihrem Mitstreiter, dem evangelischen Dekan Manfred Wahl, mit dem Bundesverdienstkreuz für ihre Arbeit innerhalb der Bürgerinitiative ausgezeichnet. Dabei ist es ihr wichtig, dass sie die Auszeichnung nicht als Einzelperson bekommen hat, sondern stellvertretend für die vielen engagierten Menschen der Bürgerinitiative ausgezeichnet wurde.



Abb. 2: Ministerpräsident Winfried Kretschmann und M. Martina, Gaby Merkle, 2018 (Foto: privat).

5. Als Frau in der Kirche

Auch innerhalb der katholischen Kirche finden sich Vorbilder für mutiges Sprechen für Unterdrückte. M. Martina nennt als Vorbilder Katharina von Siena oder Hildegard von Bingen, die als Frauen eine erstaunlich wichtige und prägende Rolle für die Kirche eingenommen haben. Früher sei die katholische Kirche, was die Stellung von Frauen angehe, schon viel weiter gewesen. Blicke man zurück in die Kirchengeschichte, haben Frauen in der frühen Tradition erstaunliche Möglichkeiten im Vergleich zu heute gehabt. So gab es in Spanien Frauenklöster über die berichtet wird, dass die Schwestern dort eine Äbtissinnenweihe erhielten und quasi bischöfliche Funktionen ausübten. Sie ernannten Pfarrer und Kapläne und stellten Klerikern die Bescheinigung aus, die heiligen Sakramente zu feiern.

Heute kann es für Frauen schwierig sein, innerhalb der katholischen Kirche ihre Rolle zu finden. Sie engagierten sich zahlreich und in unterschiedlichsten Bereichen ehrenamtlich, doch die beruflichen Möglichkeiten sind sehr begrenzt. M. Martina berichtet, dass auch ihre Schülerinnen immer wieder damit haderten. Einerseits hatten sie von dem Besuch der katholischen Schule profitiert und wünschten sich, dass der Glaube auch in ihrem späteren Berufsfeld eine wichtige Rolle spielt. Andererseits sahen sie die begrenzten Möglichkeiten innerhalb der Kirche und wendeten sich deshalb eher anderen Wegen zu.

Auch wenn sich nach dem zweiten Vatikanischen Konzil in den 1960ern schon viele neue

Wege für Frauen in der Kirche öffneten, sieht sie weiterhin Reformbedarf. Als Beispiel nennt sie das Amt des Diakons, das weiterhin Männern vorbehalten ist, da es sich um ein geweihtes Amt handelt. Hier könnten auch Frauen in der direkten Arbeit mit der Gemeinde ihre Fähigkeiten einbringen und als Bindeglied zwischen den Menschen und Priestern wirken. Auch wenn vielen innerhalb der Kirche solche Reformen schwerfallen, blickt sie optimistisch in die Zukunft. "Es wird sich was bewegen!"

Anmerkungen:

1 Der vorliegende Text entstand auf Grundlage eines Interviews, das die Autorin am 16. Juli 2019 mit M. Martina im Kloster in Offenburg geführt hat.

2 Als erste Profess wird das erste Ordensgelübde bezeichnet. Damit bindet sich eine Frau zunächst zeitlich begrenzt an das Kloster.

3 Die Orgeln des Orgelbauers Silbermann sind bekannt für ihren besonderen Klang. In Villingen befindet sich in der Benediktinerkirche eine Rekonstruktion der ursprünglichen Silbermann-Orgel von Johann Andreas Silbermann. Vgl. Dresch, Jutta (2006): "Silbermann – Geschichte und Legende einer Orgelbauerfamilie". Badisches Landesmuseum. Karlsruhe.

4 Die "missio canonica" ist die Erteilung des Lehrauftrags durch die katholische Kirche, i.d.R. durch den Bischof. Sie drückt Vertrauen und Verbundenheit mit der Lehrperson aus und hat spezielle Anforderungen, die über die staatliche Lehramtsausbildung hinaus gehen.

5 Vgl. Marquart, Maria (2011): Aufstand wegen Baden 21. In: Spiegel Online am 18.02.2011. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/rheintalbahn-aufstand-wegen-baden-21-a-744082.html>

Auch: [youtube.com/watch?v=KN6t07D5aJ4](https://www.youtube.com/watch?v=KN6t07D5aJ4) (Landesschau BW v. 02.02.2016)

Am 4. November 2019 verstarb unser langjähriges Beirats- und Ehrenmitglied,

Ehrendomherr Geistlicher Rat Altdekan Kurt Müller †

Der Geschichts- und Heimatverein Villingen verliert mit Ihm einen der wichtigsten Kenner der Geschichte unserer Stadt, insbesondere hinsichtlich aller unmittelbaren oder mittelbaren kirchenhistorischen Zusammenhänge. Kurt Müller, in Kehl geboren, kam schon als Kind nach Villingen, wo er die Schule besuchte und 1957 das Abitur ablegte. Nach seinem Theologiestudium in Freiburg und Würzburg wurde er im Juni 1963 zum Priester geweiht. Damit wurde das 1962 begonnene II. Vatikanische Konzil auch zur Leitschnur seines pastoralen Wirkens.

Eine tiefe Verwurzelung im Glauben und gleichzeitig seine Offenheit für die Anliegen dieser Welt waren kennzeichnend für ihn. So erstaunt es wenig, dass er nach mehreren Stationen als Vikar und Pfarrverweser in der ganzen Erzdiözese Freiburg als Pfarrer der noch jungen Bruder-Klaus Gemeinde im Villingener Stadtteil Goldenbühl schon im Jahr seiner Investitur 1973 dem Geschichts- und Heimatverein beitrug. Dies war sicherlich auch Ausdruck seines tiefen Überzeugens, dass es Aufgabe der Kirche sei, in und für diese Welt Zeugnis abzulegen. Kurt Müller war deshalb von Anfang an in unserem Verein nicht nur Mitglied, sondern auch außerordentlich aktiv. Es gibt kaum ein Jahreshaft, in dem er nicht als Autor eines Beitrages seine Spuren hinterließ. Hinzu kamen zahlreiche Vorträge und meist kleiner Exkursionen in das nähere Umland.

1983 wurde er deshalb Mitglied des Beirates und nahm, soweit es ihm seine Gesundheit erlaubte, nahezu immer an den Besprechungen und Sitzungen des Gremiums teil. Als Pfarrer der Villingener Münstergemeinde seit 1981 trieb er die Sanierung der Kirche voran. Die zeitlos beeindruckenden Münsterportale und der neue Zelebrationsaltar von Klaus Ringwald geben ein

beredtes Zeugnis seines Engagements. Gemeinsam mit dem vom selben Künstler gestalteten Münsterbrunnen, auf dem er mit seinem Konterfei dauerhaft für die Nachwelt verewigt wurde, nahm er damit auch Einfluss auf das Erscheinungsbild unserer Stadt bis in die Gegenwart. Mit der maßgeblich durch Kurt Müller vorangetriebenen Neuerrichtung der Silbermann-Orgel in der Benediktinerkirche rundete er sein kulturschaffendes Wirken für die Stadt ab. So war seine Ernennung zum Ehrenmitglied und die vom GHV vorgeschlagene Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 2010 mehr als folgerichtig.

Kurt Müllers Anliegen war es, die Zeugnisse christlichen Lebens in Villingen und darüber hinaus für alle Menschen sichtbar zu machen. Wie kein anderer stand deshalb Kurt Müller für die Sanierung zahlreicher Wegkreuze in und um Villingen und wie kein anderer wusste er diese Zeugnisse lebendigen christlichen Glaubenslebens in unserer Stadt in ihren kunsthistorischen Zusammenhang zu stellen.

Kurt Müller war bis zu seinem Tod ein Mensch, dem alle, die ihn kannten, großes und unbegrenztes Vertrauen entgegenbrachten. Er beriet fundiert, wenn man ihn fragte und genoss außerordentlich hohe Wertschätzung aller Mitglieder besonders im Vorstand unseres Vereins. Wir trauern um einen humorvollen, offenen, in seinen Ansichten immer ehrlichen und zutiefst von seinem priesterlichen Auftrag geprägten sehr guten Freund. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen. Wir werden Kurt Müller in unserer wertschätzenden Erinnerung ein dauerndes Andenken bewahren.

Für den Vorstand und Beirat des Geschichts- und Heimatvereins Villingen e.V.

Dr. Rupert Kubon

Die religiösen Feste und ihr Brauchtum im Kirchenjahr

Kurt Müller †



Abb. 1: Dekan u. Münsterpfarrer i. R. Kurt Müller
(Foto: SchwaBo, 2017).

Der monotone Rhythmus der Tage im Kalenderjahr wird gegliedert und mit Spannung geschmückt durch die aus der Bibel stammende Siebentageweche, durch die Jahreszeiten, die Lebensalter, durch die Wetterlage, durch familiäre Ereignisse, politische Gedenktage und schließlich durch das Kirchenjahr mit seinen Festen und Gedenktagen sowie durch das zugehörige Brauchtum.

In der kirchlichen Tradition beginnt das Jahr am ersten Adventssonntag. Mit dem Advent eng verbunden ist der Adventskranz in den Häusern der Familien und in den Kirchen. Jede Woche leuchtet eine Kerze mehr am grünen Kranz. Das heller werdende Licht ist ein schlichter Verweis auf das kommende, helle Licht an Weihnachten.

Am Fest der heiligen Barbara am vierten Dezember wird im Garten ein dürrer Kirschzweig abge-

schnitten. In lauwarmes Wasser gestellt erblüht der Kirschzweig an Weihnachten als Symbol für das angekommene Licht des Erlösers.

Der 6. Dezember und ein paar Tage darum herum gehören dem Nikolaus-Brauchtum. Der Bischof Nikolaus von Myra und der eventuell heidnische Begleiter Knecht Ruprecht besuchen die Familien, um die Kinder zu gutem Leben, zum Respekt vor den Eltern und zu den Übungen der Frömmigkeit anzuhalten. Der Nikolaus ist kein Poltergeist sondern ein Herold des kommenden Christfestes.

Neun Monate vor ihrem Geburtsfest am 8. September wird am 8. Dezember in allen Kirchen freudig das Hochfest der ohne Erbsünde empfangenen Jungfrau Maria gefeiert.

In nördlichen Ländern ist das Fest der Heiligen Luzia (Märtyrerin aus Syrakus um 350) besonders für die Kinder wichtig. Mädchen tragen ein weißes Kleid und eine Lichterkrone, sie bringen Licht und Geschenke zum Mitwintertag.

Ein wertvoller Brauch, wo er gepflegt wird, ist die Herbergssuche. Eine Gruppe von Frauen und Männern auch mit Jugendlichen besuchen mit Musikinstrumenten befreundete Familien und singen und spielen vom kommenden Christfest. Damit werden Advents- und Weihnachtslieder gesungen und lebendig erhalten.

In vielen Kirchen lebt die Einladung an die Gemeinde, jede Woche einmal ein Rorate-Amt zu feiern, in der Regel am frühen Morgen. „Rorate coeli de super“, so lautet der Eingangsvers zur Messe: „Ihr Himmel tauet den Gerechten.“

In den letzten Tagen des Advents werden von Kindern und Erwachsenen der Stall und die Landschaft der Weihnachtsskrippe aufgebaut. Viel Liebe und Fertigkeit aber auch hohe Kunst werden eingesetzt, um in den Familien aber auch

in den Pfarrkirchen die Ereignisse von Bethlehem eindrucksvoll darzustellen.

Oft breitet neben oder über der Krippe der geschmückte Weihnachtsbaum, der Christbaum seine Zweige aus mit Kerzen und mit Schmuck zerbrechlicher Art. Am Heiligen Abend nach der Christmette in der Kirche werden Krippe und Baum mit Kerzen beleuchtet. Geschenke werden verteilt, Weihnachtslieder werden gesungen mit oder ohne Instrumente. Die Weihnachtstage werden von den Christen aller Konfessionen mit Herzblut begangen. Dazu gehört: Das Heimkommen der schon ausgezogenen Kinder und die Besuche bei Verwandten und Angehörigen.

Am Fest des heiligen Papstes Silvester endet das bürgerliche Jahr. Gern wird dieser Anlass in froher Runde gefeiert. Besinnlich beginnt das neue Jahr am Morgen des 1. Januar: Der Bischof und wichtige Politiker veröffentlichen ihre Neujahrsansprachen mit Hoffnungen, Erwartungen und Ausblicken in das neue Jahr hinein.

In vielen Gemeinden wird der schöne Brauch der Sternsinger gepflegt. Um das Fest Dreikönig am 6. Januar herum werden Buben oder auch Mädchen mit Kleidern und Kronen der drei Könige ausgestattet. Sie tragen aus Holz geschnitzten Stern von Bethlehem, den die Weisen aus dem Morgenland gesehen hatten. Sie besuchen singend die Familien und sammeln milde Gaben für die Weltmission.

Dann kommt bald die Fasnachtszeit. Wochen und Tagen sind geprägt von Veranstaltungen bis hin zu den Höhepunkten: Kinderfasnacht am Schmutzigen Donnerstag, der historische Umzug am Fasnachtsmontag und der große Umzug am Fasnachtsdienstag.

Ein jäher Halt in den Vergnügungen verlangt der Aschermittwoch, der Beginn der 40-tägigen Buß- oder Fastenzeit. Geweihte Palmzweige vom vergangenen Palmsonntag werden verbrannt und mit der Asche wird den Gläubigen ein Kreuz auf die Stirn gezeichnet; der Priester sagt dazu: „Denk daran, du bist Staub und wirst zum Staub zurückkehren.“ In der Fastenzeit bis Ostern sind die Gläubigen eingeladen zum eifrigen Besuch der Gottesdienste, zum Verzicht auf Luxus, zu Spen-

den für Notleidende und zum Empfang des Bußsakraments. Viele Kirchen sind geschmückt mit einem künstlerisch gestalteten Fastentuch oder Hungertuch. Die Gläubigen sind auch besonders eingeladen meditativ die 14 Kreuzwegstationen in der Pfarrkirche aufzusuchen. Das Triduum Sacrum, die heiligen drei Tage, beschließen die Fastenzeit: der Gründonnerstag, Karfreitag und die Osternacht. Dann ist Ostern, das Fest aller Feste.

Die Woche nach Ostern steht bis zum Weißen Sonntag im Zeichen der Erstkommunikanten.

Zum festen und beliebten Brauchtum im Monat Mai gehören die geschmückten Maialtäre in den geschmückten Pfarrkirchen und in den Maria geweihten Wallfahrtskirchen. Marienlieder prägen die Stimmung in den Maiandachten. In Kirchen und Häusern werden Bilder der Gottesmutter besonders geschmückt.

40 Tage nach Ostern ist das Hochfest Christi Himmelfahrt. Dieses Fest wurde früher häufiger als heute vorbereitet durch Prozessionen an den Bitttagen. In Villingen feiern die fünf Pfarrgemeinden gemeinsam ein Bittamt vor der Lorettokapelle. Es geht um günstige Witterung und die Fruchtbarkeit der Felder. Von diesem Tag an wird am Ende der Sonntagsmesse mit dem Reliquienkreuz der Wettersegen gespendet. Bekannteste Bittprozession ist der Blutrtritt von Weingarten.

50 Tage nach Ostern ist Pfingsten, das Hochfest des Heiligen Geistes, der Geburtstag der Kirche.

Dörfer und Städte bekommen ein ganz eigenes Gesicht, wenn Straßen und Häuser geschmückt werden für die Fronleichnamsprozession, bei der das allerheiligste Sakrament in der Monstranz oft über Blumenteppeiche getragen wird. An vier Stellen oder Altären wird der Segen über die Gemeinde gespendet.

Im Sommer finden wir im Kalender wichtige Heiligennamen, die jeweils in einer besonderen Kirche als Patrozinium gefeiert werden. Das sind etwa: am 5. Juni Bonifatius, der Patron der Deutschen. Am 11. Juni der alte Villingener Stadtpatron Barnabas, ihn finden wir am Hochaltar des Münsters auf der rechten Seite des Altarschreins. Am 13. Juni ist der Tag des Hl. Antonius von

Padua. Am 21. Juni feiern wir den Hl. Aloisius von Gonzaga, am 24. Juni ist der Gedenktag an Johannes den Täufer, und am 29. Juni denken wir an die Apostelfürsten Petrus und Paulus. Am 11. Juli steht der Mönchspater Benedikt von Nursia im Kalender und am 15. Juli unser seliger Landespatron Bernhard von Baden. Am 15. August wird das Fest Maria Himmelfahrt in allen Kirchen begangen, viele Kirchen sind auf ihren Namen geweiht, feiern also am 15. August das Fest des Schutzpatrons, das Patrozinium. Jede Pfarrkirche hat einen Schutzpatron und die allermeisten Gläubigen tragen als Vorname einen Heiligen oder eine Heilige, die sie als persönlichen Namenstag feiern.

Am 14. September steht im Kalender: Festkreuzerhöhung. Bis zu diesem Tag wird der Wetterseggen am Ende der heiligen Messe gespendet, und dann ist die Jahrernte eingebracht.

Der Oktober bekommt sein besonderes Gesicht durch die Pflege des Rosenkranzgebetes, das am

7. Oktober durch den Gedenktag unserer lieben Frau vom Rosenkranz den Gläubigen stets neu ans Herz gelegt wird.

Damit ist es Herbst geworden. Mit dem November kommen die ernstesten Tage der Erinnerung an die Toten, die Pflege der Gräber und das Denken an den eigenen Tod. An den Festen Allerheiligen und Allerseelen, das an sich einen frohen dankbaren Charakter hat, denn die Heiligen sind die spirituelle Ernte der Kirche, besuchen die Gemeinden in einem gemeinsamen Gang die Gräber der Toten. Dafür werden die Gräber noch einmal winterfest geschmückt.

Es erscheinen im Kalender noch der Heilige Martin am 11. November, die Heilige Landgräfin Elisabeth am 19. 11., am 26.11. unser Diözesanpatron der Heilige Konrad von Konstanz. Auch er steht am Hochaltar des Villingener Münsters.

Und jetzt folgt schon der Ausblick auf das neue Kirchenjahr am ersten Advent.

Das Villingener Machtzentrum am Münsterplatz

Rückblick auf den Tag des offenen Denkmals 2017

Heinrich Maulhardt

Das bundesweite Motto des am 10. September 2017 stattgefundenen „Tag des offenen Denkmals“ lautete „Macht und Pracht“. In der Handlungsanweisung zur Auffindung solcher Denkmale, die Macht und Pracht ausstrahlen, schrieben die Veranstalter: *„Architektur und Kunst drücken seit jeher den Wunsch ihrer Erbauer, Erschaffer und Auftraggeber aus, Schönheit, Wohlstand, weltliche und religiöse Machtansprüche abzubilden. Dies geschieht durch Form- und Materialwahl, den Einsatz von Technik und Technologien, die Art der künstlerischen Ausgestaltung mit Farben, Motiven und Ornamentik, den gewählten Bauplatz und die Qualität der eingebundenen Baumeister, Architekten, Künstler und Handwerker.“* Es wurden solche Gebäude gesucht, in denen Personen oder Interessengruppen Einfluss auf das Verhalten und Denken großer Teile der Stadtbevölkerung ausgeübt haben und ausüben.¹

Das zweifellos mächtigste Bauwerk Villingens ist seine Stadtbefestigung. Sie wurde ab 1200 errichtet und hatte eine Länge von 1.899 m, von denen noch 1.370 m vorhanden sind. Ihre Höhe beträgt 10 m und sie ist 1,7 m mächtig. Mit dieser Mauer beabsichtigte die Stadt ihre Feinde fern-

zuhalten. Meine Wahl fiel unter den mit Machtansprüchen ausgestatteten Bauwerken Villingens 2017 trotzdem nicht auf die Stadtmauer.

Bei der Suche nach Denkmalen, in denen weltliche und kirchliche Macht ausgeübt wurde und wird, fiel mir der Villingener Münsterplatz ein, der über die Jahrhunderte hinweg m. E. die größte Konzentration solcher Gebäude bot.² In seiner Wortbedeutung ist der Begriff Macht stammverwandt mit dem Alltagsbegriff „machen“. Wo waren und sind die „Macher“ am Münsterplatz untergebracht?

Seit der Neugründung Villingens auf der rechten Seite der Brigach im späten 11. Jahrhundert³ sind es die Münsterkirche selbst als Wahrzeichen der Stadt und um sie herum folgende Gebäude, mit denen Machtansprüche realisiert wurden:

1 Das Alte Rathaus, Rathausgasse 1, datiert aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Es befand sich in seinen Anfängen auf dem Grundstück des Hauses der Herrenstube der Villingener „Müßiggänger“, dem Treffpunkt der Villingener Oberschicht, heute Rietstraße 20. Von dort war auch ursprünglich der Zugang zum Rathaus. Erst 1534/36 wurde es zum Münsterplatz hin orientiert und erhielt 1587 mit dem Treppenturm seinen Zugang von der Rathausgasse. Die Ausübung der weltlichen politischen Macht und der Gerichtsbarkeit wurde somit in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts von der Rietstraße an den Münsterplatz verlegt.

2 Ein Teil des heutigen (neuen) Rathauses, Münsterplatz 7 + 8, war bis 1926 das Pfarrhaus der Münsterpfarrgemeinde (Münsterplatz 7). Es erschien in seiner heutigen Gestalt erstmals im Jahre 1537. Da in diesen Jahren auch das Alte Rathaus eine neue Orientierung und



Abb. 1: Der Münsterplatz, von Süden, im Hintergrund das kath. Pfarrhaus, Foto: Heinrich Maulhardt.

eine Münsterplatzfassade erhielt, dürfte sich der Münsterplatz in dieser Zeit endgültig zum kirchlichen und weltlichen Machtzentrum der Stadt entwickelt haben. Vermutlich wurde damals auch die Bebauung südlich und nördlich des Münsters zugunsten der freien Platzgestaltung zurückgenommen, indem die Grundstücke verkürzt wurden

3 1761/62 war das Alte Rathaus für die Verwaltungstätigkeit der Kommune zu klein geworden und sie baute ein zweites Rathausgebäude, die Kanzlei, Münsterplatz 8.

4 Am Ende des 19. Jahrhunderts kam es nicht nur in Villingen zu einem enormen Anstieg der Bevölkerung. Zwischen 1871 und 1914 verdoppelte sich die Einwohnerzahl der Stadt von 5.367 auf 12.666.⁴ Hintergrund dieser Entwicklung waren u. a. die Industrialisierung, der steile Anstieg der Zahl der Gewerbebetriebe, der damit verbundene Zuzug von Menschen vom Lande in die Stadt, die Verbesserung der Gesundheitsversorgung. Auch bedingt durch den Bevölkerungstransfer vom Lande wuchs der Anteil der Protestanten an der bis 1850 fast ausschließlich katholischen Stadtbevölkerung auf rund 15 Prozent.⁵ Der Anstieg der Bevölkerungszahlen und die Zunahme der wahrzunehmenden Aufgaben bei der



Abb. 2: Paradeaufstellung des Infanterie-Regiments Nr. 169 (badisch) am 1. 10. 1913 auf dem Münsterplatz. Im Hintergrund das 1915 abgerissene Polizeigebäude und dahinter das Grüninger'sche Haus.

Stadtverwaltung⁶ und der Münsterpfarrei hatten zur Folge, dass die vorhandenen Verwaltungsgebäude von Kommune und Pfarrei zu klein waren und beide Institutionen nach Lösungsmöglichkeiten suchten. In einem Schreiben des Villingener Gemeinderats vom 23. 07. 1913⁷ heißt es: „Infolge großen Platzmangels im Rathaus wäre es erwünscht, sobald als möglich in den Besitz des Pfarrhauses [Münsterplatz 7, H.M.] zu gelangen.“ Wenige Monate zuvor, im März 1913, wurde bereits der Tausch des Pfarrhauses gegen neue Grundstücke für die Pfarrgemeinde ins Spiel gebracht.⁸

Der von der Stadt intendierte Lückenschluss ihrer Verwaltungsgebäude fand auch beim Stadtpfarramt Anklang. So kam es zu folgendem Plan: Nachdem die Pfarrei das Dold'sche und Grüninger'sche Anwesen in der Kronengasse am



Abb. 3: Lageplan zum projektierten Neubau des kath. Pfarrhauses vom Mai 1912.

02.04.1912⁹ erworben hatte (Abb. 3), sollte das Pfarrhaus gegen neue Grundstücke getauscht werden. Das Polizeiwachtgebäude (Abb. 2 + 3) und das Grüninger'sche Haus sollten bereits 1914 abgebrochen werden.¹⁰ Tatsächlich fand der Abbruch erst 1915 statt. Auf den getauschten und neuerworbenen Grundstücken an der Kronengasse und am Münsterplatz sollte ein neues Pfarrhaus entstehen, dessen Raumprogramm bereits 1912 feststand.¹¹ Auch hatte man sich 1914 Gedanken zur Fassadengestaltung des neuen Hauses gemacht. Der kath. Stiftungsrat schrieb an den Stadtrat: „Von den verschiedensten Seiten sind wir ersucht worden, dem Münsterpfarrhaus im Hinblick auf das farbenprächtige Rathaus [Rathausgasse 1, H.M.] einen anderen Anstrich zu geben. Auch wir selbst haben dieses Empfinden, ebenso die Kirchengemeindevertretung.“¹²

Vergleicht man die Planzeichnung von A. Ummerhofer (Abb. 5) mit der Wirklichkeit (Abb. 6), so fällt auf, dass u. a. die Anzahl und



Abb. 4: Altes Rathaus, Ostfassade, Bemalung von 1897 in historisierendem Stil.



Abb. 5: Pfarrhausneubau Villingen, Zeichnung von A. Ummerhofer.

Gestalt der heutigen Fenster von der Zeichnung abweichen. Der Brunnen auf dem Münsterplatz mit Maria Königin auf einer Säule wurde nicht realisiert. Dafür entstand ein Bild mit demselben Motiv an der Ostseite des Gebäudes in Höhe der oberen Fensterreihe (Abb. 6).

Die 1897 erfolgte Bemalung der Ostfassade des Alten Rathauses (Abb. 4) hielt allerdings nur bis 1925 und wurde durch einen Anstrich mit abgesetzten Gewänden ersetzt.¹³ Der Tausch umfasste von Seiten der Pfarrei das Gebäude Münsterplatz 7 und den Verkauf der Friedhofkapelle an die Stadt. Im Gegenzug stellte die Stadt den Baugrund Kanzleigasse 10 für den Neubau des Pfarrhauses zur Verfügung.



Abb. 6: Foto des heutigen Pfarrhauses. Foto: Heinrich Maulhardt.

Mit dem Bau des neuen Pfarrhauses sollte im März 1914 begonnen werden. Infolge des 1. Weltkrieges, der am 18. Juli 1914 begann und 1918 endete, konnte das Vorhaben zunächst nicht verwirklicht werden. „Eine alsbaldige Ausführung des Neubaus ist ausgeschlossen“, hieß es in einem Schreiben vom 3.12.1914.¹⁴ Erst 11 Jahre später wurde der Neubau im Zeitraum März 1925 bis Juli 1926 verwirklicht und die Stadt erhielt das bisherige Pfarrhaus als zusätzliches Verwaltungsgebäude. Der Architekt war Hermann Graf. Er war in den Erzbischöflichen Bauämtern Konstanz und Freiburg von 1910 bis 1936 tätig. Der ursprüngliche, vor dem Weltkrieg aufgestellte Grundriss wurde reduziert. Die Breite verkleinerte sich um 1,20 m. Diese Kürzung betraf die nach dem Hof gelegenen Räume, das Treppenhaus und die Zimmer der Haushälterin.¹⁵

„Zum Pfarrhausneubau in Villingen (...) ist ein Nebengebäude nebst Einfriedungen zu errichten, welches einerseits als Holzlege, wozu es bisher ausschließlich vorgesehen war, andererseits als

Paramentenkammer dienen soll, nachdem es nicht möglich ist, die schönen alten Sakristei-schränke, die bisher im alten Pfarrhause standen, im neuen unterzubringen, da die Geschosshöhe nicht ausreicht (...)“¹⁶, heißt es im Baubeschrieb des Erzbischöflichen Bauamtes aus dem Jahre 1926. Dieses Nebengebäude wurde dann fertiggestellt und dient heute auch als Jugendraum.

Für den hinteren Bereich des Grundstücks Kanzleigasse 10 und auf der Fläche des 1915 abgerissenen Grüninger'schen Hauses an der Kronengasse legte das Erzbischöfliche Bauamt einen detaillierten Plan für eine Gartenanlage vor. Unmittelbar hinter dem Pfarrhaus sollte ein Blumengarten mit Rosen und Stauden begrenzt durch Linguster entstehen, im hinteren Bereich ein großflächiges Beeren- und Gemüseland sowie ein Bleich- und Teppichklopfplatz. Belege, dass dieser Plan der Gartenanlage jemals realisiert wurde, habe ich nicht gefunden. Auf einem Teil des Blumengartens stehen heute Garagen und dahinter befindet sich eine große Rasenfläche mit wenigen Bäumen.



Abb. 7: Münsterplatz Luftaufnahme von 2017. Die Verkürzung der Grundstücke (Kanzleigasse 4, 6, 8) auf der Nordseite, auf dem Foto links vom Münster, zugunsten der freien Platzgestaltung ist zu erkennen. Foto: Jens Hagen.

Mit dem Bau des Pfarrhauses ist eine Institution der Macht vom Münsterplatz zunächst nicht verschwunden, das Gebäude der Polizei. Sie erhielt nach 1915 ihren Standort in der Kanzleigasse 1, heute befindet sie sich an der Waldstraße.

Als es am Ende des 2. Weltkriegs zu einem Machtwechsel in Villingen kam, machte die französische Armee das Rathaus am Münsterplatz zu ihrem Machtzentrum. Edwin Nägele, der erste frei gewählte Bürgermeister der Stadt nach dem 2. Weltkrieg, erinnerte sich: *„Französische Uniformen gingen [1946 im Rathaus, H.M.] ein und aus, und im ersten Obergeschoß, wo früher – wie auch heute wieder – der Bürgermeister seinen Sitz hatte, residierte der französische Gouverneur (...) Das Stockwerk darüber war dem deutschen Bürgermeister vorbehalten.“*¹⁷

5 Am Münsterplatz befand sich seit dem 13. Jahrhundert eine Institution, die ein Machtfaktor im Bereich der Stadtwirtschaft darstellte. Es handelte sich um das Heilig-Geist-Spital, Rietstraße 8, eine Stiftung der Gräfin Agnes von Fürstenberg.¹⁸ Das Spital entwickelte sich zu einem der größten Grundbesitzer und verfügte über umfangreiche Zins- und Zehntrechte sowie Geldguthaben. Zum spitalischen ‚Einzugsbereich‘ gehörten zahlreiche Dörfer in der Umgebung. Im 14. Jahrhundert gehörten ihm bzw. waren ihm zinsverpflichtet 1/8 der Häuser und fast 1/3 der Gärten Villingens. Zur Haupteinnahmequelle der Wirtschaft entwickelten sich im 16. und 17. Jahrhundert die Geldgeschäfte, wobei die Stadt Villingen als größter Schuldner in den Büchern auftaucht. Als im Jahre 1770 Villingen wegen Missernten die Vorderösterreichische Regierung um Steuererlass bat, wurde die Bitte von der Regierung mit dem Hinweis abgelehnt, Villingen habe das „bestbegütetste Spital im Breisgau“¹⁹. Das Spitalgebäude wurde 1727 erneuert und 1825 Sitz des Kaufhauses, als das Spital in das ehemalige Franziskanerkloster umzog.

Waren bis zum 19. Jahrhundert alle Mächtigen mit Ausnahme der Klöster am Münster-

platz beheimatet, änderte sich das Bild mit dem Beginn der Industrialisierung und der Bildung von Wirtschaftsmacht durch das industrielle Kapital.²⁰ Die Industriebetriebe und die Villen der Fabrikanten befanden sich bald außerhalb der Stadtmauer, die spätestens im 18. Jahrhundert ihre militärische Bedeutung verloren hatte und deren Reste seit dem Ende des 19. Jahrhunderts insbesondere touristische Bedeutung haben. Ein erster Lichtblick bzgl. des Engagements des Staates in Villingen war der Bau des Strafgerichtsgebäudes 1847, für den die Stadt sogar das Niedere Tor abriß und Grundstücke zur Verfügung stellte.²¹ Bis heute sind am Münsterplatz der Sitz des Oberbürgermeisters und ein kleiner Teil der Stadtverwaltung der 1972 neu gegründeten Stadt Villingen-Schwenningen, die Münsterkirche und das katholische Pfarramt verblieben. Vor allem in den vergangenen zwei Jahrhunderten hat der Münsterplatz viel von seiner Standortmacht eingebüßt. Prüft man darüber hinaus die Gebäude seiner Anrainer auf das Merkmal „Pracht“, so ist davon, abgesehen von der Münsterkirche nicht viel zu finden. Das Alte Rathaus war im Mittelalter eher ein Verwaltungszweckbau als ein Ort der Repräsentation. Erst nach den Umbauarbeiten und seiner Erweiterung im 16. Jahrhundert erhöhte sich seine Attraktivität für Festlichkeiten und zu Repräsentationszwecken. Bumiller ist zuzustimmen, wenn er zu dem Schluss kommt, dass nicht der Ratssaal, sondern



Abb. 8: Das Pfarrhaus St. Gebhard Konstanz Petershausen, erbaut 1926, Architekt Hermann Graf, hat große Ähnlichkeit mit dem Villingen Münsterpfarrhaus.²³

eher die Herrenstube vorgezogen wurde „wenn es galt, große Herren standesgemäß zu empfangen und zu verköstigen“²² und politische Beratungen mit großen Herren eher im Franziskaner stattfanden. Immerhin war der Bereich des Münsters über sieben Jahrhunderte das alleinige Machtzentrum Villingens.

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Macht> vom 26.08.2019.
- ² „Die Bauten der Orts- und Kirchherrschaft haben in der Nachbarschaft des Münsters sicher dominiert, ergänzt von Gebäuden, die im Zusammenhang mit Stiftungen entstanden, von Häusern des Stadtel, doch auch von bürgerlichen Behausungen wie ‚des Mesners Haus‘ in der Rathausgasse.“ Quelle: Ortskernatlas Baden-Württemberg. Stadt Villingen-Schwenningen bearbeitet von Peter Findeisen. Villingen-Schwenningen 1991, S. 11. Diese Aussage von Findeisen belegen genauere Untersuchungen von Casimir Bumiller: Untersuchungen zur Geschichte des Alten Rathauses Villingen. Im Auftrag der Stadt Villingen-Schwenningen, unveröffentlichtes Manuskript, August 1995, S. 32, SAVS 1.10 Nr 135.
- ³ Vgl. Bertram Jenisch: Die Entstehung der Stadt Villingen. Archäologische Zeugnisse und Quellenüberlieferung. Stuttgart 1999, S. 190.
- ⁴ Die Einwohner-Entwicklung Villingens in den letzten 200 Jahren, in: Geschichts- und Heimatverein Villingen. Jahreshft XIX – zum 25-jährigen Vereinsjubiläum 1994/95, S. 91.
- ⁵ Marga Burkhardt, Ute Grau, Barbara Guttmann: Villingen und Schwenningen im Kaiserreich, in: Geschichte der Stadt Villingen-Schwenningen. Band II Der Weg in die Moderne. Villingen-Schwenningen 2017, S. 232.
- ⁶ Vgl. wie Anmerkung 3, S. 170.
- ⁷ Archiv der Münsterpfarrei Villingen Mü I/9 D 6.
- ⁸ Wie Anmerkung 7.
- ⁹ Wie Anmerkung 7.
- ¹⁰ Wie Anmerkung 7.
- ¹¹ Wie Anmerkung 7.
- ¹² Wie Anmerkung 7.
- ¹³ Im Jahre 1997 machte sich eine Arbeitsgruppe Neugestaltung der Fassade Alten Rathaus Gedanken über die Fassadengestaltung anlässlich der Renovation des Hauses. Die damaligen Ideen, unter denen sich auch eine Wiederauflage der Bemalung von 1897 befand, wurden jedoch nicht verwirklicht.
- ¹⁴ Wie Anmerkung 7.
- ¹⁵ Wie Anmerkung 7.
- ¹⁶ Baubeschrieb des Erzbischöflichen Bauamtes, Stadt Villingen-Schwenningen, Bauaktenarchiv Nr. 514.974.

- ¹⁷ Zeitzeuge 1946-1950: Edwin Nägele – ein Bürgermeister erinnert sich, in: Geschichts- und Heimatverein Villingen. Jahreshft XII, 1987/88, S. 8.
- ¹⁸ Zum Spital auch im Folgenden: Ute Ströbele: „Armut, Alter, Krankheit“. Aspekte des Villingen Armenwesens in der Neuzeit, in: Villingen und Schwenningen. Geschichte und Kultur. Villingen-Schwenningen 1998, S. 267–286, insbesondere. S. 279–281.
- ¹⁹ Wie Anmerkung 18, S. 281 und Anmerkung 80 auf S. 286.
- ²⁰ Vgl. Casimir Bumiller: Villingen im Großherzogtum Baden 1806 bis 1871, in: Geschichte der Stadt Villingen-Schwenningen. Band II Der Weg in die Moderne. Villingen-Schwenningen 2017, S. 14–113, hier: S. 48–58, 101–104.: Geschichte der Stadt Villingen-Schwenningen. Band II Der Weg in die Moderne. Villingen-Schwenningen 2017, S. 232. Wie Anmerkung 5, S. 192-202.
- ²¹ Vgl. Bumiller: Villingen im Großherzogtum Baden, wie Anmerkung 20, S. 24–28.
- ²² Casimir Bumiller: Untersuchungen zur Geschichte des Alten Rathauses Villingen. Im Auftrag der Stadt Villingen-Schwenningen, unveröffentlichtes Manuskript, August 1995, S. 18, SAVS 1.10 Nr. 135.
- ²³ Für den Hinweis auf die architektonischen Bezüge zum Villingen Münsterpfarrhaus danke ich Pfarrer Alfons Weisser.

Abbildungen:

- Abb. 1 Der Münsterplatz, von Süden, im Hintergrund das kath. Pfarrhaus, Foto: Heinrich Maulhardt.
- Abb. 2 Paradeaufstellung des Infanterie-Regiments Nr. 169 (badisch) am 1.10.1913 auf dem Münsterplatz. Im Hintergrund das Polizeigebäude am Münsterplatz, das 1915 abgerissen wurde. Hinter dem Polizeigebäude ist ein Teil des Grüninger'schen Hauses an der Kronengasse zu sehen.
- Abb. 3 Lageplan zum projektierten Neubau des kath. Pfarrhauses, Mai 1912, Quelle: Archiv der Münsterpfarrei Villingen Mü I9/D4.
- Abb. 4 Altes Rathaus, Ostfassade, Bemalung von 1897 in historisierendem Stil nach einem Entwurf von Prof. Karl Eyth, Karlsruhe. Quelle: SAVS 1.42.91 aus Nr. 146.
- Abb. 5 Pfarrhausneubau Villingen, Zeichnung von A. Ummerhofer, 1924. Quelle: Archiv der Münsterpfarrei Villingen Mü I9/D4.
- Abb. 6 Foto des heutigen Pfarrhauses. Foto: Heinrich Maulhardt
- Abb. 7 Münsterplatz Luftaufnahme 2017. Foto: Jens Hagen.
- Abb. 8 Das Pfarrhaus St. Gebhard Konstanz Petershausen, erbaut 1926, Architekt Hermann Graf, hat große Ähnlichkeit mit dem Villingen Münsterpfarrhaus. Foto: Margit Junker.

Europa „vom Kopf auf die Füße stellen“

Erwin Teufel

Vortrag im Villinger Münsterzentrum



Im Vorfeld der Europawahl sprach unser Mitglied Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel in seinem Vortrag „Europa vom Kopf auf die Füße stellen“ über die Möglichkeiten und Chancen eines geeinten Europa. Erwin Teufel stellt uns seinen viel beachteten Vortrag im Folgenden zur Verfügung.

I. In Deutschland sind heute Zustimmung zur Europäischen Union und Ablehnung zwei Seiten einer Medaille. Die stabile und mehrheitliche Zustimmung beruht auf der europäischen Geschichte. Seit dem großen Frieden in Europa, der den Dreißigjährigen Krieg beendet hat, dem Frieden von Münster und Osnabrück, den man auch den „Ewigen Frieden“ genannt hat, hat es in Europa nicht weniger als 48 Kriege gegeben. Jede Nachkriegszeit wurde wieder zur Vorkriegszeit.

Im 20. Jahrhundert wurden die europäischen Kriege zu Weltkriegen mit über 14 Millionen Toten im Ersten Weltkrieg und über 50 Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg. Nach der totalitären Zerstörung der Städte, nach Vertreibung und Flucht von Millionen Menschen aus ihrer angestammten Heimat, nach der geistigen Verwüstung durch totalitäre Ideologien, kam es zur Besinnung

im Denken der Überlebenden. Winston Churchill, Robert Schuman, Jean Monnet, Alcide de Gasperi, Konrad Adenauer, Paul Henri Spaak haben mit Weitblick und Mut in schwierigster Nachkriegszeit eine neue Politik eingeleitet. Die USA haben aus dem zerstörten Deutschland keine Reparationen herausgepresst, sondern mit dem Marshall-Plan geholfen und einen Neubeginn ermöglicht. Obwohl die Wunden des Zweiten Weltkriegs, die jede Familie getroffen haben, noch nicht verheilt waren, wuchs langsam aber stetig das gegenseitige Vertrauen unter den europäischen Völkern und ihren Regierungen. Zum ersten Mal wurde eine Nachkriegszeit bei uns nicht wieder zur Vorkriegszeit. Wir haben im Westen und in der Mitte Europas seit 70 Jahren keinen Krieg. Es wächst bei uns die dritte Generation heran, die keinen Krieg erlebt hat. Wann hat es dies in unserer Geschichte gegeben? Diese Zeit des Friedens und der Freiheit und des Rechtsstaates ist kein Zufall, sondern das Ergebnis weitsichtiger Politik und enger Zusammenarbeit. Es ist das Ergebnis der Europäischen Gemeinschaft von Kohle und Stahl, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Union. Der Gedanke und die realistische Politik der sechs Gründerstaaten waren so attraktiv, dass im Laufe der Jahre die Gemeinschaft von sechs auf acht, dann auf 10, auf 12, dann auf 15 wuchs. Die große Zeitenwende des Jahres 1989 in Europa hat die Erweiterung auf 25 und jetzt 28 Staaten ermöglicht. Europa ist vor jeder Wirtschaftsgemeinschaft zuerst Friedensgemeinschaft. Die jungen Menschen in Europa verbringen nicht mehr die besten Jahre ihres Lebens im Krieg, sondern sie können die besten Jahre für ihre Ausbildung, für das Studium, für den Aufbau einer beruflichen Existenz, für die Gründung einer Familie aktiv gestalten. Jede und jeder kann mehr aus seinem Leben machen. Europa und das Bündnis mit

den Vereinigten Staaten von Amerika haben dies ermöglicht. Wir haben offene Grenzen für Menschen, für den Wissensaustausch, für Waren und Dienstleistungen, für Urlaub und kulturelle Vielfalt. Deshalb ist jeder, der bei Verstand ist, auch Europäer.

II. Das ist die erste Seite der Medaille. Die zweite Seite ist leider auch real. Eine zunehmende Zahl von europäischen Bürgerinnen und Bürgern lehnt Europa ab oder steht ihm skeptisch gegenüber. Es gibt zwar Ursachenbündel für diese Haltung: zum einen die Begründung, Europa sei ein undurchschaubares Gebilde in Brüssel, bürokratisch, zentralistisch, bürgerfern, undemokratisch, unüberschaubar. Die zweite Ursache für die zunehmende Ablehnung ist die Eurokrise der letzten 5 Jahre. Bei den Bürgern der Zahlerländer ist es eine Sorge, dass der Preis für die Milliarden der Rettungsfonds letztlich den Bürgern auferlegt wird. Es entsteht der Eindruck, es sei ein Fass ohne Boden. Die Menschen bei uns wollen eine Vorsorge für ihr Alter und eine Fürsorge für eine qualifizierte Ausbildung für ihre Kinder und sehen, dass sich bei den Niedrigzinsen Sparen nicht mehr lohnt, die Habenzinsen niedriger sind als die Inflationsrate und die Lebensversicherungen und Bausparverträge sich nicht mehr rentieren. Die Empfängerländer, die Krisenländer der Eurozone klagen über mangelnde Solidarität, über aufgezwungene Sparmaßnahmen, über bittere Auswirkungen der „aufgezwungenen“ Stabilitätspolitik auf breite Bevölkerungsschichten, welche die Armen noch ärmer macht. Der Neid ist auf der einen Seite eine stärkere Triebkraft als das Verständnis für die durch Überschuldung verursachte Krise des eigenen Landes und auf der anderen Seite der Geberländer ist der Neid eine stärkere Triebkraft als die Solidarität mit den Schwachen. Dies alles wird Europa angelastet, ob zu Recht oder zu Unrecht. Es ist eine Realität und ein großes Hindernis für notwendige Reformmaßnahmen, die ganz Europa weiterbringen.

III. Was ist die Lösung? Erstens die Herrschaft des Rechts und die Einhaltung von Verträgen

und zweitens das „Subsidiaritätsprinzip“. Bundeskanzler Helmut Kohl ist nach Maastricht gefahren mit der Aussage und der Absicht: „Währungsunion und Politische Union“. Diese Zielsetzung war absolut richtig. Es gibt weltweit keine Währung ohne Staatsgebiet, ohne die Organe Parlament, Regierung, Haushaltshoheit, Kontrolle dieser demokratischen Organe über die Verschuldung und die Währungsstabilität, ohne die Möglichkeit der Abwertung oder Aufwertung der eigenen Währung gegenüber Fremdwährungen. Deshalb wäre für die Stabilität des Euro die Verlagerung dieser Zuständigkeiten auf die europäische Ebene zwingend gewesen. Sie kam nicht zustande. Gleichwohl kam der „Euro“, weil Präsident Mitterand und Frankreich drängten. Sie befürchteten nach einer Wiedervereinigung Deutschlands die Vorherrschaft der deutschen Wirtschaft und der Deutschen Mark in Europa und machten im Grunde die Einführung des Euro zur Vorbedingung für ihre damals zögernde Haltung für die Wiedervereinigung Deutschlands. Bundeskanzler Helmut Kohl und sein Finanzminister Theo Waigel setzten als Ersatz für die Politische Union wesentliche Stabilitätskriterien für die Einführung des Euro durch: Erstens: 3% Höchstverschuldung eines Mitgliedstaates, gemessen am eigenen Bruttosozialprodukt.

Zweitens: eine Höchstverschuldung von 60% des Bruttosozialprodukts. Drittens: die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und ihre Aufgabenbegrenzung auf die Stabilität des Euro und Viertens: die Nichtbeistandsklausel. Kein Staat der Eurozone darf für die Schulden eines anderen Mitgliedslandes haften. Wäre es zur Politischen Union gekommen oder wären von allen Mitgliedstaaten der Eurozone die Stabilitätskriterien eingehalten worden, so wäre es nicht zur Krise des Euro gekommen. Diese Einsicht muss als Erfahrung für die jetzt notwendigen Beschlüsse und für bindende Verträge zur dauerhaften Sicherung des Euro dienen. Am besten wäre eine Politische Union. Wenn sie nicht zustande kommt, müssen die Stabilitätskriterien verbindlich sein und ihre Kontrolle darf nicht in die Zuständigkeit des Mitgliedstaates

tes verbleiben, sondern muss auf die europäische Ebene verlagert werden. Wir brauchen nach den gemachten Erfahrungen auch eine Einhaltung und eine Konkretisierung der Stabilitätskriterien. Ihre Auslagerung darf nicht – wie bisher – in das Belieben der EZB oder eines Kommissars oder einer nationalen Regierung und Notenbank gestellt werden. Über die geltenden Stabilitätskriterien hinaus müssen weitere verbindliche und überwachte Regeln beschlossen werden: keine Staatsfinanzierung durch die EZB, klare Rechtsregeln und Begrenzungen für die Target-Kredite, Einführung einer Kapitalverkehrssteuer, starke Erhöhung der Eigenkapitalquote der Banken, Einbeziehung der Staatsanleihen in die Unterlegungspflicht der Banken mit Eigenkapital, Mithaftung der Manager für Verluste und nicht nur Boni für Gewinne, Vermeidung von Kapitalverkehr jenseits der Realwirtschaft (Vermeidung der Zockerei,) klarer Rechtsrahmen für den Wettbewerb in einer Sozialen Marktwirtschaft durch die Parlamente. Der Wettbewerb braucht einen Rechtsrahmen. Märkte brauchen Regeln, erst recht Kapitalmärkte. Derzeit ist in vielen Länderregierungen der Mitgliedstaaten der Eurozone der Wille zu diesen Regelungen erlahmt. Viele sagen oder hoffen, die Eurokrise sei überwunden. Das ist nur in Ansätzen der Fall und die Krise kann sich jederzeit wieder verstärken und ihre Auswirkungen belasten noch viele Jahre die Mitgliedstaaten und ihre Bürger. Deshalb muss jetzt alles getan werden, um das Schwelen der Krise einzudämmen und einen Neuausbruch zu verhindern.

IV. Die Europäische Union muss für die notwendigen Rechtsregeln auf der europäischen Ebene die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten gewinnen. Sie muss aber auch und in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, die gegen weitere Aufgabenverlagerungen nach Europa sind, gewinnen. Wie kann das gelingen? Nur durch eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Es darf keine Einbahnstraße für Aufgabenverlagerungen von den Mitgliedstaaten zur EU geben. Es muss Gegenverkehr

geben. Das Subsidiaritätsprinzip ist die Lösung für fast alle Probleme der Europäischen Union. Es denkt Europa vom Bürger her und will Europa von unten nach oben bauen und nicht den Menschen über den Kopf stülpen. Europa muss vom Kopf her auf die Füße gestellt werden. Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Zuständigkeitsprinzip. Es will den Vorrang der je kleineren Einheit. Öffentliche Aufgaben sollen so nah wie möglich an den Menschen und so an den Problemen erledigt werden. Den Bürgern muss Übersicht, Mitsprache, Mitbeteiligung und Einbringen des Sachverstandes und der Erfahrung aller ermöglicht werden. Nach dem Subsidiaritätsprinzip ist die erste und wichtigste Entscheidungsebene die Gemeinde, die Stadt. Die Gemeinde hat ein Selbstverwaltungsrecht. Die Gemeinde ist allzuständig. Die Gemeinde ermöglicht Offenheit, Übersicht, Bürgernähe, Problemnähe, Beteiligung. Nur wenn eine Aufgabe über die Kraft der Gemeinde geht, ist die nächste Ebene zuständig. Die nächste Ebene ist der Kreis. Der Kreis ist ebenfalls eine Selbstverwaltungsebene. Er darf Aufgaben nur übernehmen, wenn sie über die Kraft der Gemeinde geht, also beispielsweise den öffentlichen Nahverkehr, Kliniken, Berufsschulen, Abfallwirtschaft. Nur was über die Kräfte eines Landkreises oder Stadtkreises geht, ist Aufgabe des Landes, in der europäischen Sprache der Region. Zentrale Landesaufgabe ist die Bildungspolitik, von den Schulen bis zu den Hochschulen. Lehrerausbildung und Lehrerbesoldung und Lehrerweiterbildung. Wissenschaftliche Lehre und Forschung an den Hochschulen und Universitäten. Eine weitere wichtige Aufgabe der Länder ist die innere Sicherheit, eine leistungsfähige Polizei, eine gute und unabhängige Gerichtsbarkeit, eine Strukturpolitik für leistungsschwächere Landesteile, Förderung der Existenzgründungen und des Mittelstandes, des Handwerks und der Landwirtschaft. Die Förderung vom Kindergarten bis zum Altenpflegeheim, die Ausbildung von Erzieherinnen bis zu den Altenpflegerinnen. Die Länder müssen Hilfe zur Selbsthilfe leisten und eine menschliche Gemeinschaft ermöglichen. Der Bund darf den Ländern keine Aufgaben entziehen, die sie selbst leisten können. Er kann und

soll sie unterstützen, darf sie aber nicht über den „Goldenen Zügel“ von Finanzzuweisungen gän-
geln. Für den Bund bleiben genügend Aufgaben.
Der Nationalstaat hat Zukunft und geht nicht
auf in einer Europäischen Union. Er ist für alles
zuständig, was über die Kraft der Länder hinaus-
geht. Er braucht nichts an Europa abzugeben, was
er in eigener Kraft bewältigt. Vielfalt in Europa
ist Stärke und nicht Schwäche. Nur was über die
Kraft des Nationalstaates hinausgeht, ist europä-
ische Aufgabe. Wenn man einen gemeinsamen
Markt hat, sind Fragen des Wettbewerbs euro-
päische Aufgaben. Wenn man eine gemeinsame
Währung hat, sind Fragen der Währungspolitik
europäische Aufgaben. Wenn die Welt immer
stärker zu einer Welt wird und die Bürger Europas
einen immer kleineren Anteil an der Weltbevölke-
rung ausmachen, sind gemeinsame Regeln für den
Weltmarkt und den Weltfrieden europäische Auf-
gaben. Grenzüberschreitender Umweltschutz und
Großforschungsprojekte, die über die Kraft eines
Landes hinausgehen, sind europäische Aufgaben.
Von allen anderen Aufgaben soll Europa die Fin-
ger lassen, weil sie auf der Ebene der Kommunen
oder Länder oder Nationalstaaten besser, billiger,
bürgernäher, problemnäher, effizienter erledigt
werden können. Europa ist nicht dann stark, wenn
es sich um tausenderlei Aufgaben, sondern wenn
es sich um die richtigen Aufgaben kümmert. Was
die richtigen Aufgaben sind, kann man nach dem
Subsidiaritätsprinzip ganz genau definieren.

V. Europa war immer dann stark und für die
Bürger überzeugend, wenn es sich um ein wichti-
ges Projekt gekümmert hat, das einleuchtend war
und Europa weitergebracht hat. Wir brauchen
heute ein solches Projekt, das Europa stärkt und
gleichzeitig jede Ebene, von der Gemeinde über
das Land / Region bis zum Nationalstaat, stärkt.
Das Rezept dafür ist das Subsidiaritätsprinzip. Die
Aufgabenerledigung muss auf die richtige Ebene.
Es müssen im Interesse der Europäer und im Inte-
resse einer stabilen Währung weitere Aufgaben
nach Europa. Auf der anderen Seite können Hun-
derte von Aufgaben, die Europa in den letzten 50
Jahren zugewachsen sind und über deren Verein-

heitlichung die Bürger mit dem Kopf schütteln,
heruntergegeben werden. Nicht nur auf die Ebene
des Nationalstaates, sondern auch auf die Länderebene und die kommunale Ebene. Von einem
solchen Projekt, das allen nützt, können und
müssen die Politiker die Bürgerinnen und Bür-
ger überzeugen. Dann wird es mitgetragen und
Europa kommt wichtige und notwendige Schritte
weiter. Nun ist es unser aller Erfahrung, dass eine
politische Ebene an seinen ihr in Jahren zuge-
wachsenen Aufgaben hängt. Insbesondere hängen
diejenigen Menschen an ihnen, die als Mitarbeite-
rinnen und Mitarbeiter an dieser Aufgabenerledi-
gung arbeiten. Sie wollen nicht ihren Arbeitsplatz
verlieren. Der jeweils zuständige Kommissar will
nicht Aufgaben verlieren. Das Europäische Parla-
ment fürchtet Kompetenzverluste. Deshalb müs-
sen andere Ebenen konkrete Vorschläge unterbrei-
ten, beispielsweise der Rat der Regionen Europas,
der Europäische Rat mit der Erfahrung der nati-
onalen Regierungen und Minister, der Bundestag
und der Bundesrat, die Länderparlamente, die
Kommunalen Landesverbände, Landräte und
Bürgermeister. Die Verhandlungsführer der Mit-
gliedstaaten brauchen konkrete Vorschläge und
sie müssen sie auch durchsetzen, weil nur dann
auf der Gegenseite der Übertrag wichtiger Aufga-
ben nach Europa gelingt.

Europa darf nicht in Routine erstarren und
Europa darf nicht immer mehr Europäer verär-
gern, weil es sich mit Quisquilien beschäftigt und
sich mit Detailregelungen der Vereinheitlichung
lächerlich macht. Wir brauchen eine neue Dyna-
mik für die wirklich wichtigen Aufgaben Europas
und wir brauchen die Überzeugung der europäi-
schen Bürger. Wichtige Erfolge der Europäischen
Union in den letzten Jahren sind nicht ein für
immer gesicherter Besitz, sondern sie müssen in
jeder Generation neu erworben werden. Europa
muss im Interesse seiner Bürger ein leistungsfähi-
ger Partner in einer Welt bleiben, die immer mehr
zusammenwächst und voneinander abhängig
ist. Das ermöglicht die Wiederentdeckung und
Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Soviel
Einheit wie nötig und so viel Vielfalt und Eigen-
leben wie möglich.

Die Bilder von den sieben Freuden Mariens im Villingener Münster

Kurt Müller †



Abb. 1: Totale.

Eine große Renovation oder Wiedereinrichtung des Münsters fand 1905 bis 1909 statt. Die von Josef Schupp um 1515 geschaffenen 12 Apostelfiguren hingen bis dahin etwas verloren und lieblos oben an den Wänden links und rechts des Hauptschiffs. Jetzt wurden sie von Weißburger und Kubanek repräsentativ gerahmt und in die Zwischenräume von Apostel zu Apostel malte Theodor Baierl aus München die Bilder von den sieben Schmerzen und den sieben Freuden Mariens. Auch sie wurden gerahmt von Weißburger und Kubanek. Die Bilder hoch an der Wand werden oft gar nicht beachtet, weil der Blick nach vorn zum Hochaltar geht. Deshalb werden sieben Bilder von den Freuden Mariens in diesem Jahrbuch vorgestellt. Im nächsten Jahr folgen dann die Bilder von den Schmerzen Mariens.

Das Bild von der Verkündigung des Engels Gabriel bei der Mutter Maria wird wegen Platzmangel neben der Orgel in der Benediktinerkirche beim Sakristeieingang aufbewahrt: Im sechsten Monat (der Schwangerschaft Elisabeths) wird der Engel Gabriel von Gott in eine Stadt in Galiläa mit Namen Nazareth zu einer Jungfrau gesandt.“ Der Engel sagte: Sei gegrüßt du Begna-



Abb. 2: Lukas 1/26.

dete, der Herr ist mit Dir, Du wirst ein Kind gebären, dem sollst du den Namen Jesus geben. Maria antwortet: Ich bin die Magd des Herrn, mir geschehe, wie du es gesagt hast. Aus dieser Begegnung Gabriels mit Maria entwickelte sich das am häufigsten gesprochene Gebet der katholischen Kirche: das Ave Maria, das begrüßt seist du Maria. Es ist auch wesentlicher Bestandteil des Rosenkranz Gebetes, und des dreimal täglich gebeteten Angelus – der Engel des Herrn.



Abb. 3: Der Besuch Marias bei der Base Elisabeth (Lukas, 1/39-56).

Das Bild ist durch die Orgelempore etwas gestört. Maria kommt zu Elisabeth, sie ist die Frau des Zacharias, dem der Engel noch im Alter einen Sohn angekündigt hat. Es ist Johannes der Täufer, ein halbes Jahr älter als Jesus. Bei seiner Geburt hat Zacharias das „Benedictus“ gesungen, das im Morgengebet, der Laudes, täglich erklingt mit den Worten: Hoch preiset meine Seele den Herrn. Nachdem Maria Elisabeth begrüßt hat, singt sie ihr großes Danklied („Das Magnifikat“) das jeden Tag zum Vespergebet gesungen wird. Somit ist das Bild von der Heimsuchung eine währende Motivation zum liturgischen Gesang.



Abb. 4: Geburt Jesu im Stall von Bethlehem
(Lukas 2, 1-7 und 2,8-20).

Das Weihnachtsbild hat seinen Platz nicht nur in der Kirche. Nach altem Gebrauch ist die Geburt Jesu in einer einfachen oder künstlerischen Gestalt in der häuslichen Weihnachtskrippe zu sehen. Die verbreitetste christliche Schmückung in den Wohnungen der Menschen ist neben dem Kruzifix die Weihnachtskrippe. Die ins Bild drängenden Hirten stehen dafür, dass früher oft die Menschen die Nachbarschaft oder Bekannte aufsuchten, um vor allem mit den Kindern die unterschiedlichen Weihnachtskrippen zu besuchen und zu bewundern. Das Lämmchen sagt an: Man kommt nicht mit leeren Händen zur Krippe. In der Kirche steht ein Opferstock an der Krippe und sammelt Spenden für notleidende Kinder.



Abb. 5: Der Besuch der Weisen aus dem Morgenland
(Matthäus 2, 1-12).

Zum Fest der Epiphanie, Erscheinung des Herrn oder Dreikönigsfest, werden die Weisen aus dem Morgenland an die Krippe gestellt. Die drei Könige symbolisieren in ihrem Aussehen die Menschenalter, die Kontinente und die Menschenrassen. Zu diesem Festtag gehören seit vielen Jahren die Wanderung und das Singen der drei Könige durch die Stadt und die Häuser. Mit dem Duft des orientalischen Weihrauchs bringen sie die Stimmung der Weltkirche in die Häuser, ihre Lieder und Gebete segnen die Wohnungen und Häuser, und ihre Körbchen sammeln Gaben für die Weltmission.



Abb. 6: Der Zwölfjährige im Tempel
(Lukas 2, 41-51).

Das Bild verdeutlicht die Spannung, in der wir Menschen groß werden. Das ist die Fürsorge der Eltern, in der immer auch eine große Erwartung

steckt, was aus dem Kind werden soll. Und auf der anderen Seite sehen wir über die heilige Schrift gebeugt Schriftgelehrte und Priester am Tempel. Die vertreten den Gotteswillen, der auch großes plant und vorhat mit dem Zwölfjährigen. „Deine Eltern haben dich mit Schmerzen gesucht.“ Darin steckt die fürsorgende aber auch fordernde Sorge der Eltern. „Ich musste in dem sein, was meines Vaters ist.“ Darin steckt die Würde und die Sendung, die Gott für Jesus bereithält. Jesus geht mit den Eltern zurück und war ihnen untertan. Er wusste, dass seine Sendung trotzdem ihr Ziel erreichen wird. Es sind daher immer drei Pole zu beachten bei aller Erziehung: der Eigenwunsch des Kindes, die Hoffnung und Erwartung der Eltern, eventuell der besonderen Rufe von Gott her.

Thomas gesagt wurde, das gilt gerade auch für Maria, die ja selber leibhaftig den Auferstandenen nicht gesehen hat. „Selig sind die, die nicht sehen und doch glauben.“ In Maria sind die Fragen überwunden und die Zweifel besiegt, ihr



Osterglaube ist für immer erwacht.



Abb. 7: Erfahrungen der Mutter Maria nach Ostern.

In der Heiligen Schrift werden uns aus diesem Lebensabschnitt Mariens keine Einzelheiten mitgeteilt. Unser Bild zeigt Maria auf einem Gebetsstuhl knieend, vor sich Texte der Heiligen Schrift. Sie ist in einer Meditation mit den Ereignissen nach Ostern beschäftigt. In der innersten Schau sieht sie den auferstandenen Jesus von Engeln begleitet. Alle Evangelien berichten unterschiedliche Erfahrungen der Apostel und der Frauen. Besonders einprägsam ist der Bericht der Emaus Jünger und die Begegnung des ungläubigen Apostels Thomas mit dem Auferstandenen. Was dem

Über das Lebensende Mariens schweigt die Heilige Schrift. Wir wissen nicht das Todesdatum, kennen nicht den Sterbeort und nicht das Grab. Manche meinen, das habe sich in Jerusalem zugetragen, andere vermuten in Ephesus. Auf dem Bild sehen wir die Krönung Mariens. Von Engeln assistiert kniet Maria vor Vater, Sohn und Heiligem Geist. sie halten ihr die Krone über das Haupt. Jesus ist kenntlich am Kreuz, das er trägt. Im Lukas Evangelium 11,27 steht der Satz: In jener Zeit, als Jesus zum Volk redete, rief ein Frau aus dem Volk: Selig die Frau, deren Leib dich getragen und deren Brust dich genährt hat. Der sichere Glaube, dass Maria am Ziel den göttlichen Lohn, die ewige Würde erhalten hat, der führte schon bei den frühen Kirchenvätern zu der Anrufung: Du Königin der Engel, du Königin der Patriarchen, du Königin der Propheten ... du Königin des Friedens. Viele Kirchen des Erdkreises, auch unser Münster, feiern ihr Patrozinium am 15 August, Aufnahme Mariens in den Himmel. Eines der bekanntesten Gebete zur Gottesmutter ist das „Salve Regina, Gegrüßet seist du Königin.“

„Nur unter Beteiligung der verschiedensten Seiten“

Das „Zollhäusle“ und die Grenzen des Erzbistums Freiburg Christoph Schmider

Bald nach der durch die Französische Revolution und die napoleonischen Kriege ausgelösten politischen „Flurbereinigung“ in Mitteleuropa, die in Deutschland mit Säkularisation und Mediatisierung das Ende der Kleinstaaterei und der Geistlichen Territorien brachte und im Wiener Kongress ihren Abschluss fand, kam es auch zu einer grundlegenden kirchlichen Neugliederung. Diese ging vom – in protestantischen Staaten im Grunde schon seit der Reformation praktizierten – Gedanken des Staatskirchentums aus und hatte unter anderem das Ziel, die kirchlichen Verwaltungsstrukturen in Übereinstimmung mit den staatlichen zu bringen. Da die Errichtung, Neumschreibung und Aufhebung von Bistümern in der römisch-katholischen Kirche gemäß Kirchenrecht Sache der höchsten kirchlichen Autorität ist, verständigten sich die Regierungen der neuen Staatsgebilde in der Folgezeit mit dem Heiligen Stuhl über die Anpassung oder Neugründung von Bistümern.

Für das heutige Baden-Württemberg waren die „Frankfurter Verhandlungen“ ab 1818 relevant, die zur Errichtung der Oberrheinischen oder Freiburger Kirchenprovinz durch die päpstliche Bulle „Provida solersque“ vom 16. August 1821 und somit auch zur Gründung des Erzbistums Freiburg und des Bistums Rottenburg führten.¹ Das Bistum Rottenburg umfasste das Gebiet des Königreichs Württemberg, zum Freiburger Bistumsgebiet gehörten das Großherzogtum Baden sowie die Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen. Da freilich schon die staatliche „Flurbereinigung“ nicht überall mit letzter Konsequenz durchgeführt worden war und nicht durchweg zu in sich abgeschlossenen und zusammenhängenden Staatsgebieten geführt hatte, wiesen auch die neuen Bistümer einzelne territoriale Ungereim-

heiten auf. So gehören beispielsweise die nördlich des Bodensees, direkt an der bayerisch-württembergischen Grenze gelegenen früher hohenzollerischen Gemeinden (Achberg-) Esseratsweiler und (Achberg-) Siberatsweiler bis heute zum Erzbistum Freiburg, die ehemals hessische Stadt Bad Wimpfen hingegen zum Bistum Mainz.

Eine ähnliche Ungereimtheit, wenn auch in kleinerem Format, besteht in der im Zuge der baden-württembergischen Gebiets- und Verwaltungsreform „zwangsverheirateten“ Stadt Villingen-Schwenningen. Der Ortsteil „Zollhäusle“, gelegen am „Römerweg“, gehört kirchlich zu Villingen und somit zur Erzdiözese Freiburg, während sich die Einwohner des „Zollhäusle“ der nächstgelegenen Schwenninger Pfarrei zugehörig fühlen, dort zur Kirche gehen und daraus den Wunsch ableiteten, auch formal der Diözese Rottenburg-Stuttgart anzugehören. Der ehemalige Oberbürgermeister Dr. Rupert Kubon machte sich dieses Thema zu Beginn seiner Amtszeit zu eigen und suchte, wie er berichtet, nach einer Lösung im Sinne der Betroffenen:

„Das Thema Zusammenführung der Stadt war bereits in meinem Wahlkampf 2002 wichtig. Für mich stand dabei auch die Frage der Zusammenführung der kirchlichen Organisation aus persönlichen und aus gesellschaftlichen Gründen von Anfang an auf der Agenda. Ich habe deshalb unmittelbar nach meinem Amtsantritt 2003 das Gespräch mit den Kirchenleitungen gesucht. Dabei hatte ich zunächst in Rottenburg ein Gespräch mit einem Vertreter des Domkapitels (ich weiß nicht mehr ob es der GV war). Dieser zeigte sich für mögliche Neuordnungen vergleichsweise offen, verwies allerdings darauf, dass das natürlich nur im Einvernehmen mit den Freiburgern ginge, und ich mich dorthin wenden solle.

Nach dem Ende der Sedisvakanz in Freiburg hatte ich dann ein Gespräch mit dem neuen Erzbischof

Robert Zollitsch, der wesentlich zurückhaltender die Möglichkeiten beurteilte und auch darauf hinwies, dass dies ja nur unter Beteiligung der verschiedensten Seiten (incl. Land Baden-Württemberg) möglich sei. Am Rande erfuhr ich später in Villingen (ich glaube vom damaligen Münsterpfarrer und Dekan Kurt Müller, aber ich bin mir da nicht mehr sicher) dass es [sich] insbesondere bei der Hochschulfinanzierung (vor allem der theolog. Lehrstühle in Tübingen und Freiburg) um Unterschiede handeln würde, die theolog. Fakultät in Freiburg sei da deutlich besser gestellt als jene in Tübingen. An diesen Unterschieden wolle man, zumindest aus Freiburger Sicht, durch eine evtl. notwendige Änderung des Konkordates, nicht rühren; vielleicht hätten dann auch noch andere Regelungen zur Diskussion gestellt werden können. So habe ich diese Gespräche nicht weitergeführt.

Auf evangelischer Seite wurde mir im Übrigen bereits von Anfang an hier vor Ort bedeutet, dass jede Diskussion zwecklos sei, da die theologischen Unterschiede zwischen Baden und Württemberg zu groß seien. Ich habe daraufhin versucht, alles zu tun, die lokale Kooperation zwischen den Kirchen zu fördern. So kam es 2007 zu einem ersten gesamtstädtischen Kirchentag (Wiederholung 2015) und auch die Landesgartenschau 2010 mit gemeinsamen Beiträgen aller Kirchen und einer gemeinsamen Finanzierung des Kirchenpavillons ist hier zu nennen. Dieser wird übrigens bis heute gemeinsam von den Kirchen bespielt. Schließlich ist der Caritasverband Schwarzwald-Baar der einzige Caritasverband, der bistumsübergreifend organisiert ist. Die Zusammenarbeit funktioniert also inzwischen auf kirchlicher Ebene gesamtstädtisch halbwegs gut. Solange keine Kirchengrenzen dazwischen kommen, dürfte sich das auch weiterentwickeln.⁴²

Die von den „Zollhäusle“-Bewohnern und von Oberbürgermeister Kubon gewünschte geringfügige Änderung der Bistumsgrenzen innerhalb von Villingen-Schwenningen kam also nicht zustande, die im Grunde viel notwendiger Anpassung der Grenzen für die Stadt insgesamt – dass mitten durch eine politische Gemeinde eine Bistumsgrenze verläuft, scheint ja doch recht widersinnig – noch viel weniger. Der wichtigste

Grund dafür ist in der Tat im „Badischen Konkordat“ von 1932/33 zu sehen, das nicht nur für das Erzbistum Freiburg, sondern seit dem Reichskonkordat von 1933 zumindest in Teilen auch für das Bistum Rottenburg-Stuttgart gilt,³ wobei die beiden Bistümer zwar betroffen sind, aber nichts mitzureden haben:

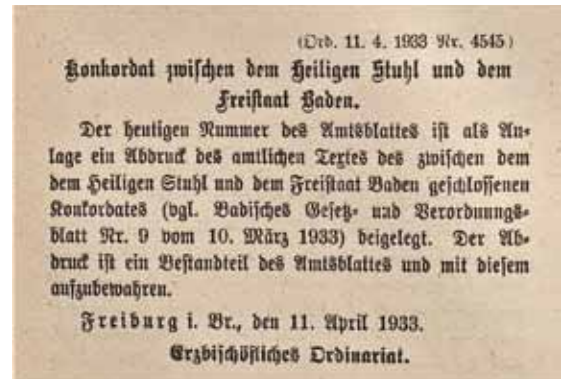


Abb. 1: Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg 1933, S. 50.

Vertragspartner sind der Heilige Stuhl und der Rechtsnachfolger der nicht mehr existierenden Republik Baden, also das Land Baden-Württemberg. In diesem Staatsvertrag sind die



Abb. 2: Amtlicher Abdruck des Badischen Konkordats (Auszug).



Abb. 3: Amtlicher Abdruck des Badischen Konkordats (Auszug).

Grenzen des Erzbistums Freiburg ausdrücklich festgeschrieben: „Die gegenwärtige, auf der Bulle *Provida solersque* vom 16. August 1821 und auf der Bulle *Ad Dominici gregis custodiam* vom 11. April 1827 beruhende Zirkumskription und Organisation der Erzdiözese Freiburg i. Br. bleibt bestehen, insoweit sich nicht aus diesem Konkordat Änderungen ergeben.“⁴

Der renommierte Freiburger Rechtsgelehrte Alexander Hollerbach, dessen juristischer, insbesondere staatskirchenrechtlicher und rechtsgeschichtlicher Sachverstand im Erzbischöflichen Ordinariat jahrzehntelang sehr gefragt war und bis heute ist, hatte schon 1979 in einer ausführlichen rechtshistorischen Abhandlung über das Badische Konkordat darauf hingewiesen, dass für eine Änderung der Bistumsgrenzen „eine förmliche Änderung des Badischen Konkordats unerlässlich“ wäre und „sich dann vermutlich die Frage einer konkordatären Regelung für das ganze

Land Baden-Württemberg stellen“ würde.⁵ Daran bestand Anfang des 21. Jahrhunderts und besteht auch heute noch in den beiden Kirchenleitungen in Freiburg und Rottenburg wenig Interesse, da es durchaus Grund zu der Befürchtung gibt, ein neues Konkordat werde aus kirchlicher Sicht in zentralen Punkten deutliche Verschlechterungen gegenüber dem Ist-Zustand mit sich bringen. Beispielsweise ist davon auszugehen, dass ein neues Konkordat mit Rücksicht auf die entsprechenden Bestimmungen des Kirchenrechts kein Bischofswahlrecht des Domkapitels mehr vorsehen würde,⁶ und auch die Bestandsgarantie für die Theologische Fakultät der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität oder das Vetorecht des Freiburger Erzbischofs bei der Besetzung von Lehrstühlen dürften dann kaum in der bisherigen Form erhalten bleiben.⁷ Nicht mehr von Belang dürfte hingegen das Diktum des früheren Württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz sein: „*In Stuttgart machen sie eher ein Konkordat mit dem Teufel als mit dem Papst*“.⁸

Im staatlich-kirchlichen Verwaltungsalltag führten Überbleibsel der alten Ordnung wie etwa die realitätsfernen Bistumsgrenzen innerhalb der Stadt Villingen-Schwenningen immer wieder zu Beschwerden, doch nur selten war der Leidensdruck so hoch, dass Bistumsleitungen bereit waren, den mit Grenzveränderungen verbundenen Verwaltungsaufwand zu tragen – denn Veränderungen der Bistumsgrenzen waren und sind durchaus möglich. Im Erzbistum Freiburg war dies beispielsweise Anfang des 19. Jahrhunderts der Fall, wobei sich das Verfahren, an dem neben dem Heiligen Stuhl drei Landesregierungen und außer Freiburg drei weitere Bistümer beteiligt waren, mehr als zwei Jahre lang hinzog. Auslöser waren einige kleinere Grenzkorrekturen zwischen Baden, Bayern und Hessen, die zwischen 1879 und 1905 stattgefunden hatten. Das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg brachte den Fall mit einem am 7. Dezember 1908 an das Bischöfliche Ordinariat Speyer gerichteten Schreiben ins Rollen:

„*Zur Stadtpfarrei Hockenheim [...] gehört der Wohnsitz ‚Angelhof‘, politisch ein Bestandteil der*

rheinbayerischen Gemeinde Otterstadt bildend. Früher auf dem rechtsrheinischen Ufer gelegen, ist dieser Wohnsitz infolge der Rheinregulierung auf das linke Ufer des Flusses zu liegen gekommen, wird aber immer noch rechtlich als zur Pfarrei Hockenheim gehörend angesehen. Der Pfarrgeistliche von Hockenheim bittet uns durch Schreiben vom 2. l[aufenden] M[onats], [...] Schritte tun zu wollen, dass Angelhof, wie es schon längst wünschenswert gewesen wäre, vom Pfarrverband Hockenheim losgelöst werde. Nicht nur ist die Entfernung zwischen Hockenheim und Angelhof sehr gross, sondern auch der Verkehr mannigfach erschwert. Das Pfarramt Hockenheim schreibt im obengenannten Bittgesuche: „Bei der Schwierigkeit des Uebersetzens über den Rhein besteht zwischen beiden Orten so gut wie kein Verkehr, ein solcher ist fast unmöglich.“⁹

Aus Speyer kam recht bald, am 18. Januar 1909, grünes Licht für das Vorhaben, das offenbar ganz im Sinne des Pfarrers von Otterstadt und der betroffenen Bewohner des Angelhofs war, doch ehe sich das Freiburger Ordinariat, wie von Speyer gewünscht, an den Heiligen Stuhl wenden konnte, waren noch weitere Fragen zu klären, so etwa am 4. Februar 1909 die, ob Angelhof „zur Zeit der Errichtung der Erzdiözese Freiburg – 16. August 1821 – schon dem bayerischen Staate einverleibt war oder noch dem Großherzogtum Baden angehörte.“ Die Auskunft des Badischen Innenministeriums vom 22. Februar 1909, dass Angelhof erst am 26. April 1879 bayerisch geworden sei, belegte zweifelsfrei, dass die Siedlung „innerhalb des Sprengel der Erzdiözese Freiburg liegt und daß durch dessen Zuteilung zur Pfarrei Otterstadt, Diöz. Speyer, auch eine Änderung der Diözesangrenzen bewirkt wird, wozu die Mitwirkung des hl. Stuhles erforderlich ist“.¹⁰

Den somit notwendig gewordenen Gang nach Rom nahm die Freiburger Bistumsleitung zum Anlass, auch ein paar weitere Veränderungen des Diözesangebiets, über die sie in den Jahren 1903 bzw. 1905 mit den Ordinariaten in Würzburg und Mainz verhandelt hatte, von allerhöchster Stelle absegnen zu lassen. Dies betraf zum einen das Dorf Gottersdorf und den „Kummerhof“, die auf badischem Gebiet lagen, aber zur Pfar-

rei Amorbach im Bistum Würzburg gehörten, zum anderen das Dorf Kürnbach, die Enklave Michelbuch sowie „300 ha. Domanialwald des Distrikts Adlerstein bei Heddesbach“, die kurz zuvor Gegenstände eines Gebietsausgleichs zwischen Baden und Hessen gewesen waren.¹¹ Um in Rom Aussichten auf Erfolg zu haben, brauchte Freiburg die ausdrückliche schriftliche Zustimmung der Ordinariate in Mainz, Speyer und Würzburg. Dies war freilich leichter gesagt als getan, wie sich aus einem Brief ersehen lässt, den Erzbischof Thomas Nörber fast ein Jahr später, am 9. März 1910, an das Bischöfliche Ordinariat in Mainz schrieb: „Betr. Änderung der Diözesangrenzen. Wir haben hochwürdigstes Ordinariat bereits am 5. April v[origen] J[ahres] durch Schreiben No. 3540 um eine dem hl. Stuhle vorzulegende Zustimmungserklärung zur Angliederung des früheren hessischen Anteils der Gemeinde Kürnbach an unsere Erzdiözese ersucht und seither mehrfach schriftlich und mündlich dieses Ersuchen erneuert. Die hochwürdigsten Ordinariate Speyer und Würzburg haben im gleichen Falle die erbetene Zustimmung fast umgehend uns zukommen lassen. Da wir die Angelegenheit nicht länger verschieben können, werden wir nach Ablauf von 14 Tagen in Rom in der Frage betr. Regelung der Diözesangrenzen Vorlage machen, wobei wir dann es der römischen Instanz überlassen müssen, die notwendige Erklärung von hochwürdigstem Ordinate Mainz zu veranlassen.“

Das Erzb. Ordinariat Freiburg ließ den Mainzer Kollegen dann freilich noch einmal zwei Wochen mehr Zeit, denn das ausführliche, in lateinischer Sprache verfasste Schreiben an Papst Pius X. ging erst am 13. April 1910 ab.

Rund vier Wochen später kam eine indirekte Empfangsbestätigung, denn am 7. Mai 1910 bat Nuntius Andreas Franciscus Frühwirth darum, ihm im Auftrag der zuständigen Stelle, der Sacra Congregatio Consistorialis, „drei geographische Karten zukommen zu lassen, von denen eine die gegenwärtigen Grenzen des Erzbistums, die andere die Landesgrenzen des Großherzogtums Baden, die dritte endlich die von Euerer Excellenz beantragten Grenzen des künftigen Umfanges der Erzdiözese

„Großherzoglichem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts beehren wir uns, in der Anlage beglaubigte Abschrift des gestern hier eingetroffenen Dekrets der S[acra] Congr[egatio] Consistorialis vom 22. Dezember 1910 ergebenst zu übersenden. Die Regelung der Diözesangrenzen ist genau nach unseren, Großherzogl[ichem] Ministerium mitgeteilten Vorschlägen vorgenommen worden, so daß nunmehr bezüglich der in Frage kommenden Örtlichkeiten die Landes- und Diözesangrenzen völlig übereinstimmen.“

Endgültige Rechtskraft erhielt die Entscheidung durch die Veröffentlichung im Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg am 23. Januar 1911. Und am 14. Februar 1911 schließlich konnte das Erzbi. Ordinariat Freiburg die Ordinariate in Mainz, Speyer und Würzburg über das Ergebnis informieren, nicht ohne ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass Freiburg die gesamten Kosten des Verfahrens in Höhe von 250 Lira (entsprechend 220 Mark) übernommen habe.

In den folgenden Jahrzehnten gab es dann keine weiteren Änderungen der Diözesangrenzen mehr, sei es, weil keine Notwendigkeit bestand, sei es, weil man sich in der Freiburger Bistumsleitung ein derart umständliches Procedere nicht ohne Not wieder antun wollte. Vorübergehende Spekulationen um eine Neufestsetzung der Bistumsgrenzen, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in Hohenzollern für Aufregung gesorgt hatten, erwiesen sich bald als gegenstandslos – spätestens seit klar war, dass Hohenzollern nicht dauerhaft zusammen mit Südwürttemberg ein Land würde bilden müssen, war die aus hohenzollerischer Sicht erschreckende Aussicht zu den Akten gelegt, vom Erzbistum Freiburg abgetrennt und dem Bistum Rottenburg zugewiesen zu werden.¹²

Innerhalb des 1952 gegründeten Landes Baden-Württemberg wurden zweimal die Diözesangrenzen geändert. Die erste Änderung betraf die Pfarrei Schluchtern, eine badische Exklave nahe Heilbronn, die kirchlich seit 1827 zum Erzbistum Freiburg gehört hatte. Schluchtern wurde im Frühsommer 1945 von der amerikanischen Besatzungsregierung dem Land Württemberg

eingegliedert, weswegen die Frage aufkam, ob es dadurch nicht automatisch dem Bistum Rottenburg angehöre.¹³ Das Erzbischöfliche Ordinariat freilich vertrat die Ansicht, „die Errichtung, Umgrenzung, Teilung, Vereinigung usw. von Diöcesen“ sei „ausschliesslich Sache des Apostolischen Stuhles“, der eine solche Grenzveränderung vornehmen könne, „wenn den seelsorgerlichen Interessen dadurch kein Eintrag geschieht“. Außerdem sei erforderlich, dass „der Nachweis des staatlichen Einverständnisses mit der kirchlichen Grenzänderung“ vorliege. „Da in Baden zwei Landesregierungen bestehen“, so das Ordinariat weiter, „über den[en] drei verschiedene Kontrollregierungen der alliierten Mächte fungieren, erhebt sich die Kompetenzfrage, die im Augenblick schwer zu entscheiden sein wird. Es dürfte zweckdienlich sein, die Angelegenheit zurückzustellen, bis klare politische Verhältnisse wieder bestehen“.¹⁴

Tatsächlich beruhte das Anliegen bis zur baden-württembergischen Gebiets- und Verwaltungsreform auf sich. Die Pfarrei Schluchtern gehörte weiterhin kirchlich zum Erzbistum Freiburg, politisch zum württembergischen Landkreis Heilbronn. Erst als sich mit Wirkung vom 1. Januar 1970 Schluchtern mit Großgartach zur neuen politischen Gemeinde Leingarten zusammenschloss, wurde die Frage der Bistumszugehörigkeit wieder aktuell, da „die Zugehörigkeit der beiden Ortsteile zu verschiedenen Diözesen für die Seelsorge ein großes Hindernis dargestellt hätte“.¹⁵ Durch ein Dekret der „Heiligen Kongregation für die Bischöfe“ vom 1. Januar 1971 wurde die Pfarrei Schluchtern unter gleichzeitiger Änderung der Bistumsgrenzen von der Erzdiözese Freiburg abgetrennt und der Diözese Rottenburg zugeteilt.¹⁶ In umgekehrter Richtung verlief wenige Jahre später eine Grenzänderung, als die ehemals exterritorialen württembergischen Gebiete „Bruderhof“ und „Hohentwiel“, die zunächst 1967 bzw. 1969 politisch der Stadt Singen einverleibt worden waren, aus der Tuttlinger Pfarrei St. Gallus aus- und den Singener Pfarreien Liebfrauen bzw. St. Peter und Paul eingegliedert wurden.¹⁷

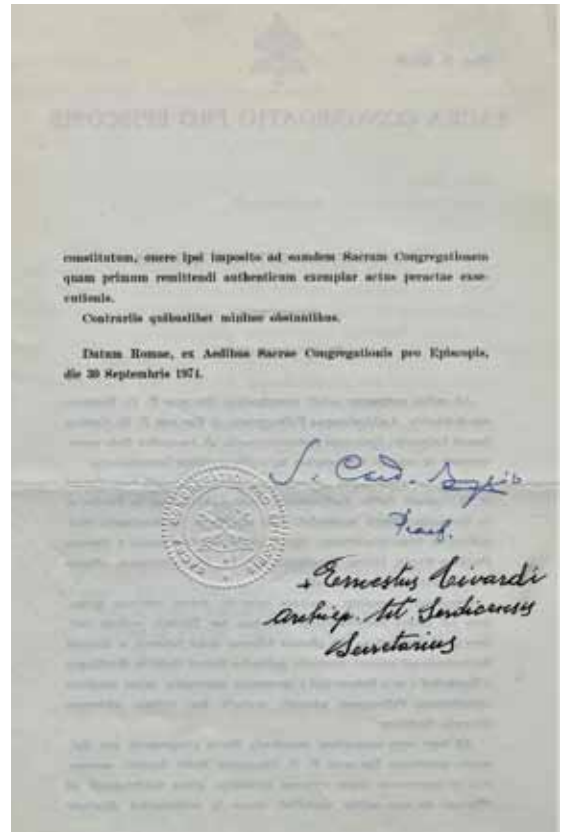


Abb. 7: Dekret der vatikanischen Bischofskongregation vom 30. September 1974 (Vorder- und Rückseite).

Das Badische Konkordat stellte übrigens in beiden Fällen kein unüberwindliches Hindernis dar und wurde umgekehrt auch nicht ernsthaft in Frage gestellt.

Doch nicht alle Kuriositäten, die die Gebiets- und Verwaltungsreform mit sich gebracht hatte oder die schon zuvor bestanden hatten, wurden bereinigt – siehe „Zollhäusle“. Anscheinend waren die Hindernisse für die Seelsorge nicht überall so groß, dass Freiburg von seiner Linie abgewichen wäre, die Diözesangrenzen grundsätzlich als unveränderlich zu betrachten. Besonders abenteuerlich – und noch immer nicht staatskirchenrechtlich bereinigt – ist der Fall des Ostracher Ortsteils Unterweiler, der mit seinen weniger als 100 Einwohnern kirchlich zu drei Pfarreien, nämlich Hoßkirch, Königseggwald und Ostrach, und somit zu zwei Diözesen gehört. In Ostrach hat dergleichen freilich Tradition, denn ehemals

erstreckte sich der Seelsorgsbezirk der Pfarrei über Gemeinden oder Gemeindeteile aus den drei Ländern Baden, Hohenzollern und Württemberg, während er heute immerhin zumindest komplett innerhalb eines einzigen Bundeslandes liegt.¹⁸ Verglichen mit der Situation in Ostrach ist der Verlauf der Bistumsgrenze in Villingen-Schwenningen eher unkompliziert und wird, so ist anzunehmen, weiterhin bleiben, wie er ist.

Anmerkungen

¹ Vgl. hierzu Gregor Richter, Die Errichtung und Ausstattung der Erzdiözese Freiburg und der Diözese Rottenburg zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: FDA 98 (1978), S. 509-39. Ungleich ausführlicher und detaillierter und bis heute das Standardwerk zu diesem Themenkomplex ist die Dissertation von Dominik Burkard: Staatskirche, Papstkirche, Bischofskirche. Die „Frankfurter Konferenzen“ und die Neuordnung der Kirche in Deutschland nach der Säkularisation. Rom, Freiburg, Wien 2000 (= Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte/Supplementband 53).

- ² Zitiert nach einer E-Mail von Rupert Kubon an mich vom 5. September 2019.
- ³ Vgl. Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933 [Reichskonkordat], (in Deutschland veröffentlicht am 12. September 1933 in RGB I. II, S. 679-690), Artikel 14.
- ⁴ Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Freistaate Baden [Badisches Konkordat] vom 12. Oktober 1932 (Bad. GVBl. 1933 S. 20ff.), Artikel II.
- ⁵ Alexander Hollerbach, Das Badische Konkordat vom 12. Oktober 1932, in: Gerd Kleinheyer u.a. (Hrsg.): Beiträge zur Rechtsgeschichte. Gedächtnisschrift für Hermann Conrad. Paderborn, München, Wien, Zürich 1979, S. 283/305, hier S. 291. Auch als elektronische Ressource verfügbar: <http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/5532> (zuletzt aufgerufen am 23. Oktober 2019). URN: urn:nbn:de:bsz:25-opus-55321
- ⁶ Vgl. CIC (1983), can. 377.
- ⁷ Vgl. Badisches Konkordat (wie Anm. 4), Artikel IX und X sowie Schlussprotokoll. Dazu ausführlich Hollerbach (wie Anm. 5), S. 297/298.
- ⁸ Vgl. Patrick Stauss, „In Stuttgart machen sie eher ein Konkordat mit dem Teufel als mit dem Papst“ (Eugen Bolz). Das Scheitern der Pläne für ein württ. Landeskonzordat in der Weimarer Zeit, aus den württ. Quellen erarbeitet, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte (RJKG) 27 (2008), S. 243/264.
- ⁹ Der gesamte Vorgang ist dokumentiert in der Akte EAF, B2-15-1. Auf Einzelnachweise wird im Folgenden zumeist bewusst verzichtet, da die einzelnen Schriftstücke in der chronologisch geordneten Akte unschwer auffindbar sind.
- ¹⁰ EAF, B2-15-1, Schreiben des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg vom 11. März 1909.
- ¹¹ EAF, B2-15-1, zwei Schreiben des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg vom 5. April 1909.
- ¹² Ende des Jahres 1946 richtete der hohenzollerische Klerus Erklärungen an den Erzbischof, in denen er auch im Namen der Gläubigen den „*verehrten Oberhirten dringend*“ darum bat, „*alles zu tun, daß wir auch in Zukunft bei der Erzdiözese Freiburg verbleiben.*“ Im Schreiben des Dekanats Veringen vom 23. September 1946 heißt es wörtlich: „*Die Geistlichen der vier Kapitel Hohenzollerns halten deswegen den Zeitpunkt für gekommen, der Kirchenbehörde gegenüber den gemeinsamen Wunsch und Willen zum Ausdruck zu bringen, daß wir unter allen Umständen im Verband der Erzdiözese Freiburg bleiben wollen. Zunächst sind es historische Gründe, die bei diesem Wunsche maßgebend sind. Seit dem*

Jahre 1827 gehören wir zur Erzdiözese Freiburg. In dieser langen Zeit hat sich das ganze kirchliche Leben (Liturgie, Rituale, Diözesangesangbuch) bei uns konform mit dem des badischen Anteils der Erzdiözese Freiburg entwickelt, und es war für uns ein Segen. Ganz besonders aber sind in personeller Hinsicht die Geistlichen sowohl wie das katholische Volk Hohenzollerns mit den Oberhirten und dem Klerus Badens, zumal in den Zeiten des Kirchenstreites, in diesen vielen Jahren zu einer festen Gemeinschaft verwachsen, die sich nicht ohne große Nachteile für das religiöse Leben trennen ließe. Nicht zuletzt sind es Gründe der Pietät und Dankbarkeit, besonders unserem derzeitigen Oberhirten gegenüber, die in uns den Wunsch dringend lebendig werden lassen, daß an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert wird. In einer andern Diözese wären wir fremd, hier sind wir daheim“ (vgl. EAF, B2-1945/137).

- ¹³ EAF, B2-1945/137, Schreiben des Erzbischöflichen Oberstiftungsrats vom 26. Juli 1945.
- ¹⁴ Ebd., Schreiben des Erzbischöflichen Ordinariats vom 8. August 1945.
- ¹⁵ Ebd., Schreiben von Erzbischof Hermann Schäufele an die Pfarrgemeinde Schluchtern vom 26. Februar 1971.
- ¹⁶ Veröffentlicht im Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg, Jahrgang 1971, S. 104.
- ¹⁷ Vgl. Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg, Jahrgang 1974, S. 183. Die zugehörigen Vorgänge finden sich in EAF, B2-1945/137.
- ¹⁸ Vgl. Handbuch des Erzbistums Freiburg, I. Band, Realschematismus, Freiburg 1939, S. 692-694.

Abbildungen:

- Abb. 1: Veröffentlichung des Badischen Konkordats im Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg.
- Abb. 3 Quelle: Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg 1933, Aufnahme: Erzb. Archiv Freiburg.
- Abb. 4: Auszug aus dem Konzept des Schreibens an den Heiligen Vater vom 13. April 1910.
Quelle: EAF, B2-15-1, Aufnahme: Erzb. Archiv Freiburg.
- Abb. 5: Dekret der S. Congregatio Consistorialis vom 22. bis Dezember 1910 mit Bearbeitungsvermerken des Erzb. Ordinariats.
Quelle: EAF, B2-15-1, Aufnahme: Erzb. Archiv Freiburg.
- Abb. 7: Dekret der vatikanischen Bischofskongregation vom 30. September 1974.
Quelle: EAF, B2-1945/137, Aufnahme: Erzb. Archiv Freiburg.

Das Tagebuch von Thijs Jonker

Ute Schulze

Zeitgeschichte aus der Sicht eines holländischen Fremdarbeiters 1943-1945, Teil 1¹

Mit dem Tagebuch des Holländers Thijs Jonker besitzt das Stadtarchiv Villingen-Schwenningen ein einzigartiges Dokument aus dem Leben eines Zivilarbeiters in Villingen in den Jahren 1943 bis 1945. Seine originalen Aufzeichnungen hat der Verfasser nachträglich bearbeitet.



Abb. 1: Thijs Jonker, Ostern 1944.

Thijs Jonker war einer von vielen Holländern, die in deutschen Firmen beschäftigt waren. Er beginnt seine Aufzeichnungen mit dem Vortrag der Abfahrt in Amsterdam, 21. Juni 1943, und endet mit dem 25. Juni 1945, als er wieder in Amsterdam ankam. Wir erfahren vieles über die Lebenssituation in Villingen, die Lebensmittellage, medizinische Versorgung, Arbeitsbedingungen, über Theater- und Konzertbesuche sowie Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung. Darüber hinaus gibt es Passagen über den Kriegsverlauf und dessen Auswirkungen auch auf Villingen. Dabei kommt die politische Lage in Deutschland zur Sprache. Natürlich gibt es auch sehr persönliche Stellen. Besonders interessant an

den Eintragungen ist, dass direkt vor oder nach geradezu idyllischen Berichten von Wanderungen durch den schönen Schwarzwald nüchterne Berichte vom Kriegsgeschehen zu finden sind. Um den vielen Facetten gerecht zu werden, sollen in mehreren Teilen einzelne Aspekte behandelt werden: Teil 1: Ankommen in Villingen, Teil 2: Leben in Villingen, Teil 3: Villingen und die Welt, Teil 4: Der Krieg erreicht Villingen.

Allgemeine Einordnung

Es „*existierte eine sehr differenzierte Abstufung der einzelnen Kategorien ausländischer Arbeiter. Diese war in Gesetzen und Verordnungen kodifiziert, von denen zumindest die veröffentlichten auch dem Ausland zur Kenntnis gelangten.*“² Durch einen Erlass des Reichssicherheitshauptamtes von Januar 1941 wurde die „Rasshierarchie zur offiziellen Richtlinie für die Behandlung der Ausländer im Reich. Danach unterschied das RSHA zwischen 'Arbeitnehmern germanischer Abstammung' (Norweger, Dänen, Niederländer und Flamen) und 'fremdvölkischen Arbeitnehmern' (alle anderen). Beide Gruppen sollten getrennt voneinander untergebracht werden.“ Die „germanischen“ Arbeiter hatten darüber hinaus die Möglichkeit, sich ein Privatquartier zu suchen.“³

Die Anwerbung geschah durch reine Werbung, Werbung mit maßgeblicher Beeinflussung der Existenzbedingungen, Konstriktion (also die Aushebung ganzer Jahrgänge unter Rückgriff auf die einheimische Verwaltung), Deportation durch willkürliche Gewaltanwendung deutscher oder deutsch-verbündeter Sicherheitsorgane.⁴ „*Die Anwerbung von Industriearbeitern verlief in den Städten derart, dass sich ein Interessent bei einem deutschen Werbebüro vorstellte und dort medizinisch und fachlich untersucht wurde.*

Waren beide Seiten handelseinig, unterschrieb er einen Einheitsvertrag, erhielt von seinem Staat die erforderlichen Ausreisepapiere und fuhr zu einem festgesetzten Termin mit Hunderten anderer Freiwilliger in einem Sonderzug nach Deutschland.⁵ Die äußeren Umstände, die zu einem Arbeits-einsatz in Deutschland führten, relativieren den Begriff der Freiwilligkeit in erheblichem Maße.⁵

Bezüglich der Anwerbung und Reise nach Villingen weicht der Fall Jonker vom eben beschriebenen Schema ab. Er wurde direkt von Dr. Centner von der Personalabteilung der Firma Kienzle Apparate, in Amsterdam angestellt. Auch reiste er allein und auf eigene Kosten in den Schwarzwald.

„Erst wenn ein Unternehmen dem Arbeitsamt nachweisen konnte, dass für die Unterkunft gesorgt war, erhielt es ausländische Arbeitskräfte.“⁶ Die Firma Kienzle Apparate hatte zwar ein Lager für die ausländischen Mitarbeiter, da dies jedoch voll belegt war kam Thijs Jonker in das zur Unterbringung von Westarbeitern eingerichtete Gasthaus Waldhorn, Fördererstraße 1. Später machte er von einem Vorzug, den die angeworbenen Franzosen, Belgier und Niederländer genossen⁷, Gebrauch und mietete sich ein Zimmer bei Familie Riesterer in der Bahnhofstraße 12.

Fahrt nach Villingen

Nachdem er am 21. Juni 1943 die letzten Reisevorbereitungen getroffen und eine „Sparfahrkarte Amsterdam – Villingen“ für 25,05 Gulden gekauft hatte, kam am 22. der endgültige Abschied. Als der Zug sich in Bewegung setzte, kam ihm die Tragweite der Situation zu Bewusstsein. Er schreibt: „Mir wurde da erst richtig klar, welche Reise ich unternehmen würde, ohne Aussicht auf baldige Rückkehr.“ Im Folgenden schildert er dann den Verlauf der Fahrt. Den D-Zug nach Heidelberg, in den er in Utrecht umstieg, beschreibt er als „echten Transportzug“, der junge Arbeiter nach Deutschland in der Mehrheit ins Ruhrgebiet brachte. Die Hoffnung, bis Heidelberg durchfahren zu können, erwies sich schon in Kaldenkirchen (Kreis Viersen am Niederrhein, direkt an der niederländischen Grenze) als Trugschluss.



Abb. 2: Bahnhof Kaldenkirchen.

„In Kaldenkirchen mussten dagegen die, die zum Transport gehörten aussteigen. Ich dachte, dass ich sitzen bleiben könnte, musste das aber anders gewahr werden. Es kam Gestapo in den Zug. Mein Pass wurde mir abgenommen und ich musste aus dem Zug aussteigen. Glücklicherweise bekam ich kurze Zeit später den Pass zurück.“ Nach einer anschließenden Episode im dortigen Arbeitsamt erinnerte er sich an eine Warnung in Holland. Er musste so schnell wie möglich nach Villingen. So fuhr er mit einem Zug nach Köln.

Die folgende Passage zeigt die für das Tagebuch charakteristische Wahrnehmung der Umwelt durch Thijs Jonker. Er interessierte sich sehr für Kultur, Architektur usw. So notiert er: „Gegen halb fünf kam ich in Köln an und stellte mit Schrecken fest, dass mein Anschluss nach Heidelberg schon lange weg war und ich bis 22.30 Uhr warten musste. Ich beschloss also zu schauen, was man in Köln ansehen könnte. Direkt am Bahnhof erheben sich die Türme des Kölner Doms, und ich ging zu allererst in dieses weltberühmte Bauwerk. Was ist das für eine schöne Kathedrale. Sowohl von außen wie von innen ein schönes Bauwerk und – total unbeschädigt, derweil genug Ruinen direkt in der Umgebung lagen. Hiernach machte ich einen Spaziergang durch die zerbombten Stadtviertel Kölns. Was ich sah, war der krasse Gegensatz zwischen all der Schönheit und dem, was ich gerade gesehen hatte.“ Thijs Jonker bedauerte sehr, dass er nachts am Rhein entlangfuhr: „Durch die Dunkelheit konnte ich von der Landschaft nichts sehen, wobei ich mir von

der Fahrt längs des Rheins ziemlich viel versprochen hatte.“ Am 23. Juni kam er gegen vier Uhr morgens in Heidelberg an, von wo aus er seine Fahrt nicht vor sieben Uhr nach Offenburg fortsetzen konnte. Diesmal entschied er sich für ein Schläfchen am Bahnsteig.

Von Offenburg ging es dann um elf weiter. Die Fahrt mit der Schwarzwaldbahn, vor allem die vielen Tunnel, beeindruckten Thijs Jonker schon auf seiner Fahrt nach Villingen. Er schreibt: „Es begann der schönste Teil meiner Reise. Obwohl ich total müde war, vergaß ich doch bei all der Schönheit meinen Schlaf. Ich passierte dutzende kleine Dörfer malerisch gelegen an den Hängen der Berge und Hügel. Die Hügel waren meistens bewachsen mit Tannenwäldern im Wechsel mit offenen Stellen und wechselten sich mit Bauland ab. Auffallend war die große Anzahl Obstbäume (vor allem Kirschen), die in diesem Teil des Schwarzwalds gedeihen.“ „Tunnel, Steingräben, Seen, Bergbäche, Wasserfälle ziehen vorbei im Wechsel mit einem und dem anderen Panorama.“



Abb. 3: Nußbachtal – eines der schönsten Panoramen vom Zug aus.

Immer höher und weiter fuhr der Zug in den Schwarzwald hinein. Er stoppte dutzende Male an kleinen Bahnhöfen. Mir war beklemmend bei dem Gedanken, ob ich je höher und abgelegener saß und jemals wieder wegkäme. Bei Triberg ungefähr erreichte der Zug, wie ich denke, den höchsten Punkt. Den größten Eindruck aber machten mir die vielen Tunnel, wovon wir gewaltig viele nahmen. Ich erinnere mich an den längsten von +/- 1075 Metern bei Sommerau, zugleich der letzte vor Villingen.“

Um 14.30 Uhr erreichte er endlich sein Ziel: Villingen.

Nachdem er sich am Bahnhof erfrischt hatte, ging er direkt zu seinem neuen Arbeitgeber. Dort waren noch einige Formalitäten zu erledigen. Nach der Anmeldung beim Arbeitsamt war Thijs Joker „offiziell angestellt als Buchhalter bei der Kienzle Apparate AG.“ Dann führte ihn ein Junge aus dem Betrieb ins Lager. Wie bereits erwähnt, wurde er im „Waldhorn“ untergebracht. Dieses Domizil beschreibt er am 23. Juni so: „die Schankstube [war] als Lager eingerichtet, was 20 Bettstellen ergab (10-mal zwei gegeneinander) mit ebenso vielen Schränken. Weiter wurde mir gezeigt, wo die Kantine von Kienzle war, wo ich, wenn ich nicht in die Stadt essen ging, für nicht viel Geld Frühstück, Mittagessen und Abendessen zu mir nehmen konnte.“



Abb. 4: Lager Waldhorn.

Im Waldhorn machte ich mich mit den anderen Lagerbewohnern bekannt, dem Niederländer Ko Pronk, 8 Ab Overweg, Anton Tabak. Alle drei Büromitarbeiter bei Kienzle. Ich war natürlich sehr müde und ging bald zu Bett. So endete mein erster Tag in Villingen.“

Unter dem 2. Juli beschreibt er das Waldhorn weiter. „Wie ich schon geschrieben habe, war das alte Holländer-Lager von Kienzle voll, und man hat für die neu Ankommenden und Nachfolgenden ein Lager in der Wirtschaft Waldhorn (Fördererstraße 1, Villingen) eingerichtet. Die Wirtschaft liegt in einem Außenbezirk von Villingen und sieht von außen wie eine hübsche Villa aus. Die Gaststube (Erdgeschoss) ist für uns ein-

gerichtet. Es stehen darin 20 Holzbetten (jeweils zwei gegeneinander), dazu 10 Doppelschränke und einige Tische mit Stühlen. Hinter dem Haus ist eine Küche, wo ein schöner Herd steht, um uns etwas zu kochen.“



Abb. 5: Thijs Jonker am Herd beim Kochen.

In Villingen angekommen

Am 24. Juni begann Thijs Jonker seinen Dienst. Er schreibt: „Um halb zwei nachmittags meldete ich mich bei Herrn Beck, Chef der Abteilung Buchhaltung. Danach wurde ich den Damen und Herren der Buchhaltung vorgestellt. Eine der Damen brachte mich zum Betriebsfotografen, der ein Foto von mir machte für meinen Werksausweis, ohne den niemand die Fabrik betreten kann. Dieses Mädchen, das mich begleitet hat, war sehr freundlich zu mir und sagte sogar, ich könne ruhig Holländisch mit ihr sprechen, da sie das verstünde. Ich habe aber keinen Versuch gemacht. Im Abteilungssaal bin ich von Herrn Hochstetter eingearbeitet worden und habe vorläufig nichts weiter zu tun als zuzuschauen.“ Und weiter heißt es: „Zu allererst will ich einmal meine neue Umgebung vorstellen, soweit ich mir, angesichts der Kürze der Zeit, die ich hier bin, überhaupt ein Urteil erlauben kann. Der Name der Firma ist Kienzle Apparate AG. Was genau in der Firma hergestellt wird, weiß ich noch nicht genau. Die Friedensproduktion war in jedem Fall auf Taxameter gerichtet. Bürogebäude und Fabrik liegen in einem Außenbezirk Villingens an der Adolf-Hitler-Straße. Modern eingerichtet gehört die Firma zu den Nationalsozialistischen Musterbetrieben und scheint mir im Vergleich mit

anderen Fabriken hier sehr gut für das Personal (auch ausländisches) zu sorgen. Die Bürostunden sind: morgens von 7.15 bis 12 Uhr, nachmittags von 1.30 bis 6.20, freitags bis 5 Uhr, samstags bis 12.20 Uhr. Vor dem Fabrikgebäude ist ein schöner Sportplatz angelegt mit Fußballfeld, Aschenbahn usw.“



Abb. 6: Rückseite der Fabrik und des Bürogebäudes vom Sportplatz aus gesehen.

Unter dem 2. Juli stellt Thijs Jonker die Mitarbeiter der Abteilung Buchhaltung bei der Kienzle Apparate AG vor: Otto Beck, Abteilungsleiter, Karl Roth, stellvertretender Abteilungsleiter, Fräulein Maria Kofler, Fräulein Ilse Winner, Fräulein Trudel Rapp, Fräulein Irma Dufner, Frau Heer geb. Klein, Heinrich Hochstetter, Martin Rohrer, Henk Siperman ein holländischer Kollege. Zum Abteilungsleiter führt er weiter aus: „Herr Beck, der Chef, muss früher ein bekannter Fußballer gewesen sein, aber infolge einer zugezogenen Verletzung musste er dem Fußballsport Lebewohl sagen. Dennoch ist er ein Sportsmann geblieben, Wandern, Skisport und den Fräuleins nicht unangenehm. Er ist ein strammer Nationalsozialist.“

Die Lage des Waldhorns beschreibt Thijs Jonker so: „Vom Lager sind es kaum 7 bis 8 Minuten zum Büro zu laufen, während die Stadt 5 Minuten von hier entfernt ist. Auf der anderen Seite liegt die Wirtschaft beinahe im Wald. Wenn ich die Straße hinauslaufe und den Hügel hinaufsteige, stehe ich außerhalb der Stadt und sehe Villingen zu meinen Füßen liegen.“

Momentan sind wir mit 6 Personen im Lager und wir kommen ausgezeichnet miteinander aus.

Es sind:

- Ko Pronk, Kontrolleur bei der Inkassobank Amsterdam, wohnhaft in Haarlem, 29 Jahre alt.
- Ab Oversweg aus Amsterdam, fuhr zur See, 23 Jahre alt.
- Henk Siperman, war tätig bei der Zentralverwaltung Amsterdam, 28 Jahre alt.
- Hein Dickman, war tätig bei R. V. B. [staatliche Immobiliengesellschaft] Amsterdam, 22 Jahre alt.
- Anton Tabak, aus Hilversum, 26 Jahre alt.

Wir haben nun viel Platz und hoffen, dass niemand mehr dazukommt, denn wir sind ein netter Club und es geht hervorragend."

Von der Stadt Villingen selbst ist Thijs Jonker gleich begeistert: „Villingen ist eine mehr als 1000 Jahre alte Stadt mit einem alten und einem neuen Teil. Die Altstadt ist umgeben von einer Ringmauer, dort wird an vier Punkten der Zugang zur Stadt durch Tore und weiter durch Wachtürmen gewährt. Leider ist eines der vier Tore, an der Südseite, vor einigen Jahren abgebrochen worden, weil es dem Verkehr im Weg stand. Die anderen drei, das Riettor, Bickentor und Obere Tor stehen aber noch und geben einen kleinen Eindruck davon, wie es in früheren Zeiten war. Die Wachtürme haben noch Schießscharten, durch die (Imitationen von) Kanonen ihren Laufstecken.

Die Straßen sind malerisch und interessant. Weitere sehenswerte Gebäude sind das Rathaus, Kloster, Münster. Soweit ich bemerkt habe, ist die Bevölkerung vorwiegend römisch-katholisch. Ich habe sechs Kirchen gezählt. Einige davon habe ich bereits besucht, die sehr schön waren sowohl von innen als auch von außen. Ein besonderer Stil, der in die Gegend passt. Eine protestantische Kirche konnte ich noch nicht entdecken. Das alte Villingen kann man am besten mit unserem Alt-Amersfoort vergleichen.

Der neue Teil außerhalb der Mauer liegt hauptsächlich an der West- und Nordwestseite der Altstadt. Er sieht außergewöhnlich und neu aus. In diesem Teil liegt auch mein Lager (Wirtschaft zum Waldhorn) und die Fabrik. Als ich hier ankam, habe ich es direkt mit Zanvoort verglichen in der ruhigen Jahreszeit, so wie es daliegt mit seinen gelbgestrichenen Häusern mit roten Dächern.

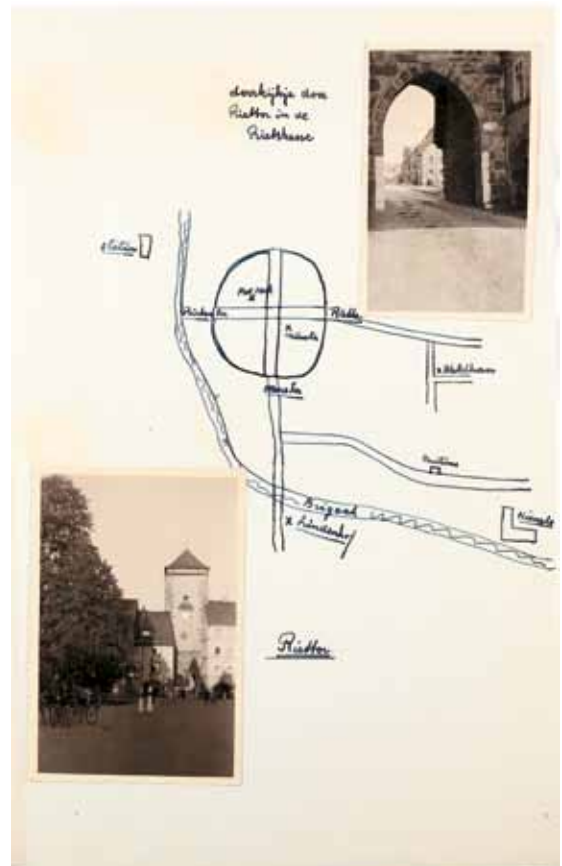


Abb. 7: Riettor mit Handskizze von Thijs Jonker. Bildnachweis: Alle Abbildungen aus den Tagebüchern.

An Villingen entlang fließt die Brigach, ein Fluss der an unterschiedlichen Stellen Wasserfälle formt. Weiter gibt es noch 2 Kinos, die sehr modern zu sein scheinen. In der Stadt gibt es zahlreiche Gasthäuser, in denen man gut essen kann, wie ich gehört habe.“

Am 11. Juli besuchte Thijs Jonker zusammen mit Henk Diekman und Henk Siperman den

evangelischen Gottesdienst. „Erster Besuch der evangelischen Kirche. Die Bewohner Villingens sind meistens römisch-katholisch. Daher gibt es in der Stadt auch sieben Kirchen. Es kostete uns dann auch Mühe, eine protestantische Kirche zu finden. Aber wir haben eine gefunden in der schmalen Gerberstraße. Henk Diekman, Henk Siperman und ich sind nun heute dagewesen. Der Pfarrer sprach ein sehr gutes Deutsch und war für uns sehr gut zu verstehen. Auch beim Singen hatten wir keine Mühe. Die Lieder sind nahezu dieselben wie bei uns in Holland.“

Thijs Jonker war nun in Villingen angekommen. Wie das Leben hier weiterging, wird der zweite Teil der kleinen Aufsatzreihe schildern.

Anmerkungen

¹ Stadtarchiv Villingen-Schwenningen (SAVS) Best. 1.42.62, Nr. 2 und 3.

² Mark Spoerer: Die soziale Differenzierung der ausländischen Zivilarbeiter, Kriegsgefangenen und Häftlinge im Deutschen Reich, in: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, Band 9/2 Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzungen, ..., i. A. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Jörg Echternkamp, München: DVA 2005, S.485. (Spoerer 1).

³ Mark Spoerer: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart 2001, S. 25. (Spoerer 2).

⁴ Spoerer 1, S. 491.

⁵ Spoerer 1, S. 492.

⁶ Spoerer 1, S. 517.

⁷ Spoerer 1, S. 516.

⁸ Ko Pronk war holländischer Betriebsbindungsmann bei Kienzle. Dies geht aus einem Schreiben an Dr. Herbert Kienzle vom 18. April 1945 hervor, zu dessen Unterzeichnern auch Thijs Jonker gehörte. Spruchkammerakte Dr. Herbert Kienzle, MAE La Courneuve, 1BAD, Nr. 663, fol 40/17. An dieser Stelle gilt mein Dank Dr. Michael Martin, Landau, der mir diese Akte zur Verfügung gestellt hat.

Was hat der Bauer mit dem Narro zu tun?

Anita Auer

Anmerkungen zur Konzeption einer Ausstellung

Das Franziskanermuseum zeigt zum Jahresbeginn 2020 in Zusammenarbeit mit der Historischen Narrozunft e.V. die Ausstellung „Familiengeheimnisse. De Narro un si ganz Bagasch.“ In Daniel Kehlmanns Bestseller „Tyll“ heißt es: „Doch dann hätten sie begriffen, dass jeder Gaukler ein wenig Teufel sei und ein wenig Tier und ein wenig harmlos auch...“¹ Diese fast nebensächliche Bemerkung des Romanerzählers eröffnet das Bedeutungsspektrum der Gaukler- oder Narrenfigur, das auch die Ausstellung ausloten möchte. Tatsächlich werden in der Ausstellung als „Ur-Typen“ (Archetypen) nicht nur Teufel und Tier vorgestellt, sondern auch der Bauer (und weitere), der sich hier vielleicht hinter dem Adjektiv „harmlos“ versteckt, das nichts Anderes meint als „von einfachem Gemüt“.

Die Ausstellung belegt diese These, indem die Accessoires der Figuren der historischen Villinger Fastnacht genauer betrachtet werden. Sie verfolgt die Herkunft der verschiedenen textilen und anderen Zutaten und kann die Verankerung der heimischen Narrenfiguren im europäischen Kontext nachweisen. Neue Entdeckungen verspricht daher der Blick auf die „Bagasch“, die Verwandtschaft, die der Narr(o) als Gepäck – und sozusagen familiäre Last – mit sich herumschleppt.

Im Folgenden wird die bäuerliche Verwandtschaft des Narros anhand verschiedener Accessoires nachgewiesen.

Das Blauhemd (*Abb. 1*) trägt, so ist es nachzulesen im Fastnachtsglossar der Vereinigung der schwäbisch-alemannischen Narrenzünfte (VSAN), wer nicht mehr die schweren Rollen des Narros tragen mag: der Stachi, der spöttisch als „Sofa-Narro“ bezeichnet wird, aber auch die „Treiber“, also die Begleiter und Hüter des Butzesels. Das Blauhemd oder der Fuhrmannskittel ist seit dem 18. Jahrhundert ein Arbeits-



*Abb. 1: Fuhrmannskittel, Blauhemd
(Foto: Franziskanermuseum).*

gewand, die Werktagsbekleidung der arbeitenden Bevölkerung, und kommt heute noch in vielen Trachten vor, auf der Schwäbischen Alb, aber auch insgesamt im Süden bis nach Bayern. Ursprünglich soll es aus dem Elsass gekommen sein. Dieses Hemd ist gerade geschnitten, wie die meisten Trachten, eine Maßnahme, um keinen Stoff zu verschwenden. Dadurch liegt es nicht an, sondern fällt körperfern. Dies hat den Vorteil, dass es weiter getragen werden kann, wenn sich die Figur des Trägers/der Trägerin verändert. Die über den Gürtel herunterhängenden Hemden gab es auch in anderen Farben, z. B. rot oder schwarz. Die Achseln waren verziert mit Stickereien in weiß, rot oder schwarz, meist mit einem Eichelmuster. Das Auftauchen des Blauhems wird mit der Erfindung mechanischer Webstühle und der wachsenden Einfuhr von Baumwolle sowie Indigo als Färbemittel in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Verbindung gebracht. Mit diesem Hemd wird übrigens das Zipfelkäpple getragen (in schwarz oder weiß), das

auch der Narro unter der Gugel trägt. Seit dem 16. Jahrhundert war Blau eine Farbe, die nur die unteren Stände trugen. Im 17. Jahrhundert war diese Farbe Kennzeichen für Diensthofen, Handwerker, Waisenkinder und Almosenempfänger.²



Abb. 2: Nickituch des Narro (Foto: Franziskanermuseum).

Zum Blauhemd gehört ein rotes Nickituch. Das quadratische, ca. 50 x 50 cm große Halstuch aus leichtem Stoff wie Baumwolle oder Seide stammt ebenfalls aus der bäuerlichen oder Handwerkerkleidung. Es wird eng am Hals getragen und diente als Schweißstuch. Das typische Nickituch des Narros zeigt ein Streumuster aus Punkten und eine umlaufende Bordüre aus Linien (Abb. 2). Sein Vorbild aus den Niederlanden oder Großbritannien trägt die typischen Paisleymotive (Abb. 3), die man heute als Krawattenmuster kennt. Es handelt sich um stilisierte Palmbblätter. Das abstrakte Muster mit einem spitz zulaufenden, gebogenen Ende ähnelt einem Komma oder gotischem Fischblasen-Maßwerk und kommt ursprünglich aus Persien. Den Namen „Paisley“ erhielt dieses Muster, weil ein Zentrum der Herstellung der damit verzierten Kaschmirschals die schottische Stadt Paisley war. Die später in Wien hergestellten Schals zeigen ebenfalls dieses Muster, also auch der Wiener Schal der Altvillingerin.



Abb. 3: Weitere Nickitücher, zum Teil mit Paisleymotiven (Foto: Franziskanermuseum).

Auf einen anderen Bauern nimmt die Bemalung des Narro-Häses Bezug (Abb. 4). Hier ist der „Hansel“ abgebildet, – übrigens eine andere Bezeichnung für den Narro.³ Der Hansel ist als typischer Tiroler gekleidet mit dem Tirolerhut als Erkennungszeichen. Die Tiroler waren außerhalb Tirols als Wanderarbeiter bekannt und galten als etwas „einfach“, bzw. dumm oder „lustig“.⁴



Abb. 4: Hansel auf der Rückseite des Kittels des Narro (Foto: Michael Kienzler).



Abb. 5: Franz Schuch als Hanswurst,
Karl Friedrich Flögel, 1862.

Ein ähnliches Kostüm wie der Hansel auf dem Narro-Häs trägt der Hanswurst (Abb. 5), eine Figur des Wiener Volkstheaters. Neben dem Hut ist die Halskrause charakteristisch, die ja ebenfalls zur Ausstaffierung des Narros gehört. Die Halskrause entwickelt sich in der Mode aus dem oberen Halsabschluss, der mit einem durchgezogenen Faden den Stoff am Hals kräuselt und verengt. Dadurch entsteht zunächst ein kleiner gekräuselter Rand. Er wird im Verlauf der modischen Entwicklung, die zur Übertreibung neigt, immer größer, bis zum sogenannten Mühlsteinkragen, der als getrenntes Kleidungsaccessoire und zur Markierung der sozialen Unterschiede diente. Täglich eine blütenweiße, gestärkte Halskrause konnten sich nur reiche Leute leisten. Nach den Gesetzen der Mode wird jedoch, was



Abb. 6: Tracht mit Halskrause, Tennenbronn,
Foto: Trachtenverein St. Georgen.

die Oberschicht trägt, bald von der Unterschicht nachgeahmt, und so gehört bis heute zu manchen bäuerlichen Trachten eine Halskrause (Abb. 6). Die Halskrause des Hansel, die ein weich fallender Kragen ist, gehört also zur bäuerlichen Bekleidung. Die Halskrause des Narros mag vielleicht eher als Kritik an der Mode des Adels im 17. Jahrhundert gelten, könnte jedoch auch diesen bäuerlichen Kontext meinen.

Das in der Narrenkleidung am häufigsten verbreitete bäuerliche Requisite ist jedoch die „rote Nase“. Die „Clownsnase“ meint eigentlich ein Rhinophym, eine durch entzündliche Wucherungen vergrößerte, grobporige und mit blau-roten Äderchen durchzogene Nase, die früher vor allem mit Alkoholmissbrauch in Zusammenhang gebracht wurde. Die Minimalverkleidung eines „lustigen Menschen“ ist eigentlich ein Hinweis auf die – zu starke – Neigung der Person zum Alkohol - dies gehört auch zum Klischee des Bauern. Den „Waggis“ (Abb. 7), eine Narrenfigur der Basler Fastnacht, zeichnet daher eine riesige Nase aus.

Auch eine Darstellung von Surhebel und Stachi durch Ludwig Engler, 1922, die 2019 in der Ausstellung des Franziskanermuseums „Lust und Leidenschaft, Schmerz und Enttäuschung“ zu sehen war, zeigt die beiden mit groben, vergrößerten Nasen, was nur als Spott auf die Trinkfestigkeit der Villingener Narren gemünzt sein konnte. In Wirklichkeit besitzen die Villingener Schemen keine solchen Nasen, was Engler, der selbst Schemen schnitzte, sehr wohl wusste.

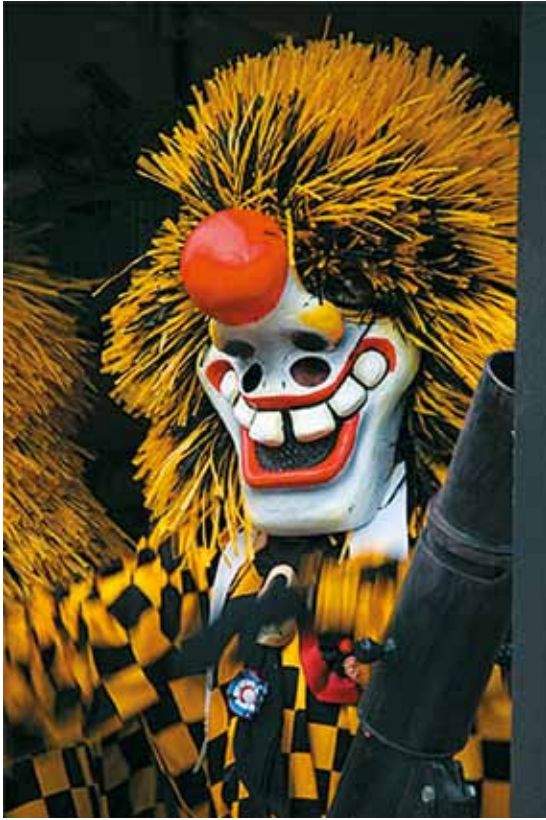


Abb. 7: Waggis
(Foto: Roland Zumbühl (Picswiss), CC BY-SA 3.0).

Der bäuerliche Tölpel bereichert auch das Personal der italienischen Stegreifkomödie, der *Commedia dell' arte* als *Pagliaccio* (Abb. 8) oder auch *Bajazzo*. Er trägt ein „übermäßig weites, ... weißes Gewand“ und einen spitzen Hut. Sein Name enthält den Hinweis auf Stroh (it. paglio, frz. paille), ein Abfallmaterial in der Landwirtschaft, dessen Konnotationen in den Wortbildungen „strohdumm“ oder „abgedroschen“ zum Ausdruck kommen. Aus Stroh wird Mist. Es ist leer und eignet sich daher als Narrenmetapher. Wenn also das weiße Leinen-Häs des Narros möglicherweise seiner italienischen Verwandtschaft zu verdanken ist, findet sich im „Wuescht“, dem Zerrbild des Narros, eventuell ein „Cousin“ zum *Bajazzo* (Strohmann).

Warum aber eignet sich der Bauer als Narrentypus? Aufgrund seiner angeblich grobschlächtigen Manieren und mangelnden Bildung sprach man dem Bauern im Spätmittelalter häufig die



Abb. 8: *Pagliaccio*, Abbildung aus „*Masques et bouffons (Comedie Italienne)*“, Maurice Sand, 1860.

Fähigkeit zur Gotteserkenntnis ab. So wie die anderen närrischen Archetypen – Tiere, Teufel, Behinderte etc. – stand er am unteren Ende der mittelalterlichen Ordnung. Auch sprachlich zeigt sich die Nähe zwischen Bauer und Narr: Aus dem „Dörfer“ wurde der „Tölpel“, aus dem „Colonus“ (lat. für Bauer) der „Clown“. Im Klischee vom Bauern stimmen Schein und Sein jedoch nicht überein. Dies wird vor allem in der sogenannten „Bauernschläue“ deutlich. Die Redensart umschreibt die Tatsache, dass weniger Gebildete durchaus über einen so großen Erfahrungsschatz, gepaart mit Pragmatismus verfügen, dass sie sich Gebildeteren als durchaus ebenbürtig oder überlegen erweisen. Dass ein Mensch „vom Land“ schwerfällig, nicht so wortgewandt und langsa-

mer im Denken scheint, führt zur Unterschätzung seiner Möglichkeiten. Gerade der strahlende Narro kann diesen Überraschungseffekt ausnutzen. Das Publikum am Straßenrand ist ihm meist nicht gewachsen, was Schlagfertigkeit und Beobachtungsgabe angeht.

Anmerkungen

¹ Kehlmann, Daniel: Tyll, Roman, Reinbek, 2017, S. 311

² Nixdorf Heide und Heidi Müller: Weiße Westen, rote Roben. Von den Farbordnungen des Mittelalters zum individuellen

Farbgeschmack Ausstellungskatalog Berlin 1988, S. 148. Im 20. Jahrhundert übernahm der „Blaumann“, ein blauer Arbeitsoverall als Schutzkleidung, diese Farbsymbolik.

³ Die Weißnarrenfigur heißt in Villingen heute „Narro“. Früher wurde sie auch als „Hansel“ bezeichnet, wie im Villingener Schunkellied von Franz Kornwachs. Hans ist wie Gretel ein typisch deutscher Name und steht als Synonym für eine deutsche männliche Figur. Die Identität von „Narro“ und „Hansel“ ist möglicherweise über die Figur des Hanswursts vermittelt.

⁴ Das Volkslied „Die Tiroler sind lustig, die Tiroler sind froh“ führt diese Charakterisierung aus: „sie verkaufen ihr Bettchen und schlafen auf Stroh.“



Fastnachtsausstellung 2020

FAMILIENGEHEIMNISSE. DE NARRO UN SI GANZ BAGASCH

12. Januar bis 29. März 2020

**Eine Ausstellung des Franziskanermuseums Villingen-Schwenningen
in Kooperation mit der Historischen Narrozunft Villingen e.V.**

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Samstag 13 bis 17 Uhr

Sonntag und Feiertag 11 bis 17 Uhr

Fastnachtsonntag und Fastnachtdienstag 13 bis 17 Uhr

Öffentliche Führungen:

Sonntag 15 Uhr

Franziskanermuseum · Rietgasse 2 · 78050 Villingen-Schwenningen
www.franziskanermuseum.de

Die Entwicklungsgeschichte der Hebammenausbildung in Villingen-Schwenningen

Elisabeth Schmidt-Bäumler

Schwangere Frauen werden seit jeher von anderen Frauen während ihrer Niederkunft unterstützt. Dieses Phänomen findet sich in verschiedensten Kulturen über den Erdball verteilt. Zahlreiche Darstellungen in der bildenden Kunst haben die Geburt und die Einheit von Mutter und Kind zum Thema.

Wann oder wie sich aus diesem solidarischen Beistand unter Frauen ein Beruf entwickelte, kann vielleicht nicht abschließend geklärt werden. Sicher aber ist, dass schon die Bibel im Alten Testament zwei Hebammen namentlich benennt, nämlich Schifra und Pua (2. Mose/15-21), deren hauptamtliche Aufgabe es war, den Israelitinnen bei den Geburten ihrer Kinder zur Seite zu stehen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass für viele Jahrhunderte das Wissen der „weisen Frauen“, wie die Hebamme auf Französisch genannt wird (*sage femme*), traditionell von Frau zu Frau weitergegeben wurde. Erst im Mittelalter ab dem 15. Jahrhundert wurde eine Berufsordnung für Hebammen geschaffen. Hier waren die Pflichten der Hebammen und auch ihre Entlohnung geregelt. Damit einher ging eine Ausbildung und Prüfung der Aspirantinnen, die sich Hebamme nennen wollten, durch Ärzte.

Das erste von der Wehemutter Justine Siegemund verfasste Lehrbuch auf Deutsch erschien 1690. Dann dauerte es noch ein halbes Jahrhundert bis die Ausbildung zur Hebamme durch die Einrichtung von Hebammenschulen wie z. B. 1751 in Göttingen institutionalisiert wurde. Diese Schulen waren von Anfang an an eine Gebäranstalt, oder wie es damals hieß ein *Accouchierhaus*, gebunden.

Die Ausbildung dauerte zunächst 100 Tage, bis sie im Jahr 1864 auf vier Monate, 1914 auf neun Monate und erst im Jahr 1982 auf zwei Jahre verlängert wurde. Seit 1983 sind die Auszubildenden drei Jahre an der Hebammenschule.

Gründung der Schule in Villingen-Schwenningen

„Es war einmal“ – so beginnen Märchen. Und märchenhaft mutet auch die Geschichte der Hebammenschule Villingen-Schwenningen an:

In den frühen neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurde den Verantwortlichen im Sozialministerium in Stuttgart bewusst, dass trotz sinkender Geburtenzahlen ein Hebammenmangel absehbar war. Obwohl es in Baden-Württemberg zu dem Zeitpunkt bereits mehrere Hebammenschulen gab (Karlsruhe, Heidelberg, Stuttgart, Ulm, Freiburg, Tübingen) sah die Landesregierung Bedarf für weitere Ausbildungsstellen. Damals waren die Orte Villingen und Schwenningen zwar administrativ schon zu einer Doppelstadt zusammengefügt worden, doch hatte jeder Ortsteil noch sein eigenes Krankenhaus. So wie es auch in der Umgebung noch deutlich mehr Krankenhäuser gab als heute, so z. B. in Triberg, St. Georgen und Schramberg.

Zu Beginn des Jahres 1991 wurde der damalige Chefarzt der Frauenklinik in Villingen Dr. Claus Rüter also vom Sozialministerium angesprochen, ob er sich die Leitung einer Hebammenlehranstalt in den Räumen der Klinik vorstellen könne.

Die geburtshilfliche Abteilung verzeichnete eine ausreichend hohe Anzahl an jährlichen Geburten, um Schülerinnen in der Praxis entsprechend der Ausbildungs- und Prüfungsordnung anleiten zu können. Auch andere dafür notwendige Voraussetzungen waren vor Ort gegeben: eine Kinderklinik, chirurgische und internistische Stationen, ein gut ausgelasteter OP. Das steigerte natürlich die Attraktivität dieser Klinik als Ausbildungsstätte bedeutete es doch, dass die Schülerinnen alle geforderten Einsätze in Villingen machen konnten.

Dr. Rüter hatte seine Facharztausbildung in Wuppertal absolviert und dort auch die Zusammenarbeit mit Hebammenschülerinnen erlebt.

Das erwies sich als Vorteil für den Aufbau der Schule im Schwarzwald, denn das Sozialministerium in Stuttgart wollte keine Zeit verlieren und drängte darauf, einen Lehrplan, Einsatzpläne und Namen von Lehrenden an der zu gründenden Hebammenschule zu erhalten. Der zukünftige ärztliche Leiter profitierte von seiner Verbindung zu einer etablierten Schule und war auch dadurch in der Lage, zügig ein Konzept zu entwickeln.

Schon im Mai 1991 konnten die Papiere an das Regierungspräsidium Freiburg weitergeleitet werden, die der Hebammenschule Villingen-Schwenningen bereits drei Monate später, nämlich im August 1991, die staatliche Anerkennung zusprach.

Innerhalb von nur einem Jahr entstand so in Rekordzeit eine Ausbildungsstätte für Hebammen mit 45 Plätzen am Friedrich-Klinikum Villingen in der Vöhrenbacher Strasse.

In demselben Jahr am 1. Oktober begannen 13 Schülerinnen bei der Lehrhebamme Gerlinde Feichtinger ihre dreijährige Ausbildung zur staatlich geprüften Hebamme. Die Anzahl der Bewerberinnen war enorm: es gab 400 Bewerbungen für die dreizehn Ausbildungsplätze.

Frau Feichtinger nutzte zunächst einmal das, was da war: unter dem Dach der Kinderklinik, in einem Raum, der früher ein Pausenraum war, richtete sie den Lehrsaal ein. Als Schultische dienten die alten Esstische.

Frau Feichtinger war Schulleitung und Lehrhebamme in Personalunion, d.h. sie hatte neben organisatorischen und administrativen Aufgaben Unterrichte zu halten. Chefarzt Dr. Rüter selber unterrichtete das Fach „Geburtshilfe“, denn die Ausbildung der herangehenden Hebammen lag ihm sehr am Herzen. So tolerierte er auch nicht, wenn Ärzte und Ärztinnen des Klinikums nicht die Unterrichtsstunden hielten, für die sie eingeteilt waren. Diese Kollegen erhielten eine deutliche Zurechtweisung. Hingegen gab es für die Schülerinnen Kaffee und Kuchen beim Chef, wenn sie ihre Probezeit erfolgreich abgeschlossen hatten. Dr. Rüter schwärmt noch heute von dem Pioniergeist, den das Projekt „Hebammenschule“ durchzog. Die Kooperation und das Wohlwollen

des Kreißsaals und der anderen Stationen im Klinikum müssen herausragend gewesen sein.

So rasant wie der Beginn der Schule war, so flott war auch ihre Weiterentwicklung: im Oktober 1992 begann ein zweiter Kurs mit 15 Auszubildenden, 1993 kam eine zweite Lehrkraft dazu. Ein dritter Ausbildungskurs folgte im Jahr darauf.

Ins Jahr 1992 fällt auch der Spatenstich für einen Neubau auf dem Klinikgelände, der als Schulzentrum konzipiert war und die Kranken- und Kinderkrankenpflegeschule, die Hebammenschule und die Teilnehmer der Fachweiterbildung Intensivpflege beherbergen sollte. Dieser Neubau war ein helles, liches achteckiges Gebäude, das durch seine freundliche Ausstrahlung, seine gute Akustik und seine Ausblicke in die umgebende Parkanlage das Lernen sehr gefördert haben soll. So berichten es die Menschen, die das Gebäude noch in Betrieb erlebt haben.

Frau Feichtinger entschloß sich 1995, zurück in ihre Heimat zu gehen und übergab die Leitung an Barbara Schmid. Innerhalb kurzer Zeit kam es zu einem erneuten Wechsel, als nämlich 1996 Susanne Brucker als leitende Lehrerin für Hebammenwesen das Zepter übernahm. Gemeinsam mit zunächst zwei Lehrkräften begleitete sie über viele Jahre mit großem Engagement und persönlichem Einsatz junge Menschen in ihrer Berufsausbildung.

Die Geburtenzahlen am Klinikum in Villingen steigen stetig, denn in der Umgebung werden mehr und mehr Kreißsäle geschlossen. Dennoch entschied die Verwaltung des Krankenhauses irgendwann, dass die Hebammenschule nicht mehr drei Kurse parallel ausbilden sollte, sondern nur noch zwei. Seit 2007 läuft die Schule entsprechend zweizügig, der Ausbildungsbeginn ist nun alle 18 Monate. Neben Frau Brucker gibt es eine weitere Mitarbeiterin.

Es herrscht ein reger Erfahrungsaustausch mit den anderen Hebammenschulen in der Region, aber auch darüber hinaus. So gibt es jedes Jahr ein Treffen der Schulen aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Baden-Württemberg.

2015 erfolgt in einem großen Kraftakt aller Beteiligten der Umzug des jeweiligen Kranken-



Abb. 1: Schwarzwald-Baar-Klinikum Villingen-Schwenningen.

hauses in den Stadtteilen unter ein gemeinsames Dach, es entsteht so die Schwarzwald Baar Klinikum GmbH. Hier finden auch im Gebäudetrakt „Frauen- und Kinderklinik“ die Berufsfachschulen ein neues zuhause.

2016 feierte die Hebammenschule Villingen-Schwenningen ihr 25 jähriges Bestehen, allerdings weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit.

Ein nächster großer Umbruch ist 2018 der Weggang von Frau Brucker, die nach vielen Jahren als Leiterin dieser Institution die Schule verlassen hat. Seitdem habe ich die Doppelrolle der Schulleitung und Lehrkraft inne.

In einem Märchen würde jetzt das glückliche Ende folgen. Jedoch ist die Zukunft der Hebammenschule Villingen-Schwenningen in der Form, wie sie bislang besteht, völlig ungewiss, denn in diesem Jahr hat die Bundesregierung die Akademisierung der Hebammenausbildung beschlossen.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Der, der am meisten Gewicht in die Waagschale bringt, ist sicher die Tatsache, dass Deutschland europaweit das einzige Land ist, in dem werdende Hebammen kein Studium absolvieren müssen, um ihre Anerkennung zu bekommen. Damit haben deutsche Hebammen im europäischen Vergleich einen Wettbewerbsnachteil.

Der nun geplante Studiengang ist als duales Studium mit einer Dauer von mindestens sieben Semestern konzipiert. So bleibt ein hoher Praxisanteil erhalten und die handwerklichen Fähigkeiten des Hebammenberufes werden auch in Zukunft hautnah vermittelt. Dafür ist vorstell-

bar, dass diese klinischen Einsätze weiterhin im Schwarzwald-Baar Klinikum stattfinden.

Die theoretischen Inhalte sollen dann in den Räumen einer Universität gelehrt werden. Vorlesungen und Eigenstudium, das Vorstellen einer Präsentation oder das Verfassen von Hausarbeiten werden die Studierenden zu einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrem Lehrstoff motivieren. Die Beschäftigung mit wissenschaftlichen



Abb. 2: Absolventin Kathrin Hauser, Absolventin der Villingen Hebammenschule, liest einen Wehenschreiber ab. Der Kardiotokograf zeichnet gleichzeitig die Herzschlagfrequenz des ungeborenen Kindes sowie die Wehentätigkeit der werdenden Mutter auf (Bild: Südkurier, 17.11.2018, Roland Sprich).

Studien aus verschiedenen Ländern wird den Horizont der angehenden Hebammen weiten und sie dazu anregen, gängige Methoden in der Geburtshilfe zu hinterfragen.

Bis die Ausbildung flächendeckend an die Universitäten verlegt sein wird, soll eine Übergangsregelung greifen, während der die Hebammenschulen wie bisher nach der alten Ausbildungs- und Prüfungsordnung von 1985 ausbilden. Momentan steht noch zur Diskussion,

wie lange diese Übergangszeit dauern soll. Hier wird die Herausforderung sein, mit den ungefähr hundert Lehrenden im Hebammenwesen originäres Hebammenwissen parallel sowohl an Berufsfachschulen als auch an Universitäten zu vermitteln.

In unserer Region bemüht sich gerade die Hochschule Furtwangen in der Fakultät Gesundheit, Sicherheit, Gesellschaft um die Einrichtung eines entsprechenden Studienganges. Es ist zu wünschen, dass die HFU den Zuschlag erhält, würde es doch ein bisher rege genutztes Ausbildungsangebot erhalten und gleichzeitig den strukturschwachen Raum Südbadens stärken.

So schreibt der „Südkurier“ in seiner Ausgabe vom 28.07.2019 über die Hochschule Furtwangen unter anderem: „(...) Bei den Hebammen sei aktuell ganz konkret die Akademisierung, also das Studium an einer Hochschule für die Ausbildung, geplant. Hier macht der Rektor Rolf Schofer deutlich, dass die Hochschule Furtwan-

gen hier bestens vorbereitet und geeignet sei.

Der Abgeordnete Stefan Teufel zeigte sich von den Möglichkeiten und Angeboten in der Hochschule beeindruckt und sagte auch eine entsprechende Unterstützung zu, wenn die Hochschule sich hier wieder für neue Berufsfelder bewerben will. Nicht zuletzt werde die Digitalisierung auch in diesen Berufen zunehmend an Bedeutung gewinnen, eine ideale Voraussetzung für die Integration der Studiengänge in die Furtwanger Hochschule.

Ebenso kündigte er an, dass die Fraktion die Hochschule unterstützen werde, wenn beispielsweise Modellversuche im Bereich der medizinischen Berufe, gerade auch für den ländlichen Raum, durchgeführt werden (...).

So bleibt zu hoffen, dass auch in Zukunft der ehrwürdige Beruf der Hebamme im Schwarzwald-Baar-Kreis erlernt werden kann und das Märchen, welches vor 28 Jahren begann, tatsächlich eine Fortsetzung bekommt.

Bestandsliste der noch erhältlichen Jahreshefte

Die Hefte können zum Preis von 2 € während der Öffnungszeiten in der Geschäftsstelle in der Kanzleigasse 30 erworben werden.

Jahresheft

1977	1991/92	2001	2009	2018
1978/79	1992/93	2002	2011	2019
1986/87	1993/94	2004	2012	
1987/88	1995/96	2005	2014	
1988/89	1996/97	2006	2015	
1990/91	1997/98	2007	2016	
1999 (Sonderheft)	1999/2000	2008	2017	

Bei dem Jahresheft 1990/91 handelt es sich um das Buch „Das Leben im alten Villingen. Alte Ratsprotokolle erzählen, 1830 – 1930“ bearbeitet von Dr. Ulrich Rodenwaldt. 370 Seiten. Stückpreis 8 €. Außerdem ist das aktuelle Jahresheft

2020 zum Preis von 15 € sowie das Buch „Große und kleine Gotteshäuser“ von Altdekan Kurt Müller zum Preis von 5 € und der Wanderführer zum Geschichts- und Naturlehrpfad zum Preis von 2 € in der Geschäftsstelle erhältlich.

„Angesichts nationaler und internationaler Veränderungsprozesse erhalten politisch-gesellschaftliches (...) Grundwissen sowie die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich in unserem demokratischen System zu orientieren und zu engagieren, eine besondere Bedeutung.“ Bildungsplan BaWü.

Politik ist allgegenwärtig. Sie umgibt uns tagtäglich. Sie lässt uns verzweifeln und zugleich hoffen. Sie ist aber vor allem immer eins: kontrovers. Aus diesem Grund ist es gerade für junge Heranwachsende wichtig zu lernen, wie man sich selbst mit einer Sache kritisch auseinandersetzt und dann aufgrund einer ausgewogenen Abwägung der Sachlage zu einer Bewertung kommt. Immer wieder stellen uns neue Herausforderungen als Gesellschaft auf die Probe, es bilden sich Lager, die unterschiedliche Positionen einnehmen, doch häufig reicht schon ein einfacher Perspektivenwechsel, um den anderen besser zu verstehen.

Das Thema „Einwanderung nach Deutschland“ sowie „Integration und Migration“ sind daher nicht ohne Grund ein fester Bestandteil des Bildungsplans in Baden-Württemberg. Sie haben vor allem in den letzten Jahren im Zuge der sog. „Flüchtlingskrise“ nochmals eine neue Präsenz erreicht. Schon immer zieht es Menschen von überall und aus unterschiedlichsten Grün-

den nach Deutschland. Dies führt alle Beteiligten natürlich stets vor neue Herausforderungen - Stichwort Integration - doch liegen genau auch hier die Chancen für eine Gesellschaft, an diesen Begegnungen zu wachsen und zu lernen. Umso wichtiger ist hierbei der Beitrag, den v.a. die Schulen leisten können, um sich dem Thema möglichst offen und aus verschiedenen Perspektiven zu nähern. Oft reicht es schon allein, den Schülerinnen und Schülern Raum zu freien Auseinandersetzung zu bieten.

Mit der vorliegenden Arbeit gelang es Phuong Anh Nguyen nicht nur, ihre eigene Familiengeschichte zu reflektieren, sondern allgemein einen Blick auf das Thema „Integration“ zu richten. Ihre Stimme ist insofern wichtig, da sie selbst einen sehr erfolgreichen Weg zur Integration gefunden zu haben scheint und hiermit andere daran teilhaben lassen möchte.

Christian Wallner (betreuender Gemeinschaftskunde-Lehrer am Gymnasium am Romäusring).

Migration & Integration meiner Familie

Wie integriert man sich erfolgreich?

Phuong Anh Nguyen
Klasse 9b

1. Wie kam es zur Flucht und zur Migration?

Schon immer verließen Menschen wegen der Arbeit, dem Krieg oder der Unterdrückung ihre Heimat, dennoch waren es noch nie so viele wie heute. Die Zahl der illegalen Migranten, die in ein fremdes Land eingewandert und unterge-

taucht sind, ist noch nie so hoch wie in jüngster Zeit gewesen.

Menschen entscheiden sich freiwillig zur Migration oder sie werden gezwungen, wegen den Lebensumständen zu fliehen. Neben der illegalen und legalen Migration über die Staatsgrenzen



Abb. 1: Bootsflüchtlinge.

hinaus, gibt es auch Binnenmigration, welche innerhalb eines Landes stattfindet.

Bei den Motiven von Migration wird zwischen Push- und Pullfaktoren entschieden. Pushfaktoren sind unerträgliche und bedrohende Gründe, die die Menschen dazu bringen ihr Land zu verlassen. Pullfaktoren sind die Faktoren in anderen Ländern, die anziehend auf die Migranten wirken und somit auch maßgeblich die Wahl des Ziellandes bestimmten. Doch meistens spielen sowohl Pushfaktoren als auch Pullfaktoren eine Rolle bei dem letztendlichen Entschluss.

Man unterscheidet bei den Pushfaktoren zwischen politischen, wirtschaftlichen oder demographischen Gründen, sowie zwischen Naturkatastrophen oder Ressourcenverknappungen. Bei den Pullfaktoren geht es um politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, demographische oder persönliche Gründe. Während früher die Pushfaktoren mehr politische Hintergründe hatten, sind es in letzter Zeit mehr wirtschaftliche Gründe für die Migration. Ein Beispiel für Pushfaktoren ist die Armut, das Gegenteil wäre dann der Wohlstand als Pullfaktor.

Auch meine Familie hat einen Migrationshintergrund. Nach dem Ende des Vietnamkriegs, der mit einer Niederlage für Südvietnam endete, sahen sich viele Südvietnamesen politischen Verfolgungen ausgesetzt. Die Mitarbeiter der früheren südvietnamesischen Regierung, Studierende, Intellektuelle oder Armeeingehörige wurden von den neuen Machthabern versammelt unter dem

Vorwand der Aufklärung der neuen Ideologie. Es war nur für ein paar Tage geplant, jedoch verschwanden viele Männer über Nacht und niemand wusste, wohin sie gebracht wurden. Sie wurden in Umerziehungslager verschleppt und über ganz Vietnam verteilt. Manche sind sogar vom Süden bis in den Norden verschleppt worden. Auch meine Verwandten, wie meine beiden Großväter und mein Onkel, mussten in Umerziehungslager.

In den sogenannten „Neue Ökonomische Zonen“ mussten sie harte körperliche Arbeit verrichten, wie zum Beispiel Straßenbau und Waldarbeit.

Sie wurden einer Gehirnwäsche unterzogen und täglich als „Landesverräter“ beschimpft. Neben der harten Arbeit bekamen sie nur wenig Essen. Durch die Unterernährung und den Moskitos in den Wäldern, welche Malaria übertragen, erkrankten die meisten im Umerziehungslager und starben. Erst nach einem halben Jahr oder einem Jahr erfuhren die Familien wann und wo sie die Männer besuchen können.

Beim Besuch brachte meine Oma Zucker, Milchpulver, Kondensmilch und Trockenfutter mit. Diese Nahrungsmittel teilten die Gefangenen sich gegenseitig, denn nicht jeder bekam die Besuchserlaubnis. Manche saßen dort nur einige Monate fest und andere sogar mehrere Jahre, wie zum Beispiel mein Großonkel, der dort 6–7 Jahre fest saß. Auch nach seiner Freilassung musste mein Opa sich täglich bei der Regierungsbehörde melden. Jeder, der etwas besaß, wurde als Kapitalist abgestempelt und enteignet. Die Kinder der Kapitalisten wurden in der Schule ausgegrenzt und benachteiligt. Ihnen wurde auch befohlen, die eigenen Eltern auszuspionieren. Intellektuelle mussten schwere Arbeit verrichten. An der Macht waren die Nordvietnamesen, die meist nur Grundschulkenntnisse besaßen. Auch die ganze Bevölkerung litt, denn obwohl Vietnam Reis-Exporteur war, hatten die Menschen nicht genug zu essen, da Vietnam wegen der Kriegsschulden Reis an China und an die UdSSR exportierte. Auf dem Schwarzmarkt gab es natürlich alles zu kaufen, jedoch nur zu einem hohen Preis. Also

hing meine Oma an, Schmuck und Möbel von zu Hause zu verkaufen, um zu überleben.

Die Südvietnamesen sahen keinen Ausweg mehr und wussten auch nicht, wie die Zukunft ihrer Kinder aussieht. Man träumte von Freiheit und einer besseren Zukunft in einer neuen Heimat.

Aus diesen Gründen starteten die meisten Menschen einen Fluchtversuch, obwohl ihnen bewusst war, wie lebensgefährlich er sein kann.

2. Wie lief die Flucht ab?

Viele Menschen kommen aktuell nach Europa und fliehen meistens über sehr weite Strecken. Die Flucht nach Europa ist anstrengend, gefährlich und teuer, doch dies hält die Menschen nicht von der Flucht ab. Deshalb verkaufen sie ihren Besitz, den sie auf der Flucht nicht brauchen, um genug Geld beisammen zu haben. Manchmal flieht auch nicht die ganze Familie, sondern nur ein Familienmitglied, da das Geld nicht ausreicht.

Einen Teil der Fluchtstrecke gehen Flüchtlinge zu Fuß, dennoch sind sie auf unterschiedliche Transportmöglichkeiten angewiesen. Binnenvertriebene fliehen zu Fuß, da sie innerhalb eines Landes flüchten und es nicht so „weit“ haben. Außerdem ist es auch das Einzige, was sie sich gewöhnlich leisten können. Auch Menschen, die in die Nachbarländer auswandern, gehen zu Fuß. Manchmal geht es auch mit dem Bus oder dem Auto, aber da meistens Krieg und Zerstörung in ihrem Land herrscht, existiert keine Infrastruktur mehr.

In den vergangenen Jahren flüchteten auch immer mehr Menschen mit den Booten, sodass illegale Schleppernetzwerke entstanden, die bis heute funktionieren und manchmal auch die einzige Möglichkeit sind, um nach Europa zu kommen. Neben den Schleppernetzwerken gibt es auch noch die sogenannten Schlepper oder Schleuser. Sie besorgen den Flüchtlingen gefälschte Papiere und bringen sie nachts über die Grenze und das alles für eine hohe Geldsumme. Sobald die Flüchtlinge über der Grenze sind, sind deren Einzelschicksale ihnen egal. Für den Schlepper sind die Flüchtlinge nur Ware.

Im Gegensatz zu den anderen Fluchtmethoden, wird mit dem Flugzeug eher selten geflüchtet, da die meisten weder Pass noch Visum haben. Darauf zu warten bis man einen Visum beantragt hat und dann auch endlich bekommt, dauert es zu lange.

Eine Fluchtstrecke ist die sogenannte Balkanroute, die seit 2015 als Transitweg nach Mitteleuropa für Flüchtlinge bekannt geworden ist. Als Balkanroute bezeichnet man Routen zwischen den arabischen Staaten Vorderasiens und Europa über die Balkanstaaten (südosteuropäische Länder). Jedoch sind die meisten Menschen irgendwo auf der Balkanroute gestrandet oder sitzen irgendwo in Serbien oder Griechenland mit sehr schlechten Bedingungen fest. Sogar Schutzsuchende werden oft Opfer brutaler Gewalt durch die Grenzen-Polizei oder das Militär.



Abb. 2: Flüchtlingsroute über den Balkan.

Diese Flüchtlingswelle erinnerte an die Massenflucht der Südvietnamesen aus dem kommunistischen Vietnam in den 1980er.

Im Jahre 1978 wurden die vietnamesischen Flüchtlinge unter den Namen „Boat People“ weltbekannt.

Die meisten Vietnamesen flüchteten in seeuntauglichen und überfüllten Booten über das Südchinesische Meer nach Malaysia, Indonesien, Singapur oder Hongkong.



Abb. 3: Flüchtlingswege nach Europa.

Neben den Gefahren auf dem Meer waren sie der Piraterie ausgesetzt, die sich meistens als Fischer tarnten, um die Leute auszurauben. Denn die meisten flüchtenden Menschen nahmen nur Goldbarren mit, da man mit Goldbarren überall zahlen kann. Besaß man nichts, so wurde man sofort getötet und hübsche Frauen wurden mitgeschleppt, vergewaltigt und später als Prostituierte verkauft. Darum schnitten sich viele Mädchen ihre Haare und verkleideten sich als Jungen, in der Hoffnung, dass sie nicht als Frau erkannt werden.

Viele ließen auch ihre Kinder flüchten:

1. da das Geld nicht für die ganze Familie ausreichte
2. wenn die Flucht misslang, dann konnten sie noch immer zurückkommen
3. damit die Kinder eine bessere Zukunft bekommen
4. Kinder können als Minderjährige in dem Unterkunftsländ die Familienzusammenführung beantragen

Es bestand jederzeit die Gefahr, von der Polizei entdeckt zu werden und daraufhin ins Gefängnis zu kommen. Deswegen lief alles geheim ab und alles musste auch gut durchdacht und organisiert werden. Es wurden normale Fischerboote und mehrmals nur eine geringe Menge von Benzin gekauft, da es sonst zu verdächtig gewesen wäre. Man flüchtete in der Nacht, wenn es dunkel war.

Eine Flucht war sehr teuer, denn man zahlte pro Person sieben bis acht oder sogar zehn Goldbarren. Man musste schon drei bis vier Goldbarren voraus zahlen als „Reservierung“ und den Rest zahlte man auf dem Boot. Neben dem hohen Preis kam noch hinzu, dass man manchmal betrogen wurde. Mein Onkel wurde auch zwei Mal betrogen, bevor es beim dritten Mal klappte. Er kam zum vereinbarten Ort zur vereinbarten Zeit, doch das Boot war schon weg. Wurde man betrogen, so hat man sein Geld verloren und konnte auch nicht zur Polizei gehen, da man sich sonst selber verraten hätte. Manchmal wurde man sogar von Bekannten oder Freunden betrogen.

Zusammengefasst war die Flucht im Großen und Ganzen sehr risikoreich. Auch mein Vater, der damals dreizehn, und meine Tante, die elf Jahre alt war, flüchteten auf einem 26 m langen in drei Etagen unterteiltes Boot mit ca. 500 weiteren Menschen. Ihre Eltern konnten zu dieser Zeit noch nicht flüchten, da ihr Vater noch immer von der Regierungsbehörde bewacht wurde. Es war auch nicht sicher, ob sie ihre Eltern jemals wieder sehen würden. Auf dem Boot gab es kaum Freiraum und keine richtige Versorgung. Während diesen zehn Tagen bekamen sie täglich nur eine halbe Tasse Wasser oder Reissuppe. Mein Vater und meine Tante waren zehn Tage lang auf See, bis sie auf die Insel Penang gelangten. Dort lebten sie zehn Monate, bevor sie nach Deutschland kamen.

Durch die anstrengende Flucht und den schlechten Bedingungen sind auch viele während der Flucht gestorben.

Manchmal waren sie auch schon fast an einer Küste angekommen, doch die Grenzschutzpolizei schoss ohne Rücksicht auf das Boot in der Hoffnung, dass sie aus Angst wieder umkehren würden, denn die Länder wollten keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. Aber viele Flüchtlinge hatten manchmal nur noch wenig Benzin und waren kurz vor ihrer „Ankunft in der Freiheit“ gestorben.

3. Wie integrierten sich meine Eltern?

Bei der Integration unterscheidet man zwischen drei Leitbildern für die Einwanderungsgesell-

schaft: „Parallelgesellschaft“, „Deutsche Leitkultur“ und „Multikulturelle Gesellschaft“.

Bei der Parallelgesellschaft existiert die Kultur der Minderheit parallel zur Kultur der Mehrheit. Sie beide unterscheiden sich in ihren Sitten, Traditionen, Werten und Lebensweisen, also gibt es zwischen den beiden Kulturen keine Berührungspunkte. Innerhalb der zwei verschiedenen Gesellschaft tolerieren sie sich gegenseitig, sind aber füreinander Fremde.



Abb. 4: Schemabild „Parallelgesellschaft“ (Quelle: Autorin).

Anders als bei der „Parallelgesellschaft“ wird bei der „Deutschen Leitkultur“ kulturelle Vielfalt nicht angestrebt sondern die Werte, Sitten und Lebensweisen der Mehrheitskultur, also die der Deutschen, sollen erhalten bleiben. Das Gesellschaftsbild orientiert sich an der Assimilation und bedeutet, dass die Zuwanderer sich an die Kultur anpassen sollen, während ihre eigene Sprache und Kultur langsam verloren geht.



Abb. 5: Schemabild „Deutsche Leitkultur“ (Quelle: Autorin).

Bei der „Multikulturellen Gesellschaft“ ist kulturelle Vielfalt innerhalb einer Gesellschaft normal. Es herrscht ein respektvolles und friedliches Zusammenleben beider Kulturen. Die Voraussetzung dafür ist, dass beide Kulturen als gleichwertig angesehen werden. Die Zuwanderer dürfen sich religiös frei entfalten und haben das gleiche Recht wie die Deutschen sowie auch das politische Mitspracherecht. Sie müssen die deutsche Verfassung und die Gesetze respektieren.

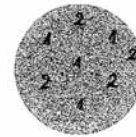


Abb. 6: Schemabild „Multikulturelle Gesellschaft“ (Quelle: Autorin).

Wie kann die Integration zum Erfolg werden?

Die Integration soll schon im Kopf beginnen. Man muss von Anfang an die Motivation und den Willen dazu haben. Mein Opa sagte meiner Mutter immer, dass wir den Deutschen dankbar sein sollen dafür, dass sie uns so freundlich aufgenommen haben und dann soll und will man natürlich auch zurückgeben, was man erhalten hat. Man zeigt seine Dankbarkeit dadurch, dass man sich benimmt, sich in der Gesellschaft erfolgreich entwickelt und sich anpasst. Denn Sitten, die bei uns in Vietnam üblich sind, sind in Deutschland ungewöhnlich, wie zum Beispiel die Kleiderordnung. Auch an die Mentalität der Deutschen passten wir uns an. z.B. schmatzt man in Vietnam beim Essen, wenn etwas gut schmeckt, aber in Deutschland gilt das als unhöflich und manierlos.

Natürlich sind wir nicht zu 100% Deutsche und können auch nicht unsere vietnamesischen Wurzel verleugnen, denn wir sehen komplett anders aus.

Da aber wir die Zuwanderer sind und die Deutschen uns schon aufgenommen hatten, sollten wir den ersten Schritt auf die Deutschen machen. Wir sind höflich und fleißig. Auch wir sollten die anderen Leute als erstes grüßen und nicht warten bis man selber angesprochen wird, wie zum Beispiel bei den Nachbarn und den Arbeitskollegen. Selbst wenn wir die Leute nur beim Vorbeigehen anlächeln und grüßen, kann man bei jedem unfreundlichen Menschen Sympathie gewinnen. Meine Mutter wohnte früher in Trossingen, einer Kleinstadt, in der es fast keine Ausländer gab. Dadurch wurde sie manchmal wegen ihres asiatischen Aussehens gehänselt und hatte wenig Freunde. Aber sie lernte fleißig, um sich den Respekt der anderen Mitschüler zu erlangen.

Als die Großeltern hier ankamen, mussten sie „von null“ anfangen, denn sie waren mit leeren Händen gekommen. Sie arbeiteten sehr schwer, um ihren Kindern eine gute Bildung zu ermöglichen, damit sie später ein besseres und leichteres Leben führen können, weil man nur mit Bildung gesellschaftlich voran kommt. Sie wussten: Wenn man die Sprache beherrscht, steht einem der Zugang zu verschiedenen Bildungseinrichtungen offen. Der Schwerpunkt war die berufliche Weiterentwicklung in der zweiten Heimat und die Bildung der Kinder. Sie leben – wie die meisten Vietnamesen – nach der Philosophie des Konfuzius, in der Lernen und Bildung einen hohen Stellenwert hat. Inzwischen sehen wir Deutschland als unsere neue Heimat an und denken nicht daran, eines Tages wieder zurück nach Vietnam zu gehen, sondern besuchen Vietnam nur als Touristen. Auch noch heute blicken wir mit Dankbarkeit zurück.

1979 gründete der Journalist Rupert Neudeck mithilfe von Spendengeldern die Initiative „Ein Schiff für Vietnam“, die „Cap Anamur“ und rettete bis 1986 mehr als 10 000 Vietnamesen das Leben.

Wir haben uns nach den vielen Jahren nach dem Leitbild der Multikulturellen Gesellschaft erfolgreich integriert.

4. Warum klappt die Integration nicht bei allen Kulturen?

Wie gesagt, beginnt die Integration bereits im Kopf und man muss auch den Willen und die Bereitschaft dazu haben. Man sollte nicht davon ausgehen, dass man irgendwann wieder in seine frühere Heimat zurückkehrt, sobald man genug Geld hat oder der Krieg zu Ende ist. Die meisten Flüchtlinge kommen nach Deutschland, um Geld zu verdienen, um ihrer Familie zu helfen. Doch für viele ist der Sprachkurs und die Ausbildung eine Zeitverschwendung, da sie währenddessen auch Geld verdienen könnten.

Diese nennt man Wirtschaftsflüchtlinge. Sobald man so denkt, strengt man sich auch nicht mehr an, die neue Sprache zu lernen und sich anzupassen. Meistens hängt es jedoch auch

von der Bildung ab, denn ist man gebildet, ist man auch viel toleranter und rücksichtsvoller. Auch die Erziehung hat einen starken Einfluss auf die Integration der Kinder. Wenn die Eltern sich nicht integrieren und sich nur unter den Landsleute befinden, so entwickeln sich die Kinder genauso.

Bei Asiaten klappt es meistens besser als bei den anderen Kulturen. Das liegt wahrscheinlich daran, dass wir sehr ehrgeizig und zielstrebig sind. Wir passen uns auch schnell an und sind tolerant.

Zusammengefasst sind die wichtigsten Punkte für eine erfolgreiche Integration:

- Anpassungsfähigkeit
- Zielstrebigkeit
- Ehrgeiz
- Toleranz
- Verständnis & Rücksicht
- Dankbarkeit
- &
- der **starke Wille** dazu

5. Wie integriere ich mich, da ich in zwei Kulturen aufgewachsen bin?

Natürlich habe ich es leichter als andere, da ich hier geboren bin und die vietnamesischen Sitten und Traditionen meist nur von Erzählungen kenne. Daher kann ich mich besser integrieren. Dennoch hatte ich anfangs in der Grundschule Probleme. Ich war sehr schüchtern und hatte es schwer mich mit anderen Kindern anzufreunden und war auch öfters alleine gewesen, da meine Freunde aus dem Kindergarten auf andere Schulen gegangen waren. Ich wurde anfangs oft gehänselt mit „Ching Chang Chong, Chinese im Karton“ und als Chinesin mit Schlitzaugen geargert, obwohl ich keine habe.

Meiner Meinung nach kann man im Kindergarten besser und schneller Freundschaften schließen, da kleine Kinder noch keine Vorurteile haben und einen ausschließen, nur weil man anders aussieht oder eine andere Religion hat. Alle Kinder sind gleich. Doch ich habe dann eine Freundin gefunden, viel gelernt und mich

in der Schule angestrengt, um gute Noten und Respekt zu bekommen. Daraufhin wurde ich als Streberin bezeichnet, schlecht behandelt und ausgegrenzt. Ich bekam auch fiese Kommentare zu hören wie "Nein, das hat sie nicht verdient!". Ich war oft traurig, habe auch geweint und sogar überlegt schlechtere Noten zu schreiben, um endlich akzeptiert zu werden. Nach einer Weile habe ich dann eingesehen, dass es doch nur der Neid war. Jetzt habe ich keine Probleme mehr, da meine Freunde mich, so wie ich bin, akzeptieren.

Bei meiner Erziehung merke ich manchmal schon, dass sie etwas anders als die meiner Freunde ist. Ich darf nicht alles machen, was meine Freunde dürfen, auch wenn ich schon alt genug bin. Mir wurde von klein auf beigebracht, dass ich höflich sein muss und ältere Menschen immer als erstes begrüßen soll, indem man sich vor ihnen verbeugt.

Man darf auch keine frechen Antworten gegenüber Erwachsenen geben, sonst wird es als respektlos und unerzogen bezeichnet.

Wie die anderen Asiaten bin ich auch sehr ehrgeizig und zielstrebig. Ich gebe immer mein Bestes und will auch immer in der Schule gute Noten bekommen.

Meiner Meinung nach ist meine Familie in Deutschland „angekommen“.

Abbildungen:

Abb. 1: Bootsflüchtlinge (Quelle: https://www.artistsandillustrators.co.uk/uploads/portfolio/7513/73786/portfolio_public_large/e3fc79ad56788aee2f2761414ef3754c971c4f05).

Abb. 2: Flüchtlingsroute über den Balkan (Quelle: https://orf.at/static/images/site/news/2016028/fluechtlinge_balkanroute_body_a.4672672).

Abb. 3: Flüchtlingswege nach Europa (https://koeln-muelheim.de/bilder/11447_nrd).



Werden Sie Mitglied im Geschichts- und Heimatverein Villingen e.V.



Sie unterstützen damit unsere Arbeit, die Geschichte und Traditionen unserer Stadt zu bewahren und immer wieder neu zu beleben.

Unsere Mitglieder erhalten das Jahreshft „Villingen im Wandel der Zeit“ als Treueprämie gratis ins Haus gebracht.

Auskunft und Anmeldung in der Geschäftsstelle, Kanzleigasse 30 in 78050 Villingen
(Telefon 077 21 / 40 70 999, Telefax 077 21 / 40 70 998, info@ghv-villingen.de)
oder bei einem der Vorstands- oder Beiratsmitglieder (siehe Impressum Seite 3).

Homepage: www.ghv-villingen.de

Die Verfassungen von 1818/19 in Baden und Württemberg

Ihre Voraussetzungen, ihre Wirkung und Bedeutung

Thomas Schnabel




Abb. 1: Thomas Schnabel.

Die evangelische Markgrafschaft Baden-Durlach umfasste 1770 rechtsrheinisch eine Fläche von ca. 30 badischen Quadratmeilen, was etwa 2.400 Quadratkilometern entsprach. Zur selben Zeit kam die katholische Markgrafschaft Baden-Baden rechtsrheinisch auf knapp 22 Quadratmeilen oder 1.700 Quadratkilometern. Der größte Landkreis Baden-Württembergs umfasst über 1.800 Quadratkilometer und der Schwarzwald-Baar-Kreis mehr als 1.000 Quadratkilometer. Oder anders ausgedrückt: Die beiden badischen Markgrafschaften waren flächenmässig mit heutigen Landkreisen vergleichbar.

Bei den Bevölkerungszahlen lagen sie weit unter heutigen Landkreisen. In Baden-Durlach lebten nicht ganz 100.000 Einwohner, in Baden-Baden sogar nur 75.000. Allein im Schwarzwald-Baar-Kreis leben heute mehr Menschen als in beiden Markgrafschaften zusammen. Als 1771 die Linie Baden-Baden ausstarb, wurden die beiden Markgrafschaften vereinigt.

Noch gravierender waren die Gebietszuwächse im Rahmen der napoleonischen Flurbereinigungen zwischen 1803 und 1810. Das nunmehrige Großherzogtum gewann etwa 210 Quadratmei-



Die Verfassungen von 1818/19 in Baden und Württemberg
Ihre Voraussetzungen, ihre Wirkung und Bedeutung

Vortrag von
Prof. Dr. Thomas Schnabel
Donnerstag, 9. Mai 2019,
19.00 Uhr

VS-Villingen, Landratsamt

QUELLENLAND
SCHWARZWALD
BAAR-KREIS

len oder fast 17.000 Quadratkilometer hinzu. Innerhalb von 40 Jahren verneunfachte sich die Fläche von Baden-Durlach. Die Bevölkerungszahl vermehrte sich im selben Zeitraum von 100.000 auf etwa 970.000 Menschen. Warum überflute ich sie mit diesen Zahlen? Vielleicht

bekommen sie auf diese Weise einen kleinen Eindruck von den revolutionären Veränderungen in Baden ohne dass es im Land eine Revolution gegeben hatte.¹

Das Herzogtum Württemberg profitierte zwar ebenfalls in hohem Maße von der napoleonischen Flurbereinigung, aber der Zuwachs fiel mit einer Verdoppelung von Fläche und Bevölkerung zwischen 1802 und 1810 deutlich geringer aus als im benachbarten Baden. Dazu kam, dass Württemberg schon im Alten Reich zu den bedeutenderen Territorien zählte und seit Jahrhunderten auch eine Landesuniversität in Tübingen aufzuweisen hatte, die mit der Ausbildung vor allem von evangelischen Theologen am Stift oder Juristen ganz wesentlich zu einem starken Landesbewußtsein beitrug. Als protestantische Vorhut im katholischen Süden Deutschlands spielten Württemberg und Tübingen traditionell eine wesentliche Rolle auch über die engen Landesgrenzen hinaus.

Demgegenüber verfügten die beiden badischen Markgrafschaften über keine eigene Universität – dazu waren sie viel zu klein. Erst mit der dramatischen Vergrößerung des Territoriums nach 1802 und vor allem nach 1806 fielen gleich zwei traditionelle Hochschulen an das neue Großherzogtum, nämlich von der Kurpfalz die protestantisch geprägte Universität Heidelberg und von Vorderösterreich die katholisch geprägte Universität Freiburg. Nachdem vor allem in Freiburg einige Zeit die Sorge herrschte, dass das protestantische großherzogliche Haus, die örtliche Universität auch aus Kostengründen schließen würde, stellte sich Baden dieser Herausforderung. Nicht nur die beiden Universitäten blieben erhalten. 1825 wurde in Karlsruhe auch noch eine der ersten Technischen Hochschulen in Deutschland gegründet.

Mit dem Frieden von Luneville 1801 begann die Entschädigung deutscher Fürsten für ihre Verluste in den linksrheinischen Gebieten, die alle an Frankreich fielen. In einem ersten Schritt wurden 1803 im Reichsdeputationshauptschluß nach französischem Vorbild die kirchlichen Güter säkularisiert, d. h. die Ländereien der Bistümer, die Klöster und Abteien und die Ländereien

von Pfarreien an Fürsten übertragen. Gleichzeitig wurden 45 der 51 deutschen Reichsstädte sowie kleinere Fürstentümer und Grafschaften in ganz Deutschland aufgelöst. Insgesamt handelte es sich um 112 Reichsstände mit 3 Millionen Einwohner. Hauptgewinner waren in dieser Reihenfolge Baden, Preußen, Württemberg und Bayern.

Kurz vor dem Reichsdeputationshauptschluß hatte Hegel einen Beitrag über „Die Verfassung Deutschlands“ mit dem Satz begonnen: *„Deutschland ist kein Staat mehr.“*² Obwohl die Auflösung des Deutschen Reiches zu diesem Zeitpunkt erst an seinem Anfang stand, analysierte Hegel schon 1802 fast prophetisch: *„So hat in dem Krieg mit der französischen Republik Deutschland an sich die Erfahrung gemacht, wie es kein Staat mehr ist, und ist seines politischen Zustandes sowohl in dem Kriege selbst als an dem Frieden inne geworden, der diesen Krieg endigte, und dessen handgreifliche Resultate sind: der Verlust einiger der schönsten deutschen Länder, einiger Millionen seiner Bewohner, eine Schuldenlast auf der südlichen Hälfte stärker als auf der nördlichen, welche das Elend des Kriegs noch weit hinein in den Frieden verlängert, und daß außer denen, welche unter die Herrschaft der Eroberer und zugleich fremder Gesetze und Sitten gekommen sind, noch viele Staaten dasjenige verlieren werden, was ihr höchstes Gut ist, – eigene Staaten zu sein.“*³

Was bedeutete diese kluge Analyse in ihrer Konsequenz für die betroffenen Menschen. Der erste königlich württembergische Oberamtmann in Biberach, Karl Friedrich Dizinger, hat uns seine Eindrücke aus dieser Zeit hinterlassen, die ein sehr eindrückliches Bild von den konkreten Auswirkungen dieser Umwälzungen zeichnen. Zwar waren viele Bewohner mit den Zuständen im Alten Reich unzufrieden und auch die Grundsätze der französischen Revolution hatten für einige Unruhe gesorgt. Ebenso hatten die verschiedenen Kriege, und er schrieb dies vor dem besonders verlustreichen Rußlandfeldzug Napoleons, sehr tiefe Wunden geschlagen und z. B. in Biberach eine unerschwingliche Schuldenlast hinterlassen. *„Dessen ungeachtet hatten sich*

*im allgemeinen die Herren, sowie die Diener und die Untertanen, bei dem gewohnten Alten wohlbefunden.*⁴⁴

Der neue Oberamtmann hatte deshalb durchaus Verständnis, daß sich die Menschen der neuen, württembergischen Ordnung nur ungern fügten. Sehr einfühlsam schilderte Dizinger die Konsequenzen für die Bevölkerung, auch wenn er versuchte möglichst schonend zu Werke zu gehen. *„Manche der neuen Verordnungen und Anordnungen, die überdies nach dem Geiste der Zeit schnell und rasch aufeinander folgten, hatten, was nicht zu mißkennen war, auch beinahe jeden einzelnen Bewohner des mir anvertrauten Oberamts mehr oder weniger hart betroffen. Die ehemaligen Machthaber mußten auf ihre früheren Vorrechte verzichten und sich Einem unterwerfen, der zwar früher mächtiger und angesehenere als sie, noch kurz zuvor dem Kaiser und Reich untergeordnet war. Auch war ich als Ober- und Souveränitätsbeamter manchem ehemaligen fürstlichen Kanzler, Hof- und Regierungsrat usw. vorgesetzt, und die ehemals regierenden reichsstädtischen Bürgermeister und Senatoren waren mir nun untergeordnet, und ich führte nun den Vorsitz bei allen öffentlichen Verhandlungen. Zugleich mußten sie, wie die übrigen Untertanen mehr Steuern und Abgaben als früher bezahlen.“*⁴⁵ Besonders drückend wurde darüber hinaus die massenhafte Einziehung zum Militär empfunden, die in dieser konsequenten Form neu war und angesichts der zahlreichen Feldzüge und der hohen Verluste für die Menschen sehr einschneidend war.

Mit dem Sieg Napoleons in der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz 1805 war das Schicksal des Heiligen Römischen Reiches besiegelt. Mit der Gründung des Rheinbundes von Napoleons Gnaden in Paris zerstörten die beteiligten 16 süd- und westdeutschen Fürsten das Reich endgültig. Am 6. August 1806 verzichtete Kaiser Franz II. unter französischem Druck auf die deutsche Kaiserkrone, blieb aber österreichischer Kaiser. Die großen Gewinner waren die sogenannten Mittelstaaten, wie Baden das zum Großherzogtum aufstieg oder Bayern und Württemberg die zu Königreichen von Napoleons Gnaden wurden.

Nachdem die Franzosen im Oktober 1806 auch noch die Preußen bei Jena und Auerstedt vernichtend geschlagen hatten, beherrschte Napoleon Deutschland praktisch uneingeschränkt.

Der brutale, rechtlose Umsturz der jahrhundertalten, allerdings auch völlig verkrusteten politischen Verhältnisse löste große Unruhe und auch Trauer aus. Goethes Mutter fasste diese Stimmung in einem Brief an ihren Sohn zusammen, als sie darüber berichtete wie in Frankfurt erstmals Kaiser und Reich aus dem Kirchengebet weggelassen worden waren. *„Mir ist übrigens zu muthe als wenn ein alter Freund sehr kranck ist, die ärztze geben ihn auf und mann ist versichert daß er sterben wird und mit all der Gewißheit wird mann doch erschüttert wann die Post kommt er ist todt.“*⁴⁶

Gleichzeitig führte die französische Besatzungsherrschaft und Willkür zu ersten anti-französischen Regungen, die von England und Österreich, den noch verbliebenen Gegnern Napoleons zusätzlich geschürt wurden. Ein wichtiges Agitationsmittel waren antifranzösische Broschüren, deren Auftauchen von Napoleon zunehmend als bedrohlich empfunden wurde.

In dieser Atmosphäre erschien 1806 ein kleines Büchlein mit dem Titel „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung“, das eine sehr kritische Analyse der deutschen Situation von 1806 enthielt. Neben einer Verurteilung Frankreichs ging es dem Autor, der bis heute nicht bekannt ist, vor allem um eine Kritik an den deutschen Fürsten, *„über das Betragen sämmtlicher Höfe, die mehr oder minder Antheil an Germaniens Unglück nehmen.“*⁴⁷

Besonders kritisch stellte er das Verhalten der französischen Armee bei ihrem Einmarsch dar. *„Baden und Wirtemberg, Frankreichs Nachbarn erhalten den ersten Besuch. Wie wolgemeint und freundschaftlich dieser ablief, darüber leisten die lauten Klagen jener Länder die Gewähr. Fressen, Saufen, Raub und Weiberschänden, waren Tagesordnung der französischen Armee. Die Kurhöfe, Baden und Wirtemberg hatten zwar ihre Länder durch ein abgedrungenes Bündniß mit der Krone Frankreich zu retten gesucht? Wie wenig waren sie aber dadurch gebessert? Höchstens wurde durch dieses traurige Mittel Sengen und Brennen verhütet.“*⁴⁸

Für den Vertrieb dieses Büchleins wurde der aus Schorndorf stammende Buchhändler Johann Philipp Palm am 26. August 1806 auf Befehl von Napoleon in Braunau erschossen. Zur Abschreckung ließ der französische Kaiser Tausende von Plakaten mit der Bekanntmachung der Hinrichtung in Deutschland aushängen.

Unter Deutschlands Schriftstellern genoss der Korse aber nach wie vor teilweise hohes Ansehen. Der aus dem Kreis Biberach stammende Dichter Christoph Martin Wieland verglich im Sommer 1808 in einem Brief Goethe mit Napoleon. *„Könnte man nicht mit gleichem Recht sagen: Göthe sei in der Poetischen Welt was Napoleon in der Politischen? Können nicht beyde alles was sie wollen, und wollen sie nicht immer das Unglaublichste u Beispielloseste, und wissen es doch so zu behandeln und herbey zu führen, daß es zugleich das Natürlichste scheint?“*⁶⁹

Entgegen der Hoffnungen Wielands wurde Napoleon nicht zum „Völkerbeglückenden Friedensfürsten.“ Die Rheinbundstaaten, darunter auch das neue Großherzogtum Baden und das neue Königreich Württemberg waren zu Vasallen von Napoleon geworden, auf Gedeih und Verderb mit ihm verbunden. Dazu beigetragen hatten auch Heiraten. Der badische Großherzog Karl hatte Stephanie Beauharnais, die Stieftochter Napoleons zur Frau erhalten. Jerome, der Bruder Napoleons und König von Westfalen, hatte Prinzessin Katharina von Württemberg, das zweite Kind von König Friedrich geheiratet.

Solange Napoleon stark war, mußten Baden und Württemberg zum Erhalt ihrer noch fragilen neuen Staatsgebilde jede antifranzösische Regung unterdrücken. Außerdem erhoffte man sich durch den engen Anschluß an Frankreich noch weiteren Ländergewinn. Mit den Bevölkerungs- und Territorialverschiebungen 1810 zwischen Baden, Württemberg und Bayern kamen die Umwälzungen zu einem Ende. Da Baden und Württemberg nach der Niederlage Napoleons in der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 rechtzeitig die Seiten wechselten, konnten sie ihre Gewinne an Menschen und Gebieten auch auf dem Wiener Kongreß behaupten. Einen Weg hinter Napoleon zurück gab es in Deutschland nicht.

Zum Verständnis der badischen Situation müssen einige dynastische Probleme aufgezeigt werden, die aber sowohl für die Verfassungsgebung als auch für die weitere Entwicklung des Landes von ausschlaggebender Bedeutung waren. Markgraf Karl Friedrich, der spätere erste Großherzog, regierte sein Land nicht weniger als 73 Jahre, da er seinen Vater bereits im Alter von vier Jahren verloren hatte. Er war mit Karoline Luise von Hessen in erster Ehe verheiratet. Nach deren Tod vermählte er sich mit Luise Freiin Geyer von Geyersberg, die später zur Reichsgräfin von Hochberg erhoben wurde. Allerdings handelte es sich bei der zweiten Ehe von Karl Friedrich um eine sogenannte morganatische, also eine nicht standesgemäße Ehe, deren Kinder nicht ebenbürtig und erbberechtigt waren.

Da aus der ersten Ehe von Karl Friedrich drei männliche Nachkommen existierten, schien dies zunächst keine Rolle zu spielen. 1801 verunglückte der Erbprinz in Schweden tödlich. Sein Sohn Karl wurde 1808 mit 22 Jahren zum Mitregenten und 1811 zum Großherzog. Aus bündnistaktischen Gründen heiratete er 1806 die von Napoleon adoptiert Gräfin Stephanie Beauharnais. Sie bekamen zusammen fünf Kinder, darunter zwei Söhne. Der erste Sohn starb bereits nach drei Wochen, der zweite Sohn nach einem Jahr. Als 1828 in Nürnberg das Findelkind Kaspar Hauser auftauchte, der 1833 ermordet wurde, entstand schnell das Gerücht, er sei der 1812 angeblich verstorbene badische Erbprinz, den die Gräfin Hochberg habe beiseiteschaffen lassen, um ihren Kindern die Erbfolge zu ermöglichen. Wie nachhaltig dieses Gerücht wirkte, zeigte sich auch daran, dass Kaiser Wilhelm I., der Schwiegervater des badischen Großherzogs Friedrichs I. 1875 die Veröffentlichung entsprechender Dokumente aus dem badischen Hausarchiv veranlasste.

Der kränkelnde Großherzog Karl starb bereits 1818 mit 32 Jahren ohne männlichen Erben. Sein Nachfolger und Onkel Ludwig lebte mit einer Bürgerlichen zusammen. Seine Kinder waren damit nicht erbberechtigt. Damit war das großherzogliche Haus ausgestorben. Gleichzeitig hatten Österreich und Bayern in einem Vertrag

vereinbart, bei einem Aussterben der Zähringer, Baden aufzuteilen. Bayern sollte die Kurpfalz und Teile Nordbadens annekieren und hätte damit von Würzburg bis in die bayerische Pfalz wieder eine durchgehende Verbindung gehabt. Österreich wollte sich wieder den Breisgau einverleiben. Damit stand die territoriale Integrität des erst kurz zuvor gebildeten Großherzogtums bereits wieder in Frage.

Neben den dynastischen Problemen stellte sich aber auch die Frage nach der Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Land und seinen Herrschern. Waren die Menschen bereit, für ihr Land und ihre Nation zu kämpfen und gegebenenfalls zu sterben? Oder mussten sich die Herrscher auf Söldner stützen, die nicht aus Überzeugung kämpften, sondern nur wegen des Geldes. In den Auseinandersetzungen mit den Armeen der französischen Republik in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts, aber auch noch unter Napoleon, zeigte sich die unterschiedliche Motivationslage der Soldaten, wie der preußische Militärreformer Scharnhorst scharfsinnig analysierte: „Der Kampf war in der Tat zu ungleich: Der eine (der Franzose, T.S.) hatte alles und der andere wenig zu verlieren. Das Verhältnis der Motive bestimmte das Verhältnis der Mittel.“¹⁰

Aus der desaströsen Niederlage der preußischen Armee gegen Napoleon 1806 in Jena und Auerstedt, zogen die preußischen Reformer den Schluß, dass nicht nur die Armee grundlegend modernisiert, sondern vor allem die Bürger motiviert werden mussten, sich für ihren Staat einzusetzen. Ein zentrales Mittel dafür war zum einen der Nationalismus, der aus Kriegen zwischen Dynastien nun Kriege zwischen Ländern und Völkern machte. Zum anderen ging es um Freiheit. Damit war Teilhabe gemeint, die Teilnahme der Bürger am Staat. Das *„ist gewiß nicht Volkssouveränität, nicht demokratische Selbst- oder Mitbestimmung, das ist vielmehr der Versuch, aus den Untertanen Bürger zu machen, die Sache des Staates zu ihrer Sache zu machen, den Staat auf die selbständigen und freien Bürger, auf Volk und Nation zu gründen.“*¹¹

Diesem Zeitgeist fühlten sich aber nicht nur die preußischen Reformer verpflichtet, sondern auch das badische Großherzogtum. Am 1. Dezember 1814 ließ der badische Großherzog durch seinen Gesandten beim Wiener Kongreß dem österreichischen Staatskanzler Metternich und dem preußischen Staatskanzler Hardenberg schriftlich mitteilen, dass er sich entschlossen habe, *„als dem Geist des Zeitalters angemessen, eine ständische Verfassung in ihren Staaten einzuführen, und somit ihren Untertanen die Bewilligung der directen sowohl als indirecten Steuern, die Mitaufsicht auf deren Verwendung, die Theilnahme an der Gesetzgebung und das Recht der Beschwerdeführung bei eintretender Malversation der Staatsdiener zu gestatten.“* Zwar sollte die Verfassung im Einklang mit den Ergebnissen des Wiener Kongresses stehen. Um keine Zeit zu verlieren, habe Großherzog Karl bereits eine Kommission gebildet, die Vorschläge dazu erarbeiten sollte unter Berücksichtigung der spezifischen badischen Verhältnisse.¹² Es sollte allerdings noch vier Jahre dauern, bis die versprochene Verfassung tatsächlich in Kraft trat.

Zunächst kam es in Wien am 8. Juni 1815, nachdem Napoleon nach der Schlacht von Waterloo endgültig besiegt worden war, zur Verabschiedung der deutschen Bundesakte, die die Verhältnisse der formal souveränen Gliedstaaten regeln sollte. Trotz massiver Versuche, die neu geschaffene Landkarte wieder zu verändern, blieb es im Süden Deutschlands bei der vom französischen Kaiser geschaffenen Grenzen. Insofern stellte der 13. Artikel der Bundesakte einen Fremdkörper dar. Er bestimmte lapidar und ohne weitere Erläuterungen: *„In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.“* Damit stellte dieser Artikel einen Eingriff in die Souveränität der verschiedenen Gliedstaaten und deren Verfassungsautonomie dar, „einen Eingriff, der weder aus dem Bundeszweck herleitbar ist noch etwa in einem weiteren Artikel des deutschen Grundvertrages eine Entsprechung fände.“¹³

Dahinter steckten verschiedene Interessen, wie z.B. der deutschen Großmächte Österreich und Preußen. Mit den Verfassungen wollten sie den

rheinbündischen Absolutismus einschränken, der sich z.B. in Württemberg unter dem mit harter Hand regierenden König Friedrich I. besonders deutlich zeigte. In den folgenden Jahren gab es in fast allen ehemaligen Rheinbundstaaten Verfassungen, während Preußen und Österreich dies verweigerten.

Ein weiteres, sehr großes Problem stellten die im Zuge der napoleonischen Flurbereinigung ihrer Territorien und vieler Herrschaftsrechte verlustig gegangenen Adeligen dar. Nachdem ihre Versuche in Wien gescheitert waren, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt zu werden, waren nun die angestrebten Verfassungen ein Mittel, wieder wesentlichen Einfluss zurückzuerhalten. So paradox es klingen mag, die uns heute modern erscheinenden Bemühungen um landständische Verfassungen hatten eine wichtige rückwärts-gewandte Aufgabe: Die Wiedergewinnung von Einfluß für die zwischen 1802 und 1806 entrechteten Adeligen in den neuen Rheinbundstaaten.

Ein beeindruckendes Beispiel dafür stellte die öffentlich ausgetragene Auseinandersetzung zwischen den nordbadischen Adeligen und der großherzoglichen Regierung dar, die 1816 ausgetragen wurde. Öffentlich präsentiert wurde sie von den Adligen in zwei Heften unter dem umständlichen, aber das Thema treffend beschreibenden Titel: *„Geschichtliche Darstellung der Schritte, welche zur Vorbereitung einer rechtsbeständigen Verfassung des Großherzogthums Baden im Namen des Fürsten zu Salm-Reifferscheid und der vormals Reichsunmittelbaren Ritterschaft der Main- und Tauber-, Neckar-, Pfalz- und Enzkreise geschehen sind; so wie der darauf von Seiten der großherzoglichen Regierung ergriffenen Maaßregeln. Nebst den dazu gehörigen Aktenstücken.“*

Besonders kritisiert wurde, dass es trotz verschiedener Ankündigungen zu keiner Einberufung der Stände gekommen war, also keine öffentliche Diskussion über die anzustrebende Verfassung stattfand, wie dies im benachbarten Württemberg schon äußerst kontrovers seit einiger Zeit im Gange war. Zwar betonten die Adligen in ihrer Eingabe, dass es ihnen um das Wohl des Landes, des Regenten und seiner

Bürger gehe. Gleichzeitig machten sie aber die wahren Gründe ihres engagierten Auftretens für eine Verfassung deutlich: *„aber namentlich erfordern die Verhältnisse der vormals Reichsunmittelbaren Fürsten, Grafen und Ritter, eine solche vertragsmäßige bleibende Bestimmung; Opfer des aufgelösten Rheinbundes, und aller ihrer Rechte beraubt, was kann – wenn ihre Unterwerfung definitiv verbleibt – sie vor der Vernichtung ihrer Häuser, vor dem Elend ihrer angestammten Unterthanen, vor der Eigenmacht deren schützen, welche die Mitstände eines großen Theiles derselben, noch vor wenigen Jahren, waren – wenn dieses nicht vertragsmäßige Bestimmung ihrer Verhältnisse, und durch die Gewährleistung des deutschen Bundes geschieht? Ohne diese, wird sehr bald der Adel vernichtet seyn; ohne ihn aber erdrückt der Regent den Bürger und Bauern, damit Teutschland erlebe, weshalb Frankreich und durch dasselbe alle Völker Europas geblutet haben.“* 14

Die mit der Eingabe verbundene Bitte um ein Gespräch wurde vom Großherzog und seiner empörten Regierung zurückgewiesen. Vielmehr wurden Major von Gemmingen und der Rittmeister von Raknitz, die die Eingabe unterzeichnet hatten, aus der Liste der Officiers à la suite gestrichen. Außerdem wurde ihnen untersagt, die damit verbundene Uniform zu tragen. Den Kammerherr und Kreisrath von Berlichungen entließ der Großherzog sogar aus seinen Ämtern. Er musste seinen Kammerherren-Schlüssel zurückgeben. Eine Abschrift des Protokolls seiner Entlassung wurde ihm verweigert.

So sehr uns solche protokollarischen Fragen heute fremd sein mögen, so zeigen sie doch eindringlich, wie verärgert der Großherzog und seine Beamtenminister über diese Eingabe und die damit verbundenen Unterstellungen waren. Zumal die Adeligen einen wunden Punkt getroffen hatten. Seit Ende 1814 hatte der Großherzog und seine Regierungen immer wieder Ankündigungen und Versprechungen im Zusammenhang mit der Verfassung gemacht. Diese dann aber anschließend wieder zurückgenommen. Darin spiegelten sich zwar auch unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Regierung wider. In

besonderem Maße hatte dies aber mit Großherzog Karl zu tun, der, zurückhaltend ausgedrückt, von seinem Amt überfordert war und Entscheidungen immer wieder auswich.

Varnhagen von Ense, damals preußischer Gesandter am badischen Hof in Karlsruhe, haben wir in seinen Denkwürdigkeiten zahllose Ausführungen zu den politischen Ereignissen zu verdanken. So beschrieb er auch ausführlich den Krankheitszustand des damals gerade 30-jährigen Großherzog Karl, den man natürlich öffentlich zu verschleiern trachtete – obwohl es ein offenes Geheimnis war. *„Der Kranke war in düsterer Stimmung, er wurde immer träger und argwöhnischer. Niemand durfte seine Arzneien anrühren, er verschloß sie jedesmal, so oft er das Zimmer verließ; seinen Wein nahm er von Tettenborn (einem befreundeten ehemaligen zaristischen General, der sich in Baden niedergelassen hatte, T.S.), die Flaschen mußten versiegelt ihm gebracht und bei Tisch unter seinen Augen geöffnet werden, er kostete keine für ihn besonders bereitete Speise, er aß nur von den Gerichten, die er von Allen essen sah. Ihn zu erheitern, aufzurichten, war eine ungeheure Arbeit; die sanften Bemühungen der Großherzogin, der Eifer seiner nächsten Diener blieben wirkungslos, nur Tettenborn konnte ihn dahin bringen, die nothwendigsten Geschäfte zu vollziehen, bei günstigem Wetter auszufahren, einer unerläßlichen Audienz sich zu unterziehen.“*¹⁵

In einem politischen System in dessen Mittelpunkt der absolut regierende Monarch steht, wirkt ein entschlußloser, kranker Großherzog noch ungleich verheerender als in einer konstitutionellen oder gar parlamentarischen Monarchie. Dazu kam, dass es sich um weltpolitisch bedeutende, für das Großherzogtum Baden entscheidende Jahre handelte, die einen energischen Monarchen erfordert hätten, wie es zur selben Zeit in Württemberg König Friedrich I. und auch sein Sohn und Nachfolger König Wilhelm I. waren. Dank zahlreicher außergewöhnlicher Beamter und Berater wie Sigismund von Reitzenstein, Johann Nikolas Friedrich Brauer oder Karl Friedrich Nebenius, die sich zwar häufig auch untereinander befehdeten, konnte sich Baden in

diesen schwierigen Zeiten behaupten. Dazu kam der Schutz durch Zar Alexander I., der mit der Schwester von Großherzog Karl, Markgräfin Luise verheiratet war. Beide setzten sich immer wieder und erfolgreich für Baden ein.

Zu diesen schwierigen politischen und sozialen Verhältnissen kam 1816 noch eine dramatische Naturkatastrophe. Im April 1815 war in Indonesien der Vulkan Tambora ausgebrochen. Es handelte sich wohl um die größte Eruption der letzten Jahrtausende. Es ist heute kaum mehr vorstellbar, aber von diesem Ereignis, das in Indonesien direkt wohl ca. 100.000 Menschen das Leben gekostet hatte, war in Europa nichts bekannt. Durch die unvorstellbaren Mengen von Asche, die in die Atmosphäre geschleudert worden waren, kam es 1816 zu dem Jahr ohne Sommer, das zu einem dramatischen Ernteverlust und massiv steigenden Nahrungsmittelpreisen in vielen Teilen der Welt, besonders aber auch im Süden Deutschlands und der Schweiz führten. *„Die Ursachen dieser seltenen Witterung sind bei dem noch immer sehr unvollkommenen Zustande der Witterungskunde nicht wohl anzugeben“*, hieß es im Sommer 1816 in der Großherzoglich-Badischen Staatszeitung.¹⁶

Die damalige Stimmung brachte ein Bamberger Justizrat 1817 auf den Punkt: *„Zwanzig und mehrere verhängnisvolle Jahre sind an uns vorübergegangen, Leiden aller Gattung lasteten schwer auf den deutschen Völkern – Ein fremdes Joch, von einem fremden Despoten aufgelegt, drückte überall Fürst und Volk; Sicherheit der Person, des Eigenthums, alle bürgerliche Freiheit war verschwunden, Alles in schmäbliche Fesseln geschlagen – die Gefahr der Zernichtung aller gesetzlichen Freiheit war die größte, ... Die Zeit der Prüfung scheint für die Völker noch nicht ganz geendet; die aus tiefer Sklaverei Entronnenen sollen mit Theuerung, Mangel, den Kampf bestehen; die Naturereignisse des letzten Jahres haben bis jetzt schon bedenkliche Folgen hervorgebracht, und wer vermag sie für die nächste Zukunft zu berechnen?“*¹⁷

Dadurch kam es in Baden zur ersten größeren Auswanderungswelle, die von der Verwaltung sehr positiv aufgenommen wurde. In einem Bericht vom 2. Dezember 1816 berichtete das

Direktorium des Dreisamkreises nach Karlsruhe, dass mit keiner Entvölkerung des Staates oder mit einem Mangel an arbeitenden Händen zu rechnen sei. „...größtenteils sind die Auswanderer ganz mittellose, oft auch Arbeitsscheue Leute, durch deren Auswanderung die betreffenden Gemeinden meistens gewinne, und der Staat nichts verliert. Im Allgemeinen darf man sie auch in unserem Lande als eine nothwendige Ausleerung ... betrachten.“¹⁸

Die 20-jährigen kriegerischen Auseinandersetzungen und die territorialen Umwälzungen hatten ebenfalls katastrophale Auswirkungen auf die am Ende des 18. Jahrhunderts noch vorbildlich geordneten Staatsfinanzen Badens. Das Großherzogtum war 1815 praktisch pleite. Nur französische Kontributionen nach dem Einmarsch in Paris 1815 und erhebliche Unterstützungsleistungen durch England ersparten dem Land den Staatsbankrott, wie ihn Österreich ein Jahr später erlebte. Trotzdem war die badische Administration unfähig, den Haushalt aus eigener Kraft zu sanieren. Da sich der Großherzog zudem weigerte an den größten Haushaltsposten, nämlich dem Militär und der Hofhaltung größere Einschränkungen vorzunehmen, bedurfte es neuer Regelungen. „Sämtliche Verfassungsentwürfe, die zwischen 1815 und 1818 vorgelegt wurden, billigten deshalb der Repräsentation weitreichende Befugnisse zu. Ihr Steuer- und Anleihebewilligungsrecht etwa stand nie zur Disposition.“¹⁹

Noch drastischer drückte es vor über 100 Jahren der Historiker Willy Andreas in einer umfassenden Studie zum Verwaltungsaufbau des jungen Großherzogtums aus: „Die Verfassungsbewegung, die seit dem Herbst 1815 in Baden einsetzt und den Monarchen umwirbt, ist wie im nahen Hessen ein Ergebnis der wirtschaftlichen Notlage und der Steuergesetzgebung. Nicht als ob sie allein den Ausschlag gegeben hätten - denn der Boden war schon vorbereitet - aber sie brachten den Stein endgültig ins Rollen.“²⁰

Dazu kam noch der wachsende öffentliche Druck aufgrund der verschiedenen Ankündigungen des Großherzogs zur baldigen Verabschiedung der Konstitution oder die Einberufung

der Stände, die aus den verschiedensten, vorgeschobenen Gründen alle wieder zurückgezogen wurden. In anderen Mittelstaaten wie dem Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach gab es bereits seit 1816 Verfassungen, in Württemberg tobte seit 1815 ein erbitterter, auch öffentlich ausgetragener Streit über eine neue Verfassung und in Bayern stand der Erlass einer neuen Konstitution bevor. Nur in Baden wusste man nicht so recht, wie der Stand der Dinge war.

Angesichts des bedenklichen Zustandes von Großherzog Karl wurde vor allem die Nachfolgeregelung immer dringender. Am 4. Oktober 1817 rang er sich schließlich durch, seine nicht ebenbürtigen Halbbrüder durch Staatsurkunde zu Prinzen und Markgrafen von Baden mit dem Rechte der Thronfolge zu erklären. Trotz der Unterstützung durch den Zaren war die allgemeine Anerkennung dieser Regelung vor allem durch Bayern und Österreich zunächst nicht gesichert.

Die Beweggründe, eine badische Verfassung zu erlassen, waren also vielschichtig. Neben der allgemeinen Zusage in der Bundesakte 1815 und der daraus erwachsenen öffentlichen Erwartung kamen dazu noch landesspezifische Eigenheiten. Dazu zählten die ungelöste Finanzkrise, die offene Nachfolgeregelung im Herrscherhaus sowie der Druck der früher reichsunmittelbaren Adeligen, die auf eine angemessene Vertretung drangen. Das größte Problem stellte neben Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung der entschlossene Großherzog dar, der sich immer wieder um eine Entscheidung drückte.

Bewegung in die verfassungsrechtlichen Fragen brachte die Rückkehr von Sigismund von Reitzenstein im Herbst 1817 in die badische Politik. Er hatte bereits beim großen Länderschacher in Paris ungewöhnliche Gewinne für die Markgrafschaft erzielt. 1809 hatte er u. a. mit seinem berühmten Organisationsedikt innerhalb eines Jahres die inneren Strukturen des Großherzogtums neu geschaffen und ihm damit die selbe innere Einheit gegeben, die auch die übrigen süddeutschen Mittelstaaten, Bayern und Württemberg, bereits besaßen.²¹ Obwohl Reitzenstein

keine Berufung als Kabinettsminister erhalten hatte, galt er doch als „Haupt der Regierung“. ²²

Sein erster Erfolg war die öffentliche Klärung der Thronfolge. Dieser einseitige Schritt, nur von Rußland und Preußen unterstützt, genügte allerdings nach Reitzensteins Ansicht nicht. Sie musste in einer Verfassungsurkunde aufgenommen werden, um damit nach außen Bestand zu haben. Der sich immer mehr verschlechternde Zustand des Großherzogs brachte die Verfassungsbemühungen zunehmend unter Zeitdruck, da man von seinem Nachfolger, Markgraf Ludwig, keine Unterstützung erwarten durfte.

In Verbindung mit der Großherzogin Stéphanie, die die Verfassungspläne nachhaltig unterstützte, suchte man den günstigsten Zeitpunkt, um den Großherzog zur Unterschrift zu bewegen. Alles musste bedacht werden, „denn wenn den Großherzog“, wie Varnhagen von Ense in seinen Denkwürdigkeiten berichtete, *„sein Eigensinn faßte, so nahm er eine Kleinigkeit, die man nicht vorher mit ihm besprochen, zum Vorwand um sich als hintergangen darzustellen und die größten Hauptsachen umzustößen.“* ²³

Am 22. August 1818 erklärte sich Großherzog Karl dann bereit, die Verfassungsurkunde mit seiner Paraphe abzuzeichnen, die eine Woche später durch den Abdruck im Staats- und Regierungsblatt verkündet wurde. Deshalb gibt es keine, vom Großherzog unterzeichnete Verfassungsurkunde. Etwas mehr als drei Monate später starb Großherzog Karl mit gerade einmal 32 Jahren. Die Verkündung der Verfassung erregte, wie Varnhagen von Ense berichtete, *„im ganzen Lande die lauteste Freude, die dankbarste Anerkennung; auch im übrigen Deutschland und nach Belgien und Frankreich hinein, äußerte die öffentliche Meinung ihre kräftigste Zustimmung... Im allgemeinen, das mußte man gestehen, hatte Baden Reicheres und Besseres empfangen als irgend ein anderes deutsches Land... Alle öffentlichen Blätter jubelten, die Stimmen im Volke gaben sich in begeisterten Äußerungen kund, vom Bodensee bis an den Main, segneten den Großherzog, als den Geber der Verfassung mit dem heißesten Dankgebete; in Mannheim und Freiburg, den bisher*

wenigst badisch gesinnten Städten, waren die Herzen plötzlich wie umgewandelt und dem Landesfürsten aufrichtigst zugewendet.“ ²⁴

Im benachbarten Württemberg verlief die Entwicklung völlig anders als in Baden. Zwar gehörte auch das neue Königreich zu den großen Gewinnern der napoleonischen Flurbereinigung. Das Herzogtum war ursprünglich deutlich größer als die beiden badischen Markgrafschaften und seine Fläche und Bevölkerungszahl verdoppelte sich nur zwischen 1802 und 1810. Dazu verfügte es über einen enorm willensstarken, despotischen Herrscher, der sein Königreich quasi im Alleingang in die Moderne führte. Selbst Napoleon respektierte diesen unförmig dicken, aber voller Energie steckenden Rheinbundherrscher.

Noch größer war der Unterschied in der Verfassungstradition. Seit dem Tübinger Vertrag von 1514, zuletzt bestätigt 1770 und garantiert durch Dänemark, England und Preußen, gab es im Herzogtum eine landständische Vertretung, die maßgeblichen Einfluß vor allem auf die Finanzpolitik des Landes hatte, über eigene Finanzen verfügte und durchaus auch gegen den Herzog Politik machte, wie während der Revolution in Paris. Dies war keine demokratische Einrichtung in unserem Sinne. Vielmehr saß in der Landschaft die sogenannte altwürttembergische Ehrbarkeit, eine bürgerliche Elite aus Geistlichen, Schreibern und Juristen, die fast alle irgendwie miteinander verwandt waren. Allerdings war es eine Form der Partizipation, die es sonst im absolutistischen Europa nur noch in England gab, worauf man in Württemberg besonders stolz war.

Bei ihren Aktivitäten gegen den Herzog und Kurfürst fand der Landtag auch immer wieder Unterstützung beim Kaiser in Wien. Nach der Schlacht von Austerlitz und dem Preßburger Frieden von 1805 hatten sich die machtpolitischen Gewichte verschoben. Nicht mehr Wien bestimmte im Südwesten, sondern Paris. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation hatte aufgehört zu existieren. Die Rheinbundstaaten, zu denen auch Baden und Württemberg gehörten, waren nun formal selbständige Staaten, auch wenn sie de facto von Frankreich abhingen.

Friedrich nutzte diese neuen Möglichkeiten sofort. Unmittelbar nach der Annahme der Königswürde am 30. Dezember 1805 hob er die ständische Repräsentation förmlich auf, obwohl er deren Erhalt bei seinem Regierungsantritt eidlich zugesagt hatte. Jede Versammlung oder kollegialische Beratung sollte als Empörung bestraft werden. Am 2. Januar 1806 untersagte er „jede Volksversammlungen und darauf gegründete Abordnungen.“ „Die altwürttembergische Verfassung“, so Walter Grube, „der ehrwürdige Bau mit einer Geschichte von dreieinhalb Jahrhunderten, war nicht mehr.“²⁵

Wie sehr dieser Gewaltstreich die Menschen empörte, zeigte ein Tagebucheintrag eines führenden Vertreters des Landtages. Er schrieb: *„Wir lassen uns ohne Widerstand schlachten und dem Elend und der Willkür preisgeben. Kein Mensch nimmt sich des unterdrückten Vaterlands an... Ein solcher Despotismus ist noch nie erhört worden!“*²⁶ Auch wenn diese Kritik angesichts der Gewaltpolitik des neuen Königs kaum öffentlich geäußert wurde, zeigte sie doch, dass diese alte, in vielem überkommene Verfassung, bei zahlreichen Württembergern in hohem Ansehen stand und auch in den folgenden Jahren kaum weniger populär wurde.

Auch Freiherr vom Stein, der in Verfassungsfragen immer wieder aus Baden und Württemberg konsultiert wurde, äußerte sich sehr kritisch zum Gewaltstreich Friedrichs. *„Das Betragen der Württembergischen Landstände erregt das höchste Interesse, da es der erste Kampf der Freunde einer verständigen und gesetzlichen Freiheit mit denen Anhängern der Gewalt und blinden Willkür ist – ich bin überzeugt, daß sie den Sieg erringen werden, wenn die höchst achtbaren Männer, welche den Württembergischen Volksstamm vertreten, fortfahren mit Liebe zur gesetzlichen Ordnung beharrlich und folgerecht zu handeln.“*²⁷

Zunächst regierte Friedrich das alte Herzogtum als Alt-Württemberg und die neu hinzugewonnenen Gebiete als Neu-Württemberg administrativ unterschiedlich. Für ein Jahrzehnt herrschte erst- und letztmals ein absolutistischer

Monarch in Württemberg, dafür allerdings in besonders schroffen Formen. Dies konnte auf Dauer nicht funktionieren. Nach dem politischen Ende Napoleons, der letztlich Friedrichs Politik gedeckt hatte, kam nun noch der Auftrag der Bundesakte, landständische Verfassungen zu schaffen. In völliger Verkennung der Stimmung im Land, berief König Friedrich auf den 15. März 1815 eine allgemeine gewählte Ständeversammlung ein, die erstmals alle Stände des Landes in einer Versammlung umfasste, also mediatisierte Fürsten und Grafen ebenso wie Bürger, Adelige sowie Vertreter der Kirchen und der Universität Tübingen.

Ihnen legte er eine von ihm vorgesehene, dem Zeitgeist entsprechende Verfassung zur Genehmigung vor. Aus unterschiedlichen Gründen lehnten Adelige wie Bürgerliche diese Verfassung schon am ersten Sitzungstag fast einstimmig ab und forderten die Rückkehr zum guten alten Recht. Einig war man sich vor allem in der Forderung einer „zwischen Herrscher und Ständen vereinbarten Konstitution auf der Grundlage der altwürttembergischen.“²⁸ Bereits einen Monat später machte der König erste Zugeständnisse und akzeptierte damit grundsätzlich die Forderung nach einer zwischen Krone und Ständen vereinbarten Verfassung.

In den folgenden Jahren tobte nun ein erbitterter, auch publizistisch ausgetragener Streit, der deutschlandweit wahrgenommen und auch im benachbarten Baden aufmerksam registriert wurde. Erst als König Friedrich I. am 30. Oktober 1816 starb, schienen sich neue Möglichkeiten der Verständigung zu ergeben. Der neue König Wilhelm I. und seine Gattin Katharina, eine Schwester des Zaren Alexander I. erwarben sich durch ihre Krisenstrategie während der Teuerungskrise durch das sogenannte Jahr ohne Sommer große Anerkennung im Land.

Trotzdem gaben sich die Verfechter des alten Rechts nicht so schnell geschlagen. Ihr bekanntester Vertreter, Ludwig Uhland, brachte dies in seinem „Neujahrswunsch 1817“ treffend zum Ausdruck:

*„Wer redlich hält zu seinem Volke,
Der wünsch' ihm ein gesegnet Jahr!
Vor Mißwachs, Frost und Hagelwolke
Behüt' uns aller Engel Schaar!
Und mit dem bang ersehnten Korne,
Und mit dem lang entbehrten Wein,
Bring' uns dieß Jahr in seinem Horne
Das alte, gute Recht herein!*

*Man kann in Wünschen sich vergessen,
Man wünschet leicht zum Überfluß,
Wir aber wünschen nicht vermessen,
Wir wünschen, was man wünschen muß.
Denn soll der Mensch im Leibe leben,
So brauchet er sein täglich Brot,
Und soll er sich zum Geist erheben,
So ist ihm seine Freiheit noth.“²⁹*

Varnhagen von Ense war mit Uhland befreundet, hatte aber in Verfassungsfragen völlig andere Ansichten. So konnte er zwar den Eigensinn der Altrechtler nicht billigen, schätzte aber ihre Redlichkeit und ihren Mut über alle Maßen. „Wir stritten alles durch“, schrieb er in seinen Denkwürdigkeiten, „was diese verwickelte Verfassungsfrage betraf, meinen allgemeinen Ansichten hielt er stets das besondere Recht entgegen, ich seinem Rechtsbewußtsein die Forderungen des größeren Zusammenhanges, der fortgeschrittenen Zeit; natürlich bekehrte keiner den andern, allein wir erkannten, daß wir zu demselben Ziele strebten.“³⁰

König Wilhelm I. berief dann am 3. März 1817 den Landtag erneut ein. Er legte der Versammlung einen überarbeiteten Verfassungsentwurf vor, der den sogenannten Altrechtlern zwar entgegenkam, aber wesentliche Forderungen wie die ständische Steuerverwaltung und den ständigen Ausschuß der zwischen den Sitzungen des Landtags tagen sollte, nicht enthielt. Zwar begann die Einheit der Altrechtler zu bröckeln, aber die Mehrheit des Landtags lehnte auch diesen Entwurf Anfang Juni 1817 ab. Daraufhin löste der König den Landtag wieder auf. Wie aufgewühlt die Stimmung war, zeigte auch das Eindringen von einem Volkshaufen in das Tagungsgebäude des Landtags. Dort bezeichneten sie Abgeord-

nete, die sich dem Regierungsvorschlag gegenüber offen gezeigt hatten, als Verräter.

Ein wesentlicher Streitpunkt war die Frage nach einer oder zwei Kammern. Im ursprünglichen Verfassungsentwurf von König Friedrich war nur eine Kammer vorgesehen, die sich aus gewählten Vertretern der Bürger und aus Adligen zusammensetzen sollte. Dies entsprach zwar der württembergischen Tradition und damit den Vorstellungen der Altrechtler, wurde aber von zahlreichen Adligen, wie z. B. dem Freiherrn vom Stein strikt abgelehnt, der zwischen dem Monarchen und den Bürgern eine quasi vermittelnde Kammer für unbedingt notwendig hielt. Im Hintergrund dürfte dabei aber auch der damit verbundene größere Einfluss des früher reichsunmittelbaren Adels gestanden haben.

Ein anderes Argument für eine zweite Adelskammer nannte König Wilhelm in einem Gespräch mit Varnhagen von Ense, der ein Vertreter des Einkammersystems war. Der König teilte seine Auffassung, „allein bei der Zusammensetzung seines Landes müsse er für seine Fürsten und Grafen eine besondere Kammer einrichten, wäre es auch nur, um sie unschädlich zu machen, denn für sich allein bedeuteten sie wenig, säßen sie aber mit den Bürgern und Bauern zusammen, so übten sie auf diese einen unwiderstehlichen Einfluß, das gemeine Volk sei leider so knechtisch und eitel, daß es sich zur Ehre rechne, von so vornehmen Herren sich beschwatzen zu lassen.“³¹ Varnhagen von Ense schloss sich dieser Meinung an.

Demgegenüber hielt Ludwig Uhland bereits 1817 ein flammendes Plädoyer gegen eine Adelskammer: „Kein Stand soll des menschlichen Verkehrs mit den andern enthoben sein, alle sollen sich gegenüberstehen, Auge in Auge, wie es Menschen geziemt... Dreißig Jahre lang hat die Welt gerungen und geblutet. Der entwürdigende Aristokratismus sollte ausgeworfen werden... Und jetzt nach all dem langen, blutigen Kampfe, soll eben dieser Aristokratismus durch neue Staatsverträge geheiligt werden!“³² Uhlands Sorgen waren berechtigt. Die erste Kammer, also die Adelskammer, wurde im Vormärz zu einem vielfach bremsenden Element, vor allem für die Bauernbefreiung, die

dann erst in der Revolution von 1848 erfolgreich erzwungen wurde. Auch bei den parlamentarischen Reformbemühungen am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts verhinderte die erste Kammer über viele Jahre die angestrebte Demokratisierung des Königreichs.

Nach dem erneuten Scheitern der Verhandlungen ruhten die Verfassungsberatungen für zwei Jahre. Ende 1817 und Ende 1818 hatte Wilhelm I. mit mehreren Edikten den württembergischen Staat verwaltungstechnisch neu geordnet. Inzwischen gab es in Bayern und Baden neue Verfassungen und die politische Großwetterlage hatte sich nach dem Wartburgfest 1817 und vor allem der Ermordung des Schriftstellers und russischen Diplomaten August von Kotzebue durch den Studenten Carl Ludwig Sand am 23. März 1819 in Mannheim grundlegend gewandelt. Vor allem in Wien begannen erste Überlegungen, den sogenannten Demagogen mit scharfen Maßnahmen entgegenzutreten, die dann in den sogenannten Karlsbader Beschlüssen vom 20. September endeten. Diese bedeuteten das Ende der nationalen und demokratischen Aufbruchsbewegung, die mit den Befreiungskriegen eingesetzt hatten. Sie lähmten das politische Leben Deutschlands im Vormärz.

Unter diesen Umständen war es nicht selbstverständlich, dass es in Württemberg überhaupt noch zu einer Verfassung kam. Am 13. Juli 1819 berief König Wilhelm I. schließlich den vierten verfassungsgebenden Landtag ein. Seine Zusammensetzung war aufgrund massiver Wahlbeeinflussung der Regierung den königlichen Vorstellungen sehr viel geneigter als die vorhergehenden Landtage. Die Verhandlungen fanden im Ludwigsburger Schloß unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und standen wegen der Beratungen in Karlsbad unter erheblichem Zeitdruck. Deshalb wurden die Sitzungen intensiviert und der von einer Kommission umgestaltete Verfassungsentwurf förmlich „durchgepeitscht“. ³³ Gleichzeitig war der König den Altrechtlern nochmals entgegengekommen.

Am 23. September nahm die Ständeversammlung den Verfassungsentwurf einstimmig

an, „aufgrund der inneren und äußeren Lage Deutschlands“ bzw. dem „Drang der Umstände“. Ein weiteres wesentliches Motiv nannte Ludwig Uhland als Begründung für seine Zustimmung. *„Mancher wird manches vermissen, aber das Wesentliche besteht, vor allem jener Urfels unseres alten Rechts, der Vertrag.“* ³⁴ Bereits zwei Tage später am 25. September erfolgte im Ludwigsburger Schloss „die feierliche Bestätigung und Auswechslung der beiden Verfassungsurkunden.“ ³⁵ Damit trat die erste zwischen Monarch und Landtag vereinbarte Verfassung in Deutschland in Kraft.

„Mit einem Jubel ohnegleichen wurde daher ihr Abschluß im Lande begrüßt... Keine spätere Landesverfassung Württembergs ist von der Bevölkerung wieder mit solcher spontaner Freude aufgenommen worden wie die von 1819.“ ³⁶ Wie wichtig König Wilhelm die Verfassung war, zeigte sich auch im Umgang mit den Karlsbader Beschlüssen. Württemberg stimmte ihnen zwar zu und machte seine Vorbehalte nur in einer Geheimsitzung geltend. Allerdings verkündete der König sie erst am 1. Oktober 1819, also zehn Tage nach ihrer Verabschiedung. Zu diesem Zeitpunkt war aber die neue württembergische Verfassung bereits in Kraft getreten. Für diesen Schritt, der sich auch gegen die reaktionäre Politik Wiens richtete, hatte er sich zuvor bei einem Besuch in Warschau die Rückendeckung seines Schwagers, des russischen Zaren Alexander eingeholt.

Trotzdem führten die Karlsbader Beschlüsse dazu, dass viele Freiheitsregelungen in Baden und Württemberg, wie die Pressefreiheit, die Vereins- und Versammlungsfreiheit, für 30 Jahre, bis zum März 1848, de facto aufgehoben waren. Vor allem Österreich, aber auch Preußen hatten die Menschen betrogen. Die Versprechungen im Zusammenhang mit den Befreiungskriegen für mehr nationale Einheit, Freiheit und verfassungsmäßige Rechte wurden nicht eingehalten. In den Mittelstaaten, in denen zumindest Freiheit und verfassungsmäßige Rechte eingeführt worden waren, wurden sie wieder zurückgenommen.

Auch wenn die erstrebten Freiheitsrechte praktisch sofort wieder durch die Karlsbader

Beschlüsse nachhaltig eingeschränkt wurden, waren die Verfassungen für die innere Staatsbildung vor allem in Baden, aber auch in Württemberg von zentraler Bedeutung. Karl von Rotteck, der Freiburger Staatsrechtler hatte dies bereits kurz nach der Veröffentlichung der badischen Verfassung in einem Vortrag überschwenglich beschrieben: *„Wir waren Baden-Badener, Durlacher, Breigauer, Pfälzer, Nellenburger, Fürstenberger, wir waren Freiburger, Konstanzer, Mannheimer: ein Volk von Baden waren wir nicht. Fortan aber sind wir Ein Volk, haben einen Gesamtwillen und ein anerkanntes Gesamtinteresse, d. h. ein Gesamtleben und ein Gesamtrecht... Früher, was kümmerte sich der Pfälzer, ob Breisgau, was der Breisgauer, ob die Pfalz an einen andern Herrn käme? – Jeder that, aufgefordert seine Pflicht; Jeder mochte für sich die Fortdauer der geliebten Herrschaft wünschen: aber im Uebrigen ließ er das Verhängnis walten. Jetzt sind wir Alle – vom Odenwald bis zum Bodensee – fest aneinandergeschlossen, die Glieder eines lebendigen Leibes, von einem Gesamtwillen beseelt, Alle für einen und Einer für Alle.“*³⁷

Allerdings sollte diese Begeisterung nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich um eine sehr eingeschränkte Partizipation der Bürger handelte – von Bürgerinnen war ohnehin keine Rede. Sie erhielten erst 100 Jahre später mit der Revolution von 1918 das aktive und passive Wahlrecht. In Baden waren etwa zwei Drittel der Männer über 25 Jahren wahlberechtigt. Das entsprach rund 17% der Gesamtbevölkerung. Immerhin setzte sich in Baden die Zweite Kammer ausschließlich aus gewählten Abgeordneten zusammen.³⁸ In Württemberg bevorzugte das Wahlrecht vor allem die Bürger, die die meisten Steuern entrichteten. Sie stellten allein zwei Drittel der Wahlmänner, die letztlich die Volksvertreter in der Zweiten Kammer bestimmen durften.³⁹

Allerdings hatten die Verfassungen im Deutschen Bund eine Sonderstellung im damaligen, internationalen Vergleich. *„Während die westlichen Verfassungen... durchweg von der Souveränität des Volkes ausgehen... der Verfassungsgeber gewissenmaßen auf einer tabula rasa das Gebäude*

*der staatlichen Organisation errichtet, verläuft die deutsche Entwicklung genau umgekehrt. Nicht aus einer demokratischen Revolution, sondern aus einer monarchischen Reform gehen die konstitutionelle Monarchie und ihre 'Konstitution' hervor... die Monarchen der deutschen Einzelstaaten (beteiligten) über die Verfassungen denjenigen Teil der Bevölkerung an der Ausübung der Regierung ..., den sie für so bedeutend und beachtenswert halten, daß er in den staatlichen Regierungsapparat eingebunden werden sollte.“*⁴⁰

Dieser Unterschied zwischen den westlichen und den deutschen Verfassungen des 19. Jahrhunderts wird dann besonders deutlich, wenn man die Präambeln zur Weimarer Reichsverfassung, die im August 2019 100 Jahre alt wurde, und zum Grundgesetz, das im Mai 2019 seinen 70. Geburtstag feierte, betrachtet. In der Reichsverfassung heißt es: *„Das Deutsche Volk... hat sich diese Verfassung gegeben.“* Und im Grundgesetz können wir u.a. lesen: *„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen... hat das Deutsche Volk... kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen“* Erst mit dem Ende der Monarchie übernimmt das Volk die Verantwortung, wird die Verfassung nicht mehr als Entgegenkommen des gottgewollten Monarchen betrachtet.

Trotz dieser Einschränkungen waren die beiden Verfassungen ein großer Fortschritt und spiegelten die veränderte Situation seit der französischen Revolution wider. Es ist der Beginn des modernen Verwaltungsstaates, *„in dem die Untertanen nicht nach fürstlicher Willkür, sondern für alle gleichermaßen geltenden Gesetzen regiert werden sollten.“*⁴¹ Nun wurden Sicherheit von Person und Eigentum garantiert, die Gleichheit vor dem Gesetz und damit auch eine unabhängige Justiz eingeführt. Vor allem aber waren die beiden Regierungen nun finanziell von den Entscheidungen der Kammern abhängig.

Vieles davon war bereits vor der Verabschiedung der Verfassungen in den verschiedenen Organisationsedikten in Baden und Württemberg festgelegt worden. In Baden kam dazu noch die Einführung des Landrechtes, das sich am französischen Code

civil oder Code Napoleon anlehnte und damit zahlreiche französische Regelungen übernommen hatte. Qualitativ neu war also 1818/9 vor allem ihre formale Verankerung in den Verfassungen. Damit war ihre Gewährung oder Aberkennung zumindest theoretisch nicht mehr in das Belieben des jeweiligen Monarchen gestellt.

Die mittelfristige Wirkung der beiden Verfassungen war erheblich. Die Auseinandersetzungen in den beiden Kammern in Karlsruhe und Stuttgart mit den Regierungen und Monarchen über die Umsetzung der jeweiligen Verfassungsaufträge erregten deutschlandweit Aufsehen und führten zu einem hohen Bekanntheitsgrad der badischen und württembergischen Oppositionspolitiker. Dabei war die Verbundenheit mit der Verfassung in Baden noch ausgeprägter als in Württemberg.

So gab es zum 25. Geburtstag der badischen Verfassung am 22. August 1843 landesweit von den Bürgern organisierte Jubelfeiern. In Villingen fanden am Vorabend des Jahrestages Glockengeläut, ein Zapfenstreich der Bürgermilitärmusik und bengalische Feuer statt. Am nächsten Tag gab es einen Festzug mit etwa 1.000 Menschen durch die Stadt in dessen Mitte der Träger der Verfassungsurkunde schritt, *„diese in rothem Saffian eingebunden und auf einem rothen Sammtkissen ruhend ... Angekommen in der Pfarrmünsterkirche, wurde die Verfassungsurkunde in der Mitte des Chorbogens auf einen eigends hiezu hergerichteten Altar niedergelegt, so daß sie bereits dem ganzen Publikum sichtbar war.“*⁴²

Gustav Freytag hat in seiner 1870 erschienenen Biographie über den bedeutenden badischen Liberalen und Abgeordneten Karl Mathy die Situation im Großherzogtum sehr eindrücklich geschildert. *„Die Regierung benahm sich abgeschmackt. Sie hätte das fest am liebsten gewehrt. Da die Scham dies nicht zuließ, hüllte sie sich in mürrisches Schweigen und überließ der Opposition fast allein das Feld, die Bürgermeister vorher warnend und nachher wegen unerlaubtem Gebrauch der Glocken mit Arrest bedrohend. Der Opposition aber war diese Festfeier nicht nur politische Pflicht, auch Genuss; denn Volksreden, Trinksprüche und freudige Böllerschüsse waren damals erprobtes Rüstzeug*

*des Liberalismus. Die Abgeordneten vertheilten sich als Redner über das ganze Land, und durften nach der Feier sich rühmen, mehr Einsicht in die wahren Interessen des Fürstenhauses und des Staates bewiesen zu haben, als Herr von Blittersdorff (von 1839 bis 1844 antiliberaler, reaktionärer badischer Staatsminister, T.S.).“*⁴³

Eindrücklicher kann man die überragende Bedeutung der badischen Verfassung für die Bürger nicht darstellen. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass sich die demokratische Opposition, die sich im September 1847 im Offenburger Salmen traf und dort die Forderungen des Volkes erarbeitete, „entschiedene Verfassungsfreunde“ nannte. Auch die Revolution von 1848/9 stieß im Südwesten auf besonders viel Resonanz und erst der brutale, vom geflohenen Großherzog erbetene Einmarsch der Preußen beendete blutig das erste demokratische Experiment.

Trotzdem blieb der Südwesten auch nach der Reichsgründung 1871 ein Motor der demokratischen Veränderungen. Mit den Verfassungsreformen von 1904/1906 bewegten sich Baden und Württemberg hin zu demokratischen Monarchien, blieben damit aber innerhalb des Reiches weitgehend allein. Die besondere Bedeutung, die Verfassungen in Baden spielten, zeigte sich nochmals 1919. Nur in Baden wurde die neue, demokratische Verfassung der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt und angenommen.

Mit den hart erkämpften Verfassungen von 1818 und 1819 gehörten Baden und Württemberg zu den fortschrittlichsten Ländern im Deutschen Bund und hoben sich damit sehr positiv von den reaktionären deutschen Führungsstaaten Österreich und Preußen ab. Hier wurde auf allen Ebenen Demokratie und Parlamentarismus eingeübt, getragen von einer großen Mehrheit vor allem des Bürgertums. Eine wichtige Rolle spielten dabei sicherlich auch die französischen und schweizerischen Nachbarn. Ohne Österreich und Preußen wären Baden und Württemberg bereits Mitte des 19. Jahrhunderts demokratische Monarchien geworden und auch im Kaiserreich beschritten sie deutschlandweit beachtete neue Wege bei der Demokratisierung. Baden und

Württemberg benötigten keinen langen Weg in den Westen, sie waren bereits im 19. Jahrhundert sehr viel näher an diesem Westen als das restliche Deutschland.

Letztlich waren aber Baden und Württemberg zu klein und zu schwach, um ihr politisches Modell in ganz Deutschland zum Erfolg zu verhelfen. Nach dem Desaster des Ersten Weltkriegs mussten deshalb auch in Baden und Württemberg die beliebten Monarchen zurücktreten. An die Stelle der von den Monarchen zugestandenen Verfassungen traten nun demokratische Verfassungen, die erstmals auch einen umfangreichen Grundrechtsteil enthielten und alle erwachsenen Einwohner der Länder zu gleichberechtigten Bürgern machten.

Die Verfassungen von 1818 und 1819 waren der Beginn eines südwestdeutschen Sonderweges, hin zu mehr Partizipation und Demokratie auf den wir heute stolz sein dürfen.

Anmerkungen

- ¹ Karl Stiefel, *Baden 1648 – 1952*, Band I, Karlsruhe 1977, S. 425 – 428.
- ² Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Politische Schriften*. Nachwort von Jürgen Habermas, Frankfurt 1966, S. 23.
- ³ Ebd., S. 24.
- ⁴ Otto Hutter, *Denkwürdigkeiten Dizingers*. Lebenserinnerungen des ersten Biberacher Oberamtmanns, Biberach o. J. (1934), S. 40.
- ⁵ Ebd., S. 41.
- ⁶ Zit. nach Gustav Seibt, *Goethe und Napoleon*. Eine historische Begegnung, München 2010, S. 40.
- ⁷ *Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung*, 2. Neuabdruck, eingeleitet von Rich. Graf Du Moulin Eckart, Leipzig 1906, S. 7.
- ⁸ Ebd., S. 22.
- ⁹ *Wielands Briefwechsel*. Siebzehnter Band (Januar 1806 – September 1809) Erster Teil: Text, bearbeitet von Siegfried Scheibe, Berlin 2001, S. 375.
- ¹⁰ Gerhard von Scharnhorst, *Ausgewählte militärische Schriften*; hrsg. von Hansjürgen Usczeck und Christa Gudzent, (Ost-) Berlin 1986, S. 106.
- ¹¹ Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800-1866*. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 34.
- ¹² *Acten des Wiener Congresses*, 1. Band, 1stes Heft, Erlangen 1815, S. 100/1.
- ¹³ Wolfgang Mager, *Das Problem der landständischen Verfassungen auf dem Wiener Kongress 1814/15*; in: *Historische Zeitschrift* Bd. 217/1974, S. 297.
- ¹⁴ *Geschichtliche Darstellung der Schritte, welche zur Vorbereitung einer rechtsbeständigen Verfassung des Großherzogthums Baden im Namen des Fürsten zu Salm-Reifferscheid und der vormaligen Reichsunmittelbaren Ritterschaft der Main- und Tauber-, Neckar-, Pfingz- und Enzkreise geschehen sind*; so

wie der darauf von Seiten der Großherzoglichen Regierung ergriffenen Maaßregeln. Nebst den dazu gehörigen Aktenstücken. Erstes Heft 1816, S. 6.

- ¹⁵ Varnhagen von Ense, *Denkwürdigkeiten des eignen Lebens*. Die Karlsruher Jahre 1816-1819; Neuausgabe mit Einleitung von Hermann Haering, Karlsruhe 1924, S. 102.
- ¹⁶ Tambora. Ein Vulkan verändert Südwestdeutschland; hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ubstadt-Weiher 2017, S. 33.
- ¹⁷ Zit. nach ebd., S. 30.
- ¹⁸ Zit. nach Günter Moltmann, Hrsg., *Aufbruch nach Amerika*. Friedrich List und die Auswanderung aus Baden und Württemberg 1816/17. Dokumentation einer sozialen Bewegung, Tübingen 1979, S. 88
- ¹⁹ Hans Peter Ullmann, *Staatsschulden und Reformpolitik*. Die Entstehung moderner öffentlicher Schulden in Bayern und Baden 1780 – 1820, Göttingen 1986, S. 640/1.
- ²⁰ Willy Andreas, *Der Aufbau des Staates im Zusammenhang der allgemeinen Politik*, Leipzig 1913, S. 406.
- ²¹ Thomas Schnabel, *Sigismund Karl Johann von Reitzenstein*; in: Kurt G.A. Jeserich/Helmut Neuhaus, Hrsg., *Persönlichkeiten der Verwaltung*. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648 – 1945, Stuttgart 1991, S. 81.
- ²² Andreas (wie Anm. 20), S. 460.
- ²³ Karl August Varnhagen von Ense, *Denkwürdigkeiten des eignen Lebens*, Dritter Band (1815 – 1834), hrsg. von Konrad Feilchenfeldt, Frankfurt am Main 1987, S. 319.
- ²⁴ Ebd., S. 309/10.
- ²⁵ Walter Grube, *Der Stuttgarter Landtag 1457 – 1957*. Von den Landständen zum demokratischen Parlament, Stuttgart 1957, S. 485.
- ²⁶ Ebd.
- ²⁷ G.H. Pertz, *Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein*, Fünfter Band 1815 bis 1823, Berlin 1854, S. 7.
- ²⁸ Grube (wie Anm. 25), S. 492.
- ²⁹ Ludwig Uhland, *Vaterländische Gedichte*, Stuttgart 1831, S. 17.
- ³⁰ Varnhagen (wie Anm. 23), S. 231/2.
- ³¹ Ebd., S. 230.
- ³² Ludwig Uhland, *Werke* Band IV, München 1984, S. 667/8.
- ³³ Grube (wie Anm. 25), S. 504.
- ³⁴ Zit. nach ebd.
- ³⁵ Ebd.
- ³⁶ Ebd., S. 507.
- ³⁷ Dr. Carl von Rotteck's gesammelte und nachgelassene Schriften mit Biographie und Briefwechsel; geordnet und herausgegeben von seinem Sohne Hermann von Rotteck, Zweiter Band, Pforzheim 1841, S. 412/3.
- ³⁸ Rainer Schimpf, *Vormärz 1815-1848*; in: *Landesgeschichten*. Der deutsche Südwesten von 1790 bis heute. Das Buch zur Dauerausstellung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2002, S. 64.
- ³⁹ Ebd., S. 65.
- ⁴⁰ Wilhelm Hennis, *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*. Ein deutsches Problem, Tübingen 1968, S. 14/5.
- ⁴¹ Wolfgang von Rimscha, *Die Grundrechte im süddeutschen Konstitutionalismus*, Köln 1973, S. 80.
- ⁴² Karl Mathy, Hrsg., *Die Verfassungsfeier in Baden am 22. August 1843*, Mannheim 1843, S. 301 – 303.
- ⁴³ Gustav Freytag, *Karl Mathy*. Geschichte seines Lebens, Leipzig 1870, S. 219/20.

Wie schreibt man Villinger Mundart?

Tobias Streck

Ein kleiner Leitfaden für die Verschriftlichung mittelalemannischer Dialekte



1. Einleitung

Die Frage, wie man denn seine Mundart am besten – und „richtig“ – schreibt, haben sich schon viele Autorinnen und Autoren gestellt und stellen sie sich immer wieder. Egal, ob man Gedichte, Geschichten oder andere Texte im Dialekt verfassen, mundartliche Beiträge für Ortschroniken erstellen oder den eigenen Dialekt auf andere Weise (z. B. in einem kleinen Wörterbuch o. ä.) schriftlich dokumentieren will, man hat die Schwierigkeit, dass Dialekte vorwiegend mündlich gebrauchte Sprachformen sind, für die es kein amtliches Regelwerk zur Rechtschreibung gibt. Entsprechend weichen oftmals selbst in derselben Dialektregion die in der Mundartliteratur oder auch in Wortsammlungen usw. verwendeten Schreibungen von Verfasser/in zu Verfasser/in voneinander ab, manchmal sogar deutlich. Bisweilen sind auch in Texten, die von derselben Person verfasst wurden, verschiedene Schreibweisen bestimmter Wörter oder lautlicher Phänomene zu

finden. Diskussionen über die „richtige“ orthographische Umsetzung von Dialekt sind vermutlich allen Mundartautor/innen aus eigener Erfahrung wohlbekannt. Hierzu ist allerdings gleich zu Beginn anzumerken, dass es in vielen Fällen geradezu unsinnig wäre, nur eine bestimmte Schreibweise als richtig und andere als falsch anzusehen. Zum einen können auch innerhalb einer Gegend die lautlichen Formen durchaus sehr variieren. Zum anderen gibt es zuweilen tatsächlich unterschiedliche Verschriftlichungsmöglichkeiten, die ein bestimmtes lautliches Phänomen ähnlich gut abbilden. Da es neben günstigen (= möglichst einfachen und gut lesbaren) Schreibweisen jedoch auch unglückliche bis geradezu exotische gibt, die das Lesen von Mundarttexten erschweren, werden im Folgenden einige Empfehlungen ausgesprochen. Sie basieren im Wesentlichen auf bereits existierenden Arbeiten zu diesem Thema (die weiter unten noch erwähnt werden) und sind im vorliegenden Beitrag nach Möglichkeit auf die Verschriftlichung mittelalemannischer Dialekte zugeschnitten. Als Mittelalemannisch wird hier

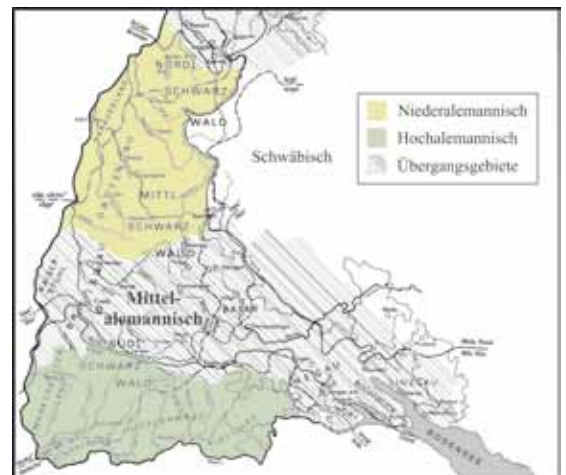


Abb. 1: Die Gliederung des Alemannischen in Deutschland (vgl. Streck & Auer 2012, Streck 2019).

und im Folgenden das breite Übergangsgebiet zwischen dem Niederalemannischen und dem Hochalemannischen bezeichnet, das sich von der französischen Grenze bis in die Gegend um Friedrichshafen erstreckt (*Abb. 1*). Bei den in diesem Beitrag erläuterten Dialektmerkmalen und bei der Schreibung der Beispielwörter wird besonderes Augenmerk auf die Mundart des Villingener Raums gelegt.

2. Einige Vorüberlegungen

Grundsätzlich sollte man sich zunächst einmal fragen, zu welchem Zweck man Dialekt verschriftlichen möchte. Diese Frage ist keineswegs trivial, denn es gibt zwei grundverschiedene Richtungen, die man – in Abhängigkeit von der Textsorte – einschlagen kann bzw. sollte. Möchte man mundartlichen Wortschatz sammeln und in einem Wörterbuch oder einer Wortsammlung dokumentieren, dann ist häufig die Lauttreue ein wichtiges Kriterium. Will man allerdings ganze Texte oder Gedichte im Dialekt verfassen, dann sind die wichtigsten Kriterien vielmehr, dass das Schriftsystem möglichst einfach praktisch umzusetzen ist, und dass die Texte am Ende gut lesbar sind.

Wer ein Mundartwörterbuch verfassen oder eine Wortsammlung anlegen möchte, sei an dieser Stelle auf Baur (1987) verwiesen. Baur's Beitrag bietet eine ausführliche und sehr informative Darstellung der Möglichkeiten, wie Dialektwortschatz gesammelt, geordnet, erklärt und publiziert werden kann. Die lautgetreue Verschriftlichung von Dialekt steht im vorliegenden Beitrag nicht im Vordergrund, soll jedoch ebenfalls angesprochen werden. Selbstverständlich existieren schon lange wissenschaftliche Umschriftsysteme, die eine lautgetreue Transkription von Dialekten ermöglichen. Besonders verbreitet sind das in einer ersten Fassung bereits im späten 19. Jahrhundert vorgestellte Internationale Phonetische Alphabet (IPA), das auch in vielen Fremdsprachwörterbüchern sowie im Duden-Aussprachewörterbuch verwendet wird, und die Lautschrift „Teuthonista“ (Teuchert 1924/25), die auf die gleichnamige dialektologische Zeitschrift zurückgeht und bei

vielen wissenschaftlichen Dialektwörterbüchern des (ober-)deutschen Sprachraums zum Einsatz kommt. Anders als früher ist es heutzutage ohne große Schwierigkeiten möglich, die vielen Transkriptions- und Sonderzeichen der Lautschrift(en) in einem gängigen Textverarbeitungsprogramm zu verwenden, da die aktuellen Versionen dieser Programme bzw. die Betriebssysteme zumeist bereits Unicode-Schriften mitbringen, die die Eingabe von Transkriptionszeichen und auch von vielerlei Zeichenkombinationen ermöglichen. Die meisten Leser/innen und häufig auch die Verfasser/innen von populären Dialektwörterbüchern und ähnlichen Veröffentlichungen haben allerdings keine sprachwissenschaftliche Ausbildung und werden sich mit dem Lesen bzw. dem Erstellen einer wissenschaftlichen Transkription von Dialekt eher schwer tun. Daher bietet es sich als Kompromiss an, eine Lautschrift zu verwenden, die weitgehend mit den Buchstaben des normalen Alphabets auskommt und zugleich die Lauttreue wahrt. Ein solches, recht einfach anwendbares System stellt Baur (1987) vor. Es wird im folgenden Kapitel in einem kurzen Überblick dargestellt. Kapitel 4 widmet sich dann ausführlicher einem einfach zu schreibenden, gut lesbaren und konsequenten Schriftsystem für das Verfassen von Mundarttexten, das sich im Wesentlichen an den Vorschlägen von Sauer & Post (2003) orientiert.

3. Lautgetreue Dialektverschriftlichung

Will man Mundart lautgetreu verschriftlichen, muss man sich vom gewohnten hochdeutschen¹ Schriftbild lösen und die Wörter so schreiben, wie man sie hört. Dabei gilt, dass **ein Laut** in der Regel nur **mit einem Buchstaben wiedergegeben** wird, was insbesondere die Konsonanten betrifft. Anders als in der Schriftsprache werden sie nur dann doppelt geschrieben, wenn sie auch tatsächlich als **Doppellaut** (oder langer, geschärfter Laut) gesprochen werden (*Kam-m^{er}, Was-s^{er}*), was auch im Mittelalemannischen mancherorts vorkommt. Ist dagegen nur ein Konsonant zu hören, dann ist entsprechend auch nur ein Buchstabe zu schreiben, wie z. B. in *Kam^{er}, Was^{er}* usw.

Die Kürze eines Vokals wird somit nicht (wie das in der Schriftsprache häufig der Fall ist) durch die Verdoppelung des folgenden Konsonanten angezeigt. Sie wird ausschließlich dadurch markiert, dass der Vokal mit einem einzigen Buchstaben wiedergegeben wird. Somit wird die für die Dialekte im südöstlichen Baden kennzeichnende Erhaltung der alten mittelhochdeutschen Kurzvokale folgendermaßen verschriftlicht: *hol^e* ‚holen‘, *lad^e* ‚laden‘, *sag^e* ‚sagen‘ etc.²

Für die Markierung langer Vokale muss das Prinzip, dass Doppelschreibung zwei Laute repräsentiert, durchbrochen werden: **Lange Vokale** sollten konsequent durch **Doppelschreibung des entsprechenden Buchstabens** gekennzeichnet werden, wie z. B. in *Baan* ‚Bahn‘, *Baart* ‚Bart‘, *Beer* ‚Beere‘, *Gweer* ‚Gewehr‘, *mii(n)* ‚mein‘, *iim* ‚ihm‘, *Kiis* ‚Kies‘, *Moos* ‚Moos‘, *Roos(e)* ‚Rose‘ usw. Wie anhand dieser Beispiele deutlich wird, werden *h* und *ie* nicht als Dehnungszeichen verwendet. Die Schreibung *ie* wird nämlich für diejenigen Fälle gebraucht, bei denen einer der beiden typisch alemannischen Zwielaute hörbar ist, wie z. B. bei *lieb* ‚lieb‘, *lied^(e)rig* ‚lied(e)rig‘, *Brieder* ‚Brüder‘, *lieg^e* ‚lügen‘ etc. Der andere typisch alemannische Zwielaute wird entsprechend als **ue** wiedergegeben, also z. B. in *guet* ‚gut‘, *Brueder* ‚Bruder‘, *Rue* ‚Ruhe‘, *lueg^e* ‚lügen‘ usw.³

Weitere Zwielaute (sogenannte Diphthonge) sind **au**, **oi**, **ai**, **ei**, **ou**, **oa** und **äa**. Die Schreibung *au* wird verwendet, wenn der Zwielaute klingt wie in hochdeutsch *Baum* oder *Tau*, *oi* schreibt man, wenn er sich wie in hochdeutsch *Bäume* oder *Freund* anhört. Auch bei Wörtern wie *Mai*, *breit* und *Ei* klingt bei hochdeutscher Aussprache der Zwielaute gleich. Er wird hier jeweils als *ai* ausgesprochen. Anders als in der hochdeutschen Schrift stehen allerdings *ai* und *ei* für zwei verschiedene Zwielaute. In manchen Dialekten kommt nämlich auch *ei* (\approx *äi*) vor, wie bei der schwäbischen Aussprache von Wörtern wie *Weib*, *Eis*, *schneiden* u. a., jedoch z. B. auch bei der alemannischen Aussprache des Wortes *Blei*. Für das (östliche) Mittellalemannische sind die Zwielaute *ou*, *oa* und *äa* sehr wichtig: Hier sind nämlich Formen wie *stou* ‚stehen‘, *gou* ‚gehen‘,

Floasch ‚Fleisch‘, *Goas* ‚Geiß‘ sowie *gäal* ‚gelb‘, *Mäal* ‚Mehl‘, *Wäag* ‚Weg‘ etc. verbreitet.

Zur Markierung der so genannten **offenen Vokale**⁴, deren Aussprache nicht (allein) mit den Buchstaben des normalen Alphabets darstellbar ist, bietet sich die Verwendung des Gravis – also des Zeichens ` – an. Dieses Akzentzeichen wird – wie man das z. B. von französischen Wörtern kennt – über den entsprechenden Vokalbuchstaben gesetzt: *à*, *è*, *ì*, *ò*, *ù* etc. Ein offen ausgesprochenes Pendant haben besonders die Vokale *e*, *i*, *o* und *u* (offene, „dunkle“ *a*-Laute sind jedoch regional und je nach lautlicher Umgebung ebenfalls verbreitet, und auch offene *ö*- und *ü*-Laute gibt es). Sie kommen beispielsweise in hochdeutsch *Kind*, *Birne*, *Ort*, *Sonne*, *Hund*, *Schuld* u. v. m. vor. Das offene *e* entspricht dem hochdeutschen *ä* (wie in *Glätte*, *Nässe* usw. Es wird jedoch auch in Wörtern wie *Messer*, *Wetter* etc. gesprochen!) und kann somit statt als *è* auch als *ä* geschrieben werden (also z. B. mittellalemannisch *Èer* bzw. *Äär* ‚Ähre‘, *Ènt* bzw. *Änt* ‚Ente‘, *Fèld* bzw. *Fäld* ‚Feld‘, *Mès(s)^er* bzw. *Mäs(s)^er* ‚Messer‘ usw.).⁵ Ein offenes *i* tritt u. a. in *Schlüt(t)^e* ‚Schlitten‘ (vgl. aber *Iis* ‚Eis‘) auf, ein offenes, langes *o* in *Schnòög* ‚Schnake‘ (vgl. aber *Moschd* ‚Most‘), ein offenes *u* in *ùft* ‚hinauf‘ oder *ùn* ‚und‘ (vgl. aber *Huuf^e* ‚Haufen‘), um nur einige Beispiele zu nennen.

Eine **genäselt**e Aussprache von Vokalen – man bezeichnet das auch als nasaliert – wird durch eine über den betreffenden Buchstaben gesetzte Tilde (˜) gekennzeichnet, also z. B. *Sõõ(n)* ‚Sohn‘, *Sẽẽ(n)* ‚Söhne‘ etc.

Für den Bereich der Vokale ist abschließend noch der **Zentral-/Reduktionsvokal** zu nennen, der in unbetonter Stellung vorkommt, z. B. in Endsilben, die in der Schrift als *-en* erscheinen. Dieser Vokal wird Schwa genannt und in wissenschaftlichen Lautschriften als ∂ notiert. Die einfachste Möglichkeit, diesen Vokal darzustellen, ist meiner Ansicht nach ein hochgestelltes *e* (also *é*), wie das bereits bei mehreren oben genannten Beispielen gemacht wurde: *sag^e* ‚sagen‘, *lueg^e* ‚lügen‘, *Schlüt(t)^e* ‚Schlitten‘, *Huuf^e* ‚Haufen‘ usw. Baur (1987:71) nennt das durchgestrichene *e* (é) als alternative Verschriftlichungsmöglichkeit für

diesen Vokal. Ich empfehle jedoch die Verwendung des hochgestellten *e*, da diese Lösung am Computer einfacher umsetzbar ist und meiner Ansicht nach auch besser aussieht.⁶

Die **Hauptbetonung** eines Wortes wird durch den Akut (´) markiert. Dieses Zeichen wird entweder vor die betonte Silbe gesetzt (*hau´ruk*) oder über den betonten Vokal (*haurúk*). Eine Markierung der Hauptbetonung ist besonders bei solchen Wörtern wichtig, bei denen sie vom Hochdeutschen abweicht oder regional unterschiedlich ist. Letzteres ist beispielsweise bei dem weit verbreiteten Abschiedsgruß *ád(j)ee* der Fall, der in manchen Gegenden auf der zweiten Silbe betont wird: *ad(j)ée*.

Bei den **Konsonanten** gibt es einige wenige Fälle, bei denen (zugunsten einer leichteren Lesbarkeit) von dem Prinzip, möglichst nur einen Buchstaben für einen Laut zu verwenden, abgewichen wird. Der **Reibelaut *sch*** wird grundsätzlich wie im Schriftdeutschen verwendet, allerdings wird durchgehend überall *sch* geschrieben, wo es tatsächlich gesprochen wird, also nicht nur bei Wörtern wie *Schlít(t)é* ‚Schlitten‘, *wèsché* ‚waschen‘ oder *Disch* ‚Tisch‘, sondern auch in *Schpèk* ‚Speck‘, *Schtok* ‚Stock‘, *Ascht* ‚Ast‘, *Fèscht* ‚Fest‘ usw. Das **ng** wird ebenfalls so verwendet, wie wir es aus der Schrift kennen. Man kann also einfach *lang*, *langé*, *fangé* ‚fangen‘, *dènglé* ‚dengeln‘ etc. schreiben.⁷ Und auch **ch** wird wie in der hochdeutschen Schrift verwendet (wenn es tatsächlich

als Reibelaut ausgesprochen wird, also nicht bei Wörtern wie *Christ*, *Chef* u. a.), es sei denn, die Aussprache weicht deutlich vom Schriftdeutschen ab. In manchen Teilen des Mittellalemannischen (sowie im Hochalemannischen) wird in Wörtern wie *Sichel*, *Bäuche* usw. das *ch* als kehliger Reibelaut (wie z. B. in hochdeutsch *Dach*, *Loch*) ausgesprochen. Dann sollte statt *ch* das Zeichen *x* (in Anlehnung an die wissenschaftlichen Lautschriften) verwendet werden. Man schreibt in solchen Fällen also *Sixl* ‚Sichel‘, *Biix* ‚Bäuche‘ etc.⁸

Lautverbindungen aus einem Verschluss- und einem Reibelaut sollten grundsätzlich als zwei Buchstaben verschriftlicht werden.⁹ Das *pf* der Schriftsprache können wir also beibehalten, ggf. können wir bei einer „weicheren“ Aussprache auch *bf* schreiben (wie z. B. in *Epfel* oder *Ebfl* ‚Apfel‘, *rupf^e* oder *rubf^e* ‚rupfen‘). Auch die Buchstaben *z* und *x* werden allerdings als Lautverbindungen aus einem Verschluss- und einem Reibelaut ausgesprochen und sollten daher konsequenterweise (anders als bei Baur 1987) ebenfalls als zwei Buchstaben umgesetzt werden, wie in *Tsiid* ‚Zeit‘, *tsèè* ‚zäh‘, *f^etsel^e* ‚erzählen‘, *Aks(t)* ‚Axt‘, *Hèks* ‚Hexe‘, *fiks* ‚fix‘ u. a. Auch hier kann bei „weicherer“ Aussprache entsprechend *ds* (*Dsi(i)d* ‚Zeit‘, *dsèè* ‚zäh‘ usw.) bzw. *gs* (*Ags(t)* ‚Axt‘, *Hègs* ‚Hexe‘ etc.) geschrieben werden. Tritt bei der Aussprache von Wörtern wie *drücken* u. ä. eine Aussprache mit *k* plus folgendem Reibelaut auf (was vor allem in Teilen des Hochale-

Vokale									
kurz	geschlossen	ü	i	e		a	o	ö	u
	offen	ù	ì	è (ä)		à	ò	ò	ù
lang	geschlossen	üü	ii	ee		aa	oo	öö	uu
	offen	ùù	ìì	èè (ää)		àà	òò	òò	ùù
Zentralvokal					^e (ɛ̯)				
Zwilaute	steigend			ei	ai	au	ou	oi	
	fallend		ie	äa			oa		ue

Konsonanten									
Verschlusslaute		<i>b</i>	<i>d</i>	<i>g</i>		<i>p</i>	<i>t</i>	<i>k</i>	
	behaucht					<i>ph</i>	<i>th</i>	<i>kh</i>	
Verschluss-Reibelaute						<i>pf</i> (<i>bf</i>)	<i>ts</i> (<i>ds</i>)	<i>kch</i> (<i>kx</i>)	<i>ks</i> (<i>gs</i>)
Reibelaute	stimmlos	<i>f</i>		<i>s</i>		<i>sch</i>		<i>ch</i>	<i>x</i>
	stimmhaft	<i>w</i>							
Sonorlaute		<i>m</i>	<i>n</i>	<i>ng</i>		<i>l</i>	<i>j</i>	<i>r</i>	
Hauchlaut					<i>h</i>				

Tabelle 1: Zeicheninventar für eine lautgetreue Dialektverschriftlichung.

mannischen der Fall ist), sollte das als *kch* oder *kx* verschriftlicht werden, also z. B. *drükch^e* oder *drükx^e* ‚drücken‘.

Für den **Reibelaut** *f* könnte im Grunde wie im Schriftdeutschen *f* und *v* verwendet werden (so bei Baur 1987). Unser Zeicheninventar bleibt jedoch ein wenig schlanker (und unsere Schreibweise konsequenter), wenn wir ausschließlich *f* verwenden und somit sowohl *ti(i)ef* ‚tief‘, *fal(l)^e* ‚fallen‘ usw. als auch *Fat^er* ‚Vater‘, *Fogl* ‚Vogel‘, *braaf* ‚brav‘ etc. schreiben. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang noch, dass Wörter wie hochdeutsch *Vase* oder *Villa* mit **w**, also als *Waas^e* und *Wilaa*, zu verschriftlichen sind.

Nehmen wir dies alles zusammen, dann gelangen wir zu einem Schreibsystem, das die in *Tabelle 1* dargestellten Zeichen umfasst.

Abschließend soll an dieser Stelle nochmals wiederholt werden, dass man sich unbedingt vom hochdeutschen Schriftbild lösen muss, wenn man Mundart lautgetreu verschriftlichen möchte. Man muss die Wörter konsequent so schreiben, wie man sie hört. Dabei gilt, wie zu Beginn dieses Kapitels erläutert, das Grundprinzip, dass ein Laut normalerweise nur mit einem Buchstaben wiedergegeben wird. Von diesem Prinzip wird nur bei den langen Vokalen (die durch Doppelschreibung gekennzeichnet werden; siehe *Tabelle 1*) sowie bei *sch*, *ch* und *ng* (der Einfachheit halber) abgewichen.¹⁰

4. Verfassen von Mundarttexten

4.1 Grundsätzliches

Wenn es nicht darum geht, die Aussprache einzelner Dialektwörter lautgetreu wiederzugeben, sondern wenn man ganze Texte im Dialekt verfassen möchte, sind ganz andere Kriterien wichtig als die in Kapitel 3 erläuterten. Beim Verfassen von Mundarttexten sollte man in erster Linie die Leser/innen im Blick haben und ihnen so weit wie möglich entgegenkommen, um ihnen das Lesen zu erleichtern. Die meisten Menschen sind ja mit dem Lesen von Mundarttexten nicht sehr vertraut, selbst wenn sie gute Dialektsprecher sind. Es ist daher für die allgemeine Lesbarkeit ausgesprochen wichtig, eine Schreibung zu verwenden, die nicht allzu weit von dem entfernt ist, was die Leserschaft von der Lektüre alltäglicher deutscher Texte kennt. Man sollte sich beim Verfassen von Mundarttexten also möglichst auf das deutsche Alphabet „beschränken“, wenn möglich auf die Verwendung von Sonderzeichen, Akzenten und Buchstaben aus anderen Sprachen verzichten und ein Schriftsystem verwenden, das nicht nur **gut lesbar**, sondern auch **gut zu schreiben** und außerdem möglichst **konsequent** ist. Zwar wird man dann mit manchen phonetischen Ungenauigkeiten und vielleicht auch Zweideutigkeiten leben müssen, aber man darf dabei nicht vergessen, dass auch unsere hochdeutsche Schrift die Aussprache vieler Wörter nicht eindeutig wie-

dergibt und man auch hier die teils komplexen Regeln der Laut-Buchstaben-Zuordnung kennen muss. Diese Regeln wenden wir beim Lesen ständig „automatisch“ an, und wir können sie – wie sich im Folgenden noch zeigen wird – in vielen Fällen auch beim Schreiben und Lesen von Dialekt anwenden.

Ganz grundsätzlich sollte man sich also – so weit wie das möglich ist – an die Regeln der hochdeutschen Rechtschreibung halten. Das betrifft insbesondere die Groß- und Kleinschreibung, die Getrennt- und Zusammenschreibung sowie die Zeichensetzung. Eine möglichst konsequente Anwendung der hochdeutschen Rechtschreibung als Grundprinzip hilft dabei, unnötig komplizierte bis exotische Schreibweisen, die das Lesen erschweren, zu vermeiden. Von diesem Grundprinzip sollte man nur dann abweichen, wenn bei den Leser/innen durch die Schreibung ein völlig falscher Eindruck von der Aussprache entstehen würde. Auch bei Fremdwörtern empfiehlt es sich, diese in Mundarttexten so zu schreiben wie in der Schriftsprache üblich. Nur wenn ihre mundartliche Aussprache deutlich von der im Hochdeutschen geläufigen abweicht, sollte eine lautlich angepasste Schreibweise gewählt werden.

Die folgenden Empfehlungen orientieren sich größtenteils an Sauer & Post (2003) und sind hier nach Möglichkeit auf mittellalemannische Dialekte, insbesondere im Villinger Raum, zugeschnitten. Sie sollen eine kleine Hilfe beim Verfassen von Mundarttexten sein; sie wollen und können kein verbindliches Regelwerk sein. Ebenso wenig soll damit die künstlerische Freiheit beschränkt werden, denn manchmal sind ja Lautmalerei, Übertreibung oder Kontrast zum Üblichen durchaus erwünscht (vgl. z. B. Pflaum o. J.).

4.2 Vokale

Die Vokale von Wörtern wie *Sand, Gang, Kamm, Wetter, Feld, Netz, eng, Fisch, Sinn, Kind, Schloss, Loch, Bock, Butter, Zucker, Fuchs* u. a. werden im Dialekt genauso wie im Hochdeutschen geschrieben, da durch diese Schreibungen keine falsche Aussprache nahegelegt wird. Auch die Buchstaben *ä* und *e* sollten möglichst

genauso wie bei der schriftsprachlichen Entsprechung des jeweiligen Wortes verwendet werden. Wenn es sich um kurze Vokale handelt, wird hier auch in der Schriftsprache kein Unterschied in der Aussprache gemacht: *fällt* und *Feld* werden z. B. gleich ausgesprochen. Somit sind Schreibungen wie *Fäld* für *Feld* oder *Mänsch* für *Mensch* in Mundarttexten nicht sinnvoll, da sie ja keinerlei andere Aussprache bewirken.¹¹ Anders sollte man das nur machen, falls (wie mancherorts in der Villinger Gegend) kein Kurzvokal, sondern ein Zwiellaut gesprochen wird, wie z. B. in *rea(ch)t* ‚recht‘ oder *schlea(ch)t* ‚schlecht‘.

Wenn – wie im Mittellalemannischen üblich – dem schriftdeutschen *ö* ein *e*-Laut entspricht, dann sollte man diesen als *e* bzw. *ee* schreiben, wie in *Veggl* ‚Vögel‘ oder *greeßr* ‚größer‘, *bees* ‚böse‘ usw. Das *ü* sollte dort zur Bezeichnung des langen Vokals verwendet werden, wo es auch in der Schriftsprache für den langen Vokal steht. Bei Wörtern wie *Bär, dämlich* oder *Käs* etc. ist eine Doppelschreibung des *ä* also unnötig. Da im Villinger Raum bei Wörtern wie hochdeutsch *Regen* oder *Leber* eine sehr offene (und überdies auch kurze) Aussprache verbreitet ist, sollte man auch hier die Schreibung mit *ä* wählen (und außerdem die Kürze des Vokals durch Doppelschreibung des folgenden Konsonanten kennzeichnen): *Rägge* ‚Regen‘, *Läwwer(e)* ‚Leber‘ usw.

Der schriftdeutsche Umlaut *ü* kommt – wie das oben bereits erwähnte *ö* – im Mittellalemannischen nicht vor. Daher sollte die entsprechende Lautung auch in der Schreibung wiedergegeben werden. Zu unterscheiden sind hier die Schreibung mit *i*, wie in *Hitte* ‚Hütte‘, *Kiwwl* ‚Kübel‘, *Schissl(e)* ‚Schüssel‘ u. a., die Schreibung mit *u*, wie z. B. bei *Bruck* ‚Brücke‘ oder *Kuchi* ‚Küche‘, sowie die Schreibung als Zwiellaut mit *iä*, wie in *Fiäß* ‚Füße‘, *Briädr* ‚Brüder‘, *miäd* ‚müde‘ usw.¹²

Lange Vokale können in Mundarttexten in vielen Fällen genauso gekennzeichnet werden wie bei den schriftsprachlichen Entsprechungen, also mit doppeltem Vokal (wie bei *Haar* – alem. *Hoor* –, *Waage* – alem. *Woog* –, *Beere*, *Klee* etc.) oder mit Dehnungs-*h* (wie bei *Bohne* – alem. *Bohn* –, *Mehl* – alem. *Mähl* –, *sehen* – alem. *sehe* / ggf.

auch *sähe, sehne, sähne* –, *Hahn* (,Wasserhahn‘) – alem. *Hahne* –, *Rahmen* – alem. *Rahme* – usw.). Das Dehnungs-*h* sollte jedoch nur in solchen Fällen, d. h. nach den Regeln der deutschen Orthographie, verwendet werden. Bei Wörtern wie z. B. *Nacht* oder *Flachs*, die im Mittellalemannischen mitunter einen langen Vokal (und zuweilen auch Ausfall des *ch*) haben, sollte also **nicht** *Nahchd, Flahs*, sondern *Naacht, Flaas* geschrieben werden. Für andere gedehnte Vokale, die in Teilen des Mittellalemannischen zu hören sind, gilt das ebenso: *aalt* ,alt‘, *kaalt* ,kalt‘, *baald* ,bald‘, *Waalld* ,Wald‘ etc. Und auch bei anderen langen Vokalen, die in der Schriftsprache keine unmittelbare Entsprechung haben, sollte man so verfahren, vgl. die oben genannten Beispiele *greesr* ,größer‘ und *bees* ,böse‘.

Das in der Schriftsprache häufig vorkommende *ie* sollte in alemannischen Mundarttexten besser nicht zur Kennzeichnung eines langen *i*-Vokals verwendet werden, da dieser im Alemannischen einem **ie-Zwielaut** gegenübersteht (hochdt. *lieb* wird im Alemannischen ja als „*li-eb*“ ausgesprochen). Stattdessen sollte man den langen Vokal durch Doppelschreibung kennzeichnen. Um Missverständnisse auszuschließen, empfiehlt es sich, auch für den Zwielaut nicht das *ie* zu verwenden, sondern diesen als *iä* zu schreiben. Dann stehen sich *liäb* ,lieb‘, *Briäf* ,Brief‘, *fliäge* ,fliegen‘ und *liis* ,leise‘, *Wii* ,Wein‘, *schniide* ,schneiden‘ usw. gegenüber und es entsteht bei den Leser/innen (insbesondere solchen, die des Alemannischen unkundig sind) keine Unklarheit darüber, wie die Wörter auszusprechen sind.

Der zweite typisch alemannische Zwielaut tritt bei Wörtern auf, die im Hochdeutschen ein langes *u* haben (z. B. *gut*, *Bruder*, *Fuß*). Ihn kann man in Mundarttexten als **ue** wiedergeben, da in diesem Fall – anders als beim *ie* – keine Missverständnisse bzw. Beeinflussungen aus der Schriftsprache auftreten können. Man schreibt also *guet* ,gut‘, *Brueder* ,Bruder‘, *Fueß* ,Fuß‘ usw.

Im östlichen Mittellalemannischen kommen auch bei Wörtern, die im Hochdeutschen ein langes *e* haben, Zwielaute vor. Diese schreibt man am einfachsten als **ou** und **ea**, wie in *stou* ,stehen‘,

gou ,gehen‘¹³ und *geal* ,gelb‘, *Weag* ,Weg‘¹⁴ etc.

Bei sehr vielen Wörtern, die im Hochdeutschen ein **au**, **ei**, **äu** oder **eu** haben, wird im Alemannischen ein langer Vokal gesprochen. Somit ist auch in diesen Fällen die Doppelschreibung des Vokalbuchstabens angezeigt: *Muus* ,Maus‘, *Huus* ,Haus‘, *bruuche* ,brauchen‘, *Boom* ,Baum‘, *schniide* ,schneiden‘, *Wiib* ,Weib‘, *Wii* ,Wein‘, *Miis* ,Mäuse‘, *Hiiser* ,Häuser‘, *nii* ,neun‘, *niini* ,neun Uhr‘ u. v. m. Da allerdings auch manche Wörter, die in der Schriftsprache einen Zwielaut haben, im Alemannischen mit einem kurzen Vokal ausgesprochen werden, darf in solchen Fällen der Vokal selbstverständlich nicht doppelt geschrieben werden. Man schreibt dann also beispielsweise *Lit* ,Leute‘, *hit* ,heute‘, *bisse* ,beißen‘ (mancherorts im Mittellalemannischen gilt allerdings auch *biisse*, mit langem Vokal!) usw.

Den genannten schriftdeutschen Zwielauten entsprechen jedoch nicht immer alemannische Lang- oder Kurzvokale, sondern die mundartlichen Formen sind äußerst vielfältig. Es muss hier noch manch anderes beachtet werden: In Wörtern wie *Fleisch*, *Geiß* oder *Seife* zeichnet sich das östliche Mittellalemannische traditionell durch einen **oa-Zwielaut** aus, weshalb diese Wörter entsprechend als *Floasch*, *Goaß*, *Soa(p)fe* etc. geschrieben werden sollten. Mancherorts wird jedoch auch bei diesen Wörtern bereits ein Zwielaut gesprochen, der wie im Hochdeutschen klingt. Bei anderen Wörtern entspricht dem **ei** der Schriftsprache ohnehin auch im Mittellalemannischen derselbe Zwielaut wie bei hochdeutscher Aussprache. Man sollte dann allerdings **ai** schreiben, also *Flaisch* ,Fleisch‘, *Sai(b)fe* ,Seife‘ und *klai* ,klein‘ etc., um mögliche Verwechslungen mit einem weiteren Zwielaut zu vermeiden, der beispielsweise bei der alemannischen Aussprache des Wortes *Blei* vorkommt und ähnlich klingt wie in den englischen Wörtern *name* oder *late*. Wenn man *ai* und *ei* beim Schreiben von Mundarttexten konsequent anwendet, sollte den Leser/innen der Unterschied zwischen diesen beiden Zwielauten deutlich werden. Möchte man ganz explizit sein, so sollte man *ej* schreiben, denn dadurch wird die unterschiedliche Aussprache von Wörtern wie *klai* ,klein‘ und

Blej ‚Blei‘ mit Sicherheit klar. Beide Zwielaute kommen mundartlich übrigens auch bei Wörtern vor, die in der hochdeutschen Schrift ein *eu* haben, so zum Beispiel in *Fraid* ‚Freude‘ und *neinej* ‚neu‘, *Hei/Hej* ‚Heu‘ etc. (wobei nicht ausgeschlossen ist, dass mancherorts auch *Freid/Frejd* ‚Freude‘ oder *Hai* ‚Heu‘ usw. üblich ist). Die **au-Schreibung** bleibt bei *au*-ähnlicher Aussprache erhalten. Nur wenn der Zwielaute in der Mundart deutlich dunkler klingt, sollte **ou** verwendet werden. Man schreibt dann also *Frou* ‚Frau‘, *blou* ‚blau‘, *Oug* ‚Auge‘, *loufe* ‚laufen‘ etc.

In Fällen, in denen die Schriftsprache die Vokallänge nicht bezeichnet (und davon gibt es nicht wenige, z. B. *Brot*, *tut*, *da*, *du*, *wo*, *Weg* u. v. m.) oder sie durch die neue Rechtschreibung klar geregelt ist (Schreibung mit *ß* zeigt automatisch vorausgehenden langen Vokal an, wie in *Straße*, *Maß*, *Schoß*, *bloß* usw.), muss beim Schreiben von Mundart auch keine Vokaldoppelung erfolgen. Man kann getrost (mittel-)alemannisch *Brot*, *dut*, *do*, *du*, *wo*, *Wäg* (falls nicht als *Weag* ausgesprochen) und *Stroß*, *Maß/Moß*, *Schoß*, *bloß* etc. schreiben, ohne dass dadurch beim Lesen eine „falsche“ Aussprache bewirkt wird.¹⁵

Wenn der **Vokal in offener Silbe** (d. h. am Ende der Silbe, wie z. B. in *Bo-den*, *la-den*, *le-sen*) steht wird er im Hochdeutschen lang gesprochen, ohne dass das in der Schrift bezeichnet wird. Im Villingener Raum ist das jedoch anders, es erfolgt hier in der Mundart keine Dehnung in offener Silbe. Entsprechend sollte also auch durch die Schreibung signalisiert werden, dass wir es mit einem kurzen Vokal zu tun haben. Wie weiter oben bei den Beispielen *Rägge* ‚Regen‘ und *Läwwer(e)* ‚Leber‘ bereits kurz erwähnt wurde, geschieht das durch Doppelschreibung des folgenden Konsonanten. Selbstverständlich gilt diese Regel für viele weitere Wörter, wie z. B. *Offe/Effe* ‚Ofen/Öfen‘, *Bodde/Bedde* ‚Boden/Böden‘, *Ladde/ladde* ‚Laden/laden‘, *lässe* ‚lesen‘ (wenn nicht als *lease* ausgesprochen), *Rädde* ‚Räder‘, *gshriwwe* ‚geschrieben‘, *sagge* ‚sagen‘ usw.

Abschließend sind noch einige Bemerkungen zu einem häufig vorkommenden – besonderen – Vokal zu machen: Im Hochdeutschen wird für *e*

in unbetonter Position (wie in *Freunde*, *lachen*, *Nebel*, *Atem*, *Ebene* usw.) fast immer der **Zentralvokal** gesprochen. Er hat nicht immer genau denselben Klang, aber hört sich meistens in etwa wie ein abgeschwächtes *ä* an. So ist es auch im Dialekt (falls der Zentralvokal nicht gleich ganz wegfällt). Da wir beim Schreiben von Mundarttexten keine phonetische Genauigkeit anstreben und davon ausgehen können, dass die Leser/innen die hochdeutschen Ausspracheregeln kennen, sollten wir den Zentralvokal also genauso schreiben wie in der Schriftsprache, nämlich als *e*. Im Alemannischen steht er regelmäßig am Ende von Wörtern, die im Hochdeutschen auf *-en* enden, da in unseren Dialekten das *n* in dieser Position ausfällt. Beispiele wurden in den voranstehenden Abschnitten bereits viele genannt: *sag(g)e* ‚sagen‘, *gshriwwe* ‚geschrieben‘, *schniide* ‚schneiden‘, *Huufe* ‚Haufen‘, *Bod(d)e* ‚Boden‘ usw. Wie das Beispiel *gshriwwe* zeigt, fällt der Zentralvokal in der Vorsilbe *ge-* im Dialekt weg (was man übrigens nicht durch ein Apostroph anzeigen sollte!). Auch bei Wörtern, die in der Schriftsprache auf *-e* enden, fällt der Laut im Alemannischen meistens weg, wie unter anderem die weiter oben bereits aufgeführten Beispiele *Fraid* ‚Freude‘, *Oug/Aug* ‚Auge‘, *Miis* ‚Mäuse‘, *Lit* ‚Leute‘ zeigen. Ein spezieller Fall ist die Verbindung mit *r*, insbesondere am Ende von Wörtern (z. B. *besser*, *Vater*, *Mutter*, *einer*, *wieder*) sowie in der Vorsilbe *ver-* (z. B. *verlieren*, (*v*)*erzählen*, *verzapfen*). In vielen Dialekten wird hier das *r* nicht (mehr) ausgesprochen, sondern es wird (wie im Hochdeutschen bei Wörtern, die auf *-er* enden) aus der Lautfolge *e+r* ein Laut, der ungefähr wie ein *ä* oder ein *a* klingt. Es bietet sich somit an, diesbezüglich auch in Mundarttexten – ganz gleich, ob ein *ä*-/a-Laut oder tatsächlich der Zentralvokal *+r* gesprochen wird – bei der schriftdeutschen Orthographie zu bleiben und *-er* bzw. *ver-* zu schreiben. Beim Lesen von *besser*, *Vatter*, *Muetter*, *ainer*, *widder*, *verliäre*, *verzälle*, *verzapfe* etc. werden wohl kaum Zweifel bezüglich der Aussprache auftreten.

4.3 Konsonanten

Auch bei der Schreibung der Konsonanten kann weitgehend eine Anlehnung an die Schrift-

sprache erfolgen. Der Buchstabe **h** wird im Hochdeutschen im Wortinnern (z. B. in *weihen, seihen, Zehen*) meistens nicht ausgesprochen. Daher sollte das **h** in solchen Wörtern auch in Mundarttexten geschrieben werden. Trotz diverser Abweichungen bei den Vokalen sind die Wörter für die Leser/innen leichter zu erfassen (*wiihe, siihe/saihe, Zehe*). Die Buchstabenkombination **ch** hat auch im Hochdeutschen je nach Wort/Lautkontext unterschiedlichen Lautwert (vorderer bzw. hinterer Gaumenreibelaute in *Milch, Dach, lachen* / **k** in *Christ, Fuchs* / **sch** in *Charme, Chef* / **tsch** in *Chips, Chili*), der insbesondere bei Wörtern mit anlautendem **Ch-/ch-** auch noch regional variiert. Es empfiehlt sich, die Wörter immer dann mit **ch** (wie im Schriftdeutschen) zu schreiben, wenn die dialektale Aussprache des Lautes der üblichen hochdeutschen bzw. süddeutschen Aussprache entspricht. Schreibungen wie *Krist, Fuks, Schef* oder *Tschili* sind also vollkommen unnötig.

Die Schreibung von Wörtern mit **s**, **ss** und **ß** sollte sich auch in Mundarttexten nach den Regeln der (neuen) deutschen Rechtschreibung richten. Wie weiter oben im Zusammenhang mit der Vokallänge schon kurz erwähnt wurde, ist durch die neue Rechtschreibung klar geregelt, dass die Schreibung mit **ß** vorausgehenden langen Vokal anzeigt. Entsprechend zeigt **ss** vorausgehenden Kurzvokal an. Wörter wie *Schoß* oder *Schloss* sollten also in Mundarttexten genauso geschrieben werden wie in der Schriftsprache. Auch das oben bereits erwähnte *biisse* ‚beißen‘ (mit langem Vokal) behält somit im Mundarttext das **ß**. Wird das Wort im Dialekt allerdings mit kurzem Vokal ausgesprochen, dann weichen wir von der hochdeutschen Schreibung des Wortes ab, setzen die eben genannte Rechtschreibregel um und schreiben *bisse*.

Die Buchstabenfolgen **st** und **sp** sollten im Wort-/Silbenanlaut beim Schreiben von Mundart unbedingt beibehalten werden, da sie im Hochdeutschen in dieser Position genauso ausgesprochen werden wie im Dialekt. Somit ist es völlig unnötig, Wörter wie *spitz, Spatz, Stein* oder *Stahl* mit *schb-/Schb-* bzw. *Schd-* o.ä. zu schreiben. Nur im Innern oder am Ende von Wörtern

– wo im Hochdeutschen *s+t* bzw. *s+p* gesprochen wird, im Alemannischen jedoch *scht* bzw. *schp* u.ä. – sollte die Schreibung *scht* bzw. *schp* (ggf. auch *schd, schb*) verwendet werden, wie z. B. in *Fescht, Worscht/Wurscht, Laschder, Kaschper* etc.

Es ist auch nicht nötig, die Buchstaben **z** und **q** (bzw. *qu*) in ihre jeweiligen lautlichen Bestandteile *t* und *s* (oder *d* und *s*) bzw. *k* und *w* (oder *g* und *w*) aufzuspalten. Außer einem recht exotischen Schriftbild, das die Lesbarkeit beeinträchtigt, gewinnt man nichts, wenn man *tsu* statt *zu*, *Herts* statt *Herz*, *Gwal* statt *Qual*, *bekwem* statt *bequem* u.ä. schreibt. Gleiches gilt auch für den Buchstaben **x**, falls er wie im Hochdeutschen ausgesprochen wird, was z. B. in alemannisch *Hex, Ax(t), boxe* usw. der Fall ist. Nur wenn die Aussprache abweicht, wie das beispielsweise mancherorts in Wörtern wie *Tekscht* ‚Text‘ der Fall ist, sollte die Schreibung das wiedergeben.

Der Gebrauch bzw. die Aussprache von **v** ist aus dem Hochdeutschen allgemein bekannt, weshalb es nicht nötig ist, diesen Buchstaben in Mundarttexten als *f* oder *w* umzusetzen. Es sollte also nicht *Fog(g)l, fu(n)/fo(n), Waas, nerwees* u.ä. geschrieben werden, sondern besser *Vog(g)l, vu(n)/vo(n), Vaas, nervees*.

Über die lautliche Qualität des **r** sollte man sich in der Regel beim Schreiben eines mundartlichen Texts keine Gedanken machen. Ob das **r** tatsächlich als gerollter Konsonant, als Reibelaut, nur als angeriebener oder angedeuteter Konsonant oder als Vokal (so im Auslaut, vgl. dazu auch oben den Abschnitt zum Zentralvokal) ausgesprochen wird, spielt für die Schreibung letztlich keine Rolle. Der besseren Lesbarkeit halber sollte **r** daher grundsätzlich geschrieben werden.

Ein Merkmal vieler süddeutscher Dialekte ist die sogenannte Lenisierung der Konsonanten **p**, **t** und **k**. Sie werden in manchen Positionen weich ausgesprochen und von Mundartautor/innen dann in der Regel als **b**, **d** und **g** geschrieben. Wichtig ist, dass man das konsequent so macht – jedoch nur in den Fällen, in denen die Lenisierung auch tatsächlich auftritt: Am Wortanfang werden schriftsprachliche **p**, **t**, **k** als **b**, **d**, **g** geschrieben, wenn sie vor Vokal stehen und der entsprechende Laut im

Dialekt klar als *b*, *d* oder *g* ausgesprochen wird (z.B. *butze* ‚putzen‘, *Disch* ‚Tisch‘); andernfalls werden *p*, *t*, *k* beibehalten (z.B. *Pffueg*, ‚Pflug‘, *trinke* ‚trinken‘, *Kriz* ‚Kreuz‘). Im Wortinnern werden *p*, *t*, *k* und auch *pp*, *tt*, *ck* bei entsprechender Aussprache als *b*, *d*, *g* bzw. *bb*, *dd*, *gg* wiedergegeben, wenn sie vor Vokal stehen (z.B. *Lumbe* ‚Lumpen‘, *aldi* ‚alte‘, *Mugge* ‚Mücken‘). Wenn sie dagegen vor Konsonant stehen, werden *p*, *t*, *k* sowie *pp*, *tt*, *ck* beibehalten (z.B. *Schnipsl* ‚Schnipsel‘, *Zwetschg* ‚Zwetschge‘, *Märkt* ‚Markt‘, *Säckli* ‚Säcklein‘). Am Wortende werden diese Buchstaben grundsätzlich ebenfalls beibehalten, da Schreibungen mit *b*, *d*, *g* bzw. *bb*, *dd*, *gg* in dieser Position nicht der phonetischen Realität entsprechen (weil für die Dialekte in der Regel – wie für das Hochdeutsche – auch die sogenannte Auslautverhärtung gilt). Es ist daher weder authentischer noch „richtiger“, wenn man *knabb* statt *knapp*, *Fedd* statt *Fett* oder *Sagg* statt *Sack* usw. schreibt.

Die **Doppelung von Konsonanten** kann – wie oben in Abschnitt 4.2 erläutert – mundartspezifische Kurzvokale anzeigen (vgl. oben Beispiele wie *Rägge* ‚Regen‘, *bisse* ‚beißen‘, *Kiwwl* ‚Kübel‘, *Offe* ‚Ofen‘, *Bodde* ‚Boden‘ usw.). Bei Wörtern, die in der Schriftsprache Doppelkonsonanten haben, werden diese beim Schreiben von Mundarttexten in der Regel übernommen, wenn das entsprechende Wort im Dialekt ebenfalls einen kurzen Vokal hat, wie z.B. bei *Hitte* ‚Hütte‘, *Schissl(e)* ‚Schüssel‘, *fallt* ‚fällt‘ etc. Bei Wörtern wie *auf* und *hinauf* u. ä. muss dagegen bei den mundartlichen Entsprechungen keine Doppelschreibung des Konsonanten im Auslaut erfolgen. Obwohl hier eine Schreibung mit *ff* recht häufig in Mundarttexten anzutreffen ist, genügt es eigentlich vollkommen, diese Wörter als *uf* und *nuf* zu schreiben.¹⁶ In anderen Fällen kann eine vom Schriftdeutschen abweichende Doppelschreibung von Konsonanten jedoch wiederum sinnvoll sein: In Teilen des (Mittel-)Alemannischen kommen tatsächlich gelängte Konsonanten oder Doppelkonsonanten (die es im Hochdeutschen nicht gibt) vor. Dies kann man durch Doppelschreibung markieren, wie z.B. in *Woasse* ‚Weizen‘, *trokke/trukke* ‚trocken‘ usw., wenn man möchte.

4.4 Verschiedenes

Die Aussprache der deutschen **Endsilbe -ig** variiert regional und teilweise auch nach Gesprächssituation stark. Während sie von professionellen Sprecher/innen sowie in Norddeutschland in Wörtern wie *Honig*, *Käfig*, *wichtig*, *schmutzig* usw. als *-ich* ausgesprochen wird, ist in unserer Region in der Regel die Aussprache als *-ik* üblich (sowie in Teilen Mitteldeutschlands als *-isch*). In alemannischen Mundarttexten empfiehlt es sich meines Erachtens, solche Wörter grundsätzlich wie in der Schriftsprache mit *-ig* zu schreiben (z.B. alem. *dreggig/dreckig*, *Kinnig/Kennig* ‚König‘) und nur dann eine andere Schreibung zu verwenden, wenn tatsächlich eine andere Aussprache als *-ik* ausgedrückt werden soll.¹⁷ Auch wenn die *-ig*-Schreibung ggf. für Leser/innen, die des Alemannischen nicht mächtig sind, nicht eindeutig sein mag, wird wohl bei den meisten Leser/innen kein Zweifel bezüglich der Aussprache aufkommen.

Die **Verwendung von Apostrophen** sollte man nach Möglichkeit vermeiden, da ein übermäßiger Gebrauch – der sich schnell „einschleichen“ kann – das Schriftbild stört. Obwohl im Dialekt bei vielen Wörtern bestimmte Vokale oder Konsonanten „ausfallen“ oder Kurzwörter auf einen Laut/Buchstaben reduziert werden (z.B. *s* ‚das/es‘, *m* ‚ihm‘, *z* ‚zu‘, *d* ‚die‘), ist es in den meisten Fällen auch vollkommen unnötig, dies durch einen Apostroph zu markieren. Die zu *s* bzw. *m* reduzierten Kurzwörter *es* und *das* bzw. *ihm* und *dem* sollten wie im Schriftdeutschen direkt an vorausgehende Präpositionen gehängt werden: *ans/ins Huus*, *bim/zum Dokder* etc. Das auf den Konsonanten *s* reduzierte Pronomen *es* wird auch an andere Wörter direkt angehängt, z.B. *wenns schneit*, *er häts gwisst*¹⁸, *no täts bewwe*, *si wisse(t)s* (*n*)*it* usw. Wenn verkürztes *dem* oder *ihm* an eine Präposition oder ein Verb antritt, kann das ebenfalls so gehandhabt werden. Man kann also z.B. *ufm* ‚auf dem/ihm‘, *mitm* ‚mit dem/ihm‘, *usm* ‚aus dem‘, *muesm* ‚muss ihm‘ usw. schreiben. Getrenntschreibung ist hier jedoch auch möglich (*uf m Boom*, *mit m Messer*, *us m Huus*, *ich mues m schriiwe*, ...). Wird *dem* oder *ihm* nicht zu *m*, sondern

zu *em/im* verkürzt, ist die Getrennschreibung – zumindest in der Position nach einem Verb – empfehlenswert, da eine bessere Lesbarkeit gegeben ist (also nicht *ich muesem/muesim schriiwe*, sondern besser *ich mues em/im schriiwe*).¹⁹

Die Artikel *das* und *die* erscheinen mundartlich (in unbetonter Stellung) häufig als *s* bzw. *d* und stehen dann alleine vor dem Folgewort, man schreibt also z. B. *s Huus, s Fescht, s Maidli, d Schissl(e), d Muetter, d Frou* etc. Genauso wird beim Wörtchen *zu* verfahren, das oftmals nur als *z* erscheint (*z Naa(ch)t, z Niini, ebbis z joomere* usw.).

Unbetonte nachgestellte Pronomen und teilweise auch Artikel werden u. a. im (Mittel-) Alemannischen oftmals so eng mit dem vorausgehenden Wort verbunden, dass es zu lautlichen Anpassungen/Verschmelzungen kommt. In solchen Fällen ist dann auch in der Schreibung eine **Zusammenziehung** der beiden Wörter angebracht, z. B. *wemmer* ‚wenn wir‘, *mim* ‚mit dem‘, *simmer* ‚sind wir‘, *hämmer* ‚haben wir‘ u. ä. Nicht selten wird bei Zusammenziehungen von Wörtern auch noch ein **Übergangslaut** eingefügt, wie in *hani* ‚habe ich‘, *hanem* ‚habe ihm‘, *hanere* ‚habe ihr‘, *woner* ‚wo er‘, *wiäner* ‚wie er‘ etc. Für Zusammenziehungen dieser Art wird häufig die Schreibung mit Bindestrichen verwendet, also *ha-n-i, ha-n-em, ha-n-ere, wo-n-er* usw., was ein durchaus praktikables Verfahren ist.

Abschließend sei nochmals darauf hingewiesen, dass man immer auch die Lesbarkeit im Auge behalten sollte. Wenn sich also beispielsweise bei direkter Aufeinanderfolge zweier Wörter an der Lautung nichts auffällig verändert, obwohl sie eine enge Verbindung miteinander eingehen, dann sollte man die Wörter möglichst nicht als Zusammenziehung verschriftlichen, da sie das Lesen eher erschweren. Man schreibt also für hochdeutsch *ist es, hat er* und *will sie* besser *isch es* statt *isches*, *hät/het er* statt *hätter/better* (o. ä.) und *willsi* statt *willsi*, um nur einige Beispiele zu nennen.

5. Schlusswort

Im vorliegenden Beitrag wurde versucht, einige möglichst einfache und möglichst gut umsetzbare Empfehlungen für das Schreiben von

Mundart auszusprechen. Wie sich gezeigt hat, gibt es in manchen Fällen durchaus verschiedene Möglichkeiten, wie man bestimmte Phänomene schriftlich umsetzen kann. Wichtig ist diesbezüglich nicht unbedingt, für welche Lösung man sich entscheidet, sondern vor allem, dass man die gewählte Lösung konsequent umsetzt. Verwendet man in seinen Texten Schreibweisen, die möglicherweise für Leser/innen, die des Alemannischen nicht mächtig sind, mehrdeutig sein könnten, dann kann man diese ggf. in einem Vorwort o. ä. kurz erläutern, um Klarheit zu schaffen.

Mit diesem kleinen Leitfaden kann und soll kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Ich hoffe, dass die wichtigsten und besonders häufig vorkommenden Dinge hier erwähnt wurden. Trotzdem steckt natürlich manchmal der Teufel im Detail, und es werden vielleicht beim Schreiben eines Mundarttextes Fragen entstehen, auf die man im vorliegenden Beitrag keine Antwort findet. Für solche Fälle empfehle ich einen Blick in die beiden Veröffentlichungen, auf denen viele der hier zusammengefassten Tipps basieren (zu Kapitel 3 vgl. Baur 1987 und zu Kapitel 4 vgl. Sauer & Post 2003). Hilfreich kann sicherlich von Fall zu Fall auch ein Blick in die „*lockeri Hilf wie me-n-e guets Alemannisch cha/ka schriibelschriiwe*“ (Muettersproch-Gsellschaft 1998) sowie in die Richtlinie „*Wiä schriib ich guets Alemannisch?*“ der Alemannischen Wikipedia²⁰ (in beiden auch wichtige Hinweise zur Grammatik) oder auch in den Leitfaden „*Schwyzertütschi Dialäkttschrift*“ („Dieth-Schreibung“, benannt nach Dieth 1938)²¹ sein.

Literatur

Baur, Gerhard W. (1987): Mundartwörterbücher für alle. Zu Möglichkeiten des Sammelns, Ordnen, Erklärens und Publizierens von Dialektwortschatz. In: Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg, Band 2, 53–84.

Dieth, Eugen (1938): Schwyzertütschi Dialäkttschrift. Leitfaden nach den Beschlüssen der Schriftkommission der neuen Helvetischen Gesellschaft. Zürich: Füssli (Zweite, überarbeitete Auflage hrsg. von Christian Schmid-Cadalbert 1986, Aarau u. a.: Sauerländer.)

International Phonetic Association (1888 ff.): The International Phonetic Alphabet. Zuletzt überarbeitet 2018. https://linguistics.ucla.edu/people/keating/IPA/IPA_Kiel_2018_full.pdf [Zugriff am 04.09.2019]

Muettersproch-Gsellschaft e. V. (1998): E lockeri Hilf wie me-n-e guets Alemannisch cha/ka schriibe/schriiwe. Freiburg i. Br.

(erstmal veröffentlicht in: Alemannisch dunkt üs guet, Heft 1-2/1982)

Pflaum, Stefan (o.J.): Zu Wort und Schrift: Widder mol ebbs zu de Schriibi. Online-Publikation. <https://www.alemannisch.de/eip/pages/pflaum-ebbs-zu-de-schriibi.php> [Zugriff am 09.08.2019]

Post, Rudolf & Scheer-Nahor, Friedel (2018): Alemannisches Wörterbuch. Erweiterte und aktualisierte Neuauflage. Freiburg i. Br.: Rombach (Schriftenreihe der Badischen Heimat, Band 2). Sauer, Walter & Post, Rudolf (2003): Wie schreibe ich Mundart? Ein Leitfaden für Mundartautoren. Neckarsteinach: Edition Tintenfaß.

Streck, Tobias (2019): Alemannisch in Deutschland. In: Herrgen, Joachim / Schmidt, Jürgen Erich (Hrsg.): Sprache und Raum. Ein internationales Handbuch der Sprachvariation. Band 4: Deutsch. Unter Mitarbeit von Hanna Fischer und Brigitte Ganswindt. Berlin/Boston: De Gruyter Mouton (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 30.4), 206–245.

Streck, Tobias & Auer, Peter (2012): Das raumbildende Signal in der Spontansprache. Dialektometrische Untersuchungen zum Alemannischen in Deutschland. In: Zeitschrift für Dialektologie und Linguistik 79/2, 149–188. (auch online verfügbar unter <https://www.jstor.org/stable/24547795>)

Teuchert, Hermann (1924/25): Lautschrift des Teuthonista. In: Teuthonista. Zeitschrift für deutsche Dialektforschung und Sprachgeschichte, Jahrgang 1/Heft 1, 5.

Anmerkungen:

¹ Die Begriffe *Hochdeutsch*, *Schriftdeutsch* und *Schriftsprache* werden hier anstelle der im Alltag wenig gebräuchlichen linguistischen Termini *Standarddeutsch* und *Standardsprache* verwendet.

² Die im westlichen Baden verbreiteten Formen mit langem Vokal (wie im Neuhochdeutschen) sind dann entsprechend als *hool'*, *hollen'*, *laad'*, *laden'*, *saag'*, *sagen'* usw. wiederzugeben; vgl. den folgenden Abschnitt.

³ Anstelle von *ie* könnte man auch *iä* oder *ië* schreiben, wie dies beispielsweise im *Alemannischen Wörterbuch* (Post & Scheer-Nahor 2018) gemacht wird. Als Pendant zu *ue* halte ich die Schreibung *ie* allerdings für stimmiger.

⁴ Die Bezeichnung *öffener Vokal* bezieht sich darauf, dass der Mund bei der Aussprache eines solchen Vokals relativ weit geöffnet ist. Insbesondere in den Dialekten der südlichen Oberrebene kommt außerdem noch ein **überoffener Vokal** vor. Es handelt sich um einen überoffenen *e*-Laut, der wie ein „helleres“ *a* klingt und in diesen Dialekten in Wörtern wie *Feld*, *Wetter* und *Speck* gesprochen wird. Baur (1987: 71) empfiehlt, diesen Laut als *ʔ* wiederzugeben.

⁵ Das offene *e* als *ä* zu schreiben ist vielleicht vorteilhafter als die Schreibung *è* – allerdings wird dadurch natürlich die konsequente Markierung der offenen Vokale mittels Gravis durchbrochen.

⁶ Während man das *e* einfach nur tippen und anschließend hochstellen muss, kann das *ʔ* nur als Sonderzeichen eingefügt werden. Wenn man ohnehin ein Sonderzeichen einfügen muss, dann sollte man anstelle des *ʔ* besser gleich das *ə* (Schwa) verwenden, was meines Erachtens auch schöner aussieht als ein durchgestrichener Buchstabe.

⁷ Dem *-ng-* der Schrift entspricht in den meisten Fällen nur ein Laut, der sogenannte velare (=am hinteren Gaumen gebildete) Nasallaut, der in wissenschaftlichen Transkriptionen als *ŋ* dargestellt wird. Es gibt jedoch auch Wörter, bei denen *ng*

tatsächlich als ein *n* und ein *g* gesprochen wird, wie z. B. hochdeutsch *ungern*, *unglücklich*, *Ungeziefer* etc. Wenn solche Fälle bei der lautgetreuen Verschriftlichung von Dialektwörtern auftreten, kann man sich einfach damit behelfen, zwischen dem *n* und dem *g* einen Trennstrich einzufügen, um die Aussprache zu verdeutlichen: *un-gern* usw.

⁸ Hier weichen meine Empfehlungen von der Darstellung in Baur (1987) ab, wo *x* (und übrigens auch *z*; siehe dazu unten) wie in der hochdeutschen Schrift verwendet wird.

⁹ Diese sogenannten Verschluss-Reibelaute (vgl. unten Tabelle 1) stellen phonetisch betrachtet eine enge Verbindung aus einem Verschlusslaut und einem darauf folgenden Reibelaut dar.

¹⁰ Die weiter oben als besonderer Fall erwähnte Doppelschreibung von Konsonanten, wenn diese auch tatsächlich als Doppellaut bzw. langer, geschärfter Laut gesprochen werden, ist in Tabelle 1 nicht gesondert aufgeführt. Behauchte Verschlusslaute (siehe Tabelle 1) werden von einem deutlich wahrnehmbaren Hauchgeräusch begleitet bzw. gefolgt, d. h. also, dass der Hauchlaut *h* nahezu direkt mitproduziert wird.

¹¹ Ein Sonderfall ist der in Anmerkung 4 kurz erwähnte überoffene *e*-Laut, der wie ein „helleres“ *a* klingt und besonders in Dialekten am südlichen Oberrhein in Wörtern wie *Feld*, *Wetter* und *Speck* vorkommt. Man kann diesen Vokal als *à* (mit Gravis-Akzent) schreiben. Da Missverständnisse sehr selten sind, genügt jedoch in der Regel auch einfaches *a*.

¹² Aus Gründen, die weiter unten noch erwähnt werden, sollte der Zwiellaut besser nicht als *ie* geschrieben werden. Statt *iä* kann allerdings auch *ië* verwendet werden, wobei die erste Möglichkeit einfacher zu schreiben ist, weil beide Zeichen über die normale Computertastatur eingetippt werden können.

¹³ Klingt dieser Zwiellaut eher wie in hochdeutsch *Baum*, dann kann natürlich auch *au* geschrieben werden.

¹⁴ Alternativ kann auch *äa* (*Wäag* etc.) geschrieben werden. Allerdings bleibt man mit der *ea*-Schreibung zumindest ein bisschen näher am gewohnten Schriftbild der entsprechenden Wörter, was möglicherweise das Lesen ein wenig erleichtert.

¹⁵ Wer besonders konsequent sein möchte, kann natürlich auch in solchen Fällen die Vokale doppelt schreiben. Das Lesen des Textes erleichtert das allerdings wohl nicht.

¹⁶ Die Schreibung mit *ff* sagt keinesfalls mehr aus, denn wenn der Vokal in diesen Mundartformen lang wäre, dann würde man ja den Vokalbuchstaben doppelt schreiben.

¹⁷ Wird bei dieser Endsilbe der Konsonant oder der Vokal allerdings gar nicht ausgesprochen, dann sollte man ihn selbstverständlich auch nicht schreiben (wie z. B. bei *Essi*, *Essig* oder *zwanzg*/*zwanzg*, *zwanzig*).

¹⁸ Wie oben in Abschnitt 4.2 bereits kurz erwähnt wurde, wird auch der „Ausfall“ des Zentralvokals in der Vorsilbe *gen-* durch ein Apostroph markiert. Man schreibt also einfach *gshriuwe* ‚geschrieben‘, *gwist* ‚gewusst‘, *gsait* ‚gesagt‘ usw.

¹⁹ Wer in solchen Fällen das Gefühl hat, dass durch die Getrennschreibung beim Lesen ein anderer Rhythmus entsteht, der kann ggf. auch als Kompromisslösung die Schreibung mit Bindestrich wählen (*ich mues-em schriuwe* u. ä.), die auch bei Zusammenziehungen von Wörtern in Verbindung mit einem Übergangslaut (wie in *ha-n-i* ‚habe ich‘) gebräuchlich ist.

²⁰ https://als.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Wi%C3%A4_schriib_ich_guets_Alemannisch%3F [Zugriff am 09.08.2019]

²¹ Hierzu ist auch der Artikel „Dieth-Schryybig“ in der Alemannischen Wikipedia zu empfehlen: <https://als.wikipedia.org/wiki/Dieth-Schreibung> [Zugriff am 09.08.2019]

Qualifizierter Nachwuchs für das Handwerk – eine Herausforderung im 21. Jahrhundert

Petra Schlitt-Kuhnt

Einführung

Das Handwerk im Jahre 2019 hat goldenen Boden. Ein Konjunkturoptimismus folgt dem nächsten, nahezu unabhängig vom Gewerk. Die größten Herausforderungen neben der Digitalisierung, die alle Bereiche des Lebens und massiv auch die Handwerksunternehmen der Region beeinflusst, sind heute die in vielen Branchen knapp werdenden Fachkräfte. Die Situation hat mittlerweile ein solches Ausmaß angenommen, dass einige Betriebe bereits Aufträge ablehnen, weil sie nicht über genügend Personal verfügen. Es fehlt an Auszubildenden, Gesellen und Meistern. Deutschlandweit meldet die Agentur für Arbeit rund 150.000 unbesetzte Stellen im Handwerk, die Dunkelziffer wird weit höher geschätzt (auf 250.000 laut Zentralverband des deutschen Handwerks, ZDH)

<https://www.zdh.de/fachbereiche/bildung/fachkraeftesicherung/>.¹

Die Suche nach Personal wird auch für immer mehr Betriebe der Region und der Stadt Villingen-Schwenningen zur Sisyphusarbeit. In den letzten Jahren beispielsweise ist die Zahl der Auszubildenden im VS-Handwerk von 145 auf 97 gesunken. Knapper werdendes Personal bedeutet auch, dass in einigen Gewerken Kunden immer längere Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.

Wie kam es zu dieser Situation und welche Lösungsansätze hat das Handwerk parat? Wie haben sich Handwerksbetriebe in der Vergangenheit mithilfe einer starken Selbstorganisation durch ähnliche Situationen manövriert? Und was ist daraus zu lernen?

I Sinkende Ausbildungszahlen und Gründe

1980 gab es im Bezirk der Handwerkskammer Konstanz, der die Landkreise Konstanz, Waldshut, Tuttlingen, Rottweil sowie den

Schwarzwald-Baar-Kreis umfasst, noch rund 9.500 Auszubildende in den handwerklichen Betrieben. Heute hat sich diese Zahl nahezu halbiert, mit der Folge, dass in Zukunft nicht nur Facharbeiter in den rund 12.500 Unternehmen fehlen werden, sondern auch potenzielle Betriebsübernehmer. Nach Schätzungen der Handwerkskammer Konstanz stehen in den nächsten zehn Jahren ca. 3.000 Handwerksunternehmen im Kammerbezirk zur Übergabe bereit. Nachfolger werden hingegen rarer. Schon heute zeigt etwa die Online-Betriebsbörse der Handwerkskammer ein deutliches Überangebot an Übergebern im Vergleich zu Übernehmern <<<https://www.hwk-konstanz.de/betriebsboerse>>>. ² Dieses Ungleichgewicht wird sich weiter zuspitzen, wenn die Ausbildungszahlen nicht deutlich ansteigen. Die Gründe für den zahlenmäßigen Abwärtstrend in der handwerklichen Ausbildung der letzten Jahre sind vielschichtig:

I.1 Demographischer Wandel und Trend zur höheren Schulbildung

Die duale Ausbildung im Handwerk hat gleich mit zweierlei Entwicklungen zu kämpfen. Zum einen führt der demografische Wandel und die damit einhergehende Überalterung der Gesellschaft dazu, dass die Schulabgängerzahlen sinken und damit auch der Anteil potenzieller Auszubildende für das Handwerk <<https://www.statistik-bw.de/BildungKultur/SchulenAllgem/>>. ³ Zwar wurde der Abwärtstrend durch die massiven Einwanderungswellen vor allem jüngerer Menschen der letzten Jahre etwas aufgehalten. Es ist aber nicht abzusehen, inwiefern diese Verjüngung auch nachhaltig Folgen auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben wird. Letztlich ist hierfür eine erfolgreiche Integration der Zuwanderer in den hiesigen Arbeitsmarkt erforderlich.

Zweitens machen immer mehr Jugendliche Abitur oder Fachabitur und planen im Anschluss ein Studium. Allein in Baden-Württemberg lag 2019 der Anteil der Grundschüler, die nach der vierten Klasse auf ein Gymnasium gewechselt sind, bei über 43 Prozent <<https://www.statistik-bw.de/BildungKultur/SchulenAllgem/AU_uebergaenge.jsp>>⁴ Die Folge des oft als Akademisierungswahn bezeichneten Trends: Die Ausbildungsplätze bleiben vielerorts unbesetzt.

I.2 Auswirkungen der Handwerksnovelle von 2004

Bis Ende des Jahres 2019 will die Bundesregierung in einigen Handwerksgewerken die Meisterpflicht als Voraussetzung zur Selbständigkeit wiedereinführen und damit eine Fehlentwicklung rückgängig machen, die auch die Ausbildungsleistung im Handwerk beeinflusst hat. Mit der Handwerksnovelle 2004 wurden 41 Gewerke von der Meisterpflicht befreit, um Gründungen zu vereinfachen und den angespannten Arbeitsmarkt zu entlasten. Tatsächlich kam es in den letzten 15 Jahren in manchen zulassungsfreien Gewerken zu einem wahren Gründungsboom. Allein im Fliesenlegerhandwerk stieg die Zahl der Betriebe in den fünf Landkreisen des Kammerbezirks Konstanz von 202 im Jahre 2004 auf heute 635. Der Arbeitseffekt blieb allerdings aus. Die Neugründungen bestehen in vielen Fällen aus Ein-Mann-Betrieben, die sich oft nicht lange am Markt halten, nicht ausbilden, keine Sozialversicherung zahlen und häufig nicht die gleiche Qualität bieten wie Meisterbetriebe. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Handwerksnovelle folgendes erreicht hat: Mehr Betriebe, aber weniger Ausbildung und damit auch eine sinkende Zahl an Fachkräften, die qualitativ hochwertig ihr Handwerk ausüben.

I.3 Arbeitgeberattraktivität des Handwerks

Gerade im Schwarzwald-Baar-Kreis hat das Handwerk starke Konkurrenz durch namhafte mittelständische Industrieunternehmen, die vielfach im Metallbereich bzw. in der Zuliefererindustrie tätig sind. Hier tut sich das Handwerk

oft schwer, seine Stärken auszuspielen. Dabei hat das Handwerk einiges zu bieten, das auch den Wünschen junger Menschen entgegenkommt: Auszubildende in kleineren Handwerksunternehmen können schon früh an ganzheitlichen Projekten mitarbeiten, die Tätigkeiten sind abwechslungsreich, weil man immer wieder flexibel an neue Kundenaufträge herangehen muss. Ein wichtiger Punkt allerdings ist die oft geringere Bezahlung in der handwerklichen Ausbildung: Laut FORSA-Studie von 2017 werden die Einschätzung der Verdienstmöglichkeiten sowie die Arbeitsbedingungen immer mehr zum entscheidenden Faktor für die Einstufung des Handwerks als unattraktiver (Ausbildungs-) Beruf. Nicht einmal ein Drittel der Befragten – egal welcher Altersgruppe – ist der Auffassung, dass die Ausbildungsvergütungen angemessen sind <siehe ZDH: Ergebnisse der Werbewirksamkeitsmessung der Imagekampagne des deutschen Handwerks, Oktober 2017>.⁵ Beim Thema Bezahlung liegt die Industrie deutlich vorne.

II Entwicklung der handwerklichen Ausbildung im letzten Jahrhundert

Das Handwerk hat in den letzten 150 Jahren viele Höhen und Tiefen erlebt, konnte sich aber letztlich stets auf seine Stärken berufen und ist bis heute ein wichtiger Stabilitätsfaktor.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert allerdings hatte das Handwerk schwer zu kämpfen, seinen alten Status zu erhalten. Die Industrialisierung und die in der Folge erlassene Gewerbefreiheit hatte einen großen Anteil daran. Einerseits wechselten viele Handwerker in die Fabriken ab, wo günstigere, maschinell produzierte Waren viele einst handwerklich gefertigten Produkte ablösten. Andererseits konnten sich Bürger durch die Gewerbefreiheit ohne jegliche formelle Qualifizierung oder Befähigungsnachweis als Handwerker niederlassen.

Innungen waren kaum mehr von Bedeutung, das Lehrlingswesen unorganisiert. Das Handwerk schien dem Niedergang geweiht. Das änderte sich mit der Novellierung der Reichsgewerbeordnung, der damit verbundenen Stärkung

der Innungen und der im Jahr 1900 Gründung von 71 Handwerkskammern im Deutschen Reich, darunter die Handwerkskammer Konstanz, die heute für das Handwerk in den Landkreisen Schwarzwald-Baar, Rottweil, Tuttlingen, Waldshut und Konstanz zuständig ist. Als „Die Wirtschaftsmacht von nebenan“ umfasst das hiesige Handwerk mittlerweile annähernd 12.500 Unternehmen mit rund 70.000 Beschäftigten und 4.600 Auszubildenden. Dabei ist die Zahl der Auszubildenden im Laufe des Jahrhunderts bis Mitte der 80er Jahre stetig angestiegen (1991: 1905, Höhepunkt 1984: 9.497, Handwerkskammer Konstanz, Auszug aus der Handwerksrolle).

II.1 Eine Selbstverwaltung entsteht und sichert Qualitätsstandards

Mit der Gründung der Handwerkskammer erlebte das Handwerk einen Aufschwung, der nicht zuletzt auch damit zu tun hatte, dass verlässliche Qualitätsstandards gesetzt wurden, die das Handwerk wieder zur ernstzunehmenden Wirtschaftssparte machte. „Gemeinsinn und Selbsthilfe“ wurde bei der Gründung der Handwerkskammer Konstanz durch Landeskommissär Freiherr von Bodman angemahnt <<Burchardt, Lothar, Gründung – Kriege – Wirtschaftswunder. In: Tage eines Jahrhunderts, Handwerkskammer Konstanz, Konstanz 1999, Seite 13>>⁶

Die Handwerkskammer bekam ein klares Aufgabenprofil gerade auch in Bezug auf die Ausbildung von Fachkräften. Hier ein Auszug:

„Der Handwerkskammer obliegt insbesondere:

1. die nähere Regelung des Lehrlingswesens;
2. die Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften zu überwachen;
3. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des Handwerks durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten über Fragen zu unterstützen, welche die Verhältnisse des Handwerks berühren;
4. die Bildung von Prüfungsausschüssen zur Abnahme der Gesellenprüfung.
(...)“

Die Handwerkskammer soll in allen wichtigen, die Gesamtinteressen des Handwerkes oder die

Interessen einzelner Zweige desselben berührenden Angelegenheiten gehört werden.

Sie ist befugt, Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge zu treffen, sowie Fachschulen zu errichten und zu unterstützen.“ <<https://www.zdh.de/daten-fakten/das-handwerk/geschichte-des-handwerks>>⁷ Die in der Folge erlassenen Standards für die Lehrlingsausbildung und -prüfung waren die Voraussetzung für das bis heute erfolgreiche duale Ausbildungssystem im Handwerk.

Mit der dritten Handwerksnovelle wurde außerdem eingeführt, dass nur noch Handwerker berechtigt waren, den Meistertitel zu tragen, wenn zuvor eine Meisterprüfung bestanden wurde. Der Meistertitel war Voraussetzung für die Lehrlingsausbildung. <<Burchardt, Lothar, Gründung – Kriege – Wirtschaftswunder. In: Tage eines Jahrhunderts, Handwerkskammer Konstanz, Konstanz 1999, Seite 80>>⁸

Die Standards für Meisterprüfungen durch die Prüfungsausschüsse wurden stetig angehoben, so dass schließlich eine intensive Vorbereitung notwendig wurde: die ersten Meistervorbereitungskurse der Handwerkskammer entstanden bereits 1903, ausgebaut wurden diese mit steigender Zahl der Meisteranwärter später in den Bildungshäusern der Kammer.

II.2 Externe Lehrwerkstätten zur Qualitätssicherung entstehen

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stieg die Zahl der Auszubildenden im Handwerk stetig an. Waren es anfangs noch rund 2.000 Lehrlinge, die in den Betrieben des Kammerbezirks ausgebildet wurden, so wurde 20 Jahre später schon von rund 4.500 berichtet – und das, obwohl der Kammerbezirk sich verkleinert hatte. Um die Ausbilder in den Handwerksbetrieben zu entlasten, die ja auch Kundenwünsche abuarbeiten hatten, und um die Qualität in der Ausbildung zu steigern, begann der Staat in den 20er Jahren, externe Lehrwerkstätten bei den Handwerkskammern zu fördern. In Konstanz wurde schon früh eine solche Lehrwerkstatt für metallbearbeitende Berufe

eröffnet. In den 60er Jahren folgten weitere Lehrwerkstätten in einem Anbau der die Handwerkskammer, beispielsweise für Elektroberufe und für die Kunststoffbearbeitung. Bald reichte dieser Anbau aber nicht mehr aus. In Waldshut und Konstanz entstanden 1972 eigene Berufsbildungszentren. Es folgte 1977 ein Bau in Donaueschingen, 1978 in Tuttlingen (gemeinsam mit der IHK), 1980 in Villingen und 1986 in Rottweil.

Diese Aus- und Weiterbildungszentren machen die Handwerkskammer Konstanz bis heute zu einem der wichtigsten Bildungsträger technisch-gewerblicher Aus- und Weiterbildung im Südwesten Deutschlands. Mittlerweile wurde das in die Jahre gekommene Gebäude in Konstanz durch einen Neubau in Singen ersetzt, Donaueschingen zu dessen Gunsten aufgegeben. Die Akademie des Handwerks in Villingen ist heute eine Bildungsakademie, die sich ausschließlich um die kaufmännische Aufstiegsqualifizierung kümmert.

II.3 Konkurrerierende Industrie und Wirtschaftswunder führen zu Lehrlingsknappheit

Aufgrund der Weltwirtschaftskrise und während des zweiten Weltkrieges sanken die Lehrlingszahlen im Handwerk zunächst, denn viele wanderten in die besser zahlende Rüstungsindustrie ab. Nach dem Krieg ging es im Handwerk wieder bergauf. Die Betriebsumsätze stiegen stetig und der sprichwörtliche goldene Boden des Handwerks wurde vielfach Realität. 5.700 Lehrlinge wurden Anfang der 50er Jahre in den Unternehmen der Handwerkskammer Konstanz ausgebildet. Aufgrund der hohen Nachfrage nach handwerklichen Dienstleistungen und Produkten war das aber nicht ausreichend, es fehlte schon bald überall an Fachkräften und Lehrlingen. „In vielen Gewerben konnten gegen Ende der 50er Jahre zwei Drittel, in manchen drei Viertel der Lehrstellen nicht besetzt werden.“ <Burchardt, Lothar, Gründung – Kriege – Wirtschaftswunder. In: Tage eines Jahrhunderts, Handwerkskammer Konstanz, Konstanz 1999, Seite 63>.⁹ Da vom Aufschwung in den 50er und 60er Jahren in erster Linie die schnell wachsende Indus-

trie profitierte, die einen enormen Fachkräftebedarf hatte und gut zahlte, spitzte sich die Lage im Handwerk weiter zu.

II.4 Strukturwandel erreicht das Handwerk in der Region

Auch in der Stadt Villingen und dem heutigen Schwenningen, damals noch Dorf in Württemberg, erlebte das Handwerk und die handwerkliche Ausbildung mit der Etablierung der Kammer und Stärkung der Innungen sowie später durch den allgemein wachsenden Wohlstand mit gesteigerter Binnennachfrage einen Aufschwung. In den 60er Jahren kamen im Handwerk immer mehr Maschinen zum Einsatz, der Strukturwandel war in vollem Gange. Berufe veränderten sich komplett, einige verschwanden, neue entwickelten sich. Die erstarkende Uhrenindustrie führte einerseits dazu, dass Handwerker abwanderten. Gleichzeitig aber etablierten sich durch die starke Uhrenindustrie und deren Magnetwirkung neue Berufsgruppen wie beispielsweise im Bausektor, bei handwerklichen Zulieferern im Metallbereich, im Nahrungsmittelhandwerk und im Reparaturgewerbe <<Kottmann, Inge / Schulze, Ute, Das Handwerk in den Kreisstädten. In: Tage eines Jahrhunderts, Handwerkskammer Konstanz, Konstanz 1999, Seite 210f.>>.¹⁰ Die Entwicklungen zeigen sich sehr deutlich anhand der folgenden Betriebszahlen in den unterschiedlichen Gewerken.

Handwerksbetriebe in der Stadt Villingen im Jahr 1900:

104 Uhrmacher, 64 Schreiner, 22 Bäcker, 21 Schlosser, 20 Maler, 16 Metzger, 14 Musikschrankmacher, 13 Zimmerer, 12 Schmiede, 9 Maurer, 8 Glaser, 8 Gießer, 7 Steinhauer, 6 Buchbinder, 5 Pflästerer, 5 Stattler, 3 Gipser, 1 Installateur, 1 Blechner, 1 Seiler, 1 Restaurateur.

Heute gibt es in der Stadt rund 1.000 selbständige Handwerksbetriebe (ohne Filialen), darunter:

99 Friseure, 56 Kraftfahrzeugtechniker, 44 Maler und Lackierer, 43 Elektrotechniker, 31 Installateur- und Heizungsbauer, 23 Maurer und

Betonbauer, 20 Schreiner, 17 Feinwerkmechaniker, 15 Augenoptiker, 14 Metallbauer, 13 Zimmerer, 13 Metzger, 12 Konditoren, 11 Stuckateure,

10 Zahntechniker, 10 Dachdecker, 7 Bäcker, 7 Schornsteinfeger u.v.m. (Handwerkskammer Rolle, Auszug aus der Handwerksrolle 2019).

Das Handwerk – stark in der Region

Das Handwerk bildet mit seinen vorwiegend kleinen und mittleren Betrieben das Kernstück der deutschen Wirtschaft. Für den Bezirk der Handwerkskammer Konstanz, der sich vom Hochrhein über den Schwarzwald und Neckar bis hin zum Bodensee erstreckt, bedeutet dies in Zahlen:

Als Arbeitgeber

In rund 12.000 Betrieben arbeiten knapp 70.000 Menschen. Das sind gut 14 Prozent aller Erwerbstätigen.

In der Ausbildung

Über 4.000 Lehrlinge erhalten im Handwerk eine qualifizierte Ausbildung. Das heißt: Rund ein Viertel aller Auszubildenden lernen im Handwerk.

Als Wirtschaftsfaktor

Das Handwerk erwirtschaftet rund 9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland.



Handwerk im Überblick 2018

	Unternehmen	Auszubildende
Landkreis Konstanz	3.419	1.148
Landkreis Schwarzwald-Baar	2.641	795
Landkreis Waldshut	2.373	1.065
Landkreis Rottweil	1.896	577
Landkreis Tuttlingen	1.960	670
Gesamt	12.289	4.255

Die Top-Ten der Gewerke

nach Anzahl der Betriebe

Beruf	2017	2018
Friseur	1.046	1.051
Kraftfahrzeugtechniker	760	769
Elektrotechniker	654	650
Installateur und Heizungsbauer	634	639
Maler und Lackierer	520	515
Schreiner	464	457
Zimmerer	423	426
Maurer und Betonbauer	380	382
Metallbauer	267	264
Feinwerkmechaniker	229	230

Die häufigsten Ausbildungsberufe

		Kfz-Mechatroniker	Elektroniker	Anlagenmechaniker	Zimmerer	Friseur	Schreiner	Maler und Lackierer	Metallbauer	Chirurgiemechaniker	FV Lebensmittel*	Feinwerkmechaniker
2017	Gesamt	616	433	396	336	291	217	148	138	137	119	102
	Männer	595	417	392	327	53	183	117	133	103	13	97
	Frauen	21	16	4	9	238	34	31	5	34	106	5
2018	Gesamt	604	430	388	313	300	218	148	134	132	112	104
	Männer	587	413	383	302	69	175	119	130	96	13	103
	Frauen	17	17	5	11	231	43	29	4	36	99	1

* Fachverkäufer im Lebensmittelhandwerk – Bäckerei, Konditorei, Fleischerei

III Maßnahmen zur Fachkräftesicherung in der Zukunft

Trotz oft zitierter Fachkräfteknappheit ist das Handwerk der Region auf einem guten Weg, auch in Zukunft als „starke Wirtschaftsmacht von nebenan“ die Nahversorgung mit seinen qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen zu sichern. Die Herausforderungen der Fachkräftesicherung sind erkannt, zahlreiche Maßnahmen von Betrieben, Handwerkskammer, aber auch von Bund und Land tragen Früchte. Nach einem stetigen Abwärtstrend haben zum Herbst 2019 1.640 junge Menschen zwischen Hochrhein, Bodensee und Schwarzwald-Baar-Heuberg eine handwerkliche Ausbildung gestartet. Das sind fast acht Prozent mehr als im Vorjahr. Im Schwarzwald-Baar-Kreis wurden 4,6 % mehr neue Lehrverträge abgeschlossen. Besonders die Bereiche Bau und Ausbau, aber beispielsweise auch das Elektrohandwerk konnten hohe Zuwächse verzeichnen. Verstärkte Anstrengungen bei der Berufsorientierung, ein klarer Imagegewinn gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen, aber auch allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen und Trends haben ihren Anteil daran.

III.1 Berufsorientierung stärken und Image verbessern

Seit der Bildungsplanreform 2016 in Baden-Württemberg kommt dem Fach Wirtschaft und der Berufsorientierung gerade auch an Gymnasien ein höherer Stellenwert zu. Davon profitiert das duale Ausbildungssystem und damit auch das Handwerk, denn allzu häufig ging es bei der Berufswahl nicht darum, wo die tatsächlichen Interessen und Stärken eines Schülers liegen, sondern welcher Bildungsweg gerade in der Peer-Group angesagt ist.

Die Handwerkskammer Konstanz führt mittlerweile mit ihrem „Team Nachwuchswerbung“ zusätzlich zahlreiche Berufsorientierungsprojekte durch, wie etwa Infotouren an Schulen oder Beratungen auf Messen und Berufsinfotagen an Schulen. Außerdem werden Bildungspatenschaften zwischen Schulen und Handwerksbetrieben gefördert, um so frühzeitige Kontakte und damit Ori-

entierung zu ermöglichen. Auszubildende informieren auf Augenhöhe als Ausbildungsbotschafter Schülerinnen und Schüler über ihre Erfahrungen in der Ausbildung. Auch in den Bildungshäusern der Kammer findet Berufsorientierung in Form von Schulpraktikumswochen statt. Während dieser Zeit können die Jugendlichen in unterschiedlichen Werkstätten und unter Anleitung von Lehrmeistern erste praktische Erfahrungen sammeln.

Parallel zu diesen regionalen Bemühungen hat das Handwerk bereits im Jahr 2009 bundesweit eine großangelegte Imagekampagne gestartet, um junge Menschen das Handwerk näherzubringen, dass heute nur noch wenig zu tun hat mit „Meister Eder und Co.“

III.2 Qualitätsstandards setzen: Das VORAUS-Zertifikat der Handwerkskammer Konstanz

Seit 2017 verleiht die Handwerkskammer an Betriebe, die in der Ausbildung vorbildlich agieren und dies in einem mehrstufigen Prozess nachweisen können, das Ausbildungszertifikat VORAUS. Im Verfahren werden nicht nur Betriebsinhaber bzw. Ausbilder befragt, auch Auszubildende müssen den Betrieb und die eigene Zufriedenheit bewerten.

VORAUS ist als Qualitätssiegel gerade in Zeiten, in denen sich der Konkurrenzkampf um die besten Köpfe zuspitzt, ein gutes Marketinginstrument bei der Nachwuchsgewinnung. Und tatsächlich zeigt sich schon jetzt der Erfolg: Kaum einer der mittlerweile 160 VORAUS-zertifizierten Betriebe hat Probleme, ausreichend Bewerber auf freie Ausbildungsplätze zu finden, so eine erste Stichprobe der Projektleiterin.

Gute Betriebe ziehen gute Schülerinnen und Schüler an – dieser Schlüsselsatz soll möglichst viele weitere Unternehmen dazu motivieren, an der Ausbildungsqualität zu arbeiten und sich diese schließlich durch das VORAUS-Zertifikat bestätigen zu lassen. Bereits heute sind 14 Prozent aller Auszubildenden im Handwerk Abiturienten. Mit einer insgesamt wachsenden Zahl an Gymnasiasten wird das Handwerk seinen Fachkräftebedarf noch stärker aus dieser Gruppe ziehen – und muss hierfür mit Pluspunkten werben.

III.3 Migranten im Handwerk integrieren

Das Handwerk der Region ist überproportional aktiv, wenn es darum geht, junge Migranten und Geflüchtete durch Ausbildung zu integrieren. Mittlerweile ist der Anteil der Lehrvertragsabschlüsse mit Geflüchteten gestiegen und liegt bei 7,4 Prozent. Insgesamt sind derzeit rund 450 Flüchtlinge im Kammerbezirk in einer handwerklichen Ausbildung, davon rund ein Fünftel im Schwarzwald-Baar-Kreis. Während die Ausbildung praktisch meist gut funktioniert, stellt die Berufsschule die Auszubildenden allerdings häufig vor große Herausforderungen. Mit großem Erfolg hat die Handwerkskammer daher im letzten Jahr das Projekt „Grundlagenunterricht für Geflüchtete“ gestartet. Über 65 Personen wurde an drei Standorten Grundlagenwissen vermittelt mit dem Ziel, dem Berufsschulunterricht besser folgen zu können und von ausbildungsbegleitenden Hilfen bestmöglich zu profitieren. Die Maßnahme wird mittlerweile vom Land gefördert und geht 2019 in die zweite Runde.

III.4 Zukunftsinitiative 2025 zur Fachkräftesicherung

Nicht nur die Fachkräftesicherung ist für die Handwerksbetriebe eine der größten Herausforderungen der Zukunft. Auch wachsende Anforderungen von Kunden, neue digitale Techniken und rechtliche Vorgaben machen vielen Betrieben zu schaffen. Gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau hat das Handwerk in Baden-Württemberg daher die Zukunftsinitiative „Handwerk 2025“ gestartet. Sie soll Betriebe bei den Themen Personalentwicklung, strategische Ausrichtung, neue Geschäftsmodelle und Digitalisierung unterstützen und fit für die Zukunft machen. In allen Handwerkskammern wurde beispielsweise im Rahmen von „Handwerk 2025“ eine Personalberaterstelle geför-

dert, die individuell auf die Fachkräftesituation der Handwerksunternehmen eingehen und beraten kann. Gleichzeitig sollen Betriebe dabei begleitet werden, sich strategisch so aufzustellen, dass sie den Anforderungen der Zukunft gerecht werden. Hier werden unter anderem auch die Chancen der Digitalisierung in der Produktion, zur Optimierung der Abläufe im Betrieb oder auch in der Bürokommunikation aufgezeigt.

FAZIT:

Sinkende Schülerzahlen, längere Schulkarrieren und Studienwunsch, Konkurrenz durch die Industrie, eine extrem gute Auftragslage in vielen Gewerken - all diese Aspekte bergen die Gefahr, dass dem Handwerk nachhaltig die Fachkräfte ausgehen. Doch die Geschichte zeigt, dass die Wirtschaftsbranche keinesfalls zum ersten Mal von derlei Entwicklungen betroffen ist. Die verschiedenen Phasen der Industrialisierung und diverse wirtschaftliche Aufschwünge der letzten Jahrzehnte haben vom Handwerk schon häufiger ein besonderes Maß an Kreativität und Anstrengungen gefordert, um die Qualität durch gut ausgebildete Fachkräfte zu halten und damit die eigene Zukunft nachhaltig zu sichern.

Wichtige Bausteine waren und sind bis heute klare gesetzliche Rahmenbedingungen und die Arbeit der Prüfungsausschüsse im Rahmen der Selbstverwaltung des Handwerks, Anreize zur Steigerung der Ausbildungsqualität in den Betrieben wie beispielsweise das VORAUS-Zertifikat der Handwerkskammer Konstanz, eine begleitende Personalberatung der Unternehmen durch Experten der Handwerkskammer, an die Erfordernisse der Wirtschaft angepasste Weiterbildungen in den Bildungshäusern der Handwerkskammer sowie eine maßgeschneiderte Berufsorientierung. Die Qualität der Fachkräfte bleibt der Schlüssel zum Erfolg des Handwerks auch morgen und übermorgen.

Textilindustrie in Villingen

Edgar H. Tritschler

Vom Handwerk und industriellen Frühformen bis zur Villingen Seidenweberei

Die wichtigsten Weichen für die prosperierende Industrie im deutschen Südwesten wurden Mitte des 19. Jahrhunderts gestellt. Im Vergleich zu Württemberg lag das Großherzogtum am Oberrhein beim Übergang von der Manufaktur zur Fabrik eine Nasenspitze vorn. Etwa bei der Textilindustrie: Die erste deutsche mechanische Baumwollspinnerei entstand 1809 in St. Blasien im Schwarzwald. Die entscheidenden Schritte im Prozess der industriellen Revolution gelangen durch den Import von Maschinen (Dampfkraft, mechanische Webstühle) aus England, dem „Mutterland der Industrialisierung“, unter privatwirtschaftlichen kapitalistischen Bedingungen. Die Textilindustrie kam bald auch im Wiesental auf volle Touren. Das Schwarzwaldtal zwischen Lörrach und Todtnau war neben dem Ruhrgebiet eine der ersten großen Industrieregionen. 1850 liefen in Baden 110, in Württemberg 52 Textilfabriken. Die Nähe zur Schweiz war von Vorteil, viele Investoren Südbadens stammten aus der Eidgenossenschaft.

1 Textilwirtschaftliche Vorgeschichte

Neben der Leinweberei „... tritt uns das... eigentlich bürgerliche Textilgewerbe der Tucherei und Wollenweberei... in den einzelnen Orten unserer Landschaft... entgegen. Die beiden durch Technik und soziale Verfassung (Zünfte) verschiedenen Zweige haben sich in ihren Existenzbedingungen wenig unterstützt, was ihre Entwicklungsmöglichkeit und Machtposition beeinträchtigte. In Konstanz war die Wollenweberei nur sehr schwach entwickelt, in Freiburg und Villingen dagegen dominiert sie, und in der Markgrafschaft Baden, wo man sich den Leinwebern gegenüber damit begnügte, ihre Vertragsverhältnisse mit den Bauern zu regeln, wandte man vom Schlusse des 15. Jahrhunderts

an den größten Eifer darauf, ein leistungsfähiges Wollenexportgewerbe zu erzielen.“¹

Auch „... in Villingen wurde die Wollenweberei besonders durch die große Schafhaltung der Stadt begünstigt, und es wurde... im Laufe des 14. Jahrhunderts immer mehr Ackerflur zur Weide angelegt. Schafzucht und Wollenweberei erscheinen schon im Jahre 1310 als die hauptsächlichen Erwerbszweige der Bürger. In dem Vertrage, den damals die Stadt mit Graf Egeno über die projektierte Schwarzwaldstraße schloss... wurde vor allem ein besonderer Tarif für Karren und Saumrosse mit Gewand und für die Schafe, die zur Schur und Sommerweide nach Villingen verkauft wurden, verabredet.“² Mit der Entscheidung des Rates der Stadt, den alten Saumpfad über den Schwarzwald nach Freiburg zu einer Verkehrsstraße auszubauen und ihn auch nach Osten bis nach Tuttlingen an die Donau weiterzuführen, gewann der Anschluß an den Fernverkehr des Rheintals für Villingen [und für den Textilhandel, d. Verf.] besondere Bedeutung.“³

Bereits 1331 werden in den Quellen Zunftmeister genannt und Villingen besitzt damit nach Gothein das älteste Zunftwesen in Baden. Die Wollweberei brachte Geld und Reichtum in die Stadt und es zeugt von der Bedeutung dieser Wollweberei, daß das Stadtarchiv einen solchen Reichtum an frühen Zunfturkunden hat, wie nur die viel größeren Städte Konstanz, Ulm und Straßburg.⁴ „Als dann im Jahre 1356 der Rat von Villingen dem Handwerk der Tucher, der Wollschläger und der Weber ihre Rechte bestätigte, hatten sie dieselben zwar schon von alters hergebracht, dennoch bedurften sie einer solchen Bekräftigung... Unter den drei in der Zunft vereinigten Gewerben erscheinen durchweg die Tucher an der ersten Stelle...“⁵

Die in Villingen im 18. und 19. Jahrhundert ansässigen Textilunternehmen bieten einerseits einen Einblick in die Breite des örtlichen Wirtschaftslebens und andererseits in die zeittypischen kapitalistischen Betriebs- und Lohnformen (Verlagssystem, Manufaktur⁶). „Neben der Uhrenhausindustrie gab es in Villingen 1905 noch fünf weitere Hausgewerbe, die Konfektionsschneiderei, die Strohhutfabrikation, die Leinweberei, Seidenwinderei und die Orchestrationfabrikation.“⁷ Die Existenz des nachfolgend beschriebenen Unternehmens in Villingen reicht in die Vor- bzw. Frühphase der eigentlichen Epoche der Industrialisierung zurück und steht im Kontext zu den Wirtschaftsverbindungen zur Schweiz, wie eingangs schon zu bemerken war.

1.1 Seidenfabrik Thurneysen

Mitglieder der als industrielle Aristokratie Basels geltenden Familie Thurneysen erlebten Mitte des 18. Jahrhunderts mit ihren Unternehmen einen starken wirtschaftlichen Aufschwung mit erheblichem Personalbedarf. Nachdem aus dem unmittelbaren Umfeld (Rheinregion, Grafschaften Bonndorf und Stühlingen) bereits zahlreiche Arbeitskräfte gewonnen waren, dehnten die Thurneysen ihre Personalsuche auf den österreichischen Schwarzwald aus, was in ihrem schweizer Umfeld ungen gesehen war und auch den österreichischen Grundsätzen widersprach, einem fremden Unternehmer Macht über eigenen Ressourcen einzuräumen. Die Thurneysen bedienten sich des einfachen Kunstgriffs, einen ihrer Verleger⁸ in Villingen, das sie zum Mittelpunkt ihrer Unternehmung wählten, vorzuschieben und ihn fortwährend als eigenen Fabrikhaber zeichnen zu lassen. Schon nach etwa fünf Jahren ließen sie in Villingen, Rottweil und Hohenberg und in den dazwischen liegenden fürstenbergischen Ämtern 1.500 Zentner Seidenstoff verspinnen und zeitweise waren in dieser Hausindustrie an die fünftausend Personen beschäftigt. Nirgends war die industrielle Beschäftigung rascher und wirksamer eingeführt worden als hier. Durch politische und wirtschaftliche Umstände gezwungen und unter den wach-

senden Widerständen, denen das Unternehmen von der schweizer wie auch von der schwarzwälder Seite ausgesetzt war, zogen die Thurneysen sich nach einigen Jahren wieder in ihre Baseler Heimatstadt zurück.⁹

Die Villingener Ratsprotokolle geben über die Vorgänge der unternehmerischen Tätigkeit des Unternehmens Thurneysen mit mehreren protokollarischen Einträgen Auskunft¹⁰:

1762: Johann Jacob Thurneysen von Basel beantragt die Genehmigung zum Betreiben einer Seidenspinnerei unter Vorlage der Bezahlungstarife, damit ein jeglicher Arbeiter wisset, was er zum Arbeitslohn zu beziehen hätte. Ist dem Herrn Thurneysen die Seidenspinnerei hierorts einzuführen mit dem begünstigt, daß jedoch wegen hierorts zur Heuet- und Erntezeit zu besorgender vieler Feldarbeit der über die Fabrik bestellte Faktor denjenigen Leuten, welche Feldgeschäfte zu verrichten fähig, keine Arbeit geben soll, wobei nebens in dieser Spinnereisache kein Zwang zugelassen wird [Anm. d. Verf.: Die Fabrikation der Seidenfabrik Thurneysen erfolgte in Heimarbeit (ca. 100 Familien)]. Anbei die Verfügung getroffen werden soll, daß diejenigen müßigen Leute, welche dem Bettel nachziehen, zum Spinnen angetrieben und das Betteln abgestellt werden solle.

1764 gab es mit der Seidenspinnerei des Basler Unternehmers Johann Jakob Thurneysen ein „protoindustrielles Gewerbe“.¹¹

1775: Dem Herrn Fabrikanten ist anzudeuten, daß derselbe während der Erntezeit keine Arbeit abgeben solle (Heimarbeit der Seidenfabrik). Hiergegen protestieren die Bürgerstöcher: Die hierortigen Bürgerstöcher sich vernehmen lassen, daß wenn ihnen keine Seide während der Ernte ausgefolget werden wolle, selber sich auswärts begeben und schneiden wollten. Ist resolviert, denen Zünften umbieten zu lassen, daß jene, welche während der Ernte auswärts schneiden würden, nicht mehr angenommen werden, sondern des Bürgerrechts verlustig sein sollen.

1775 beschwerte sich Fabrikant Jacob Thurneysen, daß auf seine Kosten abgerichtete (ausgebildete) Arbeiter in fremde (auswärtige) Fabriken abgeworben und Seide gestohlen würde.

Er beantragte ferner ein Privileg für seine Fabrik auf 25 Jahre. Der Rat entschied, daß die in auswärtige Fabriken entführte Arbeiter unter Verlust des Bürgerrechts zurückgerufen werden sollen. Sofern ein Arbeiter auf Betrug oder Unterschlagung von Seide betroffen werde, so solle derselbe mit Schande und Spott aus der Fabrik verjagt und zur empfindlichen Strafe gezogen werden. Der Magistrat verbindet sich durch 25 Jahre so viel in seinen Mächten steht, die Fabrik zu schützen und gegen alle Eingriffe der Auswärtigen zu handhaben, wo jedoch der Magistrat verlangt, daß zu der Mitaufsicht über die Fabrik jedesmal auch ein Bürger aufgestellt werde.

„... Ungünstig waren auch die wirtschaftlichen Verhältnisse gegen Ende des Jahrhunderts. Die Antworten auf die Fragen des Territoriaausweises von 1786 geben hier deutliche Auskunft: In Villingen sei nur eine einzige Fabrik, dem Johann Jakob Thurneysischen Hause zugehörig. Sie beschäftigt sich mit rauher Florettseide, die hier gerupft und gekämmt, im Oberhohenbergischen aber gesponnen wird. Nebst drei Angestellten erhalten durch die Fabrik 100 Familien Arbeit und Verdienst...“¹² In diesem Jahr befanden sich „... nur drei Protestanten in Stadt und Dependenz, nämlich zwei Angestellte der Thurneysischen Seidenfabrik und ein Apothekergesell.“¹³

„... Jacobsson¹⁴ ... beschreibt, wie die Fremden freundlich aufgenommen und in vielen Dingen unterstützt würden. Abgesehen von der erstaunlichen Aktualität der Vorgänge bestätigt sein Eindruck auch die für Villingen gemachte Beobachtung, daß das blühende Wollenweberhandwerk einen großen Beitrag zur Bedeutung der Stadt geleistet hat. Genau zu der Zeit, in der die vier Bände zur Textilherstellung im 18. Jh. erschienen sind [1773–1776, d. Verf.], gibt es in Villingen die ersten Zeichen eines frühkapitalistischen Unternehmertums in diesem Bereich. Aus den Ratsprotokollen der Stadt... ist ersichtlich, daß ein Fabrikant Jacob Thurneysen aus Basel die Genehmigung einer Seidenspinnerei beantragte. Aus Einträgen des Jahres 1775 geht hervor, daß er die Arbeiter in Villingen auf seine Kosten ausbildete und daß es Schwierigkeiten gab, die der

Magistrat zu schlichten hatte, weil die Arbeit für die Seidenspinnerei nur neben der Feldarbeit verrichtet werden sollte. Bürgerstöchtern, die sich beschwerten und während der Ernte auswärts schneiden wollten, sollte das Bürgerrecht aberkannt werden. Die Wortwahl spricht dafür, daß die Seide auch vor Ort verarbeitet wurde. Die Seidenfabrik Thurneysen behielt lange Zeit ihre Bedeutung in der Stadt.“¹⁵

Die Verbundenheit – oder besser die Machtstellung – des Hauses Thurneysen mit Villingen kam auch darin zum Ausdruck, dass der französische General Jourdan vor seinem Rückzug am 31. März 1799 von der Stadt noch 14.000 Gulden forderte und als diese nicht zusammengebracht werden konnten, hob er heimlicherweise sieben bemittelte Bürger als Geiseln aus und führte sie nach Straßburg ab, wo sie bis nach Erlegung des Geldes verbleiben mußten. Es waren dies: Herr Syndicus Dr. [Thaddäus] Handtmann, Herr Benedikt Ummerhofer, Apotheker und Richter, Herr Thalvogt und Richter [Barnabas] Mayer, Herr Jakob Dold, Blumenwirt [nach anderer Quelle war er Wirt „zur Flasche“, d. Verf.], Herr [Joseph] Provence, Kaufmann, Herr Adrian Wickenhauser, Hirschwirt und Anton Schertle, Metzger. Als endlich Herr Thurneysen in Basel der Stadt das Geld vorgeschossen hatte, kamen sie den 17. April hier wieder an.¹⁶ Im Zusammenhang mit der Rückzahlung des Lösegeldes an Thurneysen gab es später noch Verdruß, als der Villingener Magistrat von den Geiseln eine Beteiligung an den Kosten wünschte.“¹⁷

1.2 Tuchfabrik Dold

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war zweifellos das bedeutendste wirtschaftliche Unternehmen in der Stadt die Tuchfabrik (Wollstoffe) der Gebrüder Dold (später Dold & Maier und Dold & Schmidt).¹⁸

1851 Die Tuchfabrikanten Dold & Maier beabsichtigen, im Unterkirnacher Tal, in der Nähe des sog. Schusterhäusle, eine Wollspinnerei zu errichten.

1864 Antrag zum Neubau eines Spinnereigebäudes im Kirnachtal (heute Maria Tann).

Der Gemeinderat habe hiergegen nichts einzuwenden.

- 1872 Die Tuchfabrik Dold lieferte bisher an den badischen Staat Militärtuche. Mit dem Übergang der Militärhoheit an Preußen entfielen diese Bestellungen. Ein weiterer großer Auftraggeber, die Schweizer Armee, fällt ebenso ab, da die Schweiz im eigenen Land die Herstellung von Militär-Mantelstoffen fördert. Die Fabrikation wird daher mehr und mehr eingeschränkt und Villingen verliert allmählich ganz seine verhältnismäßig bedeutende Industrie.
- 1873 Kurz, nachdem seine Erfindung, einen Apparat zum Waschen der Garne in Strängen, zum Patent zur Veröffentlichung gelangte, starb der in Reutlingen ansässige junge Villingener J.A. Dold, ein Sohn des Tuchfabrikanten Dold, auf einer Geschäftsreise in Frankfurt.
- 1882 Die Firma Dold setzte die Tuchfabrik am „Oberen Wasser“ mit 10 PS Wasserkraft und die Spinnerei bei der Ruine Kirneck mit 12 PS Wasserkraft dem Verkauf aus. Die Spinnerei findet zunächst keinen Liebhaber und wird vorläufig zur Unterbringung der Tuchmacherei benutzt. Später wurde das Gebäude verkauft und zu einem Hotel, dem „Burghotel“ (1904) umgebaut. Heinrich Dold starb 1904.



Zum Gewerbestandort „Maria Tann“:

„... Die ursprüngliche Bausubstanz ist im südlichen, der Kirnach zu befindlichen Gebäudeteil erhalten. Sie entstammt dem ältesten im Kirnach-

tal erbauten Fabrikgebäude, nämlich der 1852 errichteten Spinnerei, der damaligen Tuchfabrik Dold und Schmidt, später Gebrüder Dold. Aus kleinen Anfängen – Heinrich Dold datiert sie in seinen 1898/1900 für seine Familie niedergelegten Aufzeichnungen auf das Frühjahr 1831 in das ehemalige Haus Nr. 429¹⁹ in der Rietstraße in Villingen [heute Nr. 3, d. Verf.] – hatte sich ein blühender Industriezweig entwickelt. Nachdem in Villingen mit der Zeit an mehreren Stellen (z.B. Oberes Wasser, Schleife) fabriziert wurde, machte man sich das Wasser der Kirnach als Energiespender und im Fertigungsprozess nutzbar. Die Tuchfabrikate wurden besonders in der Schweiz abgesetzt. Ein Teil der Uniformen des Bad. Heeres wurde aus diesem Villingen Tuch geschneidert. In den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts ging die Fabrikation so zurück, daß viele Tuchfabriken im süddeutschen Raum den Betrieb einstellten. Auch die Firma Gebrüder Dold mußte aufgeben. Die Spinnerei, in der dann auch kleinere Mengen gewebt wurden, stand als letztes Gebäude zum Verkauf. 1903 wurde es von Herrn Alois Jörger aus Heidelberg erworben und in ein Hotel umgebaut...“²⁰



1.3 Wollstrickerei Carl Otto

„Der Handelsmann und städtische Kaufhausverwalter Carl Otto errichtete 1853/54 mitten in der Krise in Räumen des ehemaligen Benediktinerklosters²¹ eine Wollstrickerei, die 1859 in Villingen und Umgebung angeblich 300 Heimarbeiter beschäftigte. Otto argumentierte sozialpolitisch mit der hohen Zahl an beschäftigungslosen Arbeitskräften. 1861 war er mit seinen

Strickwaren auf der Karlsruher Industrieausstellung vertreten, 1870 stellte er den Betrieb ein.“²² Er betätigte sich danach als Kaufmann mit dem Textilhandel und war darüber hinaus unternehmerisch weitsichtig, denn „erste Planungen für ein städtisches Elektrizitätswerk hatte 1895 in Villingen der Unternehmer Carl Otto vorgelegt, der den Strom mittels einer Dampfmaschine und mit Wasserkraft erzeugen wollte.“²³

1.4 Städtische Textil-Fabrik

In der Phase des Umbruchs vom tradierten Zunftwesens hin zur Gewerbefreiheit stießen Maßnahmen zur Beschränkung der Macht der Zünfte in der Regel auf deren Widerstand und wurden nach Möglichkeit hintertrieben. Auch deshalb förderten die staatlichen Merkantilisten die Errichtung von Manufakturen, die nicht im Zunftwesen organisiert waren. Die Ansiedlung von Gewerbetreibenden und insbesondere von Manufakturen wurde oft durch Subventionen, Steuerprivilegien und verbilligte Kredite gefördert. Die finanzielle Unterstützung durch den Staat sollte den Gewerbetreibenden über die erste Durststrecke hinweghelfen. Viele Manufakturen waren nach Wegfall der Subventionen ruiniert, weil es nicht gelungen war, die Unternehmen mit ausreichender Wirtschaftlichkeit zu etablieren. So überlebte die preußische Seidenindustrie nur so lange, wie sie staatliche Hilfen erhielt.

Die obrigkeitliche Steuerung der Gewerbetätigkeit verfolgte aber – wie im Villingener Beispiel – nicht nur wirtschaftliche Ziele, sondern sollte auch soziale bzw. pädagogische Wirkungen entfalten. Dazu lesen wir in den Ratsprotokollen: „Ein weiterer tastender und gescheiterter Versuch ist 1793 und 1794 verzeichnet, die Gründung einer städtischen Textil-Fabrik. Das Kapital für dieses Unternehmen sollte die Stiftung der Seelenjahrzeitpflege zur Verfügung stellen und als Arbeitskräfte waren die 5 – 7 Strafgefangenen, die im Hause dieser Stiftung untergebracht waren, vorgesehen ... Der sicher sehr fortschrittliche Seelenjahrzeitpfleger, Zunftmeister Eiselin, schlug vor, dieses Geld [der Stiftung der Seelenjahrzeitpflege] besser anzulegen und mit

einem Teil dieses Vermögens eine Textilfabrik zu gründen. Selbstverständlich protestierte das Wollenweberhandwerk gegen dieses Vorhaben beim Rat, da diese ihnen schädlich sei. Der Rat aber stimmte zu und begründete ausführlich seine Entscheidung unter Schilderung der wirtschaftlichen Zustände:

„Ist Villingen in einer solch üblen Lage, daß auf allen Seiten nichts als Teuerung, Elend und Not sich versehen läßt. Dann der allzu große Armenhaufen, der mangelnde Verdienst für Lebensunterhalt und der schlechte Umtrieb der Professionisten, geben uns lebendige Beispiele genug, vermögen derer ...

Wenn man die jetzigen Zeiten zu rathe ziehen mag, wo sattsam bekannter dingen jede Gattung der Waren im Preis um noch so viel gegen ehemalige Zeiten gestiegen sind, so wird nur ein eigennütziges Tuch- und Zeugmacherhandwerk, nicht aber unbefangene Leute behaupten, daß die dahiesig errichtete geringfügige Wollenfabrik eine Ursache der Wollen-Verteuerung sein werde. Wenn über das der provisorische Verwalter Eiselin seiner Äußerung gemäß jedem Woll bedürftigen Handwerksgenossen dergleichen aus Geld der Pflugschaft um bares Geld um den gewöhnlichen Preistax abzugeben verspricht, so kann fürwahr ein ehrlicher Arbeiter diese Fabrik als keinen Brotdieb beschuldigen. Zudem ist diese Lodenfabrik nicht eine gestellte qualifizierte Fabrik, die jedem Bürger zur Nahrungsquelle dienen solle, sondern vielmehr nur ein öffentliches, für Züchtlinge errichtetes Arbeitshaus, gegen welches der brave Bürger, wenn er auch für sich keinen Nutzen hat, umso weniger mit Grund etwas haben könne, da minder schwere Verbrechen darinnen auf eine der Communität wenigstens nicht schädliche Art nach Vorschrift der allerhöchsten Gesetze durch Handarbeit ernähret werden (es gab damals 5 – 7 Strafgefangene).

Ebenso einleuchtend ist, daß nur ein Arbeiter in dieses Arbeitshaus aufgenommen werden könnte, an welchem sich der Rat jederzeit recessieren kann und daß der wirklich bestellte Josef Riegger diese Eigenschaft besitze und bisher noch immer als ein redlich und rechtschaffener Arbeiter gefunden worden, so gereicht der hierbey blickende Brotneid dem Handwerk zu keiner Ehre. Wenn man schließlich

die Eingabe des Herrn Zunftmeisters Brükers vor einem halben Jahr gegen den jetzigen vergleicht, so wird man finden, daß die letztere und vorige ganz zu wider und nichts Bewiesenes in sich enthalte, daher auch darauf nicht die mindeste Rücksicht zu nehmen. Unter Beibringung dieser Gründe ist das das Handwerk ab und zur Ruhe zu verweisen.“

Aber schon nach wenigen Monaten, am 16.4.1795, ergibt das Untersuchungsprotokoll des Schultheißen, daß die Fabrik mit Verlust arbeitet und daher geschlossen werden muß. Dem Josef Riegger ist anzubefehlen, daß er über die gesamte gefertigte Lodenware, sowie über den Vorrat an Wolle mit Zuzug einer magistratischen Kommission, eine Inventur aufzunehmen und die Berechnung in 14 Tagen ungesäumt dem Magistrat vorzulegen habe. In Zukunft aber sei mit der weiteren Wollenverarbeitung gänzlich aufzuhören und kein neues Stück mehr anzufangen. Bei der genaueren Untersuchung habe sich vollständig bewiesen, daß in Rücksicht der vorgegangenen Verarbeitung und Wollfabrikation die Pflugschaft der Seelenjahrzeit um ein Merkliches in Verlust gesetzt worden sei. Die Abrechnung ergibt, daß die Seelenjahrzeitschaffnei für die Wollfabrik ausgegeben hat:

1.672 Gulden, 43 Kreuzer

Die Versteigerung erbrachte noch
einen Wert von 1.100 Gulden, 32 Kreuzer

Mithin ein
Verlust von 572 Gulden, 11 Kreuzer.“²⁴

Die Gründungsidee zu dieser städtischen Textilfabrik entsprang also vorrangig wirtschaftlichen Überlegungen („das Geld der Seelenjahrzeitpflege... besser anzulegen...“, s.o.) und zur Erreichung dieses Ziels sollten Strafgefangene nutzbringend eingesetzt werden. Angesichts der geschilderten Verhältnisse („auf allen Seiten nichts als Teuerung, Elend und Not...“, s.o.) würde heute eine solche Einrichtung als kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mit sozialpädagogischen Motiven und Ambitionen betrieben werden.

2 Villinger Seidenweberei

Filialbetrieb der Traditionsunternehmen
Wilhelm Schröder & Co. AG, später
Gebhard & Co. AG

Das im Villinger Volksmund „Siidebudi“ genannte Unternehmen war in der Villinger Südstadt nach 1910 für über 60 Jahre eine bekannte Einrichtung und fester Bestandteil der Villinger Industrie- und Arbeitswelt. Neben den großen Unternehmen der Uhren- und Metallindustrie hat dieses Unternehmen der Textilbranche das Wirtschaftsleben für mehrere Jahrzehnte geprägt. Die nachfolgenden Ausführungen beleuchten die Firmengeschichte aus der Sicht der (stets unselbstständigen) Villinger Filiale der Wuppertaler Konzernzentrale.

2.1 Gründungsprozess mit Anlaufschwierigkeiten

Die Firmenakten im Villinger Stadtarchiv²⁵ beginnen mit einem maschinengeschriebenen Schreiben der „Wm. Schroeder & Co. aus Crefeld“ vom 24.01.1910 an die „Stadtverwaltung der Stadt Villingen bei Donaueschingen (Baden).“ In dieses hektografierte Schreiben, das auch an andere Städte und Gemeinden in Südbaden ging, war deswegen nur der Adressat handschriftlich eingetragen und die Absicht dargelegt, „in einem süddeutschen passend gelegenen Orte eine grössere Seidenstoffweberei zu etablieren“. Gesucht war ein ca. 2 Hektar großes hochwasserfreies Gelände, das die Stadt unentgeltlich zur Verfügung stellen sollte. Angepriesen wurde ein „sehr reinlicher, vollkommen staubfreier, durchaus unschädlicher Betrieb, der sich in einem großen, gutventilierten Raume und unter leicht aufrechtzuerhaltender Disciplin vollziehe.“ Der Bevölkerung „erwache eine stabile Einnahmequelle“, denn die Beschäftigung finde „nicht nur in ungestörter Weise ganzjährig, sondern auch in sanitärer Hinsicht vorteilhaft gegenüber anderen Unternehmen statt“.

Bürgermeister Dr. Braunagel schrieb schon am 25. Januar seinen Antwortbrief, in dem er die Stadt Villingen als „sehr geeigneten Platz für das von Ihnen projektierte Unternehmen“ nannte

und erklärte, dass „die Stadt Villingen sehr wohlhabend sei, niedere Gemeindeabgaben erhebe und über einen großen eigenen Grundbesitz verfüge.“ Er bat um „gefl. Mitteilung, ob Sie Fabrikgelände mit Gleisanschluß wünschen“. Er fügte hinzu, dass „wir ferner geneigt sind, Ihnen die gewünschte Steuererleichterung zu gewähren.“ Für die dafür erforderliche Genehmigung durch den Bürgerausschuss erbat er „um gefl. Angabe des Kapitals, welches Sie zu investieren beabsichtigen sowie die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, die Sie beschäftigen wollen; ... die Arbeiterverhältnisse sind hier günstig.“ Er ergänzte, dass „die Wasserkräfte zur Ausnutzung durch Turbinenanlagen in der von Ihnen gewünschten Stärke vorhanden seien und die Stadtgemeinde ein eigenes Elektrizitätswerk habe.“ Seine Feststellung, dass wir „uns voraussichtlich mit dem Ihnen gebotenen Preis für Elektrizität einverstanden erklären können“ sollte später noch zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen führen.

Im Antwortschreiben von Schroeder & Co. vom 01.02.1910 machte die Geschäftsleitung deutlich, dass ein Gleisanschluss unerwünscht sei, denn „die in unserer Industrie erforderliche Sauberkeit des Betriebes lässt es wünschenswert erscheinen, dass das Terrain nicht zu nahe an der Bahn liegt, um Belästigungen durch Rauch möglichst zu vermeiden, andererseits der Platz aber – wegen An- und Abfuhr der Güter – nicht zu weit vom Bahnhofe entfernt sein dürfte.“ Die Stadtverwaltung hat das „Gelände nahe der Bleiche“ – bei einem ortsüblichen Wert von 3 Mark pro qm – der Firma unentgeltlich angeboten, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, „an der nicht zu zweifeln ist.“ Die Zoll- und Steuer-Direktion Karlsruhe griff mit ihrem Schreiben vom 19.05.1911 die Unentgeltlichkeit der Grundstücksüberlassung auf und forderte die Stadt auf, die entsprechende Schenkungssteuer zu entrichten.

Das offen bekundete, überaus große Interesse der Stadt Villingen an der Ansiedlung des Unternehmens (avisiert wurden „anfangs etwa 100, bei voller Ausdehnung des Etablissements 300 – 400 Arbeitsplätze und ca. 3.000 Betriebsstunden pro Jahr²⁶ und ein Investitionsvolumen zwischen

100.000 – 400.000 Mark“) begünstigte die Verhandlungsposition der Firma Schroeder & Co., so dass ihr Vorbringen zusätzlicher Argumente und Forderungen erfolgversprechend erschien. Schon die Verhandlung mit mehreren Städten in Südbaden²⁷ signalisierte den Entscheidungsgremien in Villingen, dass ein „Abspringen“ der Firma Schroeder & Co. durchaus möglich erschien und nur der schnellere und günstigere Anbieter zum Zuge kommen konnte. So erscheint das Schreiben der Firma vom 18.03.1910, mit dem die Geschäftsleitung die weiteren Verhandlungen wegen der ungünstigen Höhenlage der Stadt und der in Villingen herrschenden übergroßen, für die Seidenproduktion ungünstigen Trockenheit, abbrach, als rein taktisches Manöver. Auf eine entsprechende Gegendarstellung von Bürgermeister Braunagel, daß die in Villingen herrschende Trockenheit geringer als anderswo und das schwarzwälder Klima für die Textilproduktion eher günstig sei, zog die Firma Schroeder & Co. eine neue Verhandlungskarte: Man zog das Argument der Trockenheit zurück, brachte aber jetzt „die lang andauernde und strenge Kälte im Winter und damit die anstehenden Mehrausgaben für Kohlen“ in's Gespräch, die nur durch besondere Vorteile kompensiert werden könnten. So verlangte man von der Stadtverwaltung die Offenlegung der örtlichen Lohnkosten anhand von Lohnstatistiken der Berufsgenossenschaft; hierzu sprang die Geschäftsleitung der „Uhrenfabrik Villingen GmbH“, ein, die – als mögliche Nachbarin – mit der Verwendung ihrer Lohnstatistik einverstanden war.

Nach offenbar „ausgereizten“ Verhandlungspositionen schrieb die Firma Schroeder & Co. an den Gemeinderat, dass sie für die Vorlage an den Bürgerausschuss der Gemeinde Villingen ihre vier Hauptforderungen „nochmals aufzuführen“ für erforderlich hielt. Dies waren 1. Gratisbereitstellung von 2 Hektar Bauland; 2. Fünfjährige Steuerfreiheit und anschließende 50 % Steuerermäßigung von allen Steuerlasten; 3. Elektrischer Strom zu 8 Pfennig pro Kilowattstunde Kraftstrom und Licht für 1.000 Schalter, zunächst für eine 10jährige Dauer; 4. Fremde industrielle

Unternehmungen werden von der Stadtverwaltung Villingen nicht begünstigt, die Ansiedlung eines evtl. Konkurrenzetablissemments soll von der Stadt verweigert werden.

Der Villingener Bürgerausschuss war mit der Erfüllung dieser Forderungen einverstanden, wollte aber eine Erklärung der Firma Schroeder & Co. erwirken, mit der diese sich verpflichtet, „falls späterhin aus irgend welchen Ursachen die Fabrik hier eingehen oder im Umfang beschränkt würde, das unentgeltlich überlassene Grundstück an die Stadtgemeinde zurückzugeben.“ Mit ihrem Antwortschreiben vom 27. April 1910 erfüllte die Geschäftsleitung alle Informationswünsche der Stadt (Betriebskapital, Vermögens- und Einkommensteuer, Größe und Ausbaupläne zum Fabrikgebäude, Aufwuchs der Mitarbeiterzahlen), zu der Forderung des Bürgerausschusses nach evtl. Rückübertragung des Grundstücks reagierte man aber empfindlich: „Wir würden uns unter keinen Umständen mit einer Klausel befassen, welche uns oder unserem Nachfolger das Fabrikgrundstück wieder entzieht.“ Diesem Antwortschreiben fügte Wilhelm Schroeder handschriftlich hinzu, dass die von der Stadt angebotene Zusicherung, eine etwaige Konkurrenzindustrie zu verhindern, sei „sehr dehnbar gehalten und entspricht nicht ganz unseren berechtigten Wünschen“ und mahnte eine entsprechende verbindliche Erklärung der Stadt an, „mit der wir gerne Hand ind Hand gehen möchten.“ Dieser Vorgang erinnert an die schon von Thurneysen verlangte und ihm gewährte Privilegierung auf die Dauer von 25 Jahren (s.o.).

„Der Förderung durch eine fortschrittliche Gemeindeverwaltung ist es zu danken, daß in den letzten Jahren die Firma Schröder & Co. in Krefeld, eine der größten Seidenwebereien Deutschlands, eine Filiale ihrer Fabrik an hiesigem Platze errichtet hat...“²⁸

Diese Privilegierung des Investors löste überregionales Interesse aus: In der Presse²⁹ erschien am 19.05.1910 ein geharnischter Kommentar gegen die „Sitte, dass Unternehmen zu Lasten von Gemeinden möglichst große Vergünstigungen herauschlagen.“ Er schreibt weiter: „Wie ein Märchen hört es sich an, daß die Stadtverwaltung

Villingen für eine Krefelder Spinnereifirma, die vielleicht 10 Prozent männliche und 90 Prozent weibliche oder jugendliche Arbeiter beschäftigt, eine bare Ausgabe von 30.000 Mk und Umlagefreiheiten bewilligt, die auf zirka 20.000 Mk zu veranschlagen sind, also ein Opfer von 50.000 Mk bringt, ohne den jährlichen Zinsverlust aus 30.000 Mark mit 1.200 Mk, zu 4 Prozent gerechnet. Der Autor weist darauf hin, daß die betreffende Firma (Seidenweberei) wegen einer Ansiedlung in verschiedenen Schwarzwaldstädten [u.a. in Haslach im Kinzigtal, d. Verf.] mit vergleichbaren Vorzügen vorstellig geworden war, die aber „die viel zu weitgehenden Zusicherungen nicht gaben.“ Er resümierte: „Wenn das Wett-Kriechen unter den Gemeinden so weiter einreißt, so wird wohl die nächste Fabrik noch ein weitergehendes Entgegenkommen verlangen, vielleicht Übernahme oder Zuschuß zu den Arbeitslöhnen usw.“ und schließt mit seiner Forderung, dass „jedenfalls von solchen Industrie-Niederlassungen eine Garantie verlangt werden sollte, daß mindestens zur Hälfte verheiratete Arbeiter beschäftigt und so entlohnt werden müßten, daß sie imstande sind, eine Familie zu unterhalten.“

Die seitherigen Eigentümer der für die Seidenfabrik projektierten Grundstücke „an der rechten Seite der Herdstraße“ wurden mit 120–150 Mark/qm von der Stadt entschädigt. Auf der Grundlage des notariellen Vertrags vom 23.06.1910 kam die Bebauung des Areals mit dem ersten Bauabschnitt der Seidenweberei noch im Jahr 1910 zum Abschluss; der mit der Erstellung des Fabrikgebäudes beauftragte Bauunternehmer Glatz teilte am 1. November 1910 mit, dass die Bauarbeiten³⁰ vor 3 Wochen zum Abschluss gebracht wurden, so dass der Geschäftsbetrieb im Jahr 1911 aufgenommen werden konnte.

Im laufenden Betrieb der Seidenweberei traten aber schon im ersten Geschäftsjahr 1911 immer wieder Störungen auf, die immer mit der mangelhaften Stromversorgung zusammenhingen, 1912 zur ersten Schadensersatzklage der Firma und zur Forderung gegen die Stadt führte, eine permanente Stromlieferung zu garantieren. Die Stadt musste den Mangel anerkennen und nahm

die großzügige Geste der Firma gerne an, den Schadensersatz an die Kinderkrippe der Seidenweberei abzuführen [was die Existenz dieser Einrichtung belegt]. Eine gleichbleibende Stromversorgung war aber seitens der Stadt noch nicht zu garantieren, weswegen die Stadt nach erneuter Kritik der Firma („wir haben uns nunmehr lange genug herumgequält“) für die Seidenweberei ein „Lokomobil“ (nach heutigem Sprachgebrauch: ein Notstromaggregat) anschaffte und dies der Firma zur Verfügung stellte. Bei dem im nachfolgenden Lageplan mit Flurstück Nr. 1804 (Abb. 6)



Abb. 6: Lageplan (SAVS).

bezeichneten Gebäude an der Weiherstraße handelt es sich um ein Transformatorenhaus, das die Bedeutung der Stromversorgung für die Firma unterstreicht. Die Verhältnisse der Stromversorgung wären nicht besonders erwähnenswert, wenn dieses Problem nicht vier Faszikel im Stadtarchiv³¹ füllen würde, dieser Vorgang möglicherweise Präcedenzwirkung auf andere Unternehmen entfalten konnte und auch ein Beispiel für die Infrastruktur der Stadt Villingen darstellte, für die der Mangel an leistungsfähiger Elektrizität ein Standort- und Wettbewerbsnachteil war.

2.2 Krisenjahre während des Ersten Weltkriegs

Die Entwicklung der Villingener Niederlassung der Firma Schroeder & Co. verlief planmäßig, so dass nach wenigen Jahren die schon in den ersten Verhandlungen von 1910 avisierte Verdoppelung des Betriebsgeländes in Angriff genommen werden sollte. Die kriegsbedingten Verhältnisse, besonders das Verbot der Ausführung von Bauten

während des Krieges, veranlassten die Geschäftsleitung von Schroeder & Co. in einem Schreiben vom 26.01.1917 die vorgesehene Verdoppelung der Betriebsfläche – bei wiederum unentgeltlicher Abgabe – zu thematisieren, die aber „wegen der schweren Eingriffe der Kriegsfolge und der Undurchsichtigkeit der kommenden volkswirtschaftlichen Lage erst innerhalb von 18 Monaten nach Friedensschluß möglich sein würde.“

2.3 Krisenjahre in der „Weimarer Zeit“

Die auch in den Kriegsjahren noch optimistische Planung der weiteren Entwicklung der Villingener Seidenweberei erlitt durch die dann eingetretenen Realitäten schwere Rückschläge. Mit Schreiben vom 17.08.1920 teilte die Geschäftsleitung dem „Verehrlichen Bürgermeisteramt Villingen“ mit, dass man am 12. d.M. die Kündigung der gesamten Belegschaft ausgesprochen habe, „da wir gezwungen sind, unseren Betrieb in Villingen mangels jeglicher Aufträge zu schliessen.“ Die folgende Begründung gibt einen Einblick in die damalige wirtschaftliche Lage: „... bemühen wir uns vergeblich... die erforderlichen Aufträge für die Villingener [Web]Stühle zu bekommen. In der Hoffnung, dass sich die trostlose Lage auf unserem Wirtschaftsmarkte ändern würde, haben wir neben den noch vorhandenen Aufträgen Waren auf Lager anfertigen lassen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Dieses ist uns aber weiterhin unmöglich und sind wir daher jetzt gezwungen, den Betrieb zu schliessen... was für uns naturgemäss ungeheure Verluste mit sich bringt.“

Im Antwortschreiben vom 23.08.1920 informiert der Villingener Bürgermeister die Geschäftsleitung in Krefeld, dass die Kündigung „größte Beunruhigung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen hat... und diese sich nicht ganz mit Unrecht auf § 74 Betriebsrätegesetz berufen und in der Verfolgung ihrer Ansprüche bis zum Äußersten gehen wollen. Der Bürgermeister schließt sich der Argumentation der Arbeiterschaft an und wirft der Geschäftsleitung vor, dass sie zunächst Kurzarbeit hätte einführen müssen. Die Villingener Protestnote verfehlte ihre Wir-



Villingen, Seidenweberei

Abb. 3: Fabrikgebäude mit „Direktoren-Villa“; im Hintergrund: Warenbachtal und „Laible“ (SAVS, Karte 93, Bild Nr. 741 70/72 v. 22.09.1926).

kung nicht, denn mit Schreiben vom 06.09.1920 teilte die Firma Schroeder & Co. mit, das man „trotz des vollständigen Mangels an Aufträgen den Versuch machen wolle, den Betrieb weiterzuführen, indem wir Lagerware herstellen.“ Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Seidenweberei, die mit 235 (1923) bzw. 288 (1925)³² Beschäftigten zu den großen Unternehmen der Stadt zählte, scheinen sich in den Folgejahren wieder stabilisiert zu haben. Denn mit Schreiben vom 08.05.1926 griff die Geschäftsleitung eine schon in den Anfangsjahren diskutierte bauliche Erweiterung auf und meldete vorsorglich den Anspruch auf das angrenzende Areal für eine Verdoppelung der Betriebsfläche an. Man berief sich dabei auf die früher gemachte Zusicherung der Stadt, auch diese Erweiterungsfläche unentgeltlich bereitzustellen.

Die zeitweise günstigen Aussichten für den Villingen Betrieb nahmen dann aber erneut eine dramatische Wendung, die im Herbst 1930 zur Betriebsschließung führte. Die wirtschaftliche Lage des Mutter-Konzerns Schroeder & Co. machte zu ihrer Konsolidierung drastische Einsparungen notwendig. Warum es aus mehreren Tochtergesellschaften und Niederlassungen dann den Standort Villingen getroffen hat, ist aus den

Quellen des Stadtarchivs Wuppertal nicht ersichtlich. Dass wohl auch andere Sanierungsmöglichkeiten bestanden hätten und der unglücklich gewählte Zeitpunkt für die Bekanntgabe der Betriebsstilllegung kurz vor Weihnachten, veranlassten den Redakteur der Lokalzeitung³³ zu einem sarkastischen Kommentar, in dem er die Betriebsschließung und die Entlassung von 150 Personen sachlich berichtete, dann aber zu einer heftigen Systemkritik ausholte: „...Die Herren Aktionäre und Direktoren werden über die Feiertage diese selige, gnadenbringende Weihnachtszeit loben und preisen, während man uns unserem Schicksal überläßt. Das ist der Fluch der heutigen Wirtschaftsordnung. Wir Proleten sind gut genug, Riesenwerte zu schaffen, aber wir haben keinen Teil daran. Große Fabrikräume, Maschinen und Werkzeuge, Aktionär- und Direktoren-Villen entstehen unter unseren Händen, durch unsere Arbeit und unseren Fleiß, aber wenn es der Aktiengesellschaft nicht mehr paßt, dann haut sie das Loch zu – wie sich manche Direktoren auszudrücken belieben – und wir Proleten können gehen... Das ist die Deutsche Volksgemeinschaft, von der man uns in guten Tagen so gerne erzählt... aber wir hoffen, daß die heutige Zeit recht vielen von unseren Kollegen und Kolleginnen die Augen öffnen wird,

damit sie dieses unhaltbare Wirtschaftssystem begreifen und verfluchen lernen, damit sie Kämpfer werden für ein Wirtschaftssystem, in welchem alle Schaffenden nicht zu hungern und nicht zu frieren brauchen.“

Derselbe Redakteur berichtete³⁴ über die am 6. Dezember 1930 im Villingener Volkshaus abgehaltene Gewerkschaftsversammlung und gab die dort herrschende Stimmung mit der Feststellung wider, daß „das gegenwärtige Wirtschaftssystem nicht in der Lage ist, Produktion und Verteilung der Güter so zu organisieren und zu meistern, daß alle Nahrung, Kleidung und Wohnung finden können.“ Er pointierte seine Schilderung der Versammlung mit einem gesellschaftspolitischen Aufschrei: „Was nützen alle wissenschaftlichen Erfindungen und alle technischen Fortschritte [die gerade den Textilarbeitern täglich vor Augen waren, d. Verf.], wenn dieselben nur den oberen Gesellschaftsschichten zugute kommen, diejenigen aber, die in harter Fron durch ihrer Hände Arbeit erst die Plattform für die Arbeiten des Wissenschaftlers und Technikers schufen, in Unwissenheit und Not dahinsiechen und z. Teil umkommen. Auch der Arbeiter ist Mensch, so gut wie der Unternehmer... Eine Wirtschaftsweise, die nicht in der Lage ist, alle Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu ernähren, hat abgewirtschaftet und sollte verschwinden.“ Die im Villingener Volkshaus abgehaltene Textilarbeiterversammlung verfasste eine Resolution, die mit der Feststellung abschloss, nach der „... die Zusammenarbeit nur dann einen Sinn hat, wenn dieselbe auch die Existenz beider Teile gewährleistet. Bei dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem ist dieses jedoch nicht der Fall, weil in Zeiten der Krise die Arbeiterschaft entlassen und dadurch dem Elend preisgegeben wird. Die Arbeiterschaft wird daher alles daran setzen, dieses unhaltbare System zu ändern.“

Diese authentische Berichterstattung ist wirtschaftshistorisch interessant und kann beispielhaft für die Gefühlslage der Menschen am Beginn der 30er Jahre herangezogen werden, einer Zeit, in der sich die politischen Grundeinstellungen der Menschen zu wandeln begannen und in das

Wahlverhalten der Zeit nach 1933 einmündeten. Die beißende Kritik des Journalisten war zwar verständlich, allerdings auch sehr einseitig. Denn er hat versäumt, die wirtschaftliche Lage des Arbeitgeberers zu recherchieren und in seinen Bericht einzubeziehen. So hätte er erkennen können, dass die Betriebsschließung in Villingen kein Willkürakt, sondern ein Vorzeichen des bevorstehenden Ruins des Schroeder-Konzerns war, der im Jahr 1935 von der 1797 gegründeten Seidenweberei Gebhard & Co. AG in Wuppertal-Vohwinkel übernommen wurde und die unter dieser Firma auch die Niederlassung in Villingen weiterführte. Diese Übernahme war nicht nur ein Glücksfall für die Belegschaft der Villingener Seidenweberei, sondern auch für die Stadt Villingen als Textilstandort.

Mit der Weiterführung der Firma blieb die Seidenweberei auch als Lehrbetrieb erhalten, wie der nachfolgend abgebildete Gesellenbrief belegt: Wie eine Stellungnahme des Städtischen Vermessungsamtes Villingen vom 28.10.1935 zeigt, kam die schon früher erwogene Erweiterung



Abb. 4 + 5: Mit der Weiterführung der Firma blieb die Seidenweberei auch als Lehrbetrieb erhalten, wie der abgebildete Gesellenbrief belegt: Gesellenbrief Franz Walser (Foto: Privatbesitz).

des Betriebsgeländes in eine konkrete Umsetzungsphase, allerdings wurde die [unentgeltliche, d. Verf.] Überlassung des Flurstücks 1801 entlang der Benzstraße mit der Begründung abgelehnt, dass dieses „dem Wohnungsbau zugeführt werden soll.“ Der nachfolgende Lageplan verdeutlicht die Größenverhältnisse im Jahr 1935. Auf diesem Plan ist das Doppelhaus Ecke Herdstraße/Benzstraße mit der Flurstück Nr. 1801/1 ausgewiesen, in dem vier Wohnungen von Werkmeistern der Firma mit ihren Familien bewohnt wurden. Das neben dem Betriebsgebäude auf dem Flurstück Nr. 1800 ersichtliche Gebäude nahe der Herdstraße war die „Direktoren-Villa“ des Betriebsleiters der Villingener Niederlassung. Das daneben liegende Gebäude mit der Flurstücks-Nr. 1799/1 gehörte der Baugenossenschaft, war aber ebenfalls überwiegend von Beschäftigten der Seidenweberei bewohnt. Das Mehrfamilienhaus Ecke Herdstraße/Zepelinstraße (Flurstück Nr. 1799/2) gehörte ebenfalls der Gebhard & Co AG und war an Betriebsangehörige mit ihren Familien vermietet.

Über die späten 1930er Jahre und die Zeit des Zweiten Weltkriegs liegt im Stadtarchiv Villingen lediglich eine Archivalie³⁵ aus dem Jahr 1944 vor, in der die „Beschlagnahme der Seidenweberei Gebhard für die Teilverlegung der Telefon-Industrie-Gesellschaft Straßburg“ (TELIG) nach Villingen dokumentiert ist. Die Rüstungsinspektion Oberrhein, Straßburg, forderte die Bereitstellung von Fabrikationsräumen für ca. 100 Arbeitskräfte, für deren Unterbringung in Baracken oder anderem Wohnraum die Stadtverwaltung Villingen zu sorgen hatte.

Der Geschäftsbetrieb verlief während des Zweiten Weltkriegs bezüglich Mensch und Maschine unter kriegswirtschaftlichen Bedingungen. Die Betriebsstätte der Villingener Seidenweberei erlitt jedenfalls keine Bombenschäden und konnte nach 1945 unter den zeittypischen Verhältnissen den Geschäftsbetrieb fortsetzen bzw. unter Friedensbedingungen wieder aufnehmen. Aus den Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahren liegen im Stadtarchiv Villingen keine weiteren Quellenmaterialien vor; auch das Stadtar-

chiv Wuppertal, Sitz der Muttergesellschaft der Villingener Niederlassung, verfügt nur „über einen kleinen Firmennachlass“.³⁶

2.4 Blühende Zeiten in den „Wirtschaftswunderjahren“

Unter der Konzernleitung der Gebhard & Co, AG, erfuhr die Villingener Seidenweberei in den späten 40er und in den 50er Jahren einen deutlichen Aufschwung. Wie für viele andere Waren und Dienstleistungen gab es auch für die Produkte der Seidenweberei einen starken Nachholbedarf, so dass volle Auftragsbücher für das Unternehmen und die Beschäftigten günstige Perspektiven boten. Die Belegschaft, die sich als „große Familie“ empfand und in der Mitarbeiter teils seit den Gründerjahren zum Unternehmen gehörten (vgl. nachfolgende Mieterliste), war von einem Teamgeist getragen, der von Kameradschaft, existenzieller Sicherheit, sozialer Fürsorge und Wertschätzung durch das Unternehmen genährt wurde.



Abb. 7: Aktie der Gebhard & Co AG aus dem Emissionsjahr 1953 (Foto: Hahn, Hist. Wertpapiere; Freigabe vom 15.05.2019).

Bei der im September 1952 für die Angehörigen der Belegschaftsmitglieder durchgeführten Betriebsbesichtigung „umfing die zahlreichen Besucher eine Atmosphäre von Emsigkeit und Betriebsamkeit. Jede Weberin bedient sechs Webstühle. Den Angehörigen wurde hierbei ersichtlich, welche Anforderungen in neunstündiger Arbeitszeit an die Frauen und Mädchen gestellt werden. Direktor Stamm mit seinen Meistern, Technikern und dem Betriebsrat erläuterte die

Arbeitsgänge und setzte die Maschinen und Webstühle in Betrieb, so daß sich die Besucher ein gutes Bild über die Herstellung des Stoffes, vom Faden bis zum fertigen Stück machen konnten. Die moderne Klimaanlage, die eine gleiche Temperatur in den Arbeitsräumen gewährleis-

tet, Umkleideraum und Badeanlagen fanden besondere Beachtung... Die Besucher haben den Eindruck gewonnen, daß jeder einzelne in dem Betrieb geachtet werde. Daß dem so ist, bezeugen die 250 Arbeitsjubilare, die der Firma seit vielen Jahren die Treue halten.“³⁷

Jahr	Anschrift	Hauseigentümer	Name	Vorname	Beruf des Mieters
1920	Herdstraße 15	Baugenossenschaft Villingen	Hellmann	Johann	Seidenweber
			Duffner	Emanuel,	Schlosser
			Batz	Hermann	Seidenweber
			Schofer	Eugen	Seidenweber
	Herdstraße 17	Schroeder & Co.	Brunner	Gottfried	Betriebsleiter
1924	Herdstraße 9	Schroeder & Co.	Delbos	Josef	Obermeister
			Mauch	Andreas	Platzmeister
			Batz	Hermann	Webmeister
			Walser	Josef	Schlosser
			Hoffmann	August	Webmeister
			Essers	Louis	Webmeister
	Herdstraße 11	Baugenossenschaft Villingen	Schofer	Eugen	Spulmeister
			Tuschla	Johann	Seidenweber
			Paul	Jakob	Webmeister
			Hitschler	Ludwig	Seidenweber
	Herdstraße 13	Schroeder & Co.	Brunner	Gottfried	Direktor
1927	Krankenhausstraße 9	Schroeder & Co.	Hitschler	Franz	Webermeister
			Hofmann	August	Andrehermeister
			Mack	Fritz	Webermeister
			Batz	Hermann	Webermeister
			Mauch	Andreas	Platzmeister
	Krankenhausstraße 11	Baugenossenschaft Villingen	Hitschler	Ludwig	Webermeister
			Tuschla	Johann	Seidenweber
	Krankenhausstraße 13	Schroeder & Co. AG	Brunner	Gottfried	Betriebsleiter
	Krankenhausstraße 17	Schroeder & Co. AG	Kirschbaum	Heinrich	Angestellter
			Paul	Jakob	Angestellter
	Krankenhausstraße 19	Schroeder & Co. AG	Schofer	Eugen	Werkmeister
			Walser	Josef	Schlosser
1930	Krankenhausstraße 9	Schroeder & Co. AG	Laule	Friedrich	Webermeister
			Hoffmann	August	Werkmeister
	Krankenhausstraße 11	Baugenossenschaft Villingen	Hitschler	Ludwig	Webmeister
			Tuschla	Johann	Seidenarbeiter
	Krankenhausstraße 13	Schroeder & Co. AG	Knapp	Franz	Fabrikdirektor
	Krankenhausstraße 17	Schroeder & Co. AG	Kirschbaum	Josef	Werkmeister
			Paul	Jakob	Werkmeister
	Krankenhausstraße 19	Schroeder & Co. AG	Schofer	Eugen	Werkmeister
			Walser	Josef	Elektriker
1936	Herdstraße 3	Baugenossenschaft Villingen	Sturm	Anton	Seidenweber
	Herdstraße 9	Gebhard & Co. AG	Schoch	Hermann	Werkmeister
			Batz	Hermann	Werkmeister
			Mick	Hans	Maler
			Lang	Ernst	Webmeister
	Herdstraße 11	Baugenossenschaft Villingen	Tuschla	Johann	Seidenweber
	Herdstraße 13	Gebhard & Co. AG	Stamm	Hermann	Betriebsführer
	Herdstraße 17	Gebhard & Co. AG	Laule	Fritz	Webmeister
			Paul	Jakob	Kontrollleur
	Herdstraße 19	Gebhard & Co. AG	Schofer	Eugen	Vorwerkmeister
			Walser	Joseph	Elektriker
1939	Herdstraße 3	Baugenossenschaft Villingen	Sturm	Anton	Seidenweber
	Herdstraße 9	Gebhard & Co. AG	Lang	Ernst	Webmeister

			Mick	Johannes	Schlichter
			Schoch	Johann	Werkmeister
			Batz	Hermann	Werkmeister
			Mauch	Andreas	Portier
	Herdstraße 11	Baugenossenschaft Villingen	Kofer	Stefan	Werkhelfer
			Tuschla	Johann	Seidenweber
	Herdstraße 13	Gebhard & Co. AG	Stamm	Hermann	Betriebsleiter
			Aschenbrenner	Anni	Hausangestellte
	Herdstraße 17	Gebhard & Co. AG	Paul	Jakob	Kontrollleur
			Laule	Friedrich	Kontrollleur
	Herdstraße 19	Gebhard & Co. AG	Schofer	Eugen	Vorwerkmeister
			Walser	Josef	Elektriker
1965	Herdstraße 2	Privat	Hajetschek	Erwin	Webermeister
	Herdstraße 9	Gebhard & Co. AG	Armbruster	Wilhelm	Schlosser
			Irslinger	Willi	Weber
			Mezger	Alfred	Webermeister
			Ruch	Bruno	Weber
			Sterkert	Helmut	Vorwerkmeister
			Wasmer	Karl	Webermeister
	Herdstraße 13	Gebhard & Co. AG	Büchschütz	Heinrich	Rentner
			Krätschmar	Adolf	Betriebsleiter
	Herdstraße 17	Gebhard & Co. AG	Mick	Johannes	Werkmeister
			Standt	Paul	Webermeister
	Herdstraße 19	Gebhard & Co. AG	Janson	Arend	Webermeister
			Kalio	Wladimir	Textilingenieur
			Schulz	Richard	Webermeister

Abb. 8: Eigentumsverhältnisse und Mieter in betriebseigenen Häusern der Firma Schroeder & Co. AG (nach 1935 Gebhard & Co. AG) und in benachbarten Häusern in Villingen, Herdstraße (1927–1930: „Krankenhausstr.“) nach den amlt. Einwohnerbüchern der Stadt Villingen, Jahre 1920 bis 1965.

Über die Betriebsfeier im September 1953 berichteten die „Badische Zeitung“ und der „Südkurier“ in ihren Ausgaben vom 15.09.1953 („Bunter Abend bei den Seidenwebern“ bzw. „Frohe Stunden – selbst gestaltet“). Ein mehrstündiges Programm mit Conferencier, Stadtmusik und Werkschor erfreute die Gäste „im dicht besetzten Saal“.



Abb. 9: Geehrte Jubiläre während der Betriebsfeier 1953 im Villingen „Waldschlössle“ (Foto: Archiv Tritschler).



Abb. 10: Betriebsausflug ca. 1955 vor dem Niederwalddenkmal in Rudesheim/Rhein; vorne 3. v. r. Betriebsratsvorsitzender Hans Mick (Foto: Archiv Tritschler).

Mehreren Zeitungsausschnitten im Stadtarchiv Villingen³⁸ aus der Mitte der 1960er Jahre sind Berichte über Ehrungen von Mitarbeiter(innen) zu entnehmen, zu denen stets ein Vorstandsmitglied der Muttergesellschaft aus Wuppertal angereist war. Den Jubilarinnen und Jubilaren, von denen etliche auf 40 Jahre Betriebszugehö-

rigkeit zurückblicken konnten, gratulierten der Betriebsleiter Adolf Krätzschar, der Vorsitzende des Betriebsrates, Hans Mick und jeweils ein Vertreter der Stadtverwaltung.

2.5 Ende nach Entscheidung der Konzernzentrale

Als der Betriebsratsvorsitzende Hans Mick in seiner 1965 gehaltenen Laudatio für Betriebsjubilare „Dank und Anerkennung für die Betriebstreue aussprach und viele weitere Jahre in unserer Seidenweberei wünschte“, konnte er nicht ahnen, dass über den Dächern der Firma erneut dunkle Wolken aufgezogen waren. In einem Aktenvermerk der Stadtverwaltung vom 31.03.1971 ist festgehalten, dass in der Textilbranche eine Produktionsumstellung im Gange sei und „die Weberei ersetzt wird durch Herstellung von Strickwaren für Jersey-Oberbekleidung“; anlässlich dieser Neuausrichtung solle eine Konzentration der Produktion an nur einem Standort erfolgen. Im Villingener Werk wurden im Dreischicht-Betrieb Futterstoffgewerbe und Jersey hergestellt.

Auf die Mitteilung der Wuppertaler Konzernleitung, dass die lichte Höhe der Sheddachhalle der Villingener Seidenweberei für die modernen Strickautomaten zu gering sei und eine Aufstockung des Gebäudes sich nicht rentiere, reagierte Bürgermeister Müller sofort und bot der Konzernleitung das Gelände für einen Neubau im Gewerbegebiet Vockenhausen oder in den Niederwiesen an. Außerdem avisierte er, bei der Veräußerung des Standorts an der Herdstraße an einen anderen gewerblichen Interessenten behilflich zu sein. Doch alle Versuche der Stadtverwaltung, das Unternehmen und die Arbeitsplätze in Villingen zu halten, scheiterten schließlich, als die Geschäftsleitung entschieden hatte, die gesamte Produktion von gestrickten Oberstoffen in einem Konzernbetrieb in Amern bei Viersen zu konzentrieren, wo bereits 250 Mitarbeiter mit modernstem Maschinenpark tätig waren.

Die Villingener Belegschaft war von der Entwicklung um so mehr betroffen, als die Verlegung des gesamten Produktionsapparats bis Ende September 1971 abgeschlossen sein sollte. Betriebsleiter Krätzschar, die örtliche Gewerkschaft und der



Abb. 11: Südkurier vom 19.08.1971.
(Quelle: SAVS 1.16 Nr. 7616).

Villingener Betriebsrat bildeten eine Vermittlungskommission, die in mehreren Verhandlungen in Villingen und Wuppertal die Grundsatzentscheidung der Verlegung nicht mehr abwenden konnten, die Konsequenzen für die Belegschaft der Villingener Seidenweberei aber so weit wie möglich abzumildern versuchten.

Als Verhandlungsergebnis lag dann ein Angebot der Geschäftsleitung der Firma Gebhard & Co. AG auf dem Tisch, das die meisten Betroffenen akzeptieren konnten: Standortwechsel oder Abfindung. Die Firma bot allen Mitarbeiter(innen) eine Weiterbeschäftigung in den Werken Metelen, Amern, Mönchengladbach, Wuppertal-Vohwinkel, Hüls bei Krefeld und Erzingen (Kreis Waldshut) mit voller Wahrung ihres sozialen Besitzstandes an. Für die Umzugswilligen wurde eine vergleichbare Wohnung, die Übernahme der Umzugskosten sowie ggf. Trennungentschädigungen und Familienheimfahrten angeboten. Betriebsangehörige, die das Beschäftigungsverhältnis beenden wollten, erhielten eine einmalige Abfindung, deren Höhe sich nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit und nach dem Lebensalter richtete.

Etwa Ende Mai 1971 hatten sich von zuletzt 94 Beschäftigten zehn Werksangehörige zum Wechsel an einen der angebotenen Firmenstandorte entschieden, während dreizehn die Verhandlungen nicht abwarteten, von sich aus gekündigt und einen neuen Arbeitsplatz in Villingen gefunden hatten. Über die Zahl der mit Abfindung ausge-

schiedenen Mitarbeiter und die weiteren Berufswege der anderen Beschäftigten sind dem Stadtarchiv keine Informationen zu entnehmen.

Schon am 18.08.1971 – während der Räumung der Fabrikgebäude – folgte der Verkauf des gesamten Betriebsareals an der Herdstraße an die Baugemeinschaft Schwaben in Biberach/Riß, die danach den Abriss der „Siidebudi“ besorgte. Die Planungsansätze dieses Bauunternehmens für das nun freie „Sahnestückchen“ in der Villingener Südstadt sahen zunächst eine Wohnbebauung mit 38 Gebäuden zwischen der Herdstraße und der Weiherstraße vor, begrenzt von der inzwischen bebauten Benzstraße und der Zeppelinstraße (vgl. nachfolgender Planauszug). Auch wenn zwischen den Gebäudekomplexen angemessene Freiflächen und Spielplätze vorgesehen waren, war die dichte Bebauung von Anfang an einer der Streitpunkte, die das Rechtsamt der Stadt Villingen mit zahlreichen Einsprüchen von Anwohnern beschäftigte. Deren hauptsächliche Kritik war neben der Bebauung mit „drei- bis vierstöckigen Hochhäusern, die uns die Sicht auf die Stadt nehmen“, vor allem das befürchtete Verkehrsaufkommen: Mit 27 PKW-Stellplätzen an der Herdstraße und einer Tiefgarage mit 56 Plätzen, deren Zufahrt an der Herdstraße und die Ausfahrt an der Weiherstraße vorgesehen war, waren die Anwohner „alarmiert und bereit, alles zu unternehmen, um dieses Bauvorhaben zu verhindern.“

2.6 Nutzung des Firmenareals

Nachdem der oben beschriebene Planentwurf verworfen worden war, kam es für das frei gewordene Firmengelände zu einer Neuplanung mit einer gemischten Wohn-/Gewerbenutzung: Im nördlichen Teil, entlang der Herdstraße wurden ein Lebensmittelmarkt, eine Großbäckerei und für einige Jahre eine Bankzweigstelle errichtet, für die entsprechende Parkmöglichkeiten zu schaffen waren. Im südlichen Bereich, entlang der Weiherstraße, entstanden in verdichteter Bauweise etwa 15 Einfamilienhäuser mit der erforderlichen Anzahl von Garagen. Damit wurde in diesem Bereich der ursprünglich vorgelegte Plan verwirklicht; es entstanden hochwertige Eigenheime in

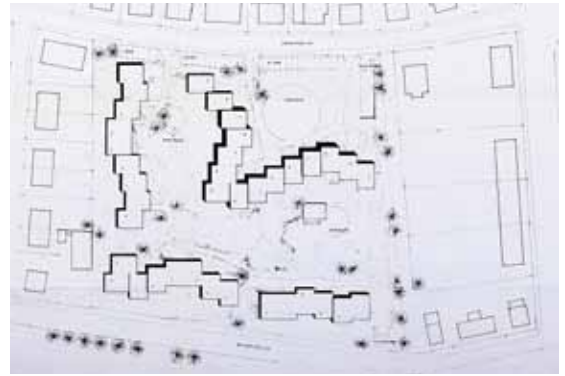


Abb. 12: Nicht ausgeführter Plan für die Ersatzbebauung des ehem. Betriebsareals der Seidenweberei (Quelle: SAVS).

bevorzugter Wohnlage. Die Nutzung des nördlichen Teils bietet gegenüber dem ursprünglichen Planansatz den Vorteil der Nahversorgung mit Lebensmitteln, wenngleich das dortige Verkehrsaufkommen vermutlich nicht geringer ist, auch wenn die zunächst geplante Tiefgarage nicht realisiert wurde.

2.7 Zusammenbruch auch der zweiten Muttergesellschaft

Die Geschichte der Villingener Seidenweberei hätte an dieser Stelle enden können, wenn nicht noch ein „kleines Nachbeben“ stattgefunden hätte, das auch in Villingen wahrgenommen wurde: Die Gebhard & Co AG – Muttergesellschaft für die Villingener Seidenweberei seit 1935 – betrieb in den 1960er Jahren in Wuppertal 6 Webereien und 5 weitere außerhalb der Stadt. Sie beschäftigt insgesamt 2.700 Arbeitnehmer. Auf über 1.400 Webstühlen wurden jährlich 27 Mio. Meter Gewebe erzeugt. Markenstoffe waren „Gebhard Seide“, „Gebhard Jersey“, „Glorett Trevira“, „Juwel Gewebe“ und der Futterstoff „Taft Venus“. 1970 wurde ein Gruppenumsatz von 135 Mio. DM erzielt. Nur 2 Jahre, nachdem in Villingen „die Lichter ausgingen“, kam das Ende der Gebhard & Co AG dann ziemlich schnell und überraschend. Ende Dezember 1973 musste sie einen Vergleichsantrag stellen, bereits im Januar 1974 wurden die in Wuppertal beschäftigten 350 Mitarbeiter nach Hause geschickt, weil keine Löhne mehr gezahlt werden konnten. Im Feb-



Abb. 13: Quelle: Firmenarchiv Gebhard & Co. AG, Stadtarchiv Wuppertal.

ruar 1974 musste das Konkursverfahren eröffnet werden, weil ein Vergleich nicht zustande kam. Gebhard & Co AG hat 80 Mio. DM Schulden und auch die Firmen-Pensionskasse war pleite, so dass der zweite Teil des Sozialplans nicht ausgezahlt werden konnte. Rückblickend auf das Jahr 1971 kam für Villingen die damals kompromisslose Schließung der Seidenweberei und der überaus rasche Verkauf des Betriebsgeländes in ein völlig neues Licht: Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Muttergesellschaft waren wieder einmal ursächlich für die Geschehnisse vor Ort.

Das 1971 sicher seriös ausgehandelte Angebot der Übernahme von Beschäftigten der Seidenweberei in Villingen an andere Orte des Konzerns wurde mit dem Konkurs und der Entlassung aller Mitarbeiter gegenstandslos. Wer aber damals das Weiterbeschäftigungsangebot der Firma angenommen hatte und an einen der anderen Konzernstandorte gewechselt war, stand erneut vor existenziellen Fragen für sich und die umgezogene Familie. Die anderen, die nicht mitgezogen und in Villingen geblieben waren, bekamen nachträglich eine Bestätigung für ihre damalige Entscheidung.

2.8 Entwicklungsgeschichte der Textilbranche im Quervergleich

Die über 60jährige Geschichte der Villingener Seidenweberei ist – bald 50 Jahre nach ihrem

Kleine Episode des Autors:

Mein Großvater verbrachte als Werkmeister nahezu sein ganzes Berufsleben in der Seidenweberei. Er war „Webermeister durch und durch“, machte seine Qualitätsansprüche zum Prinzip und durchlebte als Angehöriger des Jahrgangs 1888 alle Höhen und Tiefen der Firma. Am Zweiten Weltkrieg musste er altersbedingt nicht mehr teilnehmen, war aber umso mehr „an der Heimatfront“ engagiert und hatte neben seiner täglichen Arbeit vielfältige Sicherungsaufgaben in der Firma wahrzunehmen. Meine Großmutter berichtete, dass er gegen Ende des Krieges oft aus Tag- oder Nachtschichten beim Heimweg zur wenige Meter entfernt liegenden Werkmeisterwohnung sich an den Gartenzäunen festhalten musste, weil er völlig entkräftet war und „zweimal in seinen Anzug gepasst hätte“. Nach seiner eigentlichen Pensionierung wurde er mehrfach wieder in die Fabrik zurückgeholt, um eingetretene Engpässe und Fehlproduktionen zu korrigieren. Mit annähernd 70 Jahren trat er dann 1958 in den Ruhestand, verließ seine Werkmeisterwohnung und wohnte weiter in der Südstadt.

Meine Brüder und ich nahmen die selbstverständliche Aufgabe wahr, für die Großeltern den alltäglichen Einkauf zu besorgen, der auch „fürstlich entlohnt wurde“: 50 Pfennig Trägerlohn waren eine willkommene Aufbesserung des Taschengelds und wurden uns mit Freude zugesteckt. Uns wurde erzählt, dass der Opa eine durchaus beachtliche und sonst garnicht selbstverständliche zusätzliche Betriebsrente bekomme. Eines Tages stand ein Besuch bei den Großeltern an, der aber durch eine ganz üble Laune des Großvaters eingetrübt war; ich sollte ihn am besten gar nicht ansprechen. Diese Stimmung hielt Wochen an und war nur durch die Eltern aufzuklären: dem Großvater sei die Betriebsrente gestrichen worden. Er habe eine amtliche Mitteilung aus Wuppertal bekommen, dass die Firmen-Pensionskasse in den Konkurs einbezogen worden sei; der Sozialplan sei insofern außer Kraft. Großvater ließ die vielen, teils ent-

behrungsreichen Jahre Revue passieren, empfand den Wegfall seiner Betriebsrente angesichts der vielen persönlichen Opfer, die er und andere erbracht hatten, als große Ungerechtigkeit und konnte damit bis zu seinem Lebensende keinen Frieden finden.

Ende – wohl längst in Vergessenheit geraten. Dennoch blitzt eine aktuelle Mitteilung auf, die vom Ende der überaus traditionsreichen „Lauffenmühle“ in Lauchringen (Landkreis Waldshut) berichtet. Das Unternehmen war ein „vollstufiger Hersteller von Garnen und Geweben für die Produktion von Arbeits- und Schutzbekleidung, insbesondere für den industriellen Leasingwäsche-Bereich“. Lauffenmühle bestand aus dem Werk in Lauchringen und dem Veredelungsbetrieb im Lörracher Ortsteil Brombach. Das Unternehmen beschäftigte 250 Mitarbeiter, davon waren 17 Auszubildende (Stand 2016). 2019 bestanden noch 242 Arbeitsplätze.

Das 1834 gegründete Werk Lauffenmühle war ein Traditionsunternehmen, das im Zuge der Industrialisierung zu einem der großen Arbeitgeber in der im 19. Jahrhundert verarmten deutschen Hochrheinregion wurde. Das Werk prägte die Entwicklung der Ortschaft Unterlauchringen vom einfachen Dorf bis zur heute prosperierenden Gemeinde Lauchringen.³⁹

Und nun ist die „Lauffenmühle“ am Ende und insofern die Parallele: Mit der Textilkrise, die in den 1960er Jahren durch die Konkurrenz aus Fernost begann und in den 1980er Jahren durch die allgemeine Verlegung der Herstellung in die Niedriglohnländer eine Verschärfung erfuhr, waren die Lauffenmühle – wie die Firma Gebhard & Co. AG mit ihrer Villingener Niederlassung – nicht mehr vor dem nun einsetzenden Preisdumping gefeit. Auf der Betriebsversammlung am 4. April 2019 war den 240 Mitarbeitern der Lauffenmühle in den Standorten Lauchringen und Lörrach eröffnet worden, dass „das Unternehmen seine Produktion zum 31. Juli 2019 einstellen wird“. Danach kam es zu einer spontanen Demonstration auf dem Werksgelände. Inzwischen hatte der Insolvenzverwalter die Suche nach Auswegen oder alternativen Möglichkeiten

beendet. Im Vordergrund stehe nun das Ausarbeiten eines Sozialplans und eines Interessenausgleichs für die Beschäftigten, teilte der Rechtsanwalt mit. Die Investorensuche für das traditionsreiche Textilunternehmen sei erfolglos geblieben.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Gothein, Eberhard: „Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften“, Straßburg, 1892, S. 531.

² Ebd., S. 533 f.

³ Revellio, Paul: „Beiträge zur Geschichte der Stadt Villingen“, Villingen, 1964, S. 221.

⁴ a.a.O.

⁵ Gothein, a.a.O., S. 534

⁶ Droege, Georg: „Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte“, 1973, S. 126 f.: „...Das Verlagssystem... war mit der Entstehung des ländlichen Gewerbes verbunden, indem Kaufleute das zwischen Stadt und Land bestehende Lohngefälle, namentlich auf textilgewerblichem Sektor, ausnutzten, um die billigeren ländlichen Arbeitskräfte, vornehmlich zuerst die weiblichen Mitglieder der bäuerlichen Familien, mit der Herstellung von solchen Waren zu beschäftigen, die ohne größere Vorkenntnisse angefertigt werden konnten. Der Kaufmann lieferte die Rohstoffe und nahm die fertigen Fabrikate wieder ab, um sie zu vertreiben... Neu im Zeitalter des Merkantilismus wurde die Manufaktur geschaffen... nämlich die Fertigung von Arbeiten, die besondere Sachkenntnisse erfordern, unter einem Dach durch Lohnarbeiter, die Handarbeit leisten. Diese neue Betriebsform zeichnete sich nicht durch neue technische Hilfsmittel aus – das unterscheidet sie von der späteren Fabrik – sondern durch eine bloße Häufung handwerklicher Tätigkeit unter einer Leitung und in einer Werkstatt.“

⁷ Conrad-Mach, Annemarie: „Feinwerktechnik, Arbeitswelt, Arbeiterkultur“. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Villingens und Schwenningsens vor 1914., 1985, S. 79. Die Manufaktur war ein Großbetrieb, in dem die Arbeitsteilung, ferner die Trennung zwischen Unternehmer und Arbeiter sowie zwischen Wohnen und Arbeiten verwirklicht wurde (d. Verf.).

⁸ Solche „Ferber“ genannte Mittelsmänner zwischen Textilhandwerk (Weberei, Stickerei, Kämmerei) und dem Handel werden auch bei Gothein (S. 742) genannt. „Der Fergger... sorgte für den Transport der Rohstoffe zu den Handwerkern oder Heimarbeitern, kontrollierte deren Arbeit, bezahlte ihre Löhne und sammelte die Zwischen- oder Fertigprodukte für den Handel wieder ein. Die Fergger arbeiteten zu Beginn meist unselbständig im Auftrag der Verleger (Handel). Später entstehen selbständige Unternehmen, die Ferggereien. Die ursprünglich mit Rossfuhrwerken, später mit Lastwagen umherziehenden Fergger verschwanden im 19. Jahrhundert allmählich wieder. Der Begriff taucht im 17. Jahrhundert auf. Zu dieser Zeit entwickelte sich der Handel mit Rohstoffen (Wolle, Baumwolle, Garn, später auch Seide). Heutzutage taucht der Begriff in der Schweiz als Bezeichnung für 'Spediteur' auf.“ (www.danielstieger.ch/berufe.htm) Im Zusammenhang mit dem Uhrenhandwerk kennen wir in einer vergleichbaren Funktion den „Packer“ (Spediteur), der „dem Uhrenmacher die Ware abnimmt, um ein Lager zu halten, aus dem der Händler... seinen Bedarf sofort decken konnte. Sie gewährten Kredit und gaben am liebsten Materialien, Draht, Werkzeuge oder Tuch statt der Bezahlung...“ (vgl. Gothein, a.a.O., S. 866).

- ⁹ Gothein, Eberhard, a.a.O., S. 731 ff.
- ¹⁰ Rodenwaldt, Ulrich: „Das Leben im alten Villingen. Im Spiegel der Ratsprotokolle des 17. und 18. Jahrhunderts“, GHV Villingen (Hrsg.), 1976, S. 58 f.
- ¹¹ Bumiller, Casimir (Hrsg.): „Geschichte der Stadt Villingen-Schwenningen“, Band II (Der Weg in die Moderne), Villingen-Schwenningen, 2017, S. 48.
- ¹² Revellio, Paul: „Beiträge zur Geschichte der Stadt Villingen“, 1964, S. 81 f.
- ¹³ Ebd.
- ¹⁴ Jacobsson, Johann Carl Gottfried: „Schauplatz der Zeugmanufakturen in Deutschland, das ist: Beschreibung aller Leinen-, Baumwollen- und Seidenwuerker-Arbeiten, vornehmlich wie sie in den Königlich Preußischen und Kurfürstlichen Landen verfertigt werden“, 4 Bde, Berlin, 1773–1776.
- ¹⁵ Fuchs, Josef u.a. (Bearb.): „Gegenüberstellungen. Textilstern und heute“. Katalog zur Ausstellung im Franziskaner-museum Villingen, 1989, S. 63.
- ¹⁶ Vgl. Eisele, Simon: „Villinger Chronik von 1794 bis 1812“ (hrsg. von Dr. Christian Roder], in: Schriften Baar, VI. Heft, 1888, S. 1.
- ¹⁷ Ebd., S. 15 f. und Wollasch, Hans Joachim: „Inventar über die Bestände des Stadtarchivs Villingen, Bd. II, Villingen, 1970, S. 118, Nr. 2812.
- ¹⁸ Rodenwaldt, Ulrich: „Das Leben im alten Villingen“, Band II, Jahrbuch XV (1990/1991) des GHV, S. 112.
- ¹⁹ Vgl. Schofer, Helmut: „Die alten Hausnummern der Villinger Innenstadt“, in: GHV-Jahresheft XXIII, 1999/2000, S. 130.
- ²⁰ Kühn, Ludwig: „Maria Tann. Ein Überblick über Ort und Entwicklung“, in: Almanach 86, Heimatjahrbuch des SBK, S. 125 ff.
- ²¹ SAVS 2.2 Nr. 4683: Mit seinem Antrag an den Villinger Gemeinderat vom 06.04.1854 bat er um Überlassung „eines Locals im Gymnasiums Gebäude“, wozu im Protokoll von Gemeinderat und Ausschuss vom selben Tag vermerkt ist, dass „Kaufmann Carl Otto um einstweilige unentgeltliche Abgabe eines Locals im ehemaligen Theatergebäude zur Gründung einer Wollstrickerei bittet.“ Dieser Vorgang wirft ein zusätzliches Schlaglicht auf die Entdeckung der bemalten Kulissenbretter, die möglicherweise in diesem Theater Verwendung fanden (vgl. Auer, Anita: „Spurensuche im Museum“, in: GHV-Jahresheft 2014, S. 47 ff.
- ²² SAVS 2.2 Nr. 4683: Honold'sche Chronik 2, S. 230, 259; 3, S. 114 und SAVS 2.2 Nr. 2025, in: Bumiller, Casimir: „Villingen im Großherzogtum Baden 1806 bis 1871“, in: „Geschichte der Stadt Villingen-Schwenningen“, Band II: Der Weg in die Moderne, Villingen-Schwenningen, 2017, S. 101
- ²³ Burkhardt, Margau.a.: „Villingen und Schwenningen im Kaiserreich“, in: „Geschichte der Stadt Villingen-Schwenningen“, Band II: Der Weg in die Moderne, Villingen-Schwenningen, 2017, S. 173.
- ²⁴ Rodenwaldt, Ulrich: „Das Leben im alten Villingen. Im Spiegel der Ratsprotokolle des 17. u. 18. Jahrhunderts“, Bd. I, GHV (Hrsg.), Heft IIa, 1976, S. 59 f.
- ²⁵ Quellen zu Tz. 2.1: SAVS 1.16 Nr. 3491.
- ²⁶ Die „Arbeits-Ordnung der mechanischen Seidenweberei von Wm. Schroeder & Co. in Villingen“ vom 15.03.1911 (Art. 2) sah eine „regelmäßige Arbeitszeit von 10 Stunden täglich von Montag bis Freitag [= 50 Std.] und von 8 Stunden an Samstagen sowie an Vorabenden von gesetzlichen Feiertagen“ vor. Unter Anlegung einer 58-Stunden-Woche ergeben sich bei 52 Wochen/Jahr etwa die „3.000 Betriebsstunden pro Jahr“.
- ²⁷ Aus den Akten des Villinger Stadtarchivs ist ersichtlich, dass unter anderen die Gemeinde Hausach ebenfalls „im Rennen war“.
- ²⁸ Heilmann, J.: „Villingen im Schwarzwald. Ein Führer durch Villingen und seine Umgebung“, Freiburg, 1906, S. 61.
- ²⁹ Volksfreund, Karlsruhe No. 116 vom 21. Mai 1910.
- ³⁰ Jehle, Gerhard: „Stätten der Arbeit, Stätten der Verwaltung, Wohnstätten: Die Industriearchitektur in Villingen und Schwenningen bis 1945 (Hochbauten)“, Diss., Freiburg, 2001, S. 43 ff.: „Die hochspezialisierten Baulichkeiten der in Villingen vergleichsweise spät auftretenden Textilindustrie fallen von Anfang an durch ihre massive Erscheinung auf. Dieser Aspekt wird z.B. bei der Mechanischen Seidenweberei der Firma Wilhelm Schroeder & Comp. in Villingen durch eine konsequente Rustikalverkleidung der Kopfgebäude im Kontext einer ausgedehnten, meist einstöckigen Anlage mit einem breiten Band von Shedhallen besonders betont. Durch einen im Nachlaß des Architekten Karl Naegele – der allerdings für den Bau selbst nicht verantwortlich war – erhaltenen Plansatz überliefert ist der Gebäudebestand der 1910 gegründeten Mechanischen Seidenweberei der Firma Wilh. Schroeder & Comp. Auf einem fest ummauerten Areal bilden die eingeschossigen Gebäude der Spinnerei, verbunden durch den Aborttrakt, eine lose Gruppe. Von der Straße her gesehen links von den Aborten befinden sich die Schlosserei und die Schreinerei als massive Gebäude. Ein vermutlich in Riegelfachwerk ausgeführter Anbau an die Schlosserei enthält die Andreherei. Neben der Schreinerei liegt das Kartenlager. Rechts vom Abortriegel befinden sich die beiden Säle der Maschineneinrichtung, zunächst ein kleinerer für die Männer, angrenzend der größere für die Frauen. Der breite Durchgang zum inneren Fabrikationsbereich – eine riesige Shedhalle mit 14 x 8 Stützenfeldern dient zur Aufstellung der „Hülfsmaschinen“ und nimmt die „Weberei“ auf – grenzt die Maschinenräume vom Packzimmer ab. Zwei Türen in der Torfahrt stellen eine indirekte Verbindung zwischen beiden Bereichen her. Im rechten Winkel an das Packzimmer angebaut sind Privatkontor und das Kontor, beide Räume sind vom Kontor her beheizbar. Lieferraum und Wiegeraum folgen hinter dem Kontor. Über einem Rustikalsockel mit unregelmäßigem Schichtenmauerwerk erheben sich die verputzten Wandflächen der Kopfgebäude. Rustikalisenen mit einzelnen, vom Mauerverband zum Putz vermittelnden „Ausreißen“ festigen die Kanten. Der in Antiqualettern gemeißelte Firmenname erscheint im Fries der mit besonderem Aufwand ausgeführten Kontorfassade. Die Gestaltung des in den Fabrikationsbereich führen den Eingangs ist überraschend schlicht. Er ist nur durch ein Werksteingestell von den anderen Öffnungen abgehoben.“
- ³¹ SAVS 1.16 Nr. 3491, 1.16 Nr. 7788, 2.19 Nr. 171 und 2.19 Nr. 270.
- ³² Conradt-Mach, Annemarie: „Provinzstadt zwischen Tradition und Moderne. Villingen 1918-1933“, in: GHV Jahresheft 1995/1996, S. 71.
- ³³ „O Du fröhliche Weihnachtszeit“, in: Volkswille“ vom 26.11.1930, Nr. 274.
- ³⁴ „Betriebsstillegung“, in: Volkswille vom 10.12.1930 Nr. 286.
- ³⁵ SAVS 2.02 Nr. 6302.
- ³⁶ Mitteilung von Thorsten Dette, Stadtarchiv Wuppertal, Sign. NDS 293.
- ³⁷ Badische Zeitung Nr. 150 v. 23.09.1952: „Ein Gang durch die Seidenweberei“.
- ³⁸ SAVS 1.16 Nr. 7616.
- ³⁹ Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Lauffenm%C3%BChle> (20.10.2019).

Sinn für Tradition und Blick für die Zukunft

Festansprache von Herrn Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. h.c. Erwin Teufel
am Freitag, 28. Juni 2019 um 18.00 Uhr im Gemeindezentrum Münster

Liebe Landtagsabgeordnete Braun,
lieber Herr Bürgermeister Bühler,
liebe Freunde des Geschichts- und
Heimatverein Villingen,
meine Damen und Herren

Ich möchte Sie alle, verehrte Gäste des Geschichts- und Heimatverein herzlich grüßen. Ich grüße Sie als Mitglied dieses Vereins und als langjähriger Abgeordneter für den Schwarzwald-Baar-Kreis und auch ganz persönlich als guter Freund und Nachbar dieser Stadt, die ich seit meiner Kindheit kenne. Ich schätze das vielfältige bürgerliche Engagement und viele Menschen in dieser Stadt. Ich freue mich, heute bei Ihnen zu sein und mit Ihnen dieses Jubiläum feiern zu können.

Von Kipling stammen die Worte:

„Gott schenkte der ganzen Menschheit die ganze Erde um sie zu lieben, doch da unsere Herzen klein sind, bestimmte er für jeden einen Flecken, den er über alles liebt.“

Mit Ihrem Besuch beim heutigen Festakt des Geschichts- und Heimatverein, der fast auf den Tag genau vor 50 Jahren aus der Taufe gehoben wurde, zeigen Sie genau die Verbundenheit mit dem Geschichts- und Heimatverein, die Kipling meinte.

50 Jahre Geschichts- und Heimatverein ist ein nicht zu langer Weg, aber es ist dennoch ein guter Grund ein Fest zu feiern. Es ist eine willkommene Gelegenheit, Einkehr zu halten, dankbar zurück und hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken.

Wollen wir noch die eigene Heimat und ihre Geschichte kennen lernen?

Diese Frage ist erlaubt in einer Zeit, da viele Menschen ihren Blick ganz auf die Gegenwart richten oder andere sich in fernen Ländern und Kulturen besser auskennen als in der eigenen

Heimat. Ich finde es wichtig, gerade bei jungen Menschen das Interesse für die eigene Heimat zu wecken.

Die Jahresprogramme der vergangenen 50 Jahre bieten Geschichte, die für jeden von uns interessant ist. Der Sinn für Tradition verbindet sich aufs Beste mit dem offenen Blick für die Zukunft. Der Verein hat sich um Pflege, Erforschung und Vermittlung der Geschichte und der Gegenwart dieser Region große Verdienste erworben.

Dafür möchte ich den Vorsitzenden der vergangenen 50 Jahre sowie allen im Verein aktiven Mitgliedern sehr herzlich danken!

Dem französischen Philosophen und Politiker Jean Jaurès wird die Aussage zugeschrieben, *„Tradition heißt nicht, Asche zu bewahren, sondern eine Flamme am Brennen zu halten.“*

Die tiefe emotionale Bindung zur engeren Heimat wurzelt zumeist in Erinnerungen an Jahre voller Wärme und Geborgenheit, für die der Psychologe und Pädagoge Eduard Spranger einmal die passenden Worte fand: *„Heimatspflege ist so etwas wie die späte Rückgabe einer frühen Liebe.“* Dies trifft auch für die Mitglieder, Freunde und Förderer des Geschichts- und Heimatvereins zu. Martin Heidegger hat zu Recht bemerkt: *„Alles Wesentliche ist nur dadurch entstanden, weil der Mensch eine Heimat hatte“.* Dieses Festjahr zeigt einmal mehr, dass Heimatverbundenheit hier in Villingen großgeschrieben wird und lebendig ist. Der Geschichts- und Heimatverein lädt darum in seinem Jubiläumsjahr auch zu einer besonderen Podiumsdiskussion zum Thema Heimat ein, an der die Präsidentin des baden-württembergischen Landtags ebenso teilnehmen wird wie der renommierte Volkskundler und Heimatforscher Professor Werner Mezger. Ich bin mir sicher: Gerade die immer stärkere Entwicklung hin zu Flexibilität, Mobilität, mehr Technik, Leistungsdruck

und Konkurrenz in allen Lebensbereichen, all das wird schon bald dazu führen, dass die Menschen wieder verstehen werden und sich noch stärker nach dem sehnen, was das Wort „Heimat“ eigentlich bedeutet. Nur eine Kultur, die Heimat bieten kann, ist dauerhaft zukunftsfähig. Heimatverbundenheit ist zweifellos ein Faktor für nachhaltige Entwicklung. Das ist hochmodern, das ist zeitgemäß und das ist zukunftsweisend.

Heimatsinn ist nicht nur Sinn für Geschichte. Der tschechische Präsident Havel hat es vor dem Deutschen Bundestag einmal so ausgedrückt: *„In seiner Ursprünglichkeit bezeichnet das Wort Heimat keine abgeschlossene Struktur sondern das Gegenteil davon: eine Struktur, die öffnet, eine Brücke zwischen den Menschen und dem Weltall, ein Leitfaden, der vom Bekannten auf das Unbekannte, vom Sichtbaren auf das Unsichtbare, vom Verständlichen auf das Geheimnisvolle, vom Konkreten auf das Allgemeine weist. Es ist der feste Boden unter den Füßen, auf dem der Mensch steht, wenn er sich zum Himmel hin ausrichtet.“*

„Wer nicht um seine Herkunft weiß, hat auch keine Zukunft.“ Dieser Satz des Historikers Golo Mann hat für mich eine tiefe Bedeutung. Denn er weist darauf hin, dass, wer geschichtslos lebt, keine Orientierung für die Zukunft hat. Denn wie soll einer entscheiden, in welche Richtung er gehen soll, wenn er gar nicht weiß, aus welcher Richtung er kommt? Das Wissen um die eigene Heimat und die eigene Geschichte ist für mich deshalb Orientierungswissen im besten Sinne. Wer sich auf seine Heimat einlässt – auf Geschichte, Kultur und Landschaft, auf Sprache, Bräuche und Feste –, der kann seine Umwelt und seine Mitmenschen mit anderen Augen sehen. Für den ist Tradition und Geschichte nicht bloß Vergangenes, Hinter-uns-Gelassenes. Sondern der erkennt auch die Verpflichtung und die Verantwortung gegenüber dem reichen kulturellen Erbe, das andere Generationen uns hinterlassen haben. Die Pflege und Weitergabe dieses kulturellen Erbes ist nicht nur eine staatliche Aufgabe. Es ist eine Aufgabe des ganzen Gemeinwesens. Der Staat kann keine Heimatgefühle erzeugen. Aber er kann mithelfen, das Interesse der Men-

schen an ihrer Heimat wach zu halten und zu unterstützen. Entscheidend sind die Menschen, die den Geschichts- und Heimatverein mit ihrem treuen und großartigen ehrenamtlichen Engagement mit Leben erfüllen. In diesem Sinne wünsche ich dem renommierten und traditionsbewussten Geschichts- und Heimatverein weiterhin eine gute Entwicklung und den öffentlichen Zuspruch, den seine wichtige Arbeit verdient und allen Mitgliedern viel Freude und Erfüllung in Ihrem ehrenamtlichen Engagement. Der Begriff „Heimat“ besitzt bei vielen Intellektuellen und Kulturschaffenden bis heute einen schalen Beigeschmack; für sie klingt er muffig, provinziell und anbiedernd. Aber in Wirklichkeit ist er hochaktuell, wie die Einrichtung von „Heimatministerien“ auf Bundes- wie auf Länderebene unterstreicht. Denn die Wahrheit ist: Wenn man seine Heimat nicht liebt, ist man nicht wirklich offen für Fremdes, Neues, Andersartiges. Wer heimatlos ist, verliert Geborgenheit, Vertrautheit, emotionale Verbundenheit. „Heimat“ ist das elementare Bedürfnis des Menschen nach Orientierung und dem Wissen um historisch gewachsene Besonderheiten des eigenen Ursprungs. „Heimat“ ist ein Grundbaustein individueller, aber auch kollektiver Identitätsfindung. „Heimat“ ist der Ort, den man vermisst, wenn man ihn verlässt. Um die neuen Herausforderungen in einer globalisierten Welt meistern zu können, brauchen die Menschen Halt. In der Sicherheit, ihre Heimat zu kennen und zu lieben, können sie sich öffnen für Neues und für Ungewohntes, weil das Vertraute sie trägt durch die Konfrontation mit erlebter Verunsicherung. Wenn wir unsere Traditionen, unsere Sitten und unsere Geschichte vergäßen, wären wir nicht wirklich offen für das Fremde. Nur wer über einen eigenen Standpunkt verfügt, ist auch fähig zu wahrer Toleranz. Anderenfalls wird aus Toleranz bloße Beliebigkeit. Auf diesem Fundament wird heute wie in der Vergangenheit Wesentliches geleistet. Dem Geschichts- und Heimatverein gelingt es immer wieder, die historischen Wurzeln und die Entwicklung des Stadtbezirks Villingen für die Bevölkerung transparent und erfahrbar zu machen. Am 10. Juni

1969 wurde der heutige Geschichts- und Heimatverein Villingen gegründet. Er hat sich im Laufe dieser 50 Jahre zu Themen gemeldet, bei denen es darum ging, die Werte und Tradition der alten Stadt Villingen und ihre Geschichte zu bewahren und ist so zu einer Säule des kulturellen Lebens in dieser traditionsreichen Stadt geworden. Der Geschichts- und Heimatverein hat diese Ziele in verschiedenen Projekten umgesetzt, genannt seien bisher 42 Jahreshefte, 120 Tagesexkursionen, 90 Mehrtagesexkursionen und mehr als 700 Vorträge, Führungen und Besichtigungen. Die große Zahl der Veranstaltungen und ihre Qualität ist beeindruckend. Die Themen umfassen die ganze Breite der Villingener Geschichte, die Geschichte bedeutender Gebäude und Einrichtungen der Stadt, Aspekte der Kunstgeschichte werden behandelt. Im Laufe seiner fünfzigjährigen Geschichte hat der Geschichts- und Heimatverein stets seinen in der Satzung festgeschriebenen Auftrag erfüllt, die Erinnerung und Vermittlung geschichtlicher Ereignisse wachzuhalten und bis in die Gegenwart zu pflegen. „Wissenschaft und Forschung in stadtgeschichtlicher und regionaler Hinsicht zu fördern, Kunst und Kultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege zu gestalten und an der Gestaltung und Erhaltung des Erscheinungsbildes der historischen Innenstadt von Villingen mitzuarbeiten.“ Beispielhaft genannt sei hier nur das Engagement bei der Rekonstruktion der Silbermann-Orgel in der Benediktinerkirche, die Erstellung der Stele am Ende des Stationenwegs durch Klaus Ringwald, die Restaurierung des historischen Sägerbildes vom Einzug Kaiser Maximilians in Villingen, die Beteiligung an mehreren Krippenausstellungen und der Ausstellung zu den Theaterkulissen und die Fortsetzung des Schwenninger Geschichts- und Naturlehrpfades auf Villingener Gemarkung. Das Sühnekreuz am Tannhörnle ist seit vielen Jahren Teil der Projekte des GHV und ebenso wird seit langer Zeit die Renovierung zahlreiche Wegkreuze betrieben. Nicht vergessen möchte ich neben der Herausgabe der jährlichen Jahreshefte die Sondereditionen von Altdekan Pfarrer Kurt Müller über „Kreuze in der Feldflur, am Wegrand und

an Hausfassaden“ sowie das Buch „Große und kleine Gotteshäuser.“ Gemeinsam mit dem Kloster St. Ursula präsentierte der Verein 1999 aus Anlass des Stadtjubiläums die Ausstellung „St. Ursula ein Haus mit Geschichte“ und das zugehörige Begleitbuch. Im Rahmen der Unterstützung der Silbermann Orgel organisierte der Verein die Kunstausstellung zu Villingener Malern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und veröffentlichte gemeinsam mit der Stadt den zugehörigen Katalog.

Diese Aufzählung von Aktivitäten mag nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Vereinsleben sein. Ich begrüße es sehr, dass sich der Geschichts- und Heimatverein Villingen nun seit einem halben Jahrhundert intensiv mit der Geschichte Villingens und der Region auseinandersetzt. Den Mitgliedern des Vereins ist sehr wohl bewusst, dass mit dem Verlust unserer historischen Zeugnisse und Erinnerungen auch ein Stück unseres kulturellen Erbes, ein Stück Heimat und Identität verloren geht. *„Geschichte soll nicht das Gedächtnis erschweren, sondern den Verstand erleuchten“*, sagte Gotthold Ephraim Lessing bereits vor mehr als 200 Jahren. Seine Worte haben heute mehr denn je Gültigkeit.

Die Geschichte hat uns vor Augen geführt, wie sinnlos bewaffnete Konflikte zu allen Zeiten waren. Dass auch auf dem Boden Villingens nicht zu allen Zeiten eitler Sonnenschein herrschte, erfahren wir sehr schnell, wenn wir in die Jahreshefte des Vereins und die Geschichtsbücher Villingens schauen. Auch dort lesen wir vom Auf und Ab, von Wohlstand und Reichtum, von Zeiten der Not und des Elends. Was wir im historischen Rückblick nicht zu Unrecht als langen Prozess des Fortschritts begreifen, war für die Menschen der jeweiligen Zeit mit sprunghaften Veränderungen und nicht selten mit Krieg und Zerstörung verbunden. Wir wollen aber Geschichte nicht als düsteres „Memento mori“ betrachten, sondern als ein freundliches Vergissmeinnicht, dessen Lehre man sich mit Liebe erinnern soll. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts schrieb das Schaffhausener Intelligenzblatt über Villingen: *„Diese Stadt besitzt Charakter*

und Rasse. Und wenn man durch die stillen Straßen auf und ab geht, das schöne Münster, den Renaissance-Bau des Rathauses betrachtet, denkt man unwillkürlich an die bewegte Geschichte dieser Schwarzwaldstadt.“ Dies gilt auch heute wieder, denn trotz der Wandlungen und strukturellen Krisen besonders in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat sich Villingen und das Oberzentrum stetig weiterentwickelt und ist lebens- und liebenswerter Ort geblieben.

Die Menschen hier hängen an diesem traditionsreichen Ort, und sie haben etwas aus ihm gemacht. Es zeigt sich in einem blühenden Vereinsleben, das Ausdruck des Gemeinsinns ist, der hier herrscht. Mehr noch als die Architektur ein Ortsbild optisch bestimmt, prägen Vereine wie der Geschichts- und Heimatverein den sozialen Charakter eines Ortes. Gebe es sie nicht, fehlten vielen unserer Orte die Seele.

Deshalb will ich gerne heute auch Dank sagen, Dank für ehrenamtliches Engagement, für den Dienst an der Gemeinschaft. Sie tragen dazu bei, dass die Menschen sich hier wohl fühlen, dass wir in dieser Zeit des immer schnelleren Wandels Anknüpfungspunkte und Kontinuität finden. Die Jahreshefte des Geschichts- und Heimatvereins, die nun schon über 40 Mal erschienen sind

und zu denen ich Sie herzlich beglückwünsche, zeigen uns, die Menschen besinnen sich zurück auf ihre Geschichte, sie wollen ihre Wurzeln wiederentdecken.

Eine Heimat wie Villingen, in der unsere regionale und lokale Identität auch in der Geschichte und Tradition lebt. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, das Land ist stolz auf Villingen. Ich wünsche dem Geschichts- und Heimatverein, dass sich immer Bürgerinnen und Bürger finden, die sich im Verein engagieren, Menschen, die Verantwortung tragen, die selbst Hand anlegen, die nicht Zuschauer sind, sondern aktive Mitspieler. Wenn sich solche Bürgerinnen und Bürger finden, dann hat der Verein nicht nur eine reiche geschichtliche Vergangenheit, sondern auch eine gute Zukunft. Für dieses Jubiläumsjahr 2019 wünsche ich Ihnen noch viele weitere interessante und schöne Veranstaltungen, die Impulse geben für die Besinnung aufeinander und das Arbeiten miteinander, für ein weiteres gutes Zusammenleben und eine weiter gute Entwicklung des Geschichts- und Heimatvereins Villingen.

Abschließend gratuliere ich dem GHV noch einmal von Herzen zu seinem 50-jährigen Bestehen und wünsche ihm auch in Zukunft eine weiterhin fruchtbare und segensreiche Arbeit!



Abb. 1 Festredner Erwin Teufel mit Villingener Trachtenträger(innen) und dem GHV-Vorsitzenden Dr. Rupert Kubon (Foto: Archiv Tritschler).

Rede Festakt GHV

Rupert Kubon

Liebe Freunde und Mitglieder des Geschichts- und Heimatvereins Villingen, sehr geehrte Damen und Herren.

„*Wer die Enge seiner Heimat begreifen will, der reise. Wer die Enge seiner Zeit ermessen will, studiere Geschichte*“, dieses Zitat Kurt Tucholskys klingt fast so als hätten es vor 50 Jahren die Gründer des Geschichts- und Heimatvereins Villingen aufgegriffen, um daraus das Erfolgsprogramm zu machen, welches unseren Verein bis heute auszeichnet. Heute feiern wir Geburtstag und ich freue mich, dass Sie alle gekommen sind, um mit uns zu feiern. Die illustre Zahl unserer Gäste zeigt mir, dass die immerhin rund 200 Gründungsmitglieder, welche den neuen Verein am 10. Juni 1969 aus der Taufe hoben, eine wirklich tolle und sehr nachhaltige Entscheidung trafen.

Besonders begrüße ich natürlich jene, die sich im weiteren Verlauf des Abends mit Beiträgen aktiv an der Gratulation beteiligen. Mein erster Gruß gilt daher Ihnen, lieber Ehrenbürger und Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Erwin Teufel. Sie passen so gut zu uns, dass ich Sie mir vor 50 Jahren als Gründungsmitglied gut hätte vorstellen können. Immerhin begleiten Sie unseren Verein schon seit vielen Jahrzehnten außerordentlich wohlwollend und werden, wie ich weiß, auch heute mit ihrer Festrede manche Facetten unserer Arbeit ansprechen, denen ich deshalb in meinen Worten auch nicht vorgreifen will. Ein herzliches Willkommen Ihnen und Ihrer Gattin und unseren herzlichen Dank.

Ich begrüße natürlich ebenso gerne unseren Bürgermeister Detlev Bühner in Vertretung des Oberbürgermeisters. Lieber Detlev, Du bist wie ich kein Villingener im Gegensatz zu unserem Oberbürgermeister, damit bestätigst du aber, wie wichtig die Arbeit unseres Vereins gerade auch

für jene ist, die in unserer Stadt zugewandert sind und zuwandern. Dieser Teil unserer Bevölkerung also die Zuwanderer, bildet schließlich, wie Sie sicher wissen, die übergroße Mehrheit der Menschen in unserer Stadt.

Ich heiße Sie liebe Frau Dr. Conradt-Mach herzlich willkommen. Als Vorsitzende des weitaus älteren Schwestervereins in Schwenningen und ebenfalls seit Jahren äußerst engagierte und kompetente Chronistin wichtiger Teile unserer Stadtgeschichte freue ich mich auf Ihren Beitrag im Namen aller befreundeten Vereine; ich grüße an dieser Stelle deshalb auch die Vertreter des Baar-Vereins und des Geschichtsvereins Buchenberg.

Schließlich möchte ich die Musikakademie Villingen-Schwenningen ansprechen, die uns heute mit Ihrem „Klarisma Trio“ musikalisch begleiten wird und das Schülercafé der Goldenbühlschule, das uns heute kulinarisch und mit Getränken versorgt. Ich finde es eine tolle Sache, dass wir heute von Euch betreut werden. Vielleicht habt ihr ja noch Lust, bei uns Mitglied zu werden. Mit 67 Cent im Monat seid Ihr künftig dabei, und nach den Sommerferien komme ich gerne einmal vorbei, um Euch zu erzählen, was es denn so bringt, Mitglied in einem Geschichtsverein zu sein. Schließlich freue ich mich, dass uns auch heute Abend Trachtenträgerinnen und -träger empfangen haben. Ihnen Allen herzlichen Dank.

Doch natürlich ist unsere Gästeliste auch über diejenigen hinaus, die unseren heutigen Abend begleiten, sehr reich. Ich darf Ihnen versichern, auch jene, die ich vielleicht jetzt nicht persönlich erwähne, dürfen sich als Ehrengäste fühlen.

Begrüßen möchte ich dennoch unsere Landtagsabgeordnete Martina Braun. Liebe Martina, Du stehst für Bodenständigkeit und die Bereitschaft zu neuen Ufern aufzubrechen. Daher bist Du heute Abend bei uns genau richtig.

Ich heiÙe unsere Gemeinderäte Katharina Hirt, Erich Bißwurm, Frank Bonath, Siegfried Heinzmann, Berthold Ummerhofer und Dietmar Wildi herzlich Willkommen, liefern Sie uns doch heute schon mit Ihrer Arbeit einen guten Teil des Materials, welches künftige Generationen von Heimatforschern einst auswerten dürfen. Ich bin mir sicher, Sie werden spannende Beiträge zur Stadtgeschichte liefern.

Ich begrüÙe ebenso herzlich die Mitarbeiterinnen in den Ämtern und Einrichtungen unserer Stadt

Ganz besonders freue ich mich natürlich, dass die Mitglieder unseres Vereins selbst in großer Zahl heute hier her gekommen sind. Sie tragen die Arbeit durch Ihre finanziellen Beitrag, aber vor allem auch indem Sie von unseren Angeboten reichlich Gebrauch machen, angefangen beim Jahrbuch (ich finde den Begriff Jahresheft für die Arbeit, die dahinter steckt eigentlich nicht angemessen) mit jährlich neuen spannenden Beiträgen zu Kultur, Geschichte und Gegenwart unserer Stadt, im besonderen natürlich zu Villingen, über die rege Teilnahme an Exkursionen, fachkundig geführten Reisen oder den Besuch spannender Vorträge. Ich begrüÙe unser ältestes Mitglied, Frau Maria Obergfell. Für Sie alle stellvertretend freue ich mich, dass meine Vorgänger im Amt, lieber Herr Ehle und als Ehrenvorsitzender lieber Herr Rath, heute unserer Feier beiwohnen. Ebenso herzlich grüÙe ich unsere Ehrenmitglieder Pfarrer Kurt Müller, Klaus Haubner und Hermann Schaubauer. Ich freue mich, dass meine Kollegen im Vorstand, Prof. Edgar Tritschler, Werner Blum und Helga Ehle, sowie die meisten Mitglieder unseres Beirats heute Abend den Weg ins Münsterzentrum gefunden haben, wobei das eigentlich den Sachverhalt nur ungenügend wiedergibt. Das Ausmaß, in dem Sie sich vor allem in den vergangenen Wochen in die Vorbereitung unseres Festaktes eingebracht haben, ist einfach überwältigend. Die heutige Veranstaltung hätte es ohne sie gar nicht so gegeben. Insbesondere möchte ich dabei Sie, liebes Ehepaar Ehle, hervorheben. Ihnen allen herzlichen Dank.

Doch viele von Ihnen arbeiten ja nicht nur für die Veranstaltungen im Jubiläumsjahr regelmäßig tragen Sie durch vielfältige Beiträge zum attraktiven Angebot des Geschichts- und-Heimatvereins bei. Mein Gruß und aufrichtiger Dank gilt deshalb heute auch neben den engagierten Vereinsmitgliedern allen Autorinnen und Autoren unserer Publikationen.

Schließlich danke ich besonders unseren Förderern, konkret darf ich hier für Viele die Sparkasse Schwarzwald-Baar benennen, die heute durch Sie, lieber Herr Grieshaber, vertreten ist.

Abschließend gilt natürlich mein Gruß den Medienvertretern, die unsere Arbeit kompetent und wohlwollend seit Jahren und sicherlich auch heute Abend begleiten.

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass es, wie erwähnt, 200 Menschen waren, die am 10. Juni 1969 zur Vereinsgründung zusammenkamen, darunter der damalige Oberbürgermeister Severin Kern und der Villingener Landrat Dr. Astfäller war natürlich nur deshalb so eindrucksvoll, weil diese Vereinsgründung eigentlich eher ein wichtiger Meilenstein und kein Startpunkt für eine breit aufgestellte und in der Bürgerschaft verankerte Traditions- und Heimatpflege in unserer Stadt war.

Der über 200 Jahre alte Baar-Verein stand mit seiner Villingener Ortsgruppe sicherlich an der Wiege unseres Vereins. Bereits 1920 formulierte der Lehrer unseres örtlichen Realgymnasiums Prof. Eugen Hirt in einem Schreiben an den Vereinsvorsitzenden, dass man angesichts der Größe und Bedeutung der Stadt einen eigenen Verein wünsche. Treibende Kraft wurde schließlich nach dem 2. Weltkrieg das Vorstandsmitglied des Baarvereins, der Arzt Dr. Nepomuk Hässler. Er gründete 1951 die Villingener Vereinigung für Heimatpflege und Heimatkunde. 1953 erfolgte dann die Gründung eines Heimatvereins Villingen als Ortsgruppe des Vereins Badische Heimat, was schließlich in der eigentlichen Gründung des Geschichts- und Heimatvereins 1969 mündete.

Das Ziel unseres Vereins beschreibt unsere Satzung in Ihrer Präambel: *„die Förderung von Wissenschaft und Forschung in stadtgeschichtlicher*

und regionaler Hinsicht, der Kunst und Kultur ... , des Landschafts- und Denkmalschutzes ... die Vermittlung geschichtlicher Ereignisse und die Förderung des Interesses an der historischen Entwicklung von Villingen bis in die Gegenwart ... , sowie die Mitarbeit an der Gestaltung und Erhaltung des Erscheinungsbildes der historischen Innenstadt von Villingen im Rahmen einer sinnvollen zukunftsorientierten städtischen Entwicklung“

Über die Bedeutung und Geschichte unseres Vereins finden sich zahlreiche Beiträge in unserem aktuellen Jahrbuch. Ich möchte ausdrücklich darauf verweisen. Die zahlreichen Aktivitäten werden aufgeführt und gewürdigt: 42 Jahreshefte bzw. -bücher, 120 Tagesexkursionen, 90 Mehrtagesexkursionen, rund 700 Vortragsveranstaltungen, Führungen und Besichtigungen, eindrucksvolle Zahlen, und natürlich gilt es an dieser Stelle allen zu danken, die in den vergangenen 50 Jahren dieses Engagement möglich gemacht haben. Aber gerade am heutigen Tag stellt sich die Frage, ob es uns denn noch gelingt, damit unsere in der Präambel formulierten Ziele tatsächlich zu erreichen, und wichtiger noch, sind in einer globalisierten Gesellschaft, auch in unserer Stadt diese Ziele eigentlich noch erstrebenswert? Nun, ich hätte mich nicht zum Vorsitzenden wählen lassen, wenn ich diese Fragen nicht mit einem eindeutigen Ja beantworten würde, aber trotzdem bleibt die Frage allgemein bestehen.

Prof. Werner Mezger, der auch an unserer Podiumsdiskussion im Herbst dieses Jahres teilnehmen wird, hat in seinem Beitrag im Jahrbuch eine Antwort gegeben: *„Nur wer Heimat kennt, kann die Welt verstehen. ... Die Heimat braucht Welt und die Welt braucht Heimat.“* Warum das so ist, bringt mein Eingangszitat Kurt Tucholskys auf den Punkt. *„Wer die Enge seiner Heimat begreifen will, der reise. Wer die Enge seiner Zeit ermessen will, studiere Geschichte.“* Enge Heimat versus weite Reise, der Augenblick gegenüber dem geschichtlichen Verlauf.

Die Enge der Heimat ist schließlich nichts Negatives sondern der natürliche Raum, in dem wir aufwachsen, der uns Geborgenheit gibt, der uns aber vor allen Dingen Wurzeln schlagen

lässt, und Wurzeln dienen letztlich dazu, Zugang zum lebensspendenden Wasser zu gewähren.

Gleichzeitig aber genügt das nicht, weder dem Baum, noch uns Menschen. So wichtig die anfängliche Enge – ich will vielleicht eher von Behütetheit sprechen – ist, so wichtig ist es, diese Enge im Laufe der Zeit zu überwinden, die schrankenlose Luft zum Atmen zu haben. Beides gehört zusammen. Beides brauchen wir wie der Baum zum Leben.

Woran wir das ablesen können? Da sind zum einen unsere eigenen Biographien. Ich selbst war jahrelang auf der Suche nach einer eigenen Heimat, weil mir als Kind von Flüchtlingen des 2. Weltkrieges eine verortbare ebenso wie eine soziokulturelle Heimat außerhalb meines Elternhauses fehlte, und ich habe schließlich Geschichte studiert, um dies in seiner zeitlichen Einbettung verstehen zu können.

Da passt die Geschichte eines unserer ersten Mitglieder ebenso hervorragend dazu. Ich freue mich, dass Sie, liebe Frau Barbara Weigt heute Abend auch unter uns sind. Herzlich Willkommen. Ich habe mir Ihre Begrüßung bis jetzt aufgehoben, denn Ihre Geschichte passt so hervorragend zu dem, was ich eben sagte. Sie kamen offensichtlich mit ihrer Mutter aus dem kriegszerstörten Berlin ins beschauliche Villingen, und lasen von der geplanten Gründung des Geschichts- und Heimatvereins in der Zeitung. Sie waren auf der Suche nach Heimat und wollten als Zugezogene dabei sein. So wandte sich ihre Mutter an ein Gründungsmitglied worauf ihr mit offensichtlichem Unverständnis die Frage gestellt wurde, was sie denn bei einem Villingen Geschichts- und Heimatverein wolle, sie sei doch gar nicht von hier. Ihre Mutter reagierte sehr bestimmt. Sie komme aus Berlin, wo sie so viel Kaputtes erlebt habe, dass sie sich nun in Villingen gerne für die Erhaltung dieser schönen Stadt einsetzen wolle.

Sie waren also offensichtlich auf der wirklichen Suche nach einer neuen Heimat mit all dem was Heimat ausmacht und ich bin überzeugt, sie haben Ihre Heimat auch gefunden haben. Nochmals, ich freue mich, dass Sie heute hier sind.

Nähe und Weite, Heimat und Welt gehören seit 50 Jahren für unseren Geschichts- und Heimatverein zusammen, deshalb ist es mein zentrales Anliegen, gerade auch junge Menschen für unseren Verein zu begeistern, denn der Spannungsbogen zwischen Heimat und Welt, zwischen Augenblick und Zeitenlauf existiert für jeden Menschen, unabhängig von Herkunft und Alter.

Als Oberbürgermeister hatte ich oft die Gelegenheit, Schülergruppen zu begrüßen, und ich habe immer wieder beispielsweise unter Verweis auf die zahlreichen genutzten Smartphones auf diesen Zusammenhang hingewiesen.

Was so selbstverständlich genutzt wird, ist ein Produkt vieler kleiner Heimatgeschichten, der Gewinnung von Litium durch Arbeiter in der Salzwüste in Chile, der Entwicklung einer Idee durch Ingenieure im Silicon Valley in Kalifornien, der Zusammensetzung der Geräte durch Arbeiterinnen in China. Die jeweiligen individuellen Bedingungen unter denen dieses Produkt entsteht sind letztlich entscheidend für den Preis zu dem ein Smartphone bei uns angeboten wird und dem Wert, den wir ihm geben, erst die vielen Heimat-Puzzle-Teile führen zu einem globalen Produkt.

Das ist nicht neu und galt und gilt beispielsweise auch für die Industriegeschichte in unserer Stadt. Von hier aus verbreiteten sich weltweit technologische Meilensteine, auf die wir stolz sind. Weil dann aber globale Prozesse hier vor Ort nicht rechtzeitig wahrgenommen und darauf reagiert wurde, kam es seit den siebziger Jahren zum umfassenden Strukturwandel, der unsere Stadt ebenso prägte, wie die Jahrzehnte zuvor, wie das Mittelalter unser Stadtbild, und heute sind wir erneut an vielen Stellen mit Produkten aus dem Schwarzwald weltweit aktiv. Heimatgeschichte ist immer ein Stück Weltgeschichte, und Weltgeschichte ist nichts anderes als die Bündelung von Heimatgeschichten. Das Eine können wir ohne das Andere nicht verstehen.

Deshalb ist Heimatgeschichte so wichtig, deshalb ist sie weitaus mehr als ein nettes Hobby einiger pensionierter Lehrer, deshalb ist der Geschichts- und Heimatverein stolz darauf, seit 50 Jahren das historische Tagebuch unserer Stadt zu schreiben, und deshalb freue ich mich heute auf eine schöne Geburtstagsfeier und den weiteren Abend mit Ihnen.



Abb. 1: Dr. Rupert Kubon, 1. Vorsitzender GHV (Foto: GHV).

Grußwort des Schwenninger Heimatvereins

Annemarie Conradt-Mach

Liebe Freunde und Mitglieder des Geschichts- und Heimatvereins Villingen, sehr geehrte Damen und Herren.

Es ist mir eine große Ehre, hier vor Ihnen an Ihrer Jubiläumsfeier sprechen zu dürfen.

1973 wurde ich mit meinem Mann von Freiburg nach Villingen-Schwenningen versetzt. Wahrgenommen haben wir zuerst einmal Villingen, und mein Mann wurde, wenn ich mich recht erinnere, bereits 1974 für den Geschichts- und Heimatverein geworben, dem ich seit damals als Mitglied angehöre. Mitglied im Schwenninger Heimatverein wurde ich erst sehr viel später. Wenn Besucher kamen, dann wurden die damals natürlich erst einmal nach Villingen geführt, weil das halt eine schöne alte Stadt ist, und etwas ganz Besonderes war natürlich die historische Villingener Fasnet, in die uns Kollegen meines Mannes vom Wirtschaftsgymnasium einführten.

Obwohl ich seit 1973 an der Feintechnikschule als Lehrerin arbeitete, habe ich damals neben der Feintechnikschule nur wenig von Schweningen mitbekommen. Das änderte sich mit der in den 70er Jahren populären historischen „Grabe wo Du stehst“-Bewegung, die mir als Lehrerin und Historikerin für Industriegeschichte die Augen öffnete:

Industrie, das war in Schweningen all überall gegenwärtig. Für Jüngere unter Ihnen: Das war noch vor der Zeit als die Einkaufszentren die Fabrikgebäude in der Schwenninger Innenstadt ersetzten. Seit 1978 begann ich mich für die Schwenninger Industrie- und Arbeitergeschichte zu interessieren, später auch für die Villingener Industriegeschichte, ein weites Betätigungsfeld, da die Industrie- und Arbeitergeschichte damals noch nicht so sehr als Gegenstand der regionalen Geschichtsforschung wahrgenommen wurde.

Zu dieser Zeit begannen die Menschen zu spüren, dass die Zeit der ersten Industrialisierung zu Ende ging. Viele wollten Ihre Lebenserfahrungen, die sie in den nun vergangenen Fabriken gemacht hatten, für die Zukunft bewahren. Ich denke, aus solchen Überlegungen heraus wurde in Schweningen das Uhrenindustrie-Museum gegründet. Vielleicht entsteht das Streben danach, einen Heimat- und Geschichtsverein zu gründen, aus dem Gefühl heraus, etwas wichtiges Unwiederbringliches verloren zu haben. Man möchte Erfahrungen und Leistungen, Gefühle von Bürgerstolz, von Überlegenheit, all das, was unsere persönliche Lebensleistung ausgemacht hat, all das, wofür wir uns angestrengt haben, wofür wir gekämpft haben, das möchte man unbedingt an seine Kinder weitergeben.

In Schweningen war es der Verlust der bürgerlichen, angeblich so harmonischen Vergangenheit, der 1921 zur Gründung des Schwenninger Heimatvereins führte. Damals arbeiteten bereits rund 80 Prozent der Schwenninger in der Industrie.

Und in Villingen brachte die bevorstehende Städtefusion, wie man mir berichtete, wohl einige Villingener dazu, sich ihrer stolzen über 1000 Jahre dauernden Geschichte zu erinnern, eine Zeit als Villingen noch eigenständig war, was immer man darunter auch verstehen will, als Villingen in der Region neben den anderen alten Städten einen Machtfaktor darstellte.

Bis in die jüngste Zeit, vor allem, wenn man der Lokalpresse glaubt, bedeutet Heimat VS oft Heimat Villingen contra Heimat Schweningen. Identität entwickelt sich eben auch durch den Vergleich mit den anderen, an denen man eben ganz genau zeigen kann, weshalb man selbst so viel besser ist. Villingen und Schweningen liegen seit jeher nahe beieinander, seit jeher kannte

man sich und seit jeher war es möglich, sich in irgendeiner Weise, mit denen da drüben zu vergleichen. Man verglich das württembergische Dorf mit der vorderösterreichischen und später badischen Stadt.

Als Schwenningen seine Dorfarmen 1847 nach Amerika schickte, und eine endlose Karawane (so eine Villingener Zeitung) auf ihrem Weg nach Amerika, von Verwandten begleitet, ihren Reiseweg durch Villingen nahm, und selbst den Villingern die Tränen kamen „beim Anblick dieses ergreifenden Schauspiels.“ Da dachten sich die Villingener vermutlich, Gott-sei-Dank, dass ich kein Schwenninger bin.

Trotz der Grenze besuchte man die Jahrmärkte und die Feste gegenseitig, so z.B. das sozialdemokratische Partei-Fest mit August Bebel in Villingen 1897 und in den zwanziger Jahren reiste die Villingener Jugend in Scharen ins Schwenninger Freibad, in dem man damals – außerordentlich revolutionär – nicht nach Geschlechtern getrennt baden durfte, sehr zum Ärger der Villingener Kommunalpolitiker. Durch die Industrialisierung wurde Schwenningen 1907 zur Stadt und überholte Villingen, was die Zahl der Einwohner und die Stärke der Wirtschaft anging. 1882 bereits kam es zu einem Pressestreit der Villingener Uhrenfabrikanten gegen die Schwenninger Konkurrenz wegen der Schwenninger Behauptung: „*Die Preis-schleuderei komme nicht vom Hauptsitz der Uhrenindustrie, von Schwenningen her.*“ Da zeigte sich ein Villingener Unternehmer sehr entrüstet: „*Es sei geradezu zum Lachen, dass Schwenningen sich das Beiwort Hauptsitz der Uhrenindustrie anmaße.*“

1903 versuchte die Nationalliberale Partei in Villingen Wahlkampf dadurch zu machen, dass man den Villingern die dynamische Wirtschaftsentwicklung und das enorme Schwenninger Bevölkerungswachstum vorhielt. Die Villingener Zentrumsparterie hätte die Schwenninger brüskiert, indem sie deren dynamische Industrie-Entwicklung „eine faule“ Entwicklung nannte. Und das, obwohl gerade die Schwenninger „durch promptes Zahlen beliebte Abnehmer (auch bei den Villingern) geworden seien.“

Der erste gemeinsame Bürgermeister Villingen-Schwenningens war Emil Braunagel. Er war von 1903 bis 1912 Bürgermeister in Villingen und von 1912 bis 1925 in Schwenningen. In Villingen wurde er gewählt, weil man sich von ihm eine Förderung der Wirtschaft versprach, und den protestantischen Bewerber der liberalen, protestantischen, großherzoglichen Beamtschaft verhindern wollte. Braunagel kam zwar aus der Fremde (Mannheim), aber er war wenigstens katholisch. Die ausgesprochene Industriepolitik des neuen Bürgermeisters aber gefiel den konservativen Kreisen nicht, weshalb Emil Braunagel sich 1912 um den freigewordenen Schultheiß-Posten in Schwenningen bewarb.

Aus Villingen wollte man seine Kandidatur zwar verhindern, indem man ein Anti-Braunagel-Flugblatt in Schwenningen verteilen ließ, was aber für Braunagel in diesem Falle eher als eine Wahlkampf-Hilfe anzusehen war. Dort störte es niemanden, dass er katholisch und von Geburt ein Badener war. Am Wahlabend (4.3.1912) wurden in Villingen die Zeitungsredaktionen belagert, man wollte den Ausgang der Schwenninger Wahl wissen. Auf den Straßen in Villingen wurde das Wahlergebnis diskutiert. „Als ein Schwenninger Auto vor der Villa des Herrn Braunagel eintraf, um ihn abzuholen, hatten sich viele Einwohner dort versammelt, einige riefen hoch.“ In allen Villingener Wirtschaften traf man Schwenninger, die sich über die Wahlergebnisse mit den Villingern unterhielten.

Der Vergleich mit dem jeweils anderen Partner, er war Ansporn, er war Bestätigung, dass man es doch besser hatte und er war vermutlich über Jahrhunderte entstanden. Unterschiedlichste historische Erfahrungen werden von den Eltern an die Kinder weitergegeben, von Einheimischen an Zugezogene. Teilhabe an solchen Vorurteilen und Verhaltensweisen zeigen eben auch, wer dazu gehört und wer nicht. Die alten Geschichten aus der Geschichte haben auch deshalb Beweiskraft, weil man glaubt, dass man sie durch viele neue persönlich erlebte Geschichten (und wer in Villingen kennt kei-

nen Schwenninger?) in ihrer vermeintlichen Aussagekraft bestärken kann. In der letzten Zeit wurde ich immer wieder auf die Beziehungen des Schwenninger Heimatvereins zu dem Villingener Geschichts- und Heimatverein angesprochen und erlebte, dass meine Gesprächspartner ungläubig staunten, wenn ich erklärte, dass das Verhältnis der beiden Vereine hervorragend sei und das seit vielen Jahren. Ich denke, das lag auch daran, dass ich mich mit dem früheren Vorsitzenden Günter Rath gut verstand.

Ich habe im Laufe meines Lebens gelernt, wenn Du Dein Gegenüber verstehen willst, dann musst Du wissen, wie er bzw. sie geworden ist. Nur so kannst du ihn bzw. sie wirklich verstehen und schließlich auch mit ihm/ihr zusammenarbeiten. Die Verschiedenheit und die Vielfalt macht unsere Geschichte in Villingen-Schwenningen aus. Und das war vermutlich auch der Ausgangspunkt für eine nun doch schon seit einiger Zeit bestehende Kooperation zwischen den beiden Heimatvereinen.

Heimat Villingen und Heimat Schwenningen das gibt uns die Möglichkeit unterschiedliche Reaktionen auf gesellschaftliche Krisen kennen zu lernen, das gibt uns die Möglichkeit in einer vergleichsweise begrenzten Region die Vielfalt von historischen Entwicklungen zu sehen und unterschiedliche Reaktionen der Menschen auf solche Entwicklungen zu verstehen. Wir können den Umgang mit Grenzen studieren und die Erfahrung machen, wie schwierig es ist, Grenzen vor allem in den Köpfen zu überwinden.

Für die Heimat- und Geschichtsvereine in unserer Stadt Villingen-Schwenningen sehe ich die Möglichkeit, die eigene Geschichte dem jeweils anderen nahezubringen und damit zum gegenseitigen Verständnis der beiden großen Stadtbezirke beizutragen. Respekt vor den anderen fängt vielleicht im ganz Kleinen an und bedeutet gleichzeitig Anerkennung vor den Leistungen der anderen. In diesem Sinne wünsche ich dem Geschichts- und Heimatverein Villingen für die nächsten 50 Jahre von Herzen alles Gute.



Abb. 1: Annemarie Conradt-Mach und Rupert Kubon (Foto: GHV).

Das vergangene Vereinsjahr bescherte unseren Mitgliedern wieder viele interessante Veranstaltungen.

Den Auftakt bildete eine gut besuchte Führung durch die Städtische Galerie. Die neue Galerieleiterin Vanessa Charlotte Heitland führte durch die Ausstellung „REVISITED“, neue Blicke auf die städt. Sammlung mit einer Auswahl aus 3000 Werken.



Abb. 1: Führung in der Städt. Galerie.

Die Teilnehmer erlebten eine lebendige, unterhaltsame Führung durch Frau Heitland, die gekonnt die Teilnehmer mit einbezog.

Im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums des



Abb. 2: Die Akteure beim Kappenabend.

Vereins fand die erste besondere Veranstaltung im Februar statt. Der Kappenabend am 22. Februar war sehr gut besucht, die Gruppe um Herrn Schwarz sorgte für ein außerordentlich humorvolles Programm sowie für eine ausgezeichnete Bewirtung.

Ein fastnächtlich geschmückter Saal, hervorragende Vorträge und Gesangseinlagen begeisterten das froh gestimmte Publikum, das sich auch entsprechend kostümiert zeigte. Besonderen Anklang fanden die gemeinsam gesungenen „alten“ Fasnetslieder, darunter viele von den unvergessenen Spittelsängern, die nicht nur von der Villinger Fasnet, sondern auch von der schönen Heimatstadt Villingen handelten.



Abb. 3: gute Stimmung beim Kappenabend.

Die Jahreshauptversammlung im März war außerordentlich gut besucht. Es musste ein neuer 1. Vorsitzender gewählt werden, da Herr Werner Echle nach 4 Jahren nicht mehr zur Verfügung stand. Zur Wahl des Ersten Vorsitzenden kandidierte Herr Dr. Rupert Kubon. Er wurde mit überwältigender Mehrheit gewählt. Ebenso musste ein neuer Schatzmeister gewählt werden, da Herr Hasko Froese nicht mehr kandidierte. Zur Wahl stellte sich Herr Werner Blum. Er wurde einstimmig zum neuen Schatzmeister

gewählt. Herr Froese wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Neue Kassenprüfer sind Ingrid Seibt und Manfred Fiesel.



Abb. 4: Der neue Vorstand.
(von links: Dr. Rupert Kubon 1. Vorsitzender, Helga Echle Schriftführerin, Edgar Tritschler 2. Vorsitzender, Werner Blum Schatzmeister).

Die große Jahresexkursion führte im April unter der bewährten Leitung von Herrn Klaus Weiss auf die Insel Kreta, auf der die erste europäische Zivilisation, die minoische Kultur entstand. Die Teilnehmer besichtigten unter anderem die Zeugnisse der wechselvollen Geschichte Kretas wie z.B. die ehemaligen Paläste von Knossos, Malia und Phaestos. Die Spuren der kretischen Geschichte führte die Besucher weiter in die griechisch-römische Epoche mit den Ruinen von Gortys und in die byzantinische Zeit mit einzigartigen Kirchen und Klosteranlagen, darunter das Kloster Moni Arkadi, das berühmt ist als Zentrum des Kampfes gegen die Tür-



Abb. 5: Die Kreta-Fahrer.

ken. Venezianische Loggien und die Fortezza in Rethymnon zeigten, dass Venedig über viele Jahrhunderte die Herrin der Insel war. Sehr betroffen waren die Teilnehmer von einem Besuch auf dem Soldatenfriedhof von Maleme, der ein Zeugnis der deutschen Besetzung durch die Wehrmacht ist. Im Archäologischen Museum in Heraklion, das die vollständigste und bedeutendste Sammlung minoischer Kunst beherbergt, entdeckten die Besucher 4000 Jahre alte Tonfiguren, deren Kopfschmuck doch sehr an die Villingen Radhaube erinnerte.

Über 40 Mitglieder des GHV besuchten unter der Leitung von Dr. Gerhard Krieger die Schwarzwaldhauptstadt Freiburg. Zunächst wurde der Alte Friedhof der Stadt besucht mit seinen Grabmalen aus dem 18. und 19. Jahrhundert, die die Glaubens- und Jenseitsvorstellungen aus jener Zeit eindrücklich in Wort und Bild aufzeigten. Der Rundgang führte auch in die alte barock ausgestattete Friedhofskapelle mit ihrem bedeutenden Totentanz. Am Nachmittag konnte dann in der Münsterbauhütte ein umfassender Eindruck von der Arbeit dieses uralten Handwerksbetriebs gewonnen werden, der seit gut 800 Jahren mit der Erbauung und dem Erhalt des Freiburger Münsters betraut ist. Hochinteressant war der Einblick in die Steinmetzwerkstatt und die Besichtigung des Münsterbaumuseums, das anschaulich über die Konstruktion des Kathedralbaus informierte, wobei viele ersetzte monumentale Originalskulpturen aus nächster Nähe zu bestaunen waren.



Abb. 6: Dr. Krieger erklärt Grabmale auf dem Alten Friedhof in Freiburg.

Über 130 Zuhörer verfolgten einen Vortrag zur bevorstehenden Europawahl von Ministerpräsidenten a.D. Professor Dr. h.c. Erwin Teufel: „Europa vom Kopf auf die Füße stellen“. In den gut 50 Minuten seiner Rede betonte Erwin Teufel immer wieder, dass er von der Idee eines geeinten Europas völlig überzeugt sei. Diese Überzeugung konnte man dem fast 80-jährigen Politiker ohne geringsten Zweifel abnehmen. Mimik und Gestik unterstrichen seine eindrucksvollen Worte. Erwin Teufel verstand es mit seiner Erklärung des Subsidiaritätsprinzips die Wichtigkeit jedes Einzelnen für Europa zu verdeutlichen.



Abb. 7: Eine große Zuhörerschaft bei dem Vortrag von Erwin Teufel.

Im Mai führte Helga Echle eine große Teilnehmergruppe zur kleinen Jahresexkursion in das liebeliche Lahntal. Hervorragende Stadtführungen in Wetzlar mit seinem in Deutschland einmaligen Dom, in der märchenhaften Fachwerkstadt Alsfeld und dem barocken Kleinod Weilburg bezauberten die Besucher ebenso wie das Braunfelser Märchenschloss, das hoch über der Stadt thront.



Abb. 8: Blick vom Schloss Weilburg auf das liebeliche Lahntal.

Bei einem Besuch in Fulda und Limburg beeindruckten nicht nur der jeweilige prächtige Dom, sondern vor allem in Limburg die hübsche Altstadt. Natürlich durften auch hessische Spezialitäten, wie die typische „grüne Soße“ nicht fehlen.

Im Juni fand eine beachtenswerte Führung durch die Sonderausstellung „Demokratie wagen“ im Franziskanermuseum statt, unter der ausgezeichneten Leitung von Frau Dr. Anita Auer.



Abb. 9: Frau Dr. Auer erklärt die Ausstellung.

Unter der bewährten Leitung von Konrad Flöß machte sich wieder eine große Gruppe nachts um 1:30 Uhr auf zur Fußwallfahrt auf den Dreifaltigkeitsberg.

Mit einem Festakt im St. Georgs Saal im Münsterzentrum feierte der GHV sein 50-jähriges Jubiläum.



Abb. 10: Der Festredner eingerahmt von Villingener Trachtenpaaren.

Die rund 200 Mitglieder und Gäste wurden am 28. Juni festlich unterhalten von Musik des Klarisma-Trios der Musikakademie VS, bewirbt vom Schülercafé der Goldenbühlschule, und sie lauschten den Festreden und Grußworten.

Der neue Erste Vorsitzende Dr. Rupert Kubon begrüßte die Gäste und zitierte den Volkskundler Prof. Dr. Werner Mezger: „Nur wer seine Heimat kennt, kann die Welt verstehen“.

Bürgermeister Detlef Bühner überbrachte die Grüße der Stadt und lobte den Verein mit den Worten: „Sie haben unsere Stadt durch ihr Wirken in Teilen mitgestaltet“.



Abb. 11: Bürgermeister Detlef Bühner bei seinem Grußwort.

Als Vertreterin der befreundeten Vereine blickte die Vorsitzende des 1921 gegründeten Schwenninger Heimatvereins, Dr. Annemarie Conrads-Mach, auf die wechselvolle Beziehung zwischen beiden Städten, die seit 1972 eine sind. „Identität entwickelt sich eben auch durch den Vergleich mit „denen da drüben“, mit dem man genau zeigen kann, weshalb man selbst so viel besser ist“, so Conrads-Mach süffisant.



Abb. 12: Frau Dr. Conrads-Mach überreicht ein Geschenk zum Jubiläum.

„Wer nicht um seine Herkunft weiß, hat keine Zukunft“ – rund um das Zitat des Historikers Golo Mann wand Festredner Erwin Teufel seinen Vortrag, betonte, wie sehr ihm die Stadt, die ihn 1972 in den Landtag wählte, am Herzen liege und welche Hochachtung er vor ihrer 1000-jährigen Geschichte habe.



Abb. 13: Die Festansprache.

Der Begriff „Heimat“ sei weder muffig, noch provinziell oder anbiedernd, sondern hochaktuell, so der ehemalige Ministerpräsident und dankte den Ehrenamtlichen des GHV für ihren unermüdlichen Einsatz, Heimatverbundenheit als Säule des kulturellen Lebens in einer traditionsreichen Stadt zu pflegen und zu fördern.

Im Juli führten Eberhard Härle und Roland Brauner 2 Gruppen durch das Schwenninger Moos. Die Führung war hoch interessant. Beide brachten die Geschichte des „Moos“ den Teilnehmern in lockerer Erzählweise näher.



Abb. 14: Blick über das Moos.

Durch die 5. Kunstausstellung aus der Sammlung Heinzmann mit Bildern Villinger Künstler des Expressionismus zum Thema „Lust und Leidenschaft, Schmerz und Enttäuschung“ führten in bewährter Weise Frau Dr. Anita Auer und Herr Peter Grassmann. Die Art der Anordnung der Bilder, die themenbezogen waren, begeisterten die Teilnehmer.

Die erste Tagesexkursion nach den Sommerferien führte unter Leitung von Edgar Tritschler zum Campus Galli nach Meßkirch und dem Freilichtmuseum Neuhausen ob Eck. Auf der Klosterbaustelle „Campus Galli“ entsteht Tag für Tag ein Stück Mittelalter: Handwerker und Ehrenamtliche schaffen mit den Mitteln des 9. Jahrhunderts ein Kloster auf Grundlage des St.Galler Klosterplans. Dieser Plan ist weltberühmt, gezeichnet wurde er vor 1200 Jahren nicht weit entfernt, auf der Insel Reichenau. Hier bei Meßkirch erwacht nun ein Stück Geschichte zum Leben: ohne Maschinen, ohne modernes Werkzeug. Das überzeugte die Besucher und gefiel ausnehmend gut. Besonderen Eindruck machten die einzelnen Handwerker, die bereitwillig Auskunft gaben. Auch der anschließende Besuch des Freilichtmuseums Neuhausen ob Eck ließ bei manchen älteren Besuchern Erinnerungen wach werden.



Abb. 15: Handwerker im Campus Galli.

Über den Ulmer Spatz, die Ulmer Schachtel und den Schneider von Ulm erfuhren die Teilnehmer an der Exkursion nach Ulm, unter Leitung von Helga und Werner Echle, einiges. Bei einem



Abb. 16: Der Ulmer Spatz.

gut geführten Stadtrundgang erlebten die Besucher das malerische Fischer- und Gerberviertel, das „Schiefe Hotel der Welt“, das üppig bemalte Alte Rathaus, hervorragend restaurierte Fachwerkhäuser in schmalen Gassen. Ansprechend stehen historische Gebäude neben moderner Architektur. Natürlich durfte ein Besuch des Ulmer Münsters mit seinem höchsten Kirchturm der Welt nicht fehlen. Bei einem Orgelkonzert konnten die Besucher nach der Stadtführung entspannen, bevor es zu einer Führung im neu eröffneten Museum „Brot und Kunst“ ging. Das Museum besticht durch seine außergewöhnliche Anordnung von Kunstwerken, die sich alle mit dem Thema Brot und seiner Herstellung befassen.



Abb. 17: Das berühmte „schiefe Haus“, Hotel in Ulm.

Auf dem Programm stand im September eine Besichtigung und Führung durch das Deutsche Uhrenmuseum in Furtwangen. Bei einem Rund-

gang durch die Ausstellung erlebten die Teilnehmer Uhren von der Steinzeit bis zum Atomzeitalter. Gezeigt und erklärt wurden neben ausgewählten historischen Uhren die Geschichte der Zeitmessung, hoch interessante Astronomische Uhren. Außerdem wurden auch mechanische Musikinstrumente in Gang gesetzt und erfreuten die Besucher.



Abb. 18: interessierte Zuhörer im Deutschen Uhrenmuseum.

Gespannt waren die Teilnehmer, die an einer Tagesexkursion nach Rottweil führte und von Karl-Heinz Weißer geleitet wurde. Unter fachkundiger Führung der dortigen Stadtführer erlebten die Besucher die „Älteste Stadt Baden-Württembergs“, ihre Geschichte und immer wieder kleine Anekdoten. Die Besichtigung des „Thyssenturms“ war der Höhepunkt dieser Tagesexkursion. Den Besuchern imponierten die Erklärungen über die technischen Raffinessen des Turms und sie erfuhren alles über seine Entstehung. Dass das Wetter den sonst hervorragenden Rundblick etwa trübte, tat der Begeisterung keinen Abbruch.

Mit „Des Wächters Runde“, – ein Stadtführungs- Theater -, ließen sich im Oktober Mitglieder des GHV in das Villingen Anfang des 16. Jahrhunderts entführen. Als der Nachtwächter seinen abendlichen Kontrollgang antritt, bittet am Riettor Vatz Wöhrlin, ein Händler aus Freiburg, zu später Stunde um Einlass. Er nimmt ihn und die Besucher mit auf seine Runde. Sie begegnen dabei dem Juden Salomon, einer Pil-

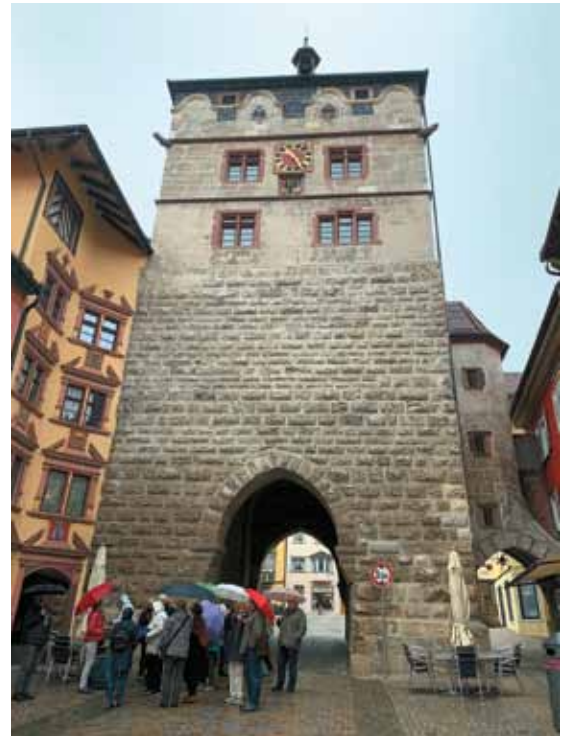


Abb. 19: Das berühmte „schwarze Tor“ in Rottweil.

gergruppe auf dem Weg nach Compostella, dem Bildhauer Conrad Rötlin, der Hexe Elisabeth Schwarzin, die bei den Besuchern einen betroffenen Eindruck hinterließ, dem Bauernführer Joos Fritz und seinem Werber Michael von Dinkelsbühl, Barbara Reutlin aus der Zaisengassen und Remigius Mans, der Stadtlegende, die sich gerade am Lagerfeuer wärmt. Die Zuschauer waren begeistert von dem fast dreistündigen Bilderbogen voller Leben und Gefühlen, aber auch gefüllt mit geschichtlichen Hintergründen, durch 20



Abb. 20: Der Nachtwächter und Vaz Wöhrlin.

Schauspieler, Musiker, Techniker und Küchenpersonal. Der Abend klang bei einem Nachhock in der „Schwarzen Mohrin“ mit allerlei Kurzweil aus.

Die dritte Veranstaltung im Rahmen des 50jährigen Jubiläums fand in der Neuen Tonhalle statt. Der GHV hatte in Zusammenarbeit mit der Sparkasse SWB und dem Medienhaus Südkurier zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Heimat“ eingeladen.

Hauptrednerin des Abends war Landtagspräsidentin Muhterem Aras. In ihrer Rede ging sie vor allem auf die Frage ein, welches die gemeinsamen Grundwerte sind, die den Begriff der Heimat symbolisieren. Die Antwort gab sie für sich selbst: „Heimat ist für mich da, wo ich mit anderen Menschen die gleichen Werte teile.“



Abb. 21: Die Hauptrednerin Landtagspräsidentin Muhterem Aras.

Vertieft wurde die Debatte über das Thema „Heimat“ bei der nachfolgenden Podiumsdiskussion, moderiert von Südkurier Redaktionsleiter

Norbert Trippel, an der neben dem Ersten Vorsitzenden des GHV, Dr. Rupert Kubon, Florian Klausmann (Vorstandsmitglied der Sparkasse), Werner Mezger (Volkskundler an der Universität Freiburg und Adisa Kuršumovi (Leiterin des Interventionellen, neurovaskulären Zentrums am SWB-Klinikum) teilnahmen. In der lebhaften und mit humorvoll gewürzten Anekdoten wurde deutlich, dass „Heimat“ für jeden eine andere Bedeutung hat, ja dass es sogar „mehrere Heimaten“ geben kann.



Abb. 22: Die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion.

Nach Redaktionsschluss fanden noch folgende Veranstaltungen statt:

Am 6. November referierte Wolfgang Stetter, Erzbischöfl. Archivdirektor über „Hierarchiewechsel zwischen der Altstadtkirche und dem Münster in Villingen“.

Am 21. November hielt Herr Michael Buhlmann einen Vortrag über „Sebastian Münster – Der wilde Mann von Villingen.“

Mit einem stimmungsvollen „Besinnlichen Abend“, der in diesem Jahr im festlich geschmückten Fürstenbergsaal der Zehntscheuer stattfand, verabschiedete sich ein ereignisreiches Vereinsjahr 2019.

Vorgesehenes Jahresprogramm 2020

Änderungen vorbehalten – Bitte beachten Sie die Ankündigungen in der Tagespresse

JANUAR

So., 12. Januar – So., 29. März,

Franziskanermuseum

Dr. Anita Auer

Ausstellung „Familiengeheimnisse. De Narro un si ganz Bagasch“ (in Kooperation mit der Historischen Narrozunft Villingen e.V.).

Di., 28. Januar, 16:00 Uhr

Dr. Rupert Kubon

Führung durch die Firma

IMS Gear SE & Co KGaA

Utzenbühl 7, 78052 Villingen-Schwenningen.

FEBRUAR

Mo., 10. Februar, 16:00 Uhr

Vanessa Charlotte Heitland

Führung durch die Ausstellung

„Felix Schlenker zum 100. Geburtstag“

Friedrich-Ebert-Straße 35

78054 Villingen-Schwenningen.

Mi., 19. Februar, Franziskanermuseum

Dr. Anita Auer

Führung durch die Ausstellung „Familiengeheimnisse. De Narro un si ganz Bagasch“

MÄRZ

Mi., 4. März, 19:00 Uhr, Münsterzentrum

Dr. Rupert Kubon

Einführungsvortrag zur Balkan-Reise

„Auf den Spuren der Habsburger“

Für Reisetilnehmer(innen) und Interessierte.

Mi., 18. März, 19:30 Uhr, Münsterzentrum

Jahreshauptversammlung.

Mo., 23. März–Mo., 30. März, Balkan-Exkursion

Dr. Rupert Kubon

Exkursion „Auf den Spuren der Habsburger“.

APRIL

Di., 21. April, Bauhaus-Exkursion

Dr. Rupert Kubon

Tagesexkursion zum „Haus auf der Alb“

in Bad Urach (Tagungszentrum der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)

MAI

Do., 14. Mai, 19:30 Uhr, Münsterzentrum

Karl Volk

Vortrag: Barocke Glaubensfreude in Villingen – Die Verehrung des Hl. Gregorius. Kaum jemand dürfte heute noch wissen, dass Villingen im 17. Jahrhundert Reliquien des Hl. Gregorius erhielt.

Sa., 16. Mai, Tagesexkursion Gaienhofen

Dr. Rupert Kubon

Besuch des Hesse-Museums, des Hermann-Hesse-Hauses und des Museums Haus Dix.

Mi., 20. Mai, 18:00 Uhr,

Führung in ein Biber-Revier

Roland Brauner

Treffpunkt: Waldgasthaus „Zum Auerhahn“ (Neuhäusle)

JUNI

Mo., 8. Juni, 01:30 Uhr,

Bickensteg/Schneckenbrücke

Konrad Flöß

Fußwallfahrt auf den Dreifaltigkeitsberg.

Fr., 19. Juni – Di., 28. Juli, Franziskanermuseum

Dr. Anita Auer

Ausstellung „Die Zähringer – Mythos und Wirklichkeit“

Sa., 20. Juni, 14:00 Uhr,

Treffpunkt Osianderplatz

Franz Kleinböling/Werner Echle

„Stadtführung mit dem Fahrrad“ im nördlichen Umfeld Villingens mit spannenden und interessanten Geschichten (leichte Fahrstrecke, ca. 15 km, abschließende Einkehr)

Teilnehmerzahl begrenzt.

So., 21. Juni, 15:00 Uhr, Franziskanermuseum

Dr. Rupert Kubon

Führung durch die Ausstellung „Die Zähringer – Mythos und Wirklichkeit“.

Do., 25. Juni – So., 28. Juni,

Exkursion nach Regensburg

Helga Echle

4-Tagesexkursion, Hotel in der UNESCO Welt-
erbe-Stadt Regensburg, Führung durch die
historische Altstadt, Besuch und Führung
Kloster/Schloss St. Emmeram, Schifffahrt durch
den Donaudurchbruch zum Kloster Welten-
burg, Führung in der Abteikirche, Besuch der
Ruhmeshalle „Walhalla“.

JULI

Mi., 15. Juli, 17:00 Uhr,

Treffpunkt am Gymnasium

Dr. Rupert Kubon

Führung im Gymnasium am Deutenberg
Der vom Architekten Günter Behnisch entwor-
fene Sichtbetonbau zählt zu den ersten Schul-
bauten Deutschlands, die in Fertigbauweise
erstellt wurden. Seit 2006 steht er unter Denk-
malschutz. Der Bau befindet sich an der „Breite“,
am damaligen Ostrand Schwenningsens am
Fuße des damals noch unbebauten Deutenberg

Do., 23. Juli, 18:30 Uhr, Münsterzentrum

Prof. Dr. Rudolf Denk, St. Peter

Vortrag: Ein Haus für die Zähringer. Das geplante
Zähringer-Zentrum in St. Peter. Die Zähringer
haben Südwestdeutschland und die Nord-
schweiz im Mittelalter geprägt, aber ein Muse-
um für die Geschichte dieses Herzoggeschlechts
und seine Zeit gibt es bis heute nicht. Prof.
Denk stellt auf Einladung des GHV die Vision
eines solchen Museums am Ort des zähring-
ischen Hausklosters St. Peter auf dem Schwarz-
wald vor.

SEPTEMBER

Do., 17. September – So., 20. September

Dr. Rupert Kubon

Exkursion nach Dessau und Wörlitz.

Das Bauhaus Dessau ist ein Gebäudekomplex,
das von 1925 bis 1926 nach Plänen von Walter
Gropius als Schulgebäude für die Kunst-,
Design- und Architekturschule entstand. Der
Wörlitzer Park gehört zur Welterbestätte
Dessau-Wörlitzer Gartenreich. Der Park wurde
am Wörlitzer See, einem Seitenarm der Elbe,
angelegt.

OKTOBER

Fr., 9. Oktober, 17:30 Uhr,

Treffpunkt: Bahnhof Schwenningen

Michael Kopp / Claudia Wildi

Stadtführung in Schwenningen („Uhren-Zeit-
reise“) mit anschl. Abendessen („Knöpfe i de
Brüh“) im Gasthaus „Fässle“.

Sa., 17. Oktober,

Tagesexkursion Habsburg und Kloster Muri

Clemens Joos

Auf den Spuren der frühen Habsburger: Mit
der Habsburg und dem Hauskloster Muri traten
die Habsburger ins Licht der (Schrift-)Quellen-
überlieferung. Während die Habsburg nach dem
Ausgreifen der Herrscherfamilie nach Osten
schon im Spätmittelalter dem Niedergang entge-
genging, stieg Muri zur Fürstabtei mit bedeutendem
Besitz (u.a. am oberen Neckar) auf, wovon
die prächtige Klosteranlage bis heute zeugt.

NOVEMBER

November, Treffpunkt am Firmeneingang

Geschäftsleitung

Führung durch die Firma Jenoptik,
Industrial Metrology Germany GmbH
(früher: Hommelwerke, Mühlhausen) Nieder-
lassung Villingen, Industriegebiet Salzgrube.

Di., 03. November, 18:30 Uhr, Münster, Villingen

Dekan Josef Fischer

Gedenkgottesdienst

für die verstorbenen Mitglieder.

So., 22. November,

Evangelische Kirchen, Totensonntag

Gedenkgottesdienst

für die verstorbenen Mitglieder.

DEZEMBER

Fr., 4. Dezember, 18:00 Uhr

Zehntscheuer, Fürstenbergsaal

Besinnlicher Abend im Advent.

Stammtisch in der Zehntscheuer

Jeden 1. Freitag im Monat, ab 19 Uhr

Evtl. Änderungen entnehmen Sie bitte aus den Hinweisen in der Tagespresse, den aktuellen Rund-
schreiben oder dem Internet unter: www.ghv-villingen.de

Die Autoren

Dr. Anita Auer M.A., geboren 1961 in Säckingen, studierte Kunstgeschichte und Germanistik in Heidelberg und Stuttgart. Magisterarbeit über klassizistische Damenmode in Baden und Württemberg. Dissertation über einen Modeschöpfer des 20. Jahrhunderts. Verschiedene Werkverträge am Württembergischen Landesmuseum Stuttgart und am Ulmer Museum. Seit 1991 wissenschaftliche Mitarbeit am Franziskanermuseum Villingen-Schwenningen. Seit 2000 Museumsleitung gemeinsam mit Dr. Michael Hütt.

Dr. Annemarie Conradt-Mach, 1947 in Stuttgart geboren, 1966–1972 Studium der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und der Germanistik in Erlangen-Nürnberg und Freiburg, 1972–2003 Lehrerin an beruflichen Schulen. 1999 Promotion zum Dr. phil. in Freiburg, 2002–2013 Schulleiterin der Staatlichen Feintechnergymnasiums in Villingen-Schwenningen. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Themen der lokalen Industrie- und Sozialgeschichte.

Helga Echle, geboren 1944, geprüfte Sekretärin BDS, von 1974 bis 2004 Mitarbeiterin im Evang. Dekanat Villingen, seit 2010 Schriftführerin im GHV.

Lisa Hahn, geboren 1989 in Offenbach. Studium der Kommunikations- und Medienwissenschaft (M.A.) mit Schwerpunkt Medienpädagogik in Leipzig. Seit 2017 im Stadtarchiv Villingen-Schwenningen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Archivpädagogik tätig.

Bertram Jenisch M.A., Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, Studium der Ur- und Frühgeschichte, Geschichtliche Landeskunde, Klassische Archäologie und Geologie an den Universi-

täten Heidelberg, Freiburg und Tübingen; 1986 ff. örtliche Grabungsleitung der verschiedenen mittelalterlichen Ausgrabungen in Villingen.

Dr. Rupert Kubon, (Jahrgang 1957) arbeitete nach seinem Studium der Germanistik und Geschichtsstudium als wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten und als Abteilungsleiter Kultur der Stadt Dessau. Er ist seit 1. Januar 2003 Oberbürgermeister der Stadt Villingen-Schwenningen und wurde im Oktober 2010 in seinem Amt bestätigt.

Dr. Heinrich Maulhardt, von 1991 bis 2018 Amtsleiter Stadtarchiv, zeitweise Museen und Dokumentenmanagement der Stadt Villingen-Schwenningen.

Kurt Müller, geboren 1937 in Kehl, † 2019, Schulzeit und Jugendjahre in Villingen. Nach dem Studium der Theologie 1963–1980 als Vikar und Pfarrer in verschiedenen Pfarreien der Erzdiözese Freiburg tätig. Seit 1981 Münsterpfarrer in Villingen, Dekan des Dekanats Villingen. Mitglied des GHV und seit 1987 im Vorstand.

Phuong Anh Nguyen, geboren am 13.08.2003 in Villingen. Ihre Eltern leben seit 1979 in Deutschland und führen seit über 20 Jahren ein eigenes vietnamesisches Restaurant (Restaurant Saigon) in Villingen. Sie selber wird voraussichtlich 2021 am Gymnasium am Romäusring ihr Abitur machen.

Günter Rath, Jahrgang 1948, Studium der Anglistik, Geschichte und Politik, Lehrer am Wirtschaftsgymnasium, 1991–1996 Referent im Staatsministerium, von 1997–2001 im Kultusministerium von Baden-Württemberg. Seit

Februar 2001 Direktor der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen, Donaueschingen. 1991–1992 Zweiter Vorsitzender, seit 1992 Erster Vorsitzender des Geschichts- und Heimatvereins Villingen.

Petra Schlitt-Kuhnt, M.A., geboren 1971 in Villingen, verheiratet, zwei Kinder, Studium Soziologie, Kunst- und Medienwissenschaften und französische Sprachwissenschaft an der Universität Konstanz, Leiterin des Fachbereichs Kommunikation und Marketing sowie Pressesprecherin der Handwerkskammer Konstanz.

Christoph Schmider, (*1960), Erzbischöflicher Oberarchivdirektor, Leiter der Diözesanstelle Archive, Bibliotheken, Schriftgutverwaltung im Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg. Studium in Freiburg (Musikwissenschaft, Geschichte, Anglistik), 1991 Promotion. 1993–1995 Ausbildung für den Höheren Archivdienst. Seit 1987 Mitarbeiter des Erzbischöflichen Archivs Freiburg (EAF), ab 1. November 1998 dessen Leiter. Seit 1. Januar 2017 zusätzlich Kanzler der Erzbischöflichen Kurie Freiburg. 2015 bis 2018 Vorsitzender der „Bundeskonferenz der kirchlichen Archive in Deutschland“. Vorsitzender der „Freunde der Freiburger Dommusik e.V.“, Vorstandsmitglied im Kirchengeschichtlichen Verein des Erzbistums Freiburg und seit 2009 Schriftleiter der Zeitschrift „Freiburger Diözesan-Archiv“ (FDA). Lehraufträge u. a. an der Archivschule Marburg und in der Priesterausbildung des Erzbistums Freiburg. Zahlreiche Publikationen vor allem zu kirchen- und musikgeschichtlichen Themen.

Elisabeth Schmidt-Bäumler, Staatliche Anerkennung als Hebamme 1991 in Paderborn, Master of Science/ Midwifery 2003 in Guildford/England, viele Jahre freiberufliche Hebamme mit Schwangerenvorsorge, Geburtshilfe und Wochenbettbetreuung in Trier, seit 2016 tätig als Lehrerin für Hebammenwesen.

Dr. Thomas Schnabel, Jahrgang 1952, leitet seit 1989 das Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart; studierte Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaften, wurde zum Thema „Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 – 1945/46“ promoviert; Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg.

Ute Schulze M.A., geboren 1963 in Dortmund, nach dem Studium der Mittleren und Neueren Geschichte sowie Politikwissenschaft Ausbildung zur Diplomarchivarin (FH). Seit 1992 im Stadtarchiv Villingen-Schwenningen. Mitglied im GHV.

Dr. Tobias Streck, geboren 1976 in Offenburg, Akademischer Oberrat an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, seit 2009 Leiter der Arbeitsstelle Badisches Wörterbuch am Deutschen Seminar; Studium der Germanistik/Sprachwissenschaft des Deutschen und Politikwissenschaft, 2010 Promotion mit einer Arbeit über Dialektwandel im Alemannischen in Südwestdeutschland im 20. Jahrhundert; Mitglied der Internationalen Gesellschaft für Dialektologie des Deutschen (IGDD), der Muettersprachgesellschaft und des Alemannischen Instituts Freiburg, assoziiertes wissenschaftliches Mitglied der Hermann Paul School of Linguistics (HPSL).

Erwin Teufel, geboren 1939 in Rottweil, 1964 Bürgermeister von Spaichingen, 1972 Staatssekretär, 1978 Vorsitzender der CDU Landtagsfraktion, 1991 – 2005 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und seit 1995 Mitglied im Geschichts- und Heimatverein Villingen.

Edgar Hermann Tritschler, 1946 in Villingen geboren, Bankkaufmann, Studium Wirtschaftswissenschaft, Geschichte und Politik. Autor von finanzwirtschaftlichen, wirtschaftshistorischen, genealogischen und regional-historischen Veröffentlichungen. Hochschulprofessor in Stuttgart und Karlsruhe. Mitglied des GHV-Beirats.

#gestalterbank



Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Als Gestalterbank ist es unser Anspruch,
mit Ihnen gemeinsam neue Wege zu gehen.

**Erfahren Sie mehr: www.voba-sbh.de
#gestalterbank**



Volksbank eG
Schwarzwald Baar Hegau



Genießen Sie Ihren Garten — wir kümmern uns um den Rest.



In seinen besten Jahren hat man sich Entspannung verdient. Ein Traum, der im eigenen Grün Wirklichkeit wird. Der Garten ist ein Jungbrunnen, ein Ort, an dem man mehr Ruhe und Glück findet als auf den meisten exotischen Reisen. Ein pflegeleichter Garten schafft ganzheitliches Wohlbefinden und innere Balance. Wir Landschaftsgärtner liefern Ihnen Ideen für Gärten mit hohem Komfort. Wir übernehmen die Ausführung und Pflege zu einem exzellenten Preis-Leistungs-Verhältnis. Achten Sie auf unser Zeichen.



Ihr Experte für Garten und Landschaft



Bertholdshöfe 3 | 78052 Villingen-Schwenningen
Fon 0 77 21-2 54 76 | Fax 0 77 21-36 13
info@wildergarten.de | www.wildergarten.de

Gerne unterbreiten wir Ihnen kostenlos und unverbindlich Ihr persönliches Angebot!



LUSCHIN
REISEN

Luschin Reisen GmbH
Huberstr. 32
78073 Bad Dürkheim
Tel: 0 77 26 / 92 25 0
Fax: 0 77 26 / 92 25 25
info@luschin.de

Ihr Partner für:

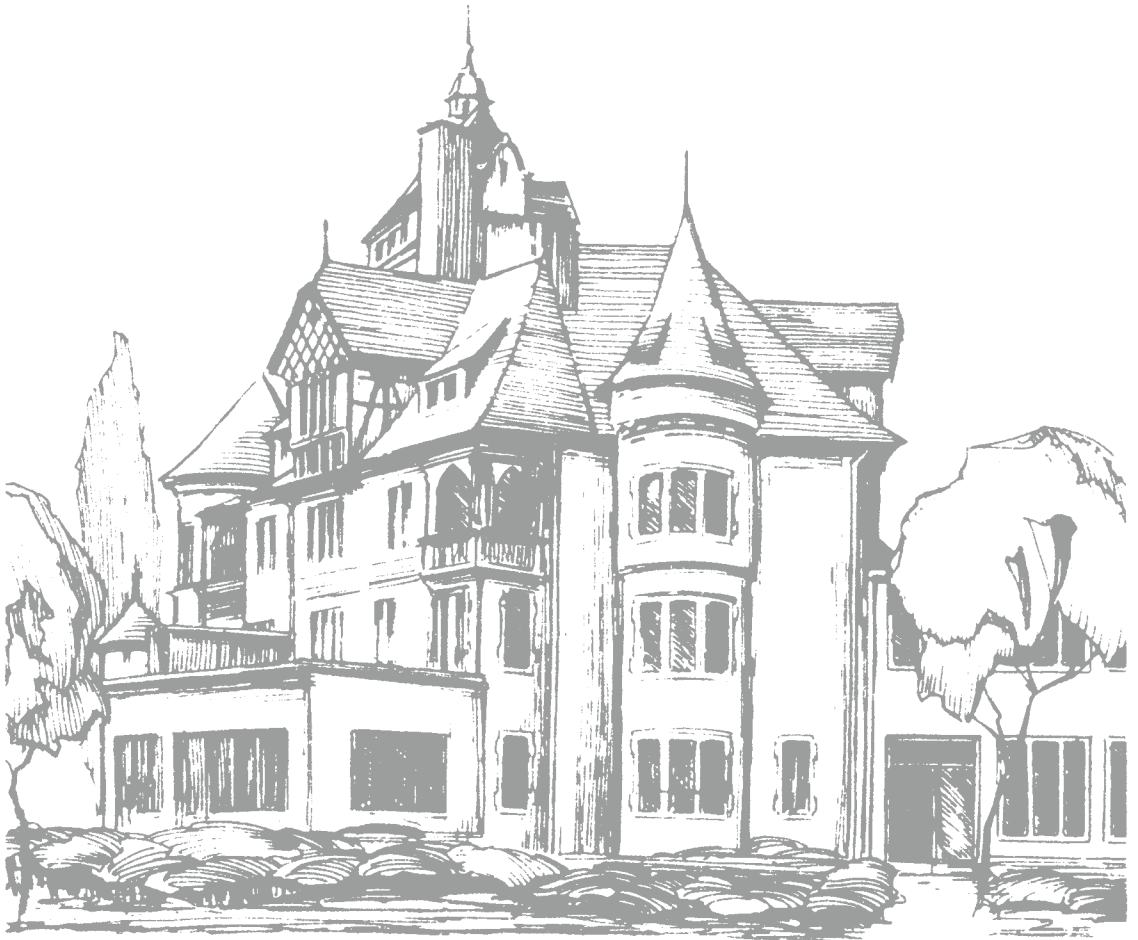
**Mehrtagesfahrten
Tagesfahrten
Halbtagesfahrten
Klassenfahrten
Betriebsausflüge
Jahrgangsausflüge
Vereinsausflüge**



ENTWURF | PLANUNG | BAULEITUNG | ALTBAUSANIERUNG | WERTGUTACHTEN
flöß architekten | Rathausgasse 2 | 78050 VS-Villingen | Tel. 07721.99 84 994 | www.floessarchitekten.de

architekten
flöß

Seit über 65 Jahren



**IHR
PARTNER
FÜR
GUTEN
DRUCK**



LEUTE. **IHR** DRUCKPARTNER

DRUCKEREI LEUTE GMBH
WEHRSTRASSE 3
78050 VS-VILLINGEN
TEL. 0 77 21/ 84 56 - 0
FAX 0 77 21/ 5 68 60
INFO@DRUCKEREI-LEUTE.DE
WWW.DRUCKEREI-LEUTE.DE



Hier daheim.



spk-swb.de

**Wir fördern Kunst und
Kultur mit zahlreichen
Projekten in unserer
Region.**

Wenn's um Geld geht

 **Sparkasse
Schwarzwald-Baar**